

# Wiener Landtag

## 34. Sitzung vom 29. März 1996

---

### Wörtliches Protokoll

#### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	WBAG)
2. Fragestunde:		(Beilage Nr. 7)
1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 6);		Berichterstatter: Amtsf. StR. Dr. Hannes
3. Anfrage (S. 7); 4. Anfrage (S. 9);		Swoboda
5. Anfrage (S. 10); 6. Anfrage (S. 10);		(S. 77)
7. Anfrage (S. 12).		Abstimmung (S. 77)
3. Mitteilung des Einaufs	(S. 14)	8. Pr.Z. 474-MDPLTG, P. 4: Gesetz über
4. Pr.Z. 591-MDPLTG, P. 1: Verschiedene		internationale Informationeverfahren und
Ergänzungswahlen	(S. 14)	Notifizierungen auf dem Gebiet technischer Vorschriften - (Wiener Notifizierungsgesetz - WNotifG)
5. Mitteilung des Amtsführenden Stadtrates		(Beilage Nr. 9)
der Geschäftegruppe Umwelt und Verkehr	(S. 14)	Berichterstatter: Amtsf. StR. Dr. Hannes
6. Pr.Z. 375-MDPLTG, P. 2: Gesetz, mit dem		Swoboda
die Bauordnung für Wien geändert wird		(S. 78)
(Beilage Nr. 6)		Abstimmung (S. 78)
Berichterstatter: Amtsf. StR. Dr. Hannes		9. Pr.Z. 203-MDPLTG, P. 5: Unabhängiger
Swoboda	(S. 20, 31, 32 u. 75)	Verwaltungssenat Wien - Tätigkeitsbericht
Redner: Abg. Dr. Peter Pilz (S. 20),		1994
StR. DDr. Bernhard Görg (S. 24), die		Berichterstatter: Amtsf. StR. Johann Hatzl (S. 78)
Abgen. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz		Redner: Die Abgen. Dr. Matthias Tschiirf
(S. 26, 32 u. 37), Mag. Heidemarie Unterreiner (S. 31 u. 60), Ing. Karl Svoboda		(S. 78), Dr. Helmut Günther (S. 78) und
(S. 33), Hannelore Weber (S. 37 u. 50),		Godwin Schuster (S. 79)
Johannes Prochaska (S. 41), Dkfm. Robert Hotter (S. 41), Walter Prinz (S. 42),		Abstimmung (S. 80)
Heinz Hufnagl (S. 44), Georg Fuchs		10. Pr.Z. 419-MDPLTG, P. 6: Gesetz, mit dem
(S. 51), Barbara Schöfnagel (S. 54),		ein Zuschuß zum Karenzurlaubsgeld oder
Dr. Johannes Hawlik (S. 57 u. 75), Franz-Karl Effenberg (S. 61), Gerhard Pfeiffer		zur Ersatzleistung geschaffen wird (Wiener Karenzurlaubszuschußgesetz) und die Be-
(S. 66 u. 72), Johann Herzog (S. 67),		soldungsordnung 1994 (5. Novelle zur Be-
Harry Kopietz (S. 68) und Dr. Wilfried		soldungsordnung 1994) und die Vertrags-
Series (S. 71) sowie Amtsf. StR. Fritz		bedienstetenordnung 1995 (1. Novelle zur
Svhalek (S. 73)		Vertragsbedienstetenordnung 1995) ge-
Abstimmung (S. 75)		ändert werden
7. Pr.Z. 376-MDPLTG, P. 3: Gesetz über Bau-		(Beilage Nr. 3)
produkte und die Akkreditierung von Prüf-,		Berichterstatter: Amtsf. StR. Johann Hatzl (S. 81)
Überwachungs- und Zertifizierungsstellen		Redner: Die Abgen. Jutta Sander (S. 81)
für Bauprodukte in Wien (Wiener Baupro-		und Josefa Tomsik (S. 81)
dukten- und Akkreditierungsgesetz -		Abstimmung (S. 81)
11. Pr.Z. 214-MDPLTG, P. 7: Gesetz, mit dem		12. Pr.Z. 214-MDPLTG, P. 8: Gesetz, mit dem
das Wiener Pflegegeldgesetz geändert wird		die Pflegegeldförderung geändert wird

**(Beilage Nr. 4)**

**Berichterstatter: LhptmStvin. Grete**

**Laska**

**(S. 82 u. 86)**

**Redner: Die Abgen. Jutta Sander (S. 82),**

**Mag. Franz Karl (S. 83), Brigitte Schwarz-Klement (S. 84), Erika Stubenvoll (S. 85) und Jean Margulies (S. 86)**  
**Abstimmung (S. 87)**

*(Beginn um 9.00 Uhr.)*

Präsidentin Ingrid Smejkal: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

Ich eröffne die 34. Sitzung des Wiener Landtags.

Entschuldigt sind die Abgen. Ekkamp, Graßberger, Haas, Nettig, Dipl.-Ing. Dr. Rothauer und Dr. Wawra.

Ich komme zur Fragestunde.

*(In der Fragestunde werden Präsidentin Ingrid Smejkal folgende Anfragen aufgerufen:*

**1. Anfrage (Pr.Z. 96/LM/KGR): Abg. Dr. Peter Pilz an den Landeshauptmann:**

*Zur Überraschung vieler haben Sie sich als ehemaliger Umweltstadtrat mit großem Engagement dafür eingesetzt, daß Benutzer der Wiener Stadtautobahnen von einer Maut von 1,50 pro Tag und Auto ausgenommen werden. Dafür haben Sie Maut-Widerstand bis zum Höchstgericht angekündigt. Welche vergleichbaren Maßnahmen haben Sie gesetzt, um den Schaden, der dem öffentlichen Verkehr in Wien durch das Sparpaket entsteht, zu verhindern?*

**2. Anfrage (Pr.Z. 102/LM/KVP): Abg. Mag. Franz KARL an den Landeshauptmann:**

*Wie stehen Sie, als Landeshauptmann und Stadtschulratspräsident, zu der Tatsache, daß das für Schuldirektoren eingeführte Objektivierungsverfahren nicht auf Landesschulinspektoren und andere höhere Beamte ausgedehnt wurde?*

**3. Anfrage (Pr.Z. 165/LM/KFP): Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz an den Landeshauptmann:**

*Die jüngsten Ereignisse rund um den Flughafen Wien-Schwechat zeigen einmal mehr, welche Probleme der öffentliche Besitz von Wirtschaftsbetrieben mit sich bringt. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um den Anteil, den die Stadt Wien am Flughafen Wien-Schwechat hält, zu privatisieren?*

**4. Anfrage (Pr.Z. 118/LM/KSP): Abg. Ing. Karl Svoboda an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr:**

*In den letzten Tagen wurden neuerlich widersprüchliche Meldungen aus der Slowakei hinsichtlich des AKW Mochovce laut. Wie beurteilen Sie die Chance, daß das Engagement Österreichs gegen das AKW Mochovce von Erfolg gekrönt ist?*

**5. Anfrage (Pr.Z. 119/LM/KSP): Abg. Inge Zankl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr:**

*In der Öffentlichkeit werden immer wieder Forderungen nach dem Ausstieg aus der ARA laut. Können Sie diese Position nachvollziehen?*

**6. Anfrage (Pr.Z. 98/LM/KGR): Abg. Hannelore Weber an den Landeshauptmann:**

*Wie steht die Umweltmusterstadt Wien - Hauptstadt des Umweltmusterlandes Österreich - zur Tatsache, daß sie hinsichtlich der Umsetzung der Richtlinie über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt 90/313 EWG bereits seit über zwei Jahren säumig ist?*

**7. Anfrage (Pr.Z. 110/LM/KVP): Abg. Dr. Johannes Hawlik an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäfts-**

**gruppe Umwelt und Verkehr:**

*Wie stark ist die Belastung durch Altlasten auf dem Areal des Nordbahnhofgeländes und wie hoch schätzen Sie die Sanierungskosten?)*

Die 1. Anfrage wurde von Herrn Abg. Dr. Pilz gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet.

- Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Obwohl es mir wahrscheinlich immer unverständlich bleiben muß, warum man im März schon ... (*Unruhe im Saal.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal (*unterbrechend*): Darf ich Sie um mehr Aufmerksamkeit bitten!

Lhptm. Dr. Michael Häupl (*fortsetzend*): Wir können uns mehr zusammenstellen, viel mehr interessiert es ohnehin nicht. (*Abg. Jean Margulies: Wir hören nichts!*) Was für mich auch damit zusammenhängt, daß die volle Konzentration der Sitzung noch nicht gegeben ist. (*Abg. Jean Margulies: Das ist der Lautsprecher! Das ist diesmal ausnahmsweise die Technik!*) Das habe ich mir gedacht, Schani, daß du das sagen wirst!

So, also zurückkehrend. Zunächst einmal möchte ich feststellen, daß es sich - nachdem es in der Anfrage so formuliert wurde, möchte ich auch darauf eingehen - natürlich keineswegs darum handelt, daß ich ein enormes Engagement im Hinblick auf 1,50 S pro Tag und Auto im Zusammenhang mit der Autobahnmaut an den Tag gelegt habe, sondern ich möchte hier schon noch einmal wiederholen, daß ich mich immer und ungebrochen in meiner Argumentation für die Maut ausgesprochen habe. Ich halte das im Grunde genommen auch für richtig, und dies insbesondere vor dem Hintergrund des einzuführenden Road-pricing-Systems. Aber genau darum geht es ja auch.

Warum ich gegen die Bemautung der Stadtautobahnen oder für die Herausnahme dieser drei Strecken eingetreten bin, das hat nichts mit 1,50 S zu tun, sondern mit der Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf den innerstädtischen Wirtschaftsverkehr und zum zweiten natürlich auch im Hinblick auf das Präjudiz, denn es gibt auf der ganzen Welt keine entsprechenden Mautstellen innerhalb der Städte, alle sind außerhalb der Städte. Und wenn ich mir vorstelle, wie solche Mautstellen - denn Road-pricing wird ohne Mautstellen nicht auskommen - etwa bei Autobahnauffahrten zur Südosttangente ausschauen, dann erübrigत sich jede große Phantasie, welche Folgewirkungen dies hätte. Und daher waren dies die beiden konkreten Anliegen, warum ich dafür eingetreten bin, daß man die Wiener Stadtautobahnen ausnimmt, und ich werde auch weiterhin versuchen, das durchzusetzen.

Also ich darf hier noch einmal zusammenfassen: Das ist kein grundsätzliches Nein zur Maut, das habe ich nie ausgesprochen, im Gegenteil, aber im Hinblick

auf die Stadtautobahnen, im Hinblick auf die konkreten zwei Dinge, die es hier gibt, habe ich diesen Protest angekündigt.

Nun zur eigentlichen Fragestellung, der Verquickung dieser Maut - aber solche Fragen muß man stellen, wenn man sie schon in Flugblättern verteilt - mit dem öffentlichen Verkehr.

Ich habe ein hohes Ausmaß an Verständnis für die Studenten, jedenfalls, was jenen Teil betrifft, von dem ich meine, daß er nun in der Tat für die Studierenden heute mit großen Problemen verbunden ist. Es ist für mich gar keine Frage - nachdem wir diese Erfahrung ja teilen, in der Studentenpolitik einmal tätig gewesen zu sein -, daß es 25 Jahre später nicht gerade ein Ruhmesblatt ist, daß genauso viele Arbeiterkinder an den Hochschulen sind wie in den 70er Jahren und daß es keine wesentlichen und gravierenden und nachhaltigen Veränderungen des Studienförderungssystems oder der diesbezüglichen Gesetze gibt. Und es ist zum zweiten mit Sicherheit auch abzulehnen, daß die Investitionen im universitären Bereich so weit zurückgeblieben sind - wenn ich mir insbesondere jenen Bereich vergegenwärtige, in dem ich mich auskenne, etwa die naturwissenschaftlichen Studienrichtungen an der Universität Wien, aber zum Teil auch an der Technik -, daß in der Ausbildung der Studenten, gerade auch in diesem naturwissenschaftlichen Bereich, solche Nachteile entstehen, die sich später auch berufsentwicklungshemmend für die Studierenden auswirken. Dies sind tatsächlich Nachteile, wie ich meine, auch für den Bildungsstandort Wien, und das ist natürlich eine zu akzeptierende Kritik seitens der Studenten.

Bei der Frage der Freifahrten, die im Zentrum dieser Kritik stehen, ist es durchaus schon fragwürdig, ob dies ein so bedeutender Bildungsstandortfaktor ist. Nichtsdestotrotz halte ich fest: Nicht die Stadt Wien hat den Studenten etwas weggenommen, sondern der Bund hat ihnen die Finanzierung jener Freifahrten, die für die Studenten vor geraumer Zeit geschaffen wurden, gestrichen und sie ihnen im Zuge des Konsolidierungspakets versagt.

Es ist das nun eines der Dinge, wo ich sage: Wir haben uns einfach auch als Stadt - und ich sage das sehr nachdenklich und im Bewußtsein dessen, was ich sage - darüber im klaren zu sein, was wir substituieren können von dem, was alles dem Konsolidierungspaket des Bundes zum Opfer fällt. Denn dem Vorschlag, für die Studenten Ermäßigungskarten einzuführen, ist ja nicht zuletzt deswegen auch der für den Familienlastenausgleichsfonds zuständige Minister so rasch nahegetreten, weil er damit natürlich auch seine entsprechenden Zuschüsse für die Schüler- und Lehrlingsfreifahrten entsprechend halbiert könnte und sohin dann ein tatsächlicher Einnahmenausfall für die Wiener Stadtwerke - Verkehrsbetriebe von etwa 320 bis 340 Millionen Schilling entstehen würde.

Wenn ich mir nun die aktuelle Finanzierungsdiskussion vergegenwärtige, vom Finanzausgleich über die Spitalsfinanzierung bis zur Wohnbaufinanzierung,

wenn ich mir gleichzeitig vergegenwärtige, wie viele Sozial- und Kulturprojekte durch das Konsolidierungspaket gestrichen wurden und wo Substitutionsbedarf seitens der Stadt Wien besteht, dann kommt man ehrlicherweise, wenn man sich das in etwa zusammenrechnet oder es schätzt, auf rund 2,7 Milliarden Schilling Substitutionsbedarf durch die Stadt Wien. Ich bitte daher um Verständnis, daß wir dies nicht tun können.

Ich halte gleichzeitig auch fest, daß von den 125 000 Studenten, die wir in Wien haben, rund 110 000 inländische Studenten sind, und von diesen rund 110 000 inländischen Studenten sind lediglich 57 000 Freikarten abgeholt worden. So gesehen ist dies natürlich auch eine Sache, die diese grundsätzliche Argumentation, die man der Freikartendiskussion beimißt, wohl schwer rechtfertigen läßt.

Aber weil mir, wie du ja auch weißt, die Frage des sozialen Status der Studenten immer ein großes Anliegen gewesen ist, habe ich hier durchaus helfen wollen und habe meine Freunde vor einigen Tagen gebeten, folgende Aktivität seitens der Stadt Wien vorzubereiten: Ich möchte, daß wir in einem Art Sozialfonds jenen Studenten, die Stipendienbezieher sind, nachgewiesen durch den Stipendienbescheid, und jenen Studenten, die ihren Wohnsitz in Wien haben, mit 2 000 S entsprechend helfen. Dies ist eine überschaubare Summe, ist nicht zu argumentieren und zu verquicken mit den Freikarten, mit den Freifahrten, und ist mit Sicherheit für die sozial Schwächsten eine entsprechende Hilfestellung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich denke, daß wir damit - abseits der Gefahren, die verbunden sind mit dem Zur-Kasse-Bitten von anderen Gebietskörperschaften - einen Teil dessen, was wir machen können, auch getan haben.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Danke.

Eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? - Bitte.

**Abg. Dr. Peter Pilz (GRÜNE):** Es sind jetzt einige Fragen beantwortet worden, wo ich mir eigentlich erst überlegen müßte, welche Fragen dazu passen. Aber unter anderem ist auch auf die von mir gestellte Frage eingegangen worden, und dazu möchte ich Zusatzfragen stellen.

Den Wiener Studenten und Studentinnen wird von StR. Hatzl als zuständigem Ressortstadtrat in Zeiten eines Sparpakets, das teilweise studentische Einkommen und Einkünfte in Wien halbiert wird, zugemutet, daß sie 4 700 S pro Jahr für eine Netzkarte hinlegen. Das ist nicht nur eine Aufforderung zum Radfahren, sondern das ist eine Aufforderung zum Schwarzfahren. Und das schadet den Studenten ...

**Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend):** Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter.

Ich bitte die Damen und Herren auf der Galerie, sämtliche, sowohl ablehnende, als auch zustimmende Äußerungen zu unterlassen. - Ich danke.

Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Peter Pilz (fortsetzend):** Ich bewundere die große Feinfühligkeit in der Vorsitzführung bereits zu so früher Stunde und komme auf die Frage zurück.

**(Bewegung bei der SPÖ.)**

Was mich persönlich sehr wundert - und ich möchte das wirklich in aller Ruhe besprechen - ist, daß ein ehemaliger Umweltstadtrat mitansieht, wie durch ein Sparpaket der öffentliche Verkehr in Wien pro Jahr um 240 Millionen Schilling geschädigt wird, wie eine ganze Generation von Studenten aus dem öffentlichen Verkehr getrieben wird und ihnen der öffentliche Verkehr abgewöhnt wird, und die einzige Aktivität des Bürgermeisters darin besteht, für Autos und für Freiheit auf Stadtautobahnen und für Gratisbenützung eben dieser zu kämpfen. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Ist das eine Frage?)

**Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend):** Stellen Sie jetzt die Frage, Herr Abgeordneter?

**Abg. Dr. Peter Pilz (fortsetzend):** Das wäre das erste Mal, daß die ÖVP von mir eine Frage hören will, aber ich bedanke mich dafür. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Wir wollen eine Frage hören, Herr Pilz!)

**Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend):** Formulieren Sie die Frage jetzt, bitte?

**Abg. Dr. Peter Pilz (fortsetzend):** Ich formuliere jetzt die Frage, bitte.

**Präsident Ingrid Smejkal (unterbrechend):** Danke.

**Abg. Dr. Peter Pilz (fortsetzend):** Herr Bürgermeister, welche Schritte haben Sie und der zuständige Stadtrat unternommen, um den Schaden vom öffentlichen Verkehr in dem von mir genannten Ausmaß abzuwenden und den Studentinnen und Studenten ein sozial angemessenes Angebot für den öffentlichen Verkehr in Wien zu machen?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Herr Landeshauptmann, bitte.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Also es ist offensichtlich schon im März 1996 im Hinblick auf den Herbst 1996 nicht möglich, daß man sich wenigstens gegenseitig zuhört, sondern man polemisiert und sagt: Ich habe Sachen beantwortet, wozu die Fragen nicht passen. - Nun, vielleicht sind sie jetzt nachgeliefert worden.

Ich halte hier noch einmal fest: Es ist mir nicht um eine autolobbyistische Politik gegangen, denn ich trete für die Maut ein. Aber diese grundsätzliche Zustimmung rechtfertigt doch bitte nicht jeden Unsinn. Sonst wofür ich eingetreten bin - und ich wiederhole das jetzt noch einmal -, ist erstens die Frage der Verhältnismäßigkeit, weil ich nicht einsehe, daß man das zu zahlen hat, wenn man die Semmeln von einem Bezirk in den anderen Bezirk führt, und das zweite ist das Präjudiz für die Zukunft, weil ich nicht will, daß bei den Auffahrten zu den Stadtautobahnen die Mautstellen stehen, weil dann natürlich der Verkehr zusammenbricht. Es mag vielleicht deine Zielsetzung sein, meine ist es nicht. Meine ist es nicht, lieber Herr Klubobmann! Meine ist es nicht! (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Günter Kenesei: Beim Road-pricing gibt es keine Maut!) Aber das wirklich nur am Rand.

So. Das war's. Nachdem man mir ohnehin nicht zuhören will, weil man ja die Flugblätter verteilt hat

und Argumente ja nicht korrigieren kann und nicht korrigieren will, weil man ja Wahlkampf führen will und nicht auf Argumente hört: belassen wir es jetzt dabei.

Zum zweiten. Weder der Herr StR. Hatzl noch die Stadt Wien muten Studenten irgend etwas zu oder haben Studenten etwas weggenommen. Ich möchte das festhalten. Die Streichung der Finanzierung aus dem Familienlastenausgleichsfonds für die Freikarten in Wien hat nicht die Stadt Wien vollzogen, sondern der Bund - ich halte das ausdrücklich noch einmal fest - im Rahmen des Konsolidierungspakets für die Budgetkonsolidierung des Bundes und nicht der Stadt Wien.

Aber weil ich eben auf der anderen Seite großes Verständnis für viele Dinge habe, die heute auch Studenten und Mittelbauvertreter, weniger Professoren ansprechen in dieser aktuellen Auseinandersetzung, und weil ich noch größeres Verständnis habe für sozial bedürftige Studenten, habe ich eben diesen Vorschlag unterbreitet, daß man Wiener Stipendienbeziehern 2 000 S im Jahr als Sozialhilfe, durch einen Sozialfonds entsprechend zur Verfügung stellt. Also ich denke, daß dies durchaus ein Beitrag ist, der sowohl kompatibel ist mit unseren Sorgen im Hinblick auf die allfällige Substituierung vieler Kosten, die wir als Stadt Wien zu tragen hätten, auf der anderen Seite aber auch den sozialen Bedürfnissen von Studenten Rechnung trägt.

Also ich bitte, mir zumindest zuzuhören und sich damit auseinanderzusetzen. Du kannst ja immer noch nein sagen, wenn du nicht willst. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Sie möchten eine zweite Zusatzfrage stellen? - Bitte, Herr Abgeordneter:

**Abg. Dr. Peter Pilz (GRÜNE):** Du hast im Parteivorstand der SPÖ - und das war nicht der Wiener Vorstand, sondern der Bundesparteivorstand - genau diesem Sparpaket in allen Details zugestimmt. Seit drei Wochen schlafst die Stadt Wien, seit drei Wochen findet der Bürgermeister kein einziges Wort der Unterstützung für die streikenden Studenten, den Mittelbau und den Universitätslehrern, seit drei Wochen läßt die Stadt den Bildungsstandort Wien vollkommen im Stich und kämpft ein Bürgermeister heroisch um die Mautbefreiung, ohne offensichtlich fachlich zu wissen, daß man für Road-pricing keine Mautstellen braucht. (Lhptm. Dr. Michael Häupl: Das ist wirklich ein Unsinn!) Aber das wirklich nur am Rand.

Und jetzt frage ich dich ganz konkret, nachdem du keine einzige Maßnahme zur Schadensabwehr für Wien für den öffentlichen Verkehr hier präsentieren kannst: Bist du bereit und ist die Wiener Stadtverwaltung bereit, den sinnvollen Beispielen von Linz und jetzt auch Graz zu folgen und zumindest ein Halbprixticket für Studenten anzubieten? (Amtsf. StR. Johann Hatzl: Die machen das gar nicht!)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Herr Landeshauptmann, bitte.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Noch einmal: Ich will mit dir über diese Fragen gar nicht diskutieren, weil es ja einfach absurd ist, denn selbstverständlich braucht

man für Road-pricing auch Mautstellen, weil man niemanden dazu zwingen kann, insbesondere nicht ausländische Autofahrer, daß sie dieses elektronische Lesegerät dazu nehmen.

Aber bitte, es ist ohnehin egal. Es geht ja hier gar nicht ums Detail, es geht nicht um die Technik, es geht nicht um die Sache, sondern es geht ja nur darum, daß man versucht, hier den Bürgermeister in eine Sache hineinzuziehen, für die er als Person keine Verantwortung übernehmen kann, weil er nichts ändern kann an diesen Dingen. Man versucht natürlich, sich jetzt im Zuge des Vorwahlkampfes im gegenständlichen Fall einen grünen und nicht einen weißen Fuß dazuzumachen.

Also sei dem, wie dem auch immer sei: Es ist natürlich Unsinn, und ich weiß, was ich getan habe, gerade auch im Hinblick auf diese Diskussion über dieses winzige Detail in der Mautfrage.

Das zweite ist: Natürlich habe ich in der Abstimmung des Bundesparteivorstandes der Bildung der Koalitionsregierung zwischen der SPÖ und der ÖVP auch mit diesem entsprechenden Paket zugestimmt. Es gibt viele Dinge drinnen, die ich anders gesehen hätte. Ich habe ja auch nie ein Hehl daraus gemacht, daß mir beispielsweise die Frage der Karenzzeitregelung nicht besonders gut gefallen hat und daß es auch andere gegeben hat. Aber es ist einfach das Wesen eines Kompromisses, wenn man eine solche Regierung zu bilden hat, daß es dann auch Dinge gibt, die einem weniger gut gefallen dabei. Und vor dem Hintergrund ist es natürlich auch zu sehen.

Zum dritten: Deine Rechnung ist auch falsch, denn ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß sich von den 110 000 Studenten lediglich 57 000 Studenten tatsächlich Freikarten geholt haben und man daher natürlich das, was du als Schadenssumme hier bezifferst, mathematisch relativieren muß. Mathematisch haben wir uns schon öfters gestritten. Aber ich bitte, das relativ einfach noch einmal nachzurechnen.

Und zum vierten: das große positive Beispiel von Linz und Graz. Man muß halt auch immer unterscheiden zwischen dem, was in den ersten Meldungen über die Zeitungen gesagt wurde, und dem, was dann ganz real passiert.

Hier war es einfach. Ich habe den Dobusch Franz angerufen und habe ihn gefragt, was er tut. Und er macht genau dasselbe wie wir, weil er selbstverständlich auch nicht in die Verlegenheit kommen will, daß er plötzlich 45 Millionen Schilling für seine Linzer Stadtwerke zahlen muß, die er auch nicht bezahlen kann, weil dort natürlich genau dasselbe passieren könnte, wie das auch in Wien der Fall ist. Daher sind diese Vorgangsweisen sehr gut akkordiert. Und was in Linz gut ist, wird für Wien wahrscheinlich auch gut sein, nehme ich an. (*Beifall bei der SPÖ*.)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Wir kommen zur 2. Anfrage, gestellt von Herrn Abg. Mag. Franz Karl an den Herrn Landeshauptmann. - Herr Landeshauptmann, ich bitte Sie, die Frage zu beantworten:

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zunächst stelle ich durchaus erfreut fest, daß das Wiener Modell der Schulleiterbestellung ein objektives Bild der fachlichen Qualitäten der Bewerber gibt, daß in der Tat ausschließlich fachliche, pädagogische und organisatorische Kriterien den Ausschlag geben für Auswahl und Bestellung von Schulleitern. Es stimmt mich zufrieden, daß dadurch für den Bereich der Wiener Schulen ein professionelles und transparentes Auswahlverfahren erreicht wurde, und Ihre Frage bestätigt ja nun diese - nicht nur meine - Einschätzung.

Ich begrüße es, daß derzeit Überlegungen ange stellt werden, wie ein solches Objektivierungsverfahren auch der Bestellung von Landesschulinspektoren zugrunde gelegt werden kann. Gespräche mit den zuständigen Stellen des Bundes sind in dieser Richtung eingeleitet worden, und ich gehe davon aus, daß bei Zustimmung der zuständigen Bundesdienststellen die Anwendung des Objektivierungsverfahrens auch für die Landesschulinspektoren möglich sein wird. Das gilt durchaus auch für die Bestellung anderer Beamter des Stadtschulrats, wobei ich in diesem Zusammenhang schon darauf hinweisen muß, daß die Bestellung dieser Beamten aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nicht in die Zuständigkeit des Kollegiums des Stadtschulrats, sondern in den Wirkungsbereich der Verwaltung fällt.

Nochmals. Ich trete dafür ein, daß die auf Bundes ebene zu führenden Gespräche - ich möchte Sie bitten, zu bedenken, daß der Stadtschulrat eine Bundesbehörde ist - zu raschen Ergebnissen kommen und rasch - durchaus im Einklang mit den anderen Bundesländern - das Objektivierungsverfahren auch für die von Ihnen genannten Gruppen eingeführt werden kann.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg. Mag. Franz Karl (ÖVP):** Herr Landeshauptmann! Die ÖVP hat 1993 im Kollegium einen umfassenden Objektivierungsantrag gestellt, der auch einstimmig angenommen wurde. Für die Direktoren wurde das - wie ja auch gesagt wurde - bereits durchgeführt, für andere Funktionen aber zuletzt zweimal von der SPÖ-Fraktion im Kollegium abgelehnt.

Gibt es dafür einen besonderen Grund? Oder will die SPÖ vor Verlust der absoluten Mehrheit auf diese Weise ganz einfach noch möglichst viele Posten besetzen?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Herr Landeshauptmann, bitte.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Weiteres mit Sicherheit nicht, denn wie bei der jüngsten Personalentscheidung im Schulbereich zu erkennen gewesen ist, ist ja nicht gerade ein SPÖ-Funktionär in diese Funktion des Abteilungsleiters im PI berufen worden.

Ich halte für mich fest, daß ich mich für die Beschlüsse, die im Kollegium gefaßt werden, nicht verantwortlich fühle. Ich führe natürlich die politischen Diskussionen mit jenen im Kollegium, die ich zu meinen Parteifreunden zähle, aber mit Sicherheit habe ich kein Weisungsrecht ihnen gegenüber.

Ich gehe jedenfalls davon aus - und dies ist meine grundsätzliche Haltung dazu -, daß jener Beschuß, der 1993 einstimmig gefaßt wurde, auch umzusetzen ist. Dort, wo es für uns unmittelbar möglich ist, ist das geschehen, und dort, wo es noch durchzuführen ist, etwa bei Landesschulinspektoren, gehe ich davon aus, daß dies im Einklang mit dem Bund und den anderen Bundesländern erfolgen wird.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg. Mag. Franz Karl (ÖVP):** Herr Landeshauptmann! Die Besetzung des Abteilungsvorstandes im PI wurde nach Objektivierungskriterien vorgenommen, die Besetzung anderer Positionen offensichtlich nicht.

Wie steht der Stadtschulratspräsident zur Vollziehung des Gleichbehandlungsgesetzes und der Frauenförderung im Zusammenhang mit der letzten Besetzung im 18. und 19. Bezirk? (LhptmStvin. Grete Laska: Machen wir die Entscheidung der Beamten rückgängig?)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Landeshauptmann.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube nicht, daß es ein tatsächlich zielführender Beitrag ist, wenn man auf der einen Seite hergeht und die Objektivierung zu Recht einmahnt und auf der anderen Seite dort, wo man mit der personnel Entscheidung nicht besonders zufrieden ist, versucht, in Richtung von politischen Entscheidungen tätig zu werden.

Zunächst: Ich begrüße es und halte es für richtig, dieses Gleichbehandlungsgesetz, das wir hier mit großer Zustimmung beschlossen haben, natürlich auch zu exekutieren. Welchen Sinn hätte sonst die Beschlußfassung eines Gesetzes?

Nur, die Entscheidung über die Frage des Bezirkschulinspektors im 18. und 19. Bezirk hat damit schlicht gar nichts zu tun, Herr Abgeordneter, gar nichts, denn auch dort gibt es ein Objektivierungsverfahren, gegen das wahrscheinlich genauso viel oder genauso wenig einzuwenden ist wie bei dem Objektivierungsverfahren vor der Bestellung des Abteilungsleiters der Pädagogischen Akademie, wahrscheinlich genauso viel und genauso wenig dagegen einzuwenden ist wie bei anderen. Es mag sein, daß es ein anderes ist, aber es ist jedenfalls die Situation vorzufinden, daß es hier zwei Dreievorschläge gegeben hat, die auch eine Reihung darstellen, und jeweils der erste ist auch entsprechend empfohlen worden.

Das ist es auch schon. Und ich möchte Sie wirklich sehr bitten, bei allem hintergründigen Verständnis dafür, daß man natürlich versucht, politische Entscheidungen dort herbeizuführen, wo einem das recht ist, daß man das nicht allzu vordergründig auf der anderen Seite auch anlegt, denn das könnte dann unter Umständen Probleme geben.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Danke.

Wir kommen zur 3. Anfrage, gestellt vom Herrn Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz an den Herrn

Landeshauptmann. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, die Frage zu beantworten.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Zur Frage - zunächst einmal ist das ja noch nicht die Frage, sondern die Feststellung in der Einleitung der Frage, nämlich daß jüngste Ereignisse rund um den Flughafen Wien-Schwechat zeigen, welche Probleme der öffentliche Besitz von Wirtschaftsbetrieben mit sich bringt - gestehe ich zunächst zu, daß es durchaus denkmöglich ist, denn es ist gar keine Frage, daß öffentlicher Besitz noch nicht der Garant ist für absolut effizientes Wirtschaften. Aber auch der Umkehrschluß ist nicht per se zulässig, denn die Flughafen Wien AG ist ein denkbar schlechtes Beispiel dafür. Ich möchte doch auch bemerken, daß etwa der Aktionär Stadt Wien gemäß dem Aktienrecht in den letzten Jahren erhebliche Summen lukriert hat an Gewinn und sohin natürlich auch die wiederholt festgestellte Schädigung der Aktionäre durch die Flughafengesellschaft nicht stimmt und nicht eingetreten ist.

Ich nehme zur Kenntnis - ich persönlich habe den Rechnungshofbericht noch nicht gelesen, denn er steht mir ja nicht zur Verfügung, er steht ja lediglich zunächst dem Vorstand und den Aufsichtsräten zur Verfügung -, daß das, was ich den Medien entnehmen konnte über diesen Rechnungshofbericht wahrscheinlich in dem einen oder anderen Punkt richtig ist. Eine abschließende Meinung werde ich mir dann bilden können, wenn ich ihn gelesen habe.

Hingegen habe ich es für hochinteressant gefunden, daß man in jener Fernsehsendung, die vor nicht allzu langer Zeit gelaufen ist, ein Nahbild dieses Rechnungshofberichts, um es besonders zu verdeutlichen und darzustellen, gebracht hat, und da war oben zu lesen "Vie 21". Und das finde ich eigentlich ganz spannend, "Vie 21", denn die Rechnungshofvorberichte, Rechnungshofberichte sind ja lediglich an die entsprechenden Organe der Aktiengesellschaft gegangen, und der Rechnungshofbericht, der Rechnungshofbericht mit "Vie 21" ist an jenes Aufsichtsratsmitglied ergangen, das der Freiheitlichen Partei angehört, an den Rechtsanwalt von Herrn Dr. Haider. (Abg. Harry Kopietz: Das ist ein Wahnsinn!)

Jetzt ist es durchaus denkmöglich, daß dies natürlich auch eine besonders bösartige Kabale ist, daß man gerade den vorher kopiert hat, ihn der Presse übermittelt und dann die Nummer "Vie 21" diesem Aufsichtsrat übergeben hat. Das wird sicherlich noch eine interessante Diskussion, die - wem immer sei Dank - mich nicht betrifft, aber ich werde sie sicherlich auch noch genau verfolgen.

Ich halte daher fest: Wie immer es ist, wer immer das zu verantworten hat, es war dies jedenfalls eine Aktivität, die - aus meiner Sicht heraus gesehen - einen ganz klaren Vertrauens- und Rechtsbruch des zuständigen Organmitglieds darstellt, was sicherlich auch noch ein juristisches Nachspiel haben wird. Welche politischen Konsequenzen daraus zu ziehen sind, ist mit Sicherheit auch noch zu überlegen.

Ich darf daher die Frage selbst: "Welche Schritte werden Sie unternehmen, um den Anteil, den die Stadt Wien am Flughafen Wien-Schwechat hält, zu privatisieren?" so beantworten: Zurzeit keinen, denn die Stadt Wien hat einen hohen ökonomischen und wirtschaftlichen Vorteil aus dieser bescheidenen Beteiligung an der Flughafen Wien AG, und ich denke nicht daran, diesen kleinen Teil des Tafelsilbers zu verkaufen.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (F):** Es war die Antwort eine sehr weitgehende. Aber gut. (**Abg. Andreas Honay:** *Unangenehm war sie! - Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Ich möchte jetzt mit meiner Frage direkt hineingehen in diese umfassende Antwort, die - ich darf es sagen - nicht punktgenau das beantwortet hat. Wenn ich das richtig verstanden habe, Herr Landeshauptmann, war Ihre Antwort dahin gehend gerichtet, daß zwar das Management möglicherweise - so wie es im Rechnungshofbericht steht, den wir beide nur aus der Zeitung kennen - ein paar hundert Millionen Schilling verbraten hat, daß die den Bach hinuntergegangen sind, und daß der, der es sozusagen weitergegeben hat und einer interessierten Öffentlichkeit bekannt gemacht hat, der aber jedenfalls nichts mit dem Mißmanagement zu tun hat, in die Rolle des Schuldigen gedrängt werden soll, wer er es auch immer gewesen sein mag. Das kann es ja wohl nicht sein! (**Abg. Ing. Karl Svoboda:** *Das ist eine Argumentation!*)

Meine Frage an Sie, Herr Landeshauptmann, ist doch die: Da berichtet der Rechnungshof - wenn ich das den Zeitungen richtig entnehme -, daß mehrere hundert Millionen Schilling weder zweckmäßig noch sparsam, jedenfalls entgegen einem ordentlichen Management eingesetzt worden sind, und das verlangt natürlich nach Konsequenzen. Denn wie gut der Flughafen auch immer gearbeitet haben mag, was sonst in anderen Bereichen war, eines jedenfalls ist sicher: Das, was die Stadt Wien als Beteiligte lukriert hat, ist durch diese Mißwirtschaft deutlich weniger, als der Stadt Wien oder uns Wienern zusteht.

Meine Frage daher an Sie, Herr Landeshauptmann: Was werden Sie jetzt konkret unternehmen - nachdem Sie also die Zeit hatten oder Ihnen als Landeshauptmann der Rechnungshofbericht zugegangen ist und sich nun tatsächlich diese Vorwürfe, die da drinnenstehen, erhärten -, damit dieses Mißmanagement, das da offensichtlich existiert, beendet wird?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Landeshauptmann.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Also ich halte das schon für bemerkenswert, daß man vom offensichtlichen Mißmanagement spricht und gleichzeitig feststellt, daß wir beide - also auch du - den Rechnungshofbericht gar nicht kennen, sondern nur aus der Zeitung. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Nur aus der Zeitung. Also ist das, was in

der Zeitung darüber gestanden ist, sofort öffentliches Mißmanagement.

Ich halte es nicht so, sondern ich werde selbstverständlich abwarten, wie der Rechnungshofbericht ausschaut, und werde mir gemäß dem Prinzip, daß man auch die andere Seite zu hören hat, anschauen, was die andere Seite zu den konkreten Vorwürfen meint. Und dann ist zu entscheiden, wie jene beiden, von der Stadt Wien vorgeschlagenen und von der Generalversammlung gewählten Aufsichtsräte - beide - ihre Vorgangsweise im Aufsichtsrat selbst gegenüber dem Vorstand zu bestimmen haben. Denn allemal wählt noch die Generalversammlung die Aufsichtsräte, der Aufsichtsrat den Vorstand. Es unterliegt dem Aktienrecht und nicht der Geschäftsordnung des Magistrats. Und vor dem Hintergrund, nach der sachlichen Prüfung und der sachlichen Entscheidung, hat dann der Aufsichtsrat selbst eine allfällige Entscheidung über die Vorstände in Abwägung dessen, was sie verschuldet haben, zu treffen. Der Bericht erstreckt sich ja nur zum Teil über ihre eigentliche Amtszeit als Vorstände, was ja auch dezent noch hinzuzufügen ist. In Abwägung dessen, was beispielsweise in der jüngsten Bilanz an Erfolg ausgewiesen ist für diesen großartigen Flughafen in Wien, ist dann die Entscheidung zu treffen.

Da geht es nicht darum, daß man Unschuldige zu Schuldigen und Schuldige zu Unschuldigen stempelt, sondern Vorstände haben sich gemäß Aktienrecht bei solchen Prüfungen gegenüber ihrem Aufsichtsrat zu verantworten. Das wird selbstverständlich im gegenständlichen Fall auch sein.

Aber Aufsichtsräte haben auch ihrer Pflicht nachzukommen, gerade auch im Hinblick auf "Vie 21". Und da wird man jetzt nicht jemanden, wer immer "Vie 21" gewesen ist, plötzlich zum Unschuldsamm stempeln können. "Vie 21" wird sicherlich noch eine wichtige Diskussion in der Zukunft sein.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (F):** Ich glaube auch, daß die entscheidende Frage der Zukunft sein wird, ob die Aufsichtsräte, die das Management zu beobachten haben - und im konkreten Fall handelt sich um einen roten Generaldirektor und einen schwarzen Generaldirektor und einen Aufsichtsrat, der das kontrolliert -, ob nun, nachdem sich herausstellt, daß dort möglicherweise mehrere hundert Millionen Schilling verwirtschaftet worden sind, die Aufsichtsräte oder einer der Aufsichtsräte rechtzeitig ausgetauscht werden, damit die Manager im Amt bleiben können. Das werden wir uns sehr genau anschauen, ob die Stadt Wien oder ob die Generalversammlung diese Vorgangsweise wählt. Wir sind ja - und da weiß ich mich mit dem Wiener Landeshauptmann eins - interessiert, und die Stadt Wien ist interessiert, daß hier eine korrekte Abwicklung erfolgt und auch niemand Interesse daran haben kann, etwa Fehlentwicklungen in Millionenhöhe zu vertuschen.

**Meine Frage, Herr Landeshauptmann,** geht in eine weitere Richtung. Es gibt, wie ich den Zeitungen auch entnehme, ein zusätzliches Gutachten zum Rechnungshofbericht, nämlich das sogenannte Lechner-Gutachten. Wie werden Sie in dem Bereich vorgehen? Werden Sie sich das besorgen? Werden Sie auch das einer Prüfung unterziehen? Und wie haben Sie sich vorgestellt, die nächsten Schritte von sich aus, weil die Sache ja drängt, in Angriff zu nehmen?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Landeshauptmann.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Ich halte zunächst einmal fest: Ja, selbstverständlich haben wir beide ein ganz enormes Interesse daran, daß da nichts unter den Tisch gekehrt wird, nichts unter den Teppich gekehrt wird, weder allfälliges Verschulden von Vorständen noch Rechtsbruch von Aufsichtsräten. Nichts soll unter den Tisch gekehrt werden oder unter den Teppich. Das ist überhaupt gar keine Frage.

Aber ich bin gerne bereit, lieber Herr Klubobmann, ich bin sehr gerne bereit, ganz klar auch darüber zu reden: Nach welchen Kriterien erfolgt das Vorschlagsrecht der Stadt Wien für die Entsendung von Aufsichtsräten? Ich halte das für durchaus wichtig, daß wir in allererster Linie, ich meine nahezu ausschließlich, nein, überhaupt ausschließlich, in Zukunft nach der fachlichen Wirtschaftsqualifikation vorgehen sollten. Und da frage ich mich natürlich dann ernsthaft: Wie hat es in der Vergangenheit das eine oder das andere Mal, Herr Klubobmann, ausgeschaut gerade im Hinblick auf die gegenständliche Diskussion, die wir da zu führen haben?

Zur konkreten Frage: Nein, ich werde mich mit diesem Gutachten nicht beschäftigen, denn ich habe überhaupt kein Interesse daran, mich mit Gutachten unterlegener Mitbewerber bei dem Bau selbst zu beschäftigen. Für mich ist ausschließlich relevant der Rechnungshofbericht, die Entgegnung zum Rechnungshofbericht und die abschließende Bemerkung zum Rechnungshofbericht. Ich denke, daß Berichte des Rechnungshofs hinreichend dann auch die Grundlage für allfällige Entscheidungen zu sein haben. Und nicht ich bestimme das Tempo der Rechnungshofprüfung, sondern der Rechnungshof, Herr Klubobmann! (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Danke, Herr Landeshauptmann.

Wir gelangen nunmehr zur 4. Anfrage, gestellt von Herrn Abg. Ing. Karl Svoboda an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr.

Ich bitte Sie, Herr Stadtrat, die Frage zu beantworten.

**Amtsf. StR. Fritz Svhalek:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Widersprüche in der Öffentlichkeit sind genau der Ausdruck der intensiven internationalen Diskussion, die es zu diesem Thema gibt.

Es sind in der Ära der kommunistischen Regierungen Atomkraftwerke gebaut worden, die bei weitem

nicht den allfälligen Grundsicherheitsnormen entsprechen, abgesehen von unserer Grundhaltung, Atomkraftwerke überhaupt abzulehnen. Es ist daher seit Beginn einer neuen Demokratisierung in diesen Ländern eine ewige Diskussion im wahrsten Sinne des Wortes, ein Hin und Her zwischen jenen, die Sanierungen befürworten - leider massiv unterstützt durch westeuropäische Konzerne -, und jenen, die gemeinsam - ebenfalls wieder mit dem Westen, und auch Österreich gehört ja zu diesen Ländern - eine Kooperation suchen, um aus dieser Technologie auszusteigen.

Ich möchte daher klar sagen, daß wir als Land Wien, und zwar übereinstimmend, alle Fraktionen in diesem Haus, schon sehr oft klare Resolutionen und Beschußanträge gefaßt haben, um unsere Meinung zu artikulieren.

Und so ist es auch in der gegenständlichen aktuellen Diskussion, daß wir uns ganz klar dazu bekennen, weiterzukämpfen, um diese Atomkraftwerke, vor allem auch jene in der Nähe der österreichischen Grenze, entsprechend wegzubekommen.

Es ist in der Zwischenzeit auch gelungen, nicht zuletzt durch die Initiativen der Wiener Landesregierung und der entsprechenden Beschlüsse hier im Haus, daß in der Europäischen Union eine Arbeitsgruppe gegründet wurde zum Thema "Vorbereitung Osterweiterung", wo konkret mit Tschechien und Bulgarien - leider noch nicht mit der Slowakei, aber jedenfalls mit Tschechien und Bulgarien - das zu einem Thema gemacht wurde, wenn es um die Osterweiterung geht. Ich glaube, daß das ein erster Teilerfolg ist, ein wichtiger Schritt, und diese Diskussion um Mochovce zeigt ja deutlich, wie wichtig weitere Schritte sind.

Ich sage noch einmal, daß unsere Konzeption klar ist. Wir haben hier jede Unterstützung der Aufsichtsbehörden. Ein ganz wichtiger Punkt, der ja entsprechend auch in der Öffentlichkeit vertreten wird. Es gibt vielfältige Angebote Österreichs, aber auch insgesamt der EVU im Zusammenhang mit Kooperationsabkommen, und nicht zuletzt sind wir dabei und haben das auch schon durchgeführt, eine Beratung bei den technischen Kontrolleinrichtungen durchzuführen, sowohl im theoretischen wie auch im praktischen Bereich, um hier eine Umsetzung zu bekommen.

Und ganz wesentlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Abgeordneter, ist natürlich die technische Unterstützung, die es gibt, sowohl von seiten der Europäischen Union wie auch von der Bundesregierung, aber auch vom Land Wien.

Es ist daher ganz wichtig, dieses Engagement fortzusetzen. Die Stadt Wien, das Land Wien wird dieses Engagement weiterhin mit vollem Einsatz betreiben, auch deshalb, weil wir ja gerade zehn Jahre Tschernobyl begehen und damit eine Bilanz notwendig ist für weitere Schritte. Wir werden jedenfalls alle unsere Aktivitäten auch mit der Bundesregierung abstimmen, um hier international vorgehen zu können.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Wird keine Zusatzfrage gewünscht? - Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen nun zur 5. Anfrage, gestellt von Frau Abg. Inge Zankl, ebenfalls gerichtet an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr, und ich bitte Sie, die Frage zu beantworten.

**Amtsf. StR. Fritz Svhalek:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ihre Frage bezieht sich auf eine Problematik, die eine ganz existentielle für dieses Land und vor allem für die Stadt Wien ist.

Sie ergibt sich deshalb, weil schon bei der Grundleitung der Abfallwirtschaft des Bundes der Fehler gemacht wurde, verschiedene Strategien, und zwar die entscheidenden, nämlich die Vermeidungsstrategien, nicht im Bundesabfallwirtschaftsgesetz festzulegen, sondern letztendlich die Verantwortung in diesem Bereich Verordnungen, in erster Linie der Verpackungsverordnung, zuzuschieben.

Diese nicht sehr glückliche Konstruktion hat dazu geführt, daß diese Probleme, die um die ARA entstanden sind, aber auch andere entsprechende Bereiche wirklich nicht befriedigend gelöst sind und daher die Stadt immer wieder - und auch heute wieder - mit, wie ich glaube, berechtigter Kritik in verschiedenen Bereichen auftritt.

Ein besonders wunder Punkt in der ARA-Konstruktion ist der, daß es kein Mittel gibt, um Trittbrettfahrer, die nicht Mitglied der ARA sind, entsprechend ergreifen zu können. Letztendlich landet der Müll im Gemeindecontainer, und es führt zu einer Wettbewerbsverzerrung, unter der alle zu leiden haben.

Ich glaube aber, daß die Frage der ARA auch aus der Sicht gesehen werden muß, daß es eine mindere Kontrolle gibt, keine öffentliche Kontrolle. Wir haben ja schon lange hier gefordert, daß der Rechnungshof wirklich die Möglichkeit des Zugriffes hat, weil es in Wahrheit eine monopolistische Struktur ist und weil es - wie ich schon eingangs erwähnt habe - absolut wettbewerbsverzerrend ist. Letztendlich wird, wie sich auch gezeigt hat, das Potential, das gegeben wäre, um zu vermeiden, durch diese Form jedenfalls nicht ausreichend erreicht.

Dazu kommt, sehr geehrte Frau Abgeordnete, daß es einen erschweren Marktzutritt für neue Entsorger und Sammelunternehmer gibt, daß sich diese neuen Unternehmen immer mit der ARA-Brachenrecyclinggesellschaft verbinden müssen und daher entsprechende Schwierigkeiten auftauchen.

Es ist gerade im Zusammenhang mit der neuen Situation des europäischen Marktes sicherlich ein Hemmnis, diese Regelung in der Form zu haben. Es gibt fast keine öffentlichen Ausschreibungen. Sie können daher ersehen, wie schwierig es in manchen Bereichen ist, entsprechend zu agieren.

Und letztendlich, sage ich ganz offen, ist es so, daß noch immer, obwohl lange von der Stadt Wien gefordert, kein Kassasturz erfolgt ist, der entsprechend auflistet, wie es von der Seite der Konsumenten her ist.

Also insgesamt gesehen ist die Situation unbefrie-

digend, und es wird daher weiterhin der massiven Anstrengungen der Stadt Wien bedürfen, um mit dieser Verpackungsverordnung, mit dieser ARA den bestmöglichen Erfolg zu haben. Jedenfalls sind wir mehr als interessiert daran, daß hier sehr deutliche Schritte gesetzt werden.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Wird eine Zusatzfrage gewünscht? - Bitte.

**Abg. Inge Zankl (SPÖ):** Nachdem sich herausgestellt hat, daß diese derzeitige Lösung für die Stadt Wien nicht befriedigend ist und wir eigentlich immer gedacht haben, wir könnten das besser machen oder wir haben es vorher schon besser gemacht: Was für konkrete politische Maßnahmen, weitere Schritte können wir jetzt machen?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Stadtrat.

**Amtsf. StR. Fritz Svhalek:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Danke für diese Frage. Vor allem auch klarer und deutlich ausgedrückt: Gott sei Dank machen wir es besser, denn sonst hätte die ARA und die dazugehörige Problematik schon zu einer sehr schwierigen Situation geführt. Wenn wir heute sehen, daß - nicht zuletzt durch die sinnvolle Leistung der Stadt Wien - nur mehr etwa 6 Prozent dort deponiert werden müssen, dann zeigt sich ja deutlich, daß wir mit unserem Konzept, mit unserem Abfallwirtschaftskonzept einen richtigen Weg eingeschlagen haben.

Ich glaube aber, daß es hoch an der Zeit ist - und ich beziehe mich hier auf eine entsprechende Expertenrunde, auch im Umweltministerium, an der auch der Herr Bundesminister Bartenstein teilgenommen hat -, daß jetzt der Zeitpunkt reif ist, nicht zuletzt aufgrund der neuen Bundesregierung, die ja endgültig steht, die verschiedenen Vorschläge, die es gibt, auch aufzunehmen.

Daher kann ich mir den Weg der nächsten Wochen so vorstellen, daß die Vorschläge, die die Stadt Wien übermittelt hat und immer wieder darlegt, die Vorschläge auch der Arbeiterkammer, selbstverständlich auch die Vorschläge der Wirtschaftskammer entsprechend berücksichtigt werden.

Ich fordere daher auch von dieser Stelle, im Sinne auch der Expertenhearings vom Ministerium selbst, eine rasche Veränderung der Verpackungsverordnung, eine Verpackungsverordnung, die auch wirklich durchsetzbar ist und entsprechend überschaubar ist. Nicht zuletzt muß damit ja auch eine umfassende politische Willensbildung eintreten, die ein deutliches Signal hat: Es ist entscheidend, zu vermeiden. Alle anderen Diskussionen sind sicher zweitrangig.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Es wird keine zweite Zusatzfrage gewünscht.

Wir kommen zur 6. Anfrage, gestellt von Frau Abg. Hannelore Weber an den Landeshauptmann. - Herr Landeshauptmann, ich bitte, die Frage zu beantworten.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Nach den mir von der MA 22 vorliegenden Informationen gibt es keine Säumigkeit der Stadt Wien im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Richtlinie

90/313 EWG, betreffend die Informationspflicht über Umwelt, denn von der Europäischen Kommission wurde bei Gesprächen mit einer österreichischen Delegation am 25. und 26. Jänner in Wien festgestellt, daß die zitierte EU-Richtlinie über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt 90/313 EWG durch das Landesauskunftspflichtgesetz umgesetzt ist.

Ich halte nichtsdestotrotz fest, daß für die Bundesvollziehung das Bundesumweltinformationsgesetz real existiert, im Landesbereich die Vorschriften wie etwa das von mir zitierte Landesauskunftspflichtgesetz, aber auch das Abfallwirtschaftsgesetz, das Wiener Umweltschutzgesetz und das Wiener Naturschutzgesetz, nach denen in allen Fällen umweltrelevante Berichte zu geben sind.

Darüber hinaus darf ich erinnern an die ja noch gerale Zeit zurückliegenden gemeinsamen Aktivitäten im Hinblick auf die Darstellung der Luftsituation, sowohl was die Emissions- als auch die Immissionsseite betrifft.

Ich kann also zusammenfassend feststellen, daß sowohl von der offiziellen Seite der Europäischen Kommission als auch von der Sache selbst her - was ja nicht immer das gleiche sein muß - in Wien keine Säumigkeit im Hinblick auf die Umsetzung dieser Richtlinie besteht.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Abgeordnete.

**Abg. Hannelore Weber (GRÜNE):** Ich kann natürlich jetzt das nicht überprüfen, was Sie mir gesagt haben, denn ich habe keine Kenntnis von dieser Entscheidung oder Zustimmung der EU, da mir das halt auch hier nicht schriftlich vorliegt. Es wäre sehr nett gewesen, wenn Sie das vielleicht auch den Klubs zur Verfügung gestellt hätten.

Ich komme jetzt zur Angelegenheit selbst zurück. Ich bin der Meinung, daß hier vielleicht auch die EU etwas falsch informiert wurde. Ich kann es, wie gesagt, nicht beurteilen, weil mir die Unterlagen fehlen.

De facto ist es so, daß das Auskunftspflichtgesetz - wir haben das voriges Jahr schon einmal moniert - ja nur dazu dient, daß Informationen gegeben sind, daß es aber nicht die Möglichkeit gibt, wirklich in Unterlagen Einsicht zu nehmen, Bescheide zu bekommen, Daten zu bekommen und sich Begleitscheine anzuschauen. Das ist einmal ein Faktum.

Und Herr StR. Svhalek hat ja voriges Jahr bereits gesagt, daß das alles ein fließender Prozeß ist und das letzte Wort noch immer nicht gesprochen wäre.

Konkretes Beispiel: Bei uns laufen die Telefone heiß. Menschen wollen eine Information nach dem Umweltinformationsgesetz und bekommen sie nicht.

Ganz konkret: Vor einem Jahr wollte eine Dame von der MA 22 Unterlagen zur Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. Sie hat sowohl das Bundesumweltinformationsgesetz, als auch das Auskunftspflichtgesetz bei ihrem schriftlichen Antrag angegeben, und bis heute hat sie noch nicht einmal irgendein Schreiben seitens der Stadt Wien oder der MA 22 bekommen.

Jetzt frage ich Sie: Kann das daher kommen, daß eben die Stadt Wien meint, sie brauche kein Umweltinformationsgesetz und daher brauche sie auch keine Anfragen in diesem Sinne zu beantworten?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Herr Landeshauptmann, würden Sie die Frage beantworten, ob Sie die Einschätzung teilen.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Das ist der Schluß vom Einzelnen aufs Ganze. Ich erinnere mich dunkel zurück, in der 7. Klasse Mittelschule im Philosophieunterricht gelernt zu haben, wie unzulässig selbiger ist.

Ich weiß nicht, was in diesem einzelnen und gegenständlichen Fall passiert ist, warum diese Anfragebeantwortung nicht erfolgt ist. Aber ich weiß sehr gut, wie groß und wie lange die Literaturliste ist zur Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, die wahrscheinlich die bestuntersuchte Anlage ist auf der ganze Welt. Berge von Literatur gibt es. Es gibt eine öffentliche große Tafel am Joachimsthalerplatz, wo man permanent die täglichen Emissionen entnehmen kann. Es gibt im Internet die Möglichkeit, sich die Flötzersteigemissionen entsprechend anzuschauen. Also ich glaube, daß es eine ganze Menge und eine Fülle von Informationen gerade auch über die Emissionen von Müllverbrennungsanlagen gibt (*Abg. Heinz Hufnagl: Leicht zugänglich!*), und ich könnte daher nicht verstehen, daß man diese Auskünfte nicht auch im Detail gibt. Wenn dem so gewesen wäre, daß diese Frage der Bürgerin hier nicht beantwortet wurde, dann tut es mir leid. Und wenn ich kehrum davon Erfahrung bekomme, werde ich selbstverständlich die MA 22 im außerordentlichen Ausmaß bitten, hier natürlich auch ihrer Auskunftspflicht nachzukommen, notabene, wo nicht der geringste Anlaß dazu bestehen könnte und auch nur denkbar wäre, hier mit irgend etwas hinter dem Berg zu halten. Es gibt nichts Öffentlicheres als die Emissionsdaten der Müllverbrennungsanlagen in Wien! (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg. Hannelore Weber (GRÜNE):** Also ich habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen: Wenn eine Bürgerin dieser Stadt schriftlich im Sinne des Umweltinformationsgesetzes und des Auskunftspflichtgesetzes einen Antrag an die MA 22 stellt, daß sie Auskunft haben will über die Genehmigungsbescheide, über die Emissionen der Anlage Flötzersteig, daß sie dann zum Flötzersteig fahren und sich dort die Tafel anschauen soll. Die Dame ist nämlich aus dem 4. Bezirk zum Beispiel. Und wenn das wirklich der Sinn ist und wenn das wirklich das Bürgerservice der Stadt Wien ist, dann sollte man dieser Dame das vielleicht auch schriftlich mitteilen und nicht darauf warten, daß ich nach einem Jahr fragen muß, was denn eigentlich los ist.

Herr Bürgermeister! Ich nehme an, daß das wirklich sehr kurios ist, was Sie jetzt gesagt haben, daß Sie das selber jetzt begriffen haben, daß einfach Menschen, die eine Auskunft haben wollen, dann automa-

tisch zu irgendwelchen Tafeln, zu irgendwelchen Berichten gehen sollen, worüber man sie ja gar nicht informiert, was sie tun könnten. Außerdem finde ich es eine Zumutung, daß Sie sagen, die Leute sollen sich das und das anschauen, sie sollen dort und dort hingehen, wenn man ihnen das schriftlich nicht einmal beantwortet und sagt, diese Möglichkeiten gäbe es.

Noch einmal: Unserer Meinung nach ist das Umweltinformationsgesetz notwendig. Wir werden hier weitere rechtliche Schritte unternehmen, und ich denke, daß es diese Umweltmusterstadt doch nicht nötig hat, daß sie seitens des EuGH in dieser Richtung eine Klage bekommt.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Sie haben jetzt keine Frage gestellt.

**Abg. Hannelore Weber (GRÜNE):** Ich kann die Frage natürlich noch anders formulieren: Will der Herr Bürgermeister wirklich, daß eventuell von der Bundesebene beziehungsweise vom EuGH jetzt die Stadt Wien in die Pflicht genommen wird, daß hier ein Wiener Umweltinformationsgesetz endlich zum Tragen kommt? Ich frage mich ja nur, warum Bundesländer wie Vorarlberg und Salzburg solche Gesetze bereits haben.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Ich bitte, Herr Landeshauptmann, diesen Teil der Frage zu beantworten.

**Lhptm. Dr. Michael Häupl:** Meine lieben und geschätzten grünen Freunde! Irgend etwas müßt ihr heute an den Ohren haben. Denn es ist nicht einmal eine selektive Wahrnehmung, sondern es ist überhaupt nicht einmal die Rede davon gewesen, daß ich gesagt habe, jemand, der eine Anfrage stellt an die Magistratsabteilung 22 oder an irgendeine andere Magistratsabteilung, soll auf den Flötzersteig fahren und sich die Rauchgase anschauen. Ich bin doch nicht bescheuert, bittel! (*Abg. Hannelore Weber: Ich habe Sie ja gefragt als Landeshauptmann!*) Wenn ich Eitelkeit habe, dann ist es eine intellektuelle Eitelkeit. Das ist eine Beleidigung meiner Intelligenz! Es ist gar keine Rede davon.

Ich bitte daher, liebe Frau Abgeordnete, noch einmal, einfach zur Kenntnis zu nehmen: Ich habe hier Beispiele gebracht dafür, wie öffentlich die Daten, die Emissionsdaten von Müllverbrennungsanlagen sind. Sollte es tatsächlich der Fall gewesen sein, daß diese Bürgerin keine Auskunft bekommen hat, so habe ich hier gesagt, bedauere ich das. Ich werde mir das selbstverständlich sofort anschauen und werde das auch entsprechend nachholen. Denn selbstverständlich will ich niemandem, auch wenn er im 4. Bezirk wohnt, zumuten, daß er deswegen jetzt auf den Flötzersteig hinauffahren muß oder sich einen Computer kaufen muß oder eine der Publikationen der Stadt Wien lesen sollte oder die Zeitungen lesen sollte, wo es überall drinnensteht. Alles das braucht er selbstverständlich nicht zu tun, er hat das Recht darauf, daß er Auskunft von der Magistratsabteilung bekommt. Aber genau das habe ich vorher auch gesagt.

Also ich bitte nicht böse zu sein wegen des viel-

leicht etwas flotten Spruches, den ich hier von mir gegeben habe, daß ihr etwas an den Ohren haben müßt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Selbstverständlich schauen wir uns das genau an, was im Hinblick auf Umweltinformation, an rechtlichen Grundlagen dafür, allfällig durch die bisherigen Rechtsbestimmungen der Stadt Wien, also das Auskunftsgebotsgesetz, Abfallwirtschaftsgesetz, Naturschutzgesetz, Umweltgesetz, nicht abgedeckt ist. Wenn da etwas offen ist, dann habe ich überhaupt nichts dagegen, ein zusätzliches Gesetz hier auch noch zu befürworten - zu befürworten, mehr kann ein Mitglied der Exekutive ja nicht tun -, also zu befürworten, daß das auch noch geschaffen wird.

Aber wir sollten uns auch eines Überlegen: Wir diskutieren relativ oft - zum Beispiel auch mit Herrn Prof. Karl, den ich nicht nur deswegen und für dieses Engagement schätze -, daß wir einfach viel zu viele Regulierungen in unserem Zusammenleben ohnehin haben. Also denken wir vielleicht dann darüber nach, wie wir allfällig das Auskunftsgebotsgesetz so ändern, daß diese partikulären Punkte, die offen sein könnten, dadurch abgedeckt sind. Aber hören wir endlich auf, permanent diese ganze Gesellschaft durchzuregulieren, und seien wir froh, daß wir eher Gesetze abschaffen, als daß wir neue schaffen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Danke, Herr Landeshauptmann.

Wir kommen somit zur 7. Anfrage, gestellt vom Herrn Abg. Dr. Hawlik an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr. Ich bitte Sie, Herr Stadtrat, die Frage zu beantworten.

**Amtsf. StR. Fritz Sylhalek:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie bekannt ist, wurden in der Vergangenheit bei zahlreichen Überprüfungen seitens der Magistratsdirektion, Hilfsmaßnahmen - Dezernat Sofortmaßnahmen, der MA 22 und vor allem auch des Magistratischen Bezirksamtes für den 2. Bezirk illegale Müllablagerungen auf dem Areal des Nordbahnhofes vorgefunden.

Aufgrund dieser Erhebungen wurden vom Magistratischen Bezirksamt für den 2. Bezirk bis dato weit über 200 Beseitigungsaufträge nach dem Abfallwirtschaftsgesetz und nach der Reinhaltkundmachung der Stadt Wien erteilt. Soweit der Verursacher nicht mehr feststellbar war, wurden die Österreichischen Bundesbahnen als Liegenschaftseigentümer herangezogen. Diese haben gegen sämtliche an sie gerichteten Behandlungsaufträge Berufung erhoben, wobei die Erhebungen im Zuge des Berufungsverfahrens ergaben, daß die Ablagerungen letztendlich doch beseitigt wurden.

Wie bei der letzten, am 21. März 1996 von der MA 22 am Nordbahnhofgelände durchgeföhrten Erhebung festgestellt werden konnte, hat sich die Situation, die illegalen Müllablagerungen betreffend, gebessert. Es konnten zu diesem genannten Zeitpunkt keine erheblichen Verunreinigungen durch Müllablagerungen festgestellt werden, und von den vorgefundenen Ver-

unreinigungen - es handelt sich um Abfälle wie Verpackungsmaterial, Bauschutt, Bauholz et cetera - konnte keine Gefährdung des Grundwassers festgestellt werden.

Die Verbesserung der Situation wurde unter anderem dadurch erreicht, daß die Österreichischen Bundesbahnen nunmehr das Nordbahnhofgelände durch zwei Portiere an den Hauptzufahrten Ofnergasse und Lassallestraße überwachen lassen. Auf dem Gebiet der ehemaligen Firma Erkona wurden zusätzlich weitere Autowracks vorgefunden. Diese Ablagerungen sind vor allem deshalb möglich, da dieses Gelände eine Zufahrtmöglichkeit über die Innstraße hat, die von den ÖBB nicht überwacht wird.

Sämtliche Bescheide vom Magistratischen Bezirksamt für den 2. Bezirk bezüglich Beseitigung wurden ebenfalls wieder in Auftrag gegeben.

Dazu kommt, daß das Grundstück einen Problemkreis hat, das ist der Petroleumhof, wo es tatsächlich kontaminierte Bereiche gibt. Die entsprechenden Forderungen und Untersuchungen seitens der Stadt Wien wurden des öfteren an die ÖBB herangetragen, und es erscheint aus unserer Sicht in bewährter Form eine allfällige Umschließung des Altlastenbereiches als sinnvoll. Die Kostenvariante aus heutiger Sicht, ohne jetzt zusätzliche Prüfungen vorwegzunehmen und ohne vorwegzunehmen, zu welchen Ergebnissen Experten der ÖBB kommen, wären in der Größenordnung von 160 Millionen Schilling, mit allfälligen jährlichen Folgekosten von 1,2 Millionen Schilling.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Johannes Hawlik (ÖVP):** Herr Stadtrat! Wie bekannt, ist ja dieses Gebiet eigentlich ein Hoffnungsgebiet für die innere Stadterneuerung. Seit längerem liegt uns auch das Ergebnis eines Wettbewerbs vor, und es wäre gerade in einer Zeit, wo Arbeitsplätze gesucht werden, besonders notwendig, dort auf der einen Seite Wohnungen, auf der anderen Seite Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Tatsache der Altlastensanierung ist nicht neu. Ich habe darauf mehrfach hingewiesen.

Mich hat gewundert, daß der Herr Bürgermeister in seiner letzten Anfragebeantwortung unserer dringlichen Anfrage gemeint hat, auf dem Gelände würden sogenannte eisenbahnaffine Unternehmen - so hat er sie genannt - angesiedelt worden sein.

Jetzt meine Frage: Diese Unternehmungen müssen abgesiedelt werden, wenn das Grundstück verkauft ist, aber sie sind mit Bewilligung der Gemeinde Wien teilweise erst im letzten Jahr angesiedelt worden. Halten Sie solche Maßnahmen für sinnvoll, daß man, wenn man ein Grundstück erwerben will, ein Jahr vorher seitens der Gemeinde Wien Bewilligungen für Unternehmungen erteilt, die man eigentlich absiedeln müßte?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Stadtrat.

**Amtsf. StR. Fritz Svhalek:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Aufgrund unserer Rechtsgrundlage stellt sich nicht immer die Frage, was sinnvoll oder nicht sinnvoll ist. Tatsächlich ist es so, daß hier entsprechende Ansüchen vorhanden waren, die dann ordnungsgemäß - auch von den bestehenden Gesetzen her - abgewickelt wurden.

Grundsätzlich ist es so, daß Sie recht haben, daß dies ein notwendiger und wichtiger Entwicklungsschritt für die Stadt Wien ist. Wir haben daher aus den vorher zitierten Gründen die ÖBB sowie alle anderen noch eruierbaren Besitzer auch von der ökologischen Seite her ganz klar auf den Umstand hingewiesen und eine entsprechende Forderung nach Sanierung eingeleitet.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte.

**Abg. Dr. Johannes Hawlik (ÖVP):** Herr Stadtrat!

Man könnte natürlich der Theorie anhängen, daß man es sich mit einem Verkäufer nicht anlegen will und eine Strategie anlegt, wie man besonders freundlich mit ihm umgeht.

Jetzt scheint es aber so zu sein, daß diese freundliche Tour mit den ÖBB völlig ins Negative gegangen ist, weil man sich bis heute nicht über einen Kaufpreis einigen kann. Im letzten Umweltausschuß haben wir aber die Strategie der Freundlichkeit gegenüber den ÖBB auf dem Gebiet verlängert, indem wir einen Zusatzvertrag abgeschlossen haben, daß die Zufahrt zu den ÖBB-Wohnhäusern, die in dem Gebiet vorhanden sind, sozusagen vorfinanziert und auf die Nachfolge der möglichen Bewohner zurückübertragen wird.

Halten Sie das langfristig gesehen nicht für die falsche Strategie, daß man den ÖBB hinten und vorne alles hineinschiebt, letztlich den Preis nicht erzielt und das Grundstück, das man ganz notwendig braucht, nicht bekommt?

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Bitte, Herr Stadtrat.

**Amtsf. StR. Fritz Svhalek:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich sehe das anders. Ich glaube, daß es einen wesentlichen Unterschied zwischen der von Ihnen richtig zitierten Maßnahme, die der kurzfristigen und auch mittelfristigen Infrastruktur dient, und dem, was die Stadt Wien gegenüber den ÖBB an klaren Forderungen erhebt, gibt.

Ich halte es nicht für besonders freundlich - ich sage das ganz offen -, wenn wir 200 Beseitigungsaufträge nach dem Abfallwirtschaftsgesetz und nach der Reinhaltkundmachung der Stadt Wien erteilt haben. Darin sehe ich also keine Freundlichkeit, weil ich der Auffassung bin, daß diese Zahl für sich spricht. Ich sehe auch keine Freundlichkeit darin, daß wir mit den ÖBB sehr hart verhandeln.

Eine Freundlichkeit wäre es gewesen, die teilweise unverschämten Forderungen der ÖBB zu Lasten der Wiener Steuerzahler erfüllen zu wollen.

Ich glaube daher, daß zwischen einer Infrastrukturmaßnahme, zu der wir uns bekennen, und zwischen den harten Auseinandersetzungen zum Beispiel im Zu-

sammenhang mit der ökologischen Situation des Areals, aber auch im Zusammenhang mit den harten Verhandlungen, wenn es um dieses Gelände beziehungsweise um die S-Bahnen geht, die Freundlichkeit, welche Sie ansprechen, nicht vorhanden ist.

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Die Fragestunde ist somit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß an schriftlichen Anfragen von den Abgeordneten der Grünen - Grüne Alternative Wien eine Anfrage, von der Österreichischen Volkspartei zwei und von den Freiheitlichen eine vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn ist von den Landtagsabgeordneten der Österreichischen Volkspartei ein Antrag eingelangt.

Den vier Fraktionen wurde dieser Antrag vor Sitzungsbeginn schriftlich bekanntgegeben und wird überdies dem Sitzungsprotokoll im Wortlaut beigefügt. Die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Die Abgen. Ing. Karl Svoboda, Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz, Johannes Prochaska, Dr. Peter Pilz, Rudolf Hundstorfer, Ingrid Smejkal, Josefa Tomsik, Dr. Erwin Hirnschall, Mag. Franz Karl, Ingrid Kariotis und GenossInnen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien, Wiener Stadtverfassungsgesetz, und die Wiener Gemeindewahlordnung 1996, geändert werden, eingebracht.

Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Bürgerdienst, Inneres und Personal zu.

Bevor wir die unter der Postnummer 1 vorgesehene Wahl vornehmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden.

Gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag sind Wahlen mittels Stimmzettels vorzunehmen, wenn es der Landtag nicht mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt.

Ich schlage vor, die vorgesehene Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen, und bitte jene Damen und Herren des Landtags, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist somit einstimmig beschlossen. Ich werde daher so vorgehen.

Frau Gerda Jerabek ist durch Mandatsverzicht aus dem Unvereinbarkeitsausschuß ausgeschieden. Der entsprechende Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs lautet auf Frau Abg. Martina Malyar.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so angenommen.

Der Herr Amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr hat sich gemäß § 17 der Geschäftsordnung zu einer Mitteilung zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Amtsf. StR. Fritz Svhalek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aufgrund von aktuellen Ereignissen im Zusammen-

hang mit wichtigen Fragen der Umweltpolitik ist es notwendig, aus meiner Sicht eine Mitteilung abzugeben, um im Zuge dieser Mitteilung auch die Strategie und die entsprechende Vorgangsweise der Wiener Landesregierung darzulegen.

Der erste Bereich, der von besonderer Aktualität ist, zu sehr heftigen öffentlichen Diskussionen geführt hat und noch führen wird, ist die Diskussion um eine allfällige Abgabe des Bundeslands Steiermark - Wasser betreffend - mit all seinen Konsequenzen für das Bundesland Wien.

Ich glaube, daß gerade in diesem Zusammenhang grundsätzlich bemerkt werden muß, daß die Vorgangsweise der Steirer eine besonders peinliche Aktualität erreicht hat. In einer nächtlichen Sitzung der steirischen Landesregierung wurden in Ermangelung eines Budgetvollzugs einige hundert Millionen mit einer Wasserabgabe - oder wie man es immer formulieren möchte - dargestellt. Und bis heute war das Amt der steiermärkischen Landesregierung - weil sie ihn nicht hat - nicht einmal in der Lage, einen Entwurf vorzulegen, um rechtliche Prüfungen anzustellen.

Ich sage das in aller Offenheit, damit man sieht, in welcher peinlichen Form vom Bundesland Steiermark hier eine öffentliche Diskussion geführt wird. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch dazu am UNO-Weltwassertag, der ein besonders wichtiges Ereignis ist.

Das zeigt - lassen Sie mich das grundsätzlich bemerken -, daß die Wasserproblematik insgesamt, aber natürlich auch speziell für Österreich, eine der entscheidenden Fragen der Zukunft sein wird.

International wurde der Bedeutung des Wassers in den 80er Jahren im Brundlandt-Report bereits große Bedeutung eingeräumt, sowohl die soziale Situation der Menschen betreffend als auch die Angst und die Gefahr vor möglichen kriegerischen Auseinandersetzungen um das wertvolle Gut Wasser.

Ich sage daher wirklich betroffen, es ist aufgrund dieser sehr wichtigen gemeinsamen internationalen Zusammenarbeit besonders peinlich, daß die steirische Landesregierung in ihrer chaotischen Haltung zu ihrem eigenen Budget am UNO-Weltwassertag eine so unausgegorene Idee darlegt.

Umso wertvoller und wichtiger, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte des Bundeslandes Wien zur Wasserversorgung. Sie ist - wie ich glaube - weltweit einmalig.

Wir haben unsere Aktivitäten auf vier Ziele orientiert: auf die Sicherung des Bestands, auf die Vorsorge für die Zukunft, auf die Erhöhung der Versorgungssicherheit und auf sinnvolle Wassersparmaßnahmen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß gerade diese aktuelle Diskussion zeigt, wie notwendig und wichtig es ist, daß wir uns auf unsere eigene Kraft verlassen und dies auch in Zukunft verstärkt tun.

Ich sage daher ganz klar, meine sehr geehrten Da-

men und Herren, nein zu diesem Raubrittertum des Bundeslandes Steiermark. An die Adresse der führenden Politiker aller Parteien in der Steiermark sei gesagt, daß Wien das sicher nicht akzeptieren und zahlen wird. Wir werden alle Instanzen, die der Rechtsstaat bietet, durchlaufen, um das, was in einer peinlichen Aktion von der Steiermark gemacht wurde, entsprechend zu verhindern.

Wir können davon ausgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir diesen Kampf gemeinsam - und ich glaube, daß wir hier gemeinsam vorgehen werden - gewinnen werden. Allein die Tatsache, daß es bis heute keinen Gesetzesentwurf gibt, der uns übermittelt wurde, um ihn überhaupt beurteilen zu können, zeigt, auf welchen schwachen Beinen diese Ankündigung steht.

Meine Damen und Herren, umso mehr glaube ich, daß diese Ereignisse aufzeigen, wie wichtig unsere eigene Stärke und Unabhängigkeit ist. Die allen im Landtag vertretenen Parteien übergebene Leitlinie "Unser Wasser 2010" ist daher der richtige Weg. Ich bin froh, daß wir diese Maßnahmen schon sehr lange, speziell in den letzten Monaten verstärkt, eingeleitet haben, zum Beispiel die Vorsorge und Sicherung, auch für allfällige Krisenfälle.

Ich erinnere an die Leitlinie "Unser Wasser 2010" im Zusammenhang mit dem Grundwasserwerk Lobau und der Errichtung der Sperrbrunnenröhre zur Absicherung, die Errichtung und den Bau des Grundwasserwerks Donauinsel mit seinen acht Brunnen, die Adaption des Grundwasserwerks Nußdorf im Zusammenhang mit dem Kraftwerk Freudensau, und in den letzten Monaten wurde von der Stadt Wien eine Expertengruppe zur Beschleunigung der Verhandlungen für die III. Wiener Wasserleitung eingesetzt, um den lahmenden Wasserrechtsverhandlungen des Bundes endlich den notwendigen Drive zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, daß das sehr klare Schritte sind, die Wien hier eingeleitet hat und auch durchführt.

Zusätzlich ist es uns gelungen - und das ist international ein hervorragender Wert -, daß wir mit unserem Sanierungskonzept im Rohrnetz in den letzten Jahren die Wasserverluste von 23 Prozent auf 8 Prozent senken konnten.

Unsere Initiative einer eigenen Gruppe zur Überprüfung der Innenanlagen mit entsprechenden Empfehlungen von Reparaturen an die Besitzer hat ebenfalls schon Wirkung gezeigt.

Die Einführung der sogenannten Obsorgepflicht durch die Stadt Wien, die den Hauseigentümer verpflichtet, mindestens einmal im Quartal die ordnungsgemäße Funktion der Innenleitungen zu überprüfen, ist ebenfalls ein wichtiger Schritt.

Dazu kommt, daß wir - wie bekannt ist - politisch auch umgesetzt haben, keine entsprechenden Genehmigungen von Durchlaufkühlanlagen mehr auszustellen. Die ständige Kontrolle der Transportleistungen der Behälter und der Pumpwerke garantiert uns, daß der

Wasserverbrauch sehr niedrig gehalten wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich erinne-re auch daran, daß die Stadt Wien ständig und intensiv - nicht nur bei aktuellen Anlässen wie dem UNO-Weltwassertag - zum Wassersparen aufruft. Ich bitte Sie, dies den aktuellen Broschüren - von denen ich Ihnen ein großes Paket mitbringen könnte - zu entnehmen.

Wir haben in der Öffentlichkeit unsere Vorstellungen immer wieder ganz klar präsentiert, etwa mit unseren Tips zum Wassersparen, mit unseren konkreten Vorschlägen im Zusammenhang mit Ausstellungen beziehungsweise mit der neu eingerichteten großartigen Wasserbehälterausstellung auf der Schmelz, die wir neu überarbeitet haben. Dabei handelt es sich um ein großartiges Werk, von dem ich glaube, daß sich alle Damen und Herren dieses Hauses dort einmal aufhalten sollten. Wir haben auch ganz klar gesagt, für den Haushalt WC-Spülungen mit Stoppvorrichtungen anzukaufen, die Sanierung vorzunehmen, wo es notwendig ist, die sofortige Reparatur tropfender Wasserhähne, die Wasch- und Spülmaschinen nur halbvoll einzusetzen, die Gartenbewässerung, wo keine Brunnen vorhanden sind, am Abend und nicht oftmals am Tag durchzuführen und so weiter, nicht zuletzt auch die Frage des Autowaschens, wo man zu den Profis - nämlich in die Waschstraßen - fahren sollte, bei denen ordnungsgemäß entsorgt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden sehr bewußt, auch wenn wir immer wieder zum Wassersparen aufrufen und es auch im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion nicht oft genug wiederholt werden kann, am 20., 21. und 22. Mai dieses Jahres die sogenannten Wassersparaktionstage durchführen, wo wir diese Tips - natürlich ergänzt um viele andere, die ich in der Kürze der möglichen Zeit nicht alle darstellen kann - in der Öffentlichkeit entsprechend groß präsentieren werden.

Ich lade heute schon alle Fraktionen ein, bei diesen Aktionstagen zum Wassersparen am 20., 21. und 22. Mai dieses Jahres mitzutun, weil ich glaube, daß sich diese Aktion für eine sachlichen Diskussion eignet und nicht zu Polemik führen sollte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird in diesem Zusammenhang auch immer wieder die Frage der Nutzwasserleitungen angesprochen.

Dabei möchte ich vor Illusionen warnen. Ich glaube, daß man hier sehr behutsam vorgehen muß und möchte nicht verhehlen, daß das von unserer Warte aus nur dann sinnvoll und notwendig erscheint, wenn es aus wirtschaftlichen und hygienischen Gründen wirklich sinnvoll ist.

Ich möchte hier bewußt einen Steirer zitieren, um aktuell zu sein, nämlich Herrn Universitätsprofessor Dipl.-Ing. Dr. Helmut Renner, den Leiter des Instituts für Siedlungswasserwirtschaft an der TU Graz.

Er sagt - ich zitiere wörtlich -: "Neben den sinnvollen Maßnahmen zur Senkung des Trinkwasserbedarfs" - einige habe ich vorher ausgeführt - "werden immer

wieder Möglichkeiten in die Diskussion eingebracht, die aus wirtschaftlichen und hygienischen Gründen ablehnen sind. Dazu gehört der Vorschlag, für Haushalte ein zweites Wasserleitungsnetz für Brauchwasser zu installieren. Wenn man bedenkt, daß in der Küche, im Badezimmer und für das Waschen der Leibwäsche unbedingt hygienisch einwandfreies Wasser bereitstehen muß, verbleibt ausschließlich eine Brauchwassernutzung für die Toilette und allenfalls für die Raumreinigung. Die horrenden Kosten eines zweiten Wasserleitungsnetzes und der gesamten Hausinstallationen wären ein absolut ökonomischer Unsinn."

Wie Sie daraus ersehen haben, wäre das letztendlich auch ein ökologischer Unsinn. Das heißt, Nutzwasserleitungen wirklich nur dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, es sollte nicht zu einer Fehlfrage gemacht und den Leuten falsche Argumente eingetragen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist in diesem Zusammenhang auch wichtig und gerade in dieser öffentlichen Diskussion mit der Steiermark deutlich aufzuzeigen, daß es ein Märchen ist, wenn davon gesprochen wird, daß die Stadt Wien einen Milliardengewinn hat.

Ich möchte jene, die in den letzten Jahren von einer Milliarde Gewinn gesprochen haben - und sie sollten die Zahlen kennen, denn ich glaube, daß in allen Gruppen des Hauses Experten betreffend Zahlen sind -, sehr deutlich darauf hinweisen, daß die Stadt Wien extrem nach den Empfehlungen des Rechnungshofs vorgeht und deshalb im Wasserpreis neben den Betriebs-, Personal- und Verwaltungskosten auch die Wertabschreibung sowie die Verzinsung des Anlagevermögens einzurechnen sind. Daher verbleibt der Stadt Wien nur ein Überschuß von 70 Millionen Schillingen, der in die MA 49 für die Schutzforste transferiert wird.

Wir haben unsere Schutzforste aus ganz klaren Gründen, nämlich um unser Wasser zu sichern. Wir wissen, daß wir besondere Auflagen haben, wenn es um den Schutz unseres Trinkwassers geht. Das bedeutet zum Beispiel, daß wir im Schutzforstgebiet keine schweren Geräte verwenden dürfen, keine Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden können und so weiter.

Das ist der Grund, warum wir diese 70 Millionen Schilling, die nach Abzug der Wertabschreibung und der Verzinsung des Anlagevermögens überbleiben, für die MA 49 verwenden. Ich betone noch einmal, dies ist eine Maßnahme, die aufgrund Empfehlungen des Rechnungshofs durchgeführt wird.

Das Märchen von der überhöhten Gebühr und von der Milliarde Schilling fällt damit in sich zusammen. Ich bin froh, das hier einmal deutlich klarstellen zu können, was mit diesen Geldern passiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage noch einmal und mit aller Deutlichkeit, wir werden als Bundesland beziehungsweise Stadt Wien sicher nicht zulassen, daß ein anderes Bundesland entgegen allen

nationalen und internationalen Usancen einen Zugriff auf Eigentum der Stadt Wien macht, der ganz einfach nicht zu akzeptieren ist. Ich glaube, daß alle Parteien sicher gut beraten sind, diese Strategie der Stadt zu unterstützen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade die Frage der Vorsorge zeigt sich in Wirklichkeit im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen. Lassen Sie mich daher als zweiten aktuellen Punkt knapp vor Beginn April 1996 kurz auf zehn Jahre nach Tschernobyl eingehen.

Ich habe schon erwähnt, daß gerade auch im Zusammenhang mit zehn Jahren Tschernobyl die Vorsorge beziehungsweise die Absicherung verschiedener elementarer Lebensbereiche besonders wichtig ist. Ich habe vorhin unsere Initiativen zur Sicherung der Wasserversorgung ausführlich dargestellt. Das ist ein wesentlicher Aspekt für die Landesregierung.

Darüber hinaus gibt es natürlich einige Aspekte, die sehr wesentlich und wichtig sind. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, bekenne mich dazu und werde mit den Damen und Herren in der Landesregierung vehement für diese Ziele eintreten, daß es heute einen Beslußantrag des Landtags gibt, der zur Schaffung einer Koalition von atomkraftwerksfreier und kernwaffenfreier Staaten aufruft. Ich glaube, daß das ein besonderes Engagement ist, das sich bereits bei Aktivitäten in Mochovce, Temelin et cetera angekündigt und durchgesetzt hat.

Ich glaube daher, daß gerade zehn Jahre nach Tschernobyl dieser Beslußantrag ein sehr wichtiges Element ist, und kann versichern, daß die Landesregierung mit aller Vehemenz für diese Ziele eintreten wird.

Ich danke schon im voraus für die einstimmige Beslußfassung, die den entsprechenden Rückhalt für diese Initiativen geben wird!

Wir haben aber darüber hinaus, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Chance und die Zeit in diesen zehn Jahren nach Tschernobyl genutzt. Ich darf Ihnen heute - am Vorabend dieses denkwürdigen Jubiläums - die entsprechenden Maßnahmen vorstellen, Empfehlungen beziehungsweise Informationen an die Bevölkerung entsprechend zu überarbeiten und darzustellen.

Wir haben ein entsprechendes Konzept, das ich in kurzem Abriß darstelle. Es beginnt bei der Installierung des Krisenmanagements der Stadt Wien im Zusammenhang mit allfälligen Katastrophenfällen unter Einbindung aller relevanten Stellen und auch unter Einbindung der entsprechenden Expertengruppen, die jederzeit in der Lage sind, für die Bevölkerung entsprechende Maßnahmen und Informationen zu setzen.

Zweitens haben wir im großen Stil mit vielen Informationen, die Sie sicher alle erhalten haben, die Ratschläge für die Bevölkerung in Wien dargestellt und stellen sie immer wieder dar, auch durch die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Wiener Zivilschutzverband, mit der MA 68 - Feuerwehr und Katastrophenschutz, mit dem Selbstschutzinformationszentrum

Wien-Nord, mit dem Selbstschutzinformationszentrum Wien-Süd und dem Bundesministerium für Inneres, wobei ich die Gelegenheit nutze, all diesen Genannten für die hervorragende Arbeit und Kooperation, die im Interesse der Wiener Bevölkerung geleistet wird, zu danken.

Wir haben bei dieser Information die möglichen Tatsachen eines Unfalls ganz klar dargestellt und auch Empfehlungen abgegeben wie zum Beispiel Maßnahmen vor dem Durchzug der kontaminierten Luftmassen, während des Durchzugs oder aber auch nach dem Durchzug allfälliger kontaminierte Luftmassen.

Im Zusammenhang damit darf ich auch sagen, daß wir jetzt ein sehr ausgereiftes und intensives Strahlenfrühwarnsystem haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, das für eine rasche Erkennung von großräumiger radioaktiver Verstrahlung mit insgesamt 336 Meßstellen zur Verfügung steht. Das Warnsystem gliedert sich in fünf Gefährdungsstufen, die auch - wie ich es vorher gesagt habe - mit Informationen an die Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem ORF entsprechend dargestellt werden. Die Daten dieses Strahlenfrühwarnsystems sind jederzeit über den ORF-Teletext abrufbar.

Sie sehen, wie intensiv die Vernetzung auch mit den entscheidenden Medien dieses Landes passiert ist. Dazu kommt, daß wir die teilautomatisierte Wettererfassungs-Systemanalyse, TAWES, neu haben, die uns schon heute sehr deutlich sagen kann, wie sich entsprechende meteorologische Erscheinungen darstellen.

Nicht zuletzt besitzen wir - was sehr wichtig ist und was wir in den letzten zwei Jahren mit, glaube ich, sehr guter Beteiligung der Bevölkerung intensiv geprobt haben - das Alarmsystem, bei dem wir in Wien mittlerweile über ein Netz von 130 Sirenen verfügen, die von den Bürgerinnen und Bürgern im Notfall nicht nur entsprechend gehört werden, sondern mit denen auch eine entsprechende Lenkung erfolgen kann.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß dieser Abriß eindrucksvoll zeigt, daß die Stadt Wien zehn Jahre nach Tschernobyl ein umfassendes, gut ausgereiftes und intensiv vorbereitetes System hat, das wirklich optimal und in Europa einmalig ist.

Meiner Meinung nach war es daher wichtig, gerade zehn Jahre nach Tschernobyl das in dieser Klarheit und in dieser umfassenden Form darzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich aus aktuellen Gründen als dritten Punkt zur Abfallwirtschaft Stellung nehmen. Aktuell deshalb, weil in den letzten Tagen unmögliche Äußerungen von Beamten des Umweltministeriums, aber auch teilweise unausgegorene Initiativen des Bundesumweltministers dargelegt wurden.

Ich sage hier in aller Deutlichkeit, die Politik des Bundes in der Abfallwirtschaft war schon in den letzten Jahren konfus, wird aber immer konfuser und jetzt vor allem feindlich gegenüber Wien. Ich sage das mit aller Deutlichkeit, denn der Entwurf Bartensteins zur Deponieverordnung ist ein Skandal, meine sehr geehr-

ten Damen und Herren! (Abg. Georg Fuchs: *Das glaubt Ihnen doch niemand!*)

Es ist ungeheuerlich, daß sowohl auf politischer Ebene wie auch auf Beamtenebene die Landesumweltreferenten zu dieser Verordnung überhaupt nicht mehr gehört wurden! Das ist ein politischer Skandal, der aufgezeigt gehört, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Gerhard Pfeiffer: *Haben Sie im Parlament dagegengestimmt?*)

Sie haben aber schon gehört, daß die Verordnungen vom Minister sind! (Abg. Gerhard Pfeiffer: *Haben Sie im Parlament dagegengestimmt oder nicht?*) Nicht böse sein, aber ich bin Amtsführender Stadtrat und sitze nicht im Parlament!

Das Abfallwirtschaftsgesetz, lieber Kollege, ist hervorragend. Das Problem sind die Verordnungen der ÖVP-Minister. Das ist es, auf den Punkt gebracht! (Beifall bei der SPÖ.)

Der Bartenstein-Entwurf der Deponieverordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren, von dem ich nur annehmen kann, daß er von Schreibtischtheoretikern gemacht ist, die in ihrem Leben noch nie eine Deponie besucht oder einen Betrieb von innen gesehen haben, würde bedeuten, daß das international anerkannte Wiener Kammersystem - also Rautenweg und Langes Feld - nicht mehr die entsprechende Entsorgung der Verbrennungsrückstände in diesen beiden Deponien durchführen könnte, was selbstverständlich ab 2005 oder auch schon früher zu enormen Problemen führen könnte oder 500 Millionen Schilling Mehrbelastung - das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen - für die Entsorgung der Verbrennungsrückstände außerhalb von Wien bedeuten würde.

Daß das manche Bundesländer wie Niederösterreich und Steiermark natürlich freudig sehen, weil sich Wien damit mehr oder minder in ihre Abhängigkeit begieben müßte, sei nur am Rande vermerkt. Ich kann mir auch hier gewisse parteipolitische Kniffe nicht verargen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotzdem werden wir diese Deponieverordnung, die ohne die entsprechenden Novellierungen des Wasserrechtsge setzes und anderer gesetzlicher Maßnahmen nicht diesen Effekt hat, selbstverständlich massiv bekämpfen. Wir hoffen dabei natürlich auf den gemeinsamen Kampf, denn auch innerhalb der ÖVP schätzt ich die Wiener Abgeordneten so ein, daß sie für Wien eintreten, nicht für andere Bundesländer (Abg. Franz-Karl Effenberg: *Da bin ich mir nicht so sicher!*) und daß wir gemeinsam beim Landwirtschaftsminister diesen Unfug bei der allfälligen Novellierung des Wasserrechts gesetzes verhindern werden können.

Ich habe daher heute bewußt diese Mitteilung gewählt, um die Damen und Herren des Hauses auf diesen Kampf vorzubereiten, damit wir gemeinsam diese Deponieverordnung bekämpfen und den Landwirtschaftsminister ersuchen, die Wasserrechtsnovelle im Sinne Wiens vorzunehmen, weil es ein Schwachsinn wäre, daß ein international anerkanntes Kammersy-

stem unserer Deponien von irgendwelchen Schreibtischtheoretikern im Umweltministerium als nicht dem Stand der Technik entsprechend abgetan wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da es aktuell ist und eine neue Bundesregierung steht, nutze ich auch die Chance, meine Kritik an der Umweltpolitik des Bundes fortzusetzen und deutlich zu sagen, daß das ganze Chaos um die Deponieverordnung und das Chaos um die Verpackungsverordnung einfach zu lösen sind. Das Umweltministerium soll endlich den Grundsatz der Abfallwirtschaft zur Kenntnis nehmen, nämlich zu vermeiden.

Die Diskussion, die sich momentan im Ministerium beziehungsweise im Parlament bei den verschiedenen Interessenvertretungen abspielt - nämlich ausschließlich über die Entsorgung zu diskutieren -, ist eine Katastrophe und aus Wiener Sicht abzulehnen. Für uns ist das Entscheidende die Vermeidungsdiskussion. Daraus werden wir in den nächsten Monaten den Umkehrweg zur Vermeidungsdiskussion ganz massiv führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der falschen Politik des Bundes hat Wien eine hervorragende Bilanz, aus der man ersehen könnte, wie gut unsere Werte wären, wenn der Bundesgesetzgeber mitspielen würde. Wir haben 1995 einen Verwertungsgrad von 38,2 Prozent erreicht, und das, meine sehr geehrten Damen und Herren - das muß auch einmal gesagt werden -, bei einem sich dramatisch verändernden Konsumentenverhalten der Bevölkerung. (*Abg. Hannelore Weber: Sie plakatieren ja immer: "Werfen Sie Ihre Gewohnheiten auf den Mist!"*) Nehmen wir nur die Situation der immer mehr vorhandenen Singlehaushalte her, die von der Industrie massiv unterstützt werden, indem sich die Industrie darauf eingestellt hat, daß die Verpackungen immer kleiner werden, um diese Singlehaushalte zu erreichen. Das ist ein großes Problem!

Meine Damen und Herren, es muß aufgezeigt werden, daß auch die Industrie eine Verantwortung hat. Die Industrie hat die Aufgabe, mit ihrer Politik zur Vermeidung beizutragen und nicht auf die geringste soziologische Entwicklung zu reagieren und die Probleme für die öffentlichen Haushalte größer statt geringer zu machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir werden daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Veränderungen in der Gesellschaft besonders deutlich aufzeigen, um sie mit den Forderungen an die Industrie zu verknüpfen, nicht jedem kurzfristigen Effekt nachzuhetzen.

Unsere Forderungen sind eindeutig. Ich wiederhole die wichtigsten davon, weil wir nach wie vor vom Bund ein Pfand auf Einwegverpackungen fordern, weil wir drastisch darstellen wollen, daß die Mehrweggebinde zu forcieren sind. Weiters fordern wir weiterhin die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Produkte mit hohem Altstofffeinsatz und/oder abfallarmer Gestaltung. Damit möchten wir entsprechend darlegen,

daß wir nur mit Vermeidung einen Erfolg haben, aber nicht mit dem, was derzeit passiert, nämlich einer Ent sorgungsdiskussion, die an der Wurzel des Problems vorbeiführt.

Noch ein Satz sei gesagt, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil auch hier der Mut fehlt. Wir werden als Stadt beziehungsweise Bundesland Wien auch nicht zulassen, daß sich die Abfallwirtschaftsdiskussion auf den Hausmüll reduziert, denn die Relation zwischen Bau-, Industrie- und Gewerbeabfall ist eine gigantische zum Hausmüll.

Ich fordere daher auch von dieser Stelle aus endlich die lange versprochenen Maßnahmen der Bundesregierung und vor allem des Bundesumweltministers im Zusammenhang mit Bau-, Industrie- und Gewerbeabfall. Auch hier, Herr Bundesminister, ist Mut angesagt und nicht ein kleinkariertes Denken, wie Sie das öfter dargelegt haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, das mit aller Schärfe aufzeigen, wie sehr die Bekämpfung des Hausmülls für eine Kommune natürlich im Vordergrund steht. Wenn aber im Bereich der Bau-, Industrie- und Gewerbeabfälle nicht konsequent vorgegangen wird, ist das Gesamtbild jedoch nicht erreichbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde daher auch zu einem Mittel greifen, bei dem ich, glaube ich, durchaus mit Ihrer Unterstützung rechnen kann. Ich werde mir aufgrund dieses aktuellen dramatischen Defizits in der Abfallwirtschaft - die Punkte, die ich aufgezählt habe - erlauben, in den nächsten Tagen als Vorsitzender des Umweltausschusses des Städtebundes eine Sondersitzung einzuberufen, um von Herrn Bundesminister Bartenstein seine Darlegungen zur Abfallwirtschaft zu verlangen. Außerdem soll er die Meinung der Städte hören.

Ich habe mich zu diesem Weg entschlossen, weil ich glaube, daß die Situation dramatisch ist. Es ist notwendig, daß der Bundesminister Farbe bekennt. Daher werde ich in den nächsten Tagen als Vorsitzender des Umweltausschusses des Städtebundes eine Sondersitzung einberufen, um den Herrn Minister zu ersuchen, seine Konzepte - so er sie hat - bekanntzugeben und die Meinung der Städte zu hören.

Die Stadt Wien, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbst wird - und zwar in einer Offensive, die wir im Detail in den nächsten Wochen noch darstellen - sehr massiv auch aufgrund der internationalen Erfahrungen einige entsprechende Initiativen im Recyclingbereich verstärken. Wir wissen um die Problematik Bescheid. Besonders die Problematik der Elektroaltgeräte und der Computer, also neuer Technologien, ist ein immer stärker dargestelltes Thema. Dazu kommen auch die von der Wirtschaft bis dato nicht befriedigend gelösten Problembereiche Kühlschränke, Batterien et cetera.

Wir werden daher in diesem Zusammenhang unseren Schwerpunkt der nächsten Monate neben der Vermeidung auf die Frage des Recycling setzen.

Ich verweise darauf, daß wir eine bestehende Abfallbörse der Wirtschaftskammer im Kontakt noch intensiver nutzen - die Vorgespräche haben stattgefunden - und daß wir auch entsprechend mit der Europäischen Wirtschaftsdienstvereinigung die bestehende Recyclingbörse, die es dort gibt, in Wien adaptieren und eine Vorreiterrolle übernehmen werden. Ich sage deshalb ganz deutlich, daß wir im Bereich Recycling eine Drehscheibenfunktion übernehmen werden, die bis dato von der Wirtschaft und von anderen leider nicht in befriedigendem Maße dargestellt wurde. Daher werden wir das als Stadt in die Hand nehmen, um mit einer Recyclingbörse in Kooperation mit dem europäischen Wirtschaftsteam und der Abfallbörse der Wirtschaftskammer Wien eine entsprechende Vorreiterrolle zu übernehmen.

Ich glaube daher, daß das Recycling vom Standort Wien her und auch aus wirtschaftlichen Gründen ein sehr wichtiger Punkt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich als vierten aktuellen Punkt, weil er gestern auch Gegenstand einer gemeinsamen Pressekonferenz aller Parteien war, die Frage des Nationalparks Donau-Auen hernehmen.

Ich möchte am Beginn den politischen Parteien in diesem Haus, aber auch den NGOs, sehr herzlich für die Kooperation danken!

Die gestrigen Pressemitteilungen waren auch sehr positiv, weil ich glaube, daß hier das Gemeinsame über das Trennende gestellt wurde.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Diskussion aus den ständig laufenden Verhandlungen - gerade heutigen laufen wieder Verhandlungen zum § 15a, Staatsvertrag - darstellen. Wir haben mit unserer Wiener Maßnahme, nämlich einer provisorischen Geschäftsstelle zu errichten, erst den richtigen Schub gegeben, um auch termingerecht fertigzuwerden. Wir haben daher jetzt die weiteren Arbeiten mit Festlegung der Zonengrenzen, mit Weiterführung der begonnenen Projekte, etwa Besucherinformation, Gewässervernetzung, Einzelmaßnahmen im Naturraummanagement und Exkursionsprogramme, fortgeführt.

Die Gründung der Nationalpark GesmbH ist in Vorbereitung, aber ich sage hier sehr deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Wien sicher nur drei Geschäftsführer akzeptieren wird (*Abg. Hannelore Weber: Wieso das denn?*), wobei die Geschäftsführer des Bundes und der Stadt Wien unentgeltlich arbeiten werden, weil klar gestellt ist, daß diese die Chefs der Bundesforste Eckartsau und der Wiener Forste der Lobaus sind.

Wir werden sicher nicht akzeptieren, was jetzt von manchen kolportiert wird, nämlich ein Geschäftsführer und die Bundesforste sowie die Wiener Forste, welche die Gebiete einbringen, sind zweitrangig. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, lehnen wir sehr deutlich ab. Wir bleiben bei unserer Variante mit drei Geschäftsführern, wobei ich nochmals betone, daß nur einer davon auch entsprechende Mittel braucht, denn

die beiden anderen - der Bundesforste und der Wiener Forste - sind bereits vorhandene Mitarbeiter. Lassen Sie mich das bei dieser Gelegenheit klarstellen, um allfällige Verschwendungstheorien hintanzuhalten.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß das der sinnvolle Weg ist und wir damit die Vorbereitungen für die feierliche Eröffnung am 26. Oktober dieses Jahres in der richtigen Zeitwahr getroffen haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, daß es nicht sinnvoll ist, wenn wir heute als SPÖ einen Antrag mittragen beziehungsweise beschließen, der uns unnötigerweise in einen Terminstreß bringt.

Der Antrag selbst, der heute eingebracht wird, ist inhaltlich absolut korrekt und in Ordnung, aber es ist völlig sinnlos, einen Zeitdruck festzuschreiben, der an der Beschußfassung überhaupt nichts ändert. Im Übrigen wird die entsprechende Zuweisung und die Diskussion dadurch verkürzt. Ich wundere mich, daß sich Oppositionsparteien Zeit der Diskussion selbst wegnehmen wollen und sage daher ganz offen, wir haben ausführlich Zeit, Gespräche zu führen.

Es ist mir nicht verständlich, warum am 16. April dieses Jahres eine Vorlage erfolgen soll, wenn wir - wie gemeinsam festgestellt - im Mai dieses Jahres im Landtag das Nationalparkgesetz beschließen werden. Ich glaube daher, bei aller Akzeptanz dieses Beschußantrags, der - soweit er mir bis jetzt bekannt ist - inhaltlich okay ist, daß er vom Zeitablauf unnötig ist, weil wir keinen Zeitdruck haben, sondern uns im Gegenteil - ich wundere mich deshalb darüber - in der Diskussion nicht selbst beschneiden wollen.

Wir werden daher im Mai dieses Gesetz beschließen. Alles andere, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist meiner Auffassung nach - und ich hoffe, ich irre mich - eine vordergründige politische Taktik, um die wir bei diesem Thema eigentlich nicht entsprechend kämpfen müssen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich Ihnen zusammenfassend auch bekanntgeben, daß wir die Transparenz in der Umweltpolitik verstärken werden, und zwar nicht nur, weil es Gesetze gibt, die das vorschreiben, sondern auch aus eigenem Antrieb. Wir haben bereits jetzt über die MA 22 im Internet eine Aktivität, zum Beispiel die Bewertung der Luftsituation, die Grünräume und verschiedene Publikationen.

Ich habe daher gesagt, daß wir - das ist eine sehr wichtige Initiative - ab Mai auch im Zusammenhang mit neuen Formen der Demokratisierung, mit neuen Formen des Dialogs und mit neuen Formen der Transparenz die erste Vienna-Öko-Line im Internet anbieten werden, über welche die aktuellen Gesetze und Projekte vorgestellt werden und in einer völlig neuen demokratischen Form der Bürgerbeteiligung zur Diskussion stehen.

Wir werden daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Schritt den neuen Technologien Rechnung tragen, einen neuen Maßstab setzen und mit der Vienna-Öko-Line im Internet eine Diskussion über

Gesetze, über neue Formen der Demokratie und über Mitbestimmung im Umweltbereich initiieren. Ich glaube, daß das im Zusammenhang mit der Umweltproblematik ein sehr wichtiger Bereich ist. Er entspricht dem Bedürfnis immer mehr - vor allem junger Menschen. Wir werden daher eine Vorreiterrolle übernehmen.

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Umweltmusterstadt Wien ihren Namen zu Recht trägt und die von mir heute angesprochenen Aktivitäten diese Umweltmusterstadt noch verbessern beziehungsweise verfeinern und daß wir damit rechtzeitig und vorausseilend den neuen Entwicklungen Rechnung tragen. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Günter Kenesei: Zugabe!*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Ich danke dem Herrn Amtsf. StR. Fritz Svhalek für den Bericht.

Die Postnummer 2 betrifft die erste Lesung einer Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird. Berichterstatter hiezu ist der Herr Amtsf. StR. Dr. Swoboda.

Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

**Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Landtags!

Ich möchte heute ein Gesetz vorlegen, mit dem die Bauordnung geändert wird, und zwar in der Folge, daß bei gesetzlichen Bausperrgebieten in Zukunft eine Baubewilligung durch den Ausschuß erteilt werden kann.

Diese Änderung wird notwendig, da es durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs notwendigerweise zu einer Reihe von Bausperrgebieten, nämlich in jenen Gebieten, in denen der Flächenwidmungsplan nicht kurzfristig übergeleitet werden kann, kommt.

Da ich nicht gewußt habe, daß diese kleine Änderung der Bauordnung auf so großes Interesse der Damen und Herren des Landtags stoßen und zahlreiche Meldungen dazu erfolgt sind, möchte ich die sicherlich interessante Debatte zum § 8 der Wiener Bauordnung nicht länger aufhalten und bitte um Annahme dieser gesetzlichen Bestimmungen. - Danke.

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Pilz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Peter Pilz (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich war mir bis zu diesem Punkt nicht sicher, ob wir diesem Paragraphen der Wiener Bauordnung zustimmen sollen, aber Ihre Argumentation hat mich überzeugt. Wir können jetzt, glaube ich, ruhigen Gewissens unsere Zustimmung geben. Ich verzichte darauf, das inhaltlich näher zu begründen.

Darüber hinaus haben wir - auch das möchte ich nicht verschweigen - in der Präsidiale vereinbart, daß

wir diesen jetzt ausdiskutierten Paragraphen zum Anlaßfall nehmen, eine Generaldebatte über die Umweltpolitik anlässlich der Wiener Bauordnung auch mit Bezug auf die Mitteilung von Herrn Landesrat Svhalek durchzuführen.

Ich möchte gleich damit beginnen. Ich werde mir erlauben, zu den Punkten Wasser, Atomkraftwerke, Abfallpolitik die Frage eines möglichen Kleinkunstpreises und einiges mehr zu diskutieren, möchte aber mit etwas anderem beginnen, was ich im Moment für wichtiger halte, obwohl ich schon ganz offen sage, daß ich überhaupt kein Verständnis dafür habe, daß ein Umweltlandesrat ans Rednerpult tritt, eine Generaldebatte über Umweltpolitik beginnt und den öffentlichen Verkehr einfach vergißt. (*Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Das liegt an der Geschäftsordnung bei einer Mitteilung!*)

Stellen Sie sich das wirklich so vor, daß Sie in der Früh Ihren Diensttagen noch mit steirischem Trinkwasser waschen lassen, dann in die Stadt fahren, ins Rathaus gehen, eine Landtagsdebatte einleiten, zur Kenntnis nehmen, daß dem öffentlichen Verkehr durch das Sparpaket 240 Millionen Schilling in Wien pro Jahr gestrichen werden, Studenten und Studentinnen die Freifahrt verweigert wird und ihnen einfach gesagt wird, daß wir in Wien doch nichts dafür können, wenn die Einkommen der Studenten in Wien - der Bildungshauptstadt Österreichs - im Schnitt halbiert werden und sie sich eben eine Netzkarte um 4 700 Schilling kaufen sollen - so geschehen im Stadtsenat, vorgetragen vom zuständigen Stadtrat Hatzl?

So geht es nicht, meine Damen und Herren! Ich verstehe zwar die Parteidisziplin des Landeshauptmanns und Bürgermeisters, der im Parteivorstand allem zugestimmt hat, weil ich es einfach gewöhnt bin, aber ich verstehe nicht, daß er dann hier herausgeht und seine Stadt- beziehungsweise Landesräte mit ihm - und sagt, er sei eigentlich dagegen. Eigentlich sei er gegen die Belastung der alleinerziehenden Mütter. Eigentlich sei er gegen die Belastung der Bildung. Eigentlich sei er gegen die Belastung des öffentlichen Verkehrs und das Aushungern der Wiener Stadtwerke - Verkehrsbetriebe. Eigentlich sei er fast überall dagegen.

Warum hat er dann eigentlich zugestimmt? Oder ist die Stimme der Wiener SPÖ im Rahmen ihrer Bundesorganisation so unerheblich und so unbedeutend, daß es vollkommen egal ist, was deren Parteivorsitzender im Vorstand sagt? Sind Sie bereits derartige Nullen in Ihrer eigenen Partei, daß es völlig egal ist, ob Ihr Parteiobmann ja oder nein sagt? (*Abg. Gerhard Göbl: Sie machen sich Sorgen!*) Und ist Ihnen der öffentliche Verkehr wirklich egal?

Wie ist es zu erklären, Herr Umweltlandesrat, daß drei Wochen nach Bekanntgabe des Sparpakets, nachdem klar ist, daß die Gemeinde Wien um 240 Millionen Schilling - rund eine Viertelmilliarden - pro Jahr erleichtert wird und das alles auf dem Rücken von Studentinnen und Studenten ausgetragen wird, Sie kein einziges

Wort dazu finden? Haben Sie es verschlafen? Ist es Ihnen entfallen? Oder ist Ihnen der öffentliche Verkehr inzwischen egal?

Ziehen Sie hier nur gegen sogenannte Raubritter los, auf die wir noch zurückkommen werden? Sind Ihnen die Geschichten, welche die Wiener und die Stadt Wien wirklich ins Mark treffen, vollkommen egal? Wissen Sie, um wieviel Geld es wirklich geht?

Der Einkommensverlust der Studentinnen und Studenten sowie des akademischen Mittelbaues auf den fünf Universitäten und drei Hochschulen der Bildungsstadt Wien wird mindestens 340 - wahrscheinlich sogar wesentlich mehr - Millionen Schilling pro Jahr betragen. Es ist vollkommen unklar, ob ab dem Herbst- beziehungsweise Wintersemester überhaupt noch normaler Lehrbetrieb möglich ist. Zusätzlich 240 Millionen S für den öffentlichen Verkehr treffen Wien, also rund 600 Millionen Schilling pro Jahr.

Und dann applaudiert eine sozialdemokratische Mehrheitsfraktion, wenn der Bürgermeister kurzfristig in der Früh eine Spendierhose anzieht und glaubt, die Studentinnen und Studenten mit einem Bettel von 7 Millionen S abspeisen zu können. 600 Millionen S sind futsch, und der Bürgermeister spendiert 7 Millionen Schilling!

So, meine Damen und Herren, werden Sie mit Studentinnen und Studenten sowie mit einer Bildungsstadt Wien mit Sicherheit nicht umgehen können. Das werden Ihnen die Leute nicht durchgehen lassen. Wenn 10 000, 20 000 oder 40 000 Menschen auf die Straße gehen, dann ist das für mich ein Zeichen (*Abg. Werner Haubenburger: Daß den Studenten fad ist!*), daß der Umstand, daß Sie den sozialen Konsens in dieser Republik und dieser Stadt aufgekündigt haben, von betroffener Seite nicht mehr zur Kenntnis genommen wird.

Sie haben den Widerstand provoziert! Sie haben die Demonstrationen provoziert! Sie haben die Akademiker beziehungsweise Studenten provoziert, auf die Straße gehen zu müssen, um die Zukunft dieser Stadt und dieser Republik noch irgendwie sicherzustellen! Sie treiben heute Leute auf die Straße, um für öffentlichen Verkehr, für Bildung und für die Zukunft einzutreten! Und dann spendieren Sie, weil Sie es drei Wochen lang verschlafen haben, 7 Millionen Schilling!

Warum fällt Ihnen zu der unsäglichen Mautdebatte nichts ein, Herr Umweltlandesrat? Ein Landeshauptmann und Bürgermeister, der sich um die Viertelmilliarde für die Verkehrsbetriebe kümmern sollte, nimmt keine Notiz davon, steigt aber auf die Barrikaden, weil für Wien droht, daß 1,50 Schilling pro Tag und Auto an Mautgebühren verlangt werden sollen.

(*Drei junge Studentinnen werfen Flugzettel von der Galerie und machen sich lautstark bemerkbar.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll (*unterbrechend*): Ich ersuche die Damen auf der Galerie, diese Aktion einzustellen.

Abg. Dr. Peter Pilz (*fortfahrend*): Das ist Ihr

Problem! (*Abg. Harry Kopietz: Blöd, daß sie die Kamera nicht erwischt hat!*)

Sie werden es wahrscheinlich noch öfter erleben, Herr Kopietz, daß das, was Sie mit diesem Sparpaket in Wien angerichtet haben, auf Protest stößt. (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Eine gute Action!*) Sie haben selbstverständlich das Recht und auch die Möglichkeiten, über die Formen des Protests zu diskutieren, aber denken Sie einmal ernsthaft darüber nach, warum es zu diesem Protest kommt. (*Abg. Werner Haubenburger: Aber lustig ist das nicht, Herr Dr. Pilz! Das ist genauso aufregend wie Ihre Rede!*) Denken Sie einmal darüber nach, warum 40 000 Leute auf die Straße gehen! Denken Sie einmal darüber nach, warum es seit Jahren der politischen Ruhe in dieser Republik zu den ersten Massendemonstrationen kommt! Überlegen Sie sich das einmal! (*Abg. Harry Kopietz: Denken Sie doch einmal darüber nach!*)

Sie sind kein Hauptbetroffener des Sparpakets. Ich habe mir genau angesehen, daß das Sparpaket dort, wo die Politikereinkommen beginnen, wo das Kopietz-Einkommen beginnt, plötzlich zahnlos wird. Das Sparpaket trifft keine Abgeordneten, keine Berufspolitiker und keine Multifunktionäre. (*Abg. Ingrid Kariotis: Sind Sie schon aus der Gemeindewohnung ausgezogen?*) Das Sparpaket trifft in Wien die Schwächsten, nämlich die Studentinnen und Studenten sowie den öffentlichen Verkehr. (*Abg. Ingrid Kariotis: Und Sie wohnen noch immer in einer Gemeindewohnung!*)

Es tut mir leid, daß insbesondere zum Thema öffentlicher Verkehr der doch auch zuständige Umweltstadtrat kein einziges Wort gefunden hat. Das dazu, meine Damen und Herren!

Jetzt zum Wasser.

Ich weiß nicht, wo der Herr Landesrat inzwischen verblieben ist. (*Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Augen auf! Ich stehe neben der Bank!*) - Entschuldigung. Normal sind Sie nicht zu übersehen!

Ich gebe jetzt eine erste Antwort auf die Wasserdebatte. Sie lautet: 0316/877 22 27.

Wissen Sie, was das ist? Das ist die Nummer Ihres Parteifreunds, die Telefonnummer Ihres Parteifreunds Ressel, Finanzlandesrat in der Steiermark.

Schreiben Sie sich diese Nummer auf. Rufen Sie ihn einfach einmal an und reden Sie mit ihm darüber, bevor Sie der Steiermark den Wasserkrieg erklären. (*Abg. Mag. Christine Lapp: Das ist aber schon anders!*)

Ich finde, das ist wirklich das Absurdeste, was in der Situation überhaupt passieren kann, daß ein sozialdemokratischer Spitzenpolitiker gegen den anderen auftritt, ein Sozialdemokrat den anderen als Raubritter beschimpft und sie nicht in der Lage sind - ich nehme das zur Kenntnis -, sich untereinander als Genossen, sondern nur als Raubritter zu bezeichnen. (*Abg. Gerhard Göbl: Es ist gigantisch, welche Blödheiten Sie sich einfallen lassen!*) Das ist vielleicht eine neue Umgangsform in Ihrer großen Partei. Aber trotzdem sollten Sie sich einmal überlegen, ob das angemessen ist.

Ich behaupte, es ist ein schwerer Fehler, diese Diskussion von Wiener Seite mit Begriffen wie Raubritter oder Plünderung zu führen.

Schauen wir uns einmal an, was der Kern der Sache ist.

Zum ersten - und das ist das einzige, wo unsere Argumente eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen werden:

Ich habe auch nicht das geringste Verständnis für die Vorgangsweise der steirischen Landesregierung. Es stimmt - und es ist äußerst bedenklich -, daß eine so genannte Wasserabgabe zum Vorwand genommen wird, um überfallsartig Budgetlöcher auf Kosten eines anderen Bundeslandes zu stopfen. Das ist zu kritisieren. Es ist vollkommen falsch und nicht nur aus Wiener, sondern auch letzten Endes aus steirischer Sicht inakzeptabel, weil man so Budgetpolitik und Umweltpolitik nicht macht.

Es ist aber mindestens genauso inakzeptabel, wenn man mit Wasserkrieg, Raubrittertum sowie blanker politischer Aggression reagiert und sich nicht überlegt, ob man aus dieser Auseinandersetzung nicht etwas Vernünftiges machen kann.

Ich sage Ihnen - und das sollte sich ein Umweltlandesrat wirklich überlegen -, es gibt einiges mit der Steiermark zu besprechen und in Ordnung zu bringen. Ich komme selbst aus dieser Gegend und kenne das Quellschutzgebiet des Hochschwabs sehr genau. Ich kenne den Grünen See und die Tragöber Gegend sehr genau. Ich kenne die Probleme, die durch die übermäßige Wasserentnahme von Wien in den letzten Jahren aufgetreten sind und immer stärker auftreten, sehr genau.

Fahren wir einmal gemeinsam nach Tragöß und reden wir einmal mit den dortigen Bürgerinitiativen! Ich spreche hier diese Einladung aus. Fahren wir beide gemeinsam nach Tragöß, reden wir mit den Bürgerinitiativen und schauen wir, ob nicht ein Problembewußtsein entstehen könnte. (Amtsf. StR. Fritz Sviha lek: Jederzeit!) - Okay, fixiert! Machen wir uns nachher gleich einen Termin aus.

Das Problem dort ist, daß es dringend als notwendige regionale Wasserschutzmaßnahme zu einer Verringerung der Wasserentnahme durch die Hochquellenwasserleitung kommen muß.

Jetzt gibt es natürlich einen richtigen und sehr wichtigen Einwand, der lautet, die Steirer haben ein völlig verrücktes Projekt einer zusätzlichen Südennahme, um damit Graz zu speisen. Das wäre das Schlimmste, das passieren kann. Wir sollten ein gemeinsames Interesse des Quellschutzes haben, dieses steirische Projekt zu verhindern.

Aber jetzt geht es für uns doch um etwas ganz anderes. Es geht darum, daß für die Zukunft kostbares und wertvolles Trinkwasser in Wien nach wie vor in außerordentlichem Maße verschwendet wird, und das nicht, weil die Wienerinnen und Wiener partout Lust darauf haben, Wasser zu verschwenden, sondern weil das Wiener System zur Verschwendug führt.

Erstens schreien die Leitungen nach Sanierung. Es geht ungeheuer viel Wasser verloren.

Zweitens wissen Sie ganz genau - weil wir das schon öfter diskutiert haben -, daß es möglich ist, in Wien ein wirkliches Wassersparsystem einzuführen.

Und ich schlage dazu folgendes vor:

1. Einbau von Wasserzählern. Sie wissen, was das kostet. Das ist finanziert und ich komme auf die Finanzierung zurück.

2. Wenn die Wasserzähler eingebaut sind und man den Wasserverbrauch messen kann, sollte man einen progressiven Wassertarif festsetzen. Wer durchschnittlich Wasser verbraucht, zahlt nicht mehr als bisher. Ich will keine Gebührenerhöhung, ich halte in der jetzigen Situation eine Gebührenerhöhung für eine vollkommen falsche Antwort auf die Wasserprobleme. Und wer viel Wasser verschwendet, soll progressiv deutlich spürbar mehr zahlen. Genauso wie wir es in der Energiepolitik probieren, genauso soll es auch in der Wasserpolitik funktionieren.

3. Ich garantiere Ihnen, daß Sie damit ein Einsparungspotential von mindestens einem Drittel der Wassermenge erreichen werden. Und jetzt reden wir darüber, wie das finanziert werden kann.

Wien verdient am Wasser aus den beiden Hochquellenleitungen - das haben wir von Experten der Technischen Universität Überprüfen lassen - pro Jahr ziemlich genau eine Milliarde Schilling. Und ich sage: Investieren wir dieses Geld! (Abg. Franz-Karl Effenberg: Das ist ein aufgelegter Blödsinn!) Investieren wir dieses Geld in die Sanierung, in die Ökologisierung des Wiener Systems. Modernisieren wir dieses System und ersparen wir uns damit alle Abgabendiskussionen mit der Steiermark oder mit sonst wem. Wenn Sie annehmen, und das stimmt ziemlich genau, daß etwa die Hälfte dieses Wassers aus der Quellregion Hochschwab kommt, nehmen Sie die Hälfte des Gewinns, in fünf Jahren können Sie diese Wassersanierung durchgeführt haben. Diese halbe Milliarde (Abg. Harry Kopietz: Sie haben keine Ahnung!) ist ja viel mehr als Sie brauchen. Der Einbau von Wasserzählern wird zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Schilling kosten. In ein bis zwei Jahren (Abg. Harry Kopietz: Sie wissen nicht, was Sie reden! Sie haben keine Ahnung!) haben Sie mit dieser Finanzierung die komplette Umstellung in Wien finanziert. Darum geht es.

Und wissen Sie, was Sie nach Wirksamwerden dieser Einsparung tun können? Sie können dann in Wien die Wassergebühren senken. Sie können sie senken. Sie brauchen dann gar nicht mehr so hohe Wassergebühren verrechnen. Das heißt sparen, Ressourcen sparen und das Geld der Wienerinnen und Wiener sparen. Das ist moderne ökologische Politik, und ich lade Sie herzlich ein, endlich mit diesen großen Sanierungsvorhaben zu beginnen.

Und natürlich gehört ein zweiter Schritt dazu, der heißt: ökologische Sanierung des Quellschutzgebietes und ein Übereinkommen mit dem Land Steiermark, wie in dieser Region eine ökologische, sanfte, nachhaltige

Wasserpolitik gemacht werden kann.

Und da schlage ich Ihnen etwas ganz Einfaches vor: Reden Sie mit den Steirern. Fangen Sie einmal an mit Ihren Parteifreunden und reden Sie mit der gesamten steirischen Landesregierung. Mitglieder des steirischen Landtagsklubs und des Wiener Landtagsklubs der GRÜNEN haben sich sofort nach Beginn dieser Debatte zusammengesetzt und haben innerhalb von drei Tagen ein Modell ausgearbeitet. Innerhalb von drei Tagen war es klar, wie es gehen kann. Warum sind Sie nicht dazu in der Lage, was wir GRÜNEN innerhalb von drei Tagen schaffen? Ich gebe schon zu, Sie tragen Regierungsverantwortung, Sie haben wesentlich größere und wesentlich unbeweglichere Parteien, aber Sie müßten doch in der Lage sein, nach einer Woche Wasserkrieg das erste Mal miteinander zu reden.

Abschließend dazu: Den Antrag, der hier vorgelegt worden ist, halte ich nicht für zielführend. In diesem Antrag steht wieder das Raubrittertum drinnen, steht wieder nichts von Ökologisierung drinnen. Dieser Antrag ist ein möglicherweise gelingender Versuch, das Klima weiter zu verschlechtern, Gespräche zu verhindern, weiterhin alles zu unterlassen, was an sinnvollen, ökologisch und auch steuerpolitisch wirksamen Schritten möglich wäre. Dieser Antrag, Herr Landesrat, ich sage es Ihnen ganz offen, bringt überhaupt nichts, schadet und verzögert nur.

Genau aus diesem Grund wird im Gegensatz zu diesem Affront, der hier zur Abstimmung gebracht werden soll, unsere Abg. Hannelore Weber einen sachlichen Antrag einbringen. Einen sachlichen Antrag, der Alternativen begründet und eine vernünftige gemeinsame Wasserpolitik zwischen der Steiermark und Wien zum Ziel hat. Und wenn man dann Niederösterreich irgendwann auch noch dazu nimmt, soll es mir recht sein. Das versteh ich unter vernünftiger sachorientierter Regionalpolitik. An einer generellen Beleidigung und an einem politischen Affront gegen die Steiermark, einfach damit man wieder, das Wir-sind-wir, und ein bißchen Vorwahlkampf hier durchspielt, werden wir uns als ökologische Reformpartei mit Sicherheit nicht beteiligen. Das garantie ich Ihnen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Und jetzt zu einigen weiteren Punkten, und verstehen Sie das nicht als einen Hinweis darauf, daß mir das Thema unwichtig wäre. Ich halte mich jetzt beim Punkt Atomkraftwerke kurz, schlicht und einfach deswegen, weil wir das schon so oft miteinander besprochen haben und weil es mir leid ist, diese Diskussion immer wieder von vorne zu beginnen.

Erinnern Sie sich. Wir haben jetzt jahrelang vorgeschlagen, eine offensive Wiener Anti-AKW-Politik zur Entschärfung der grenznahen Probleme zu beginnen. Wir haben Vorschläge gemacht, wie sich Wien am Ausstieg von Bohunice und Dukovany beteiligen und bei der Verhinderung von Temelin initiativ werden kann. Wir haben über Krsko und Kosloduj gesprochen. Es ist nichts passiert, überhaupt nichts.

Und wissen Sie, was mich ärgert? Ich sitze im Fi-

nanzausschuß und da kommt Herr StR. Edlinger mit so einem Paket an Förderungsvorhaben unter dem Titel "Millennium". Ich habe immer geglaubt, das ist eine 1 000-Jahr-Feier. Aber siehe da, irgendwo dazwischen in dem Millenniumsakt ist ein Tschernobyl-Gedenktag. Ich bin bis jetzt davon ausgegangen, daß das 10 Jahre und nicht 1 000 Jahre her ist. Das einzige, was bis jetzt passierte, ist, daß Sie unter dem Titel "Millenniums-Feiern" einen Tag lang Tschernobyl gedenken, diskutieren, wieder eine Resolution verabschieden und dann, so befürchte ich, wieder nichts tun.

Und ich wiederhole, was wir schon einige Male von diesem Pult aus gesagt haben, es gibt Um- und Ausstiegsschancen bei den grenznahen Atomkraftwerken. Das weiß doch jeder, der sich damit beschäftigt. Und eine Stadt wie Wien, eine immer noch reiche und politisch wichtige Stadt, eine Millionenstadt in dieser kritischen Region hat hier politische Chancen. Natürlich werden wir wieder einer Resolution zustimmen. Warum auch nicht. Es ist Hannelore Weber auch gelungen, die kleine Passage, die die Anliegen der NGOs betrifft, so zu verändern, daß das jetzt endlich auch für die Nichtregierungsorganisationen, also für die großen Umweltorganisationen akzeptabel und vertretbar ist. Aber erklären Sie mir einmal, warum Wien jahrelang jetzt schon zuschaut, wie sich die Problematik der grenznahen Atomkraftwerke immer weiter verschärft und nichts tut.

Oder wenn wir da nicht einer Meinung sind, dann bitte das erste große Ausstiegsszenario auf den Tisch. Die erste große Wiener Ausstiegssinitiative. Wenn die auf den Tisch kommt, dann unterschreibe ich gerne und dann bin ich bereit, mit allem, was uns politisch zur Verfügung steht, das zu unterstützen. Das würde ich mir von einem Umweltlandesrat wünschen, der die Sache AKW wirklich ernst nimmt und zu einem persönlichen Anliegen macht.

Nächstes Kapitel: Die Abfallgeschichte. Ich werde ganz bewußt nicht mitspielen bei diesem alten Tischtennismatch, da ein roter Landesrat, da ein schwarzer Minister. Der wird zu dieser Städtebundssitzung kommen, es wird wieder das gleiche werden: Sie werden dann wieder hinausgehen, der Rote wird über den Schwarzen schimpfen und der Schwarze wird über den Roten schimpfen. Ich halte das für keine Überwältigende Neuigkeit, daß man in Vorwahlzeiten auch den Koalitionspartner das eine oder andere Mal ein bißchen kränkt. Das bedarf auch keines besonderen persönlichen und politischen Mutes.

Aber ich zeige Ihnen einmal etwas anderes aus dem Abfallbereich und dann reden wir einmal darüber und kommen auch zur Frage des Kleinkunstpreises. (*Abg. Dr. Peter Pilz stellt drei verschiedene Joghurtbecher auf das Rednerpult.*)

Meine Frage lautet: Was ist der Unterschied zwischen diesen drei Bechern? Erster Hinweis: Dieser Becher ist aus Polystyrol, dieser Becher ist aus Polystyrol und jener Becher ist aus Polystyrol. Alle drei Becher sind in Wien weit verbreitet. Was ist der Unterschied?

Wissen Sie es? Na gut. Wenn Sie es nicht wissen, der nächste Hinweis.

Auf dem Becher steht die Produktbezeichnung, alles mögliche darauf, aber sonst nichts. Auf diesem Becher gibt es ein kleines Siegel. Auf jenem Becher detto. Ist jetzt der Unterschied klar? Nächster Hinweis: Dieser Becher geht völlig gratis in den Hausmüll. Nach Ihren Vorschriften, Herr Umweltlandesrat, nimmt die Wiener Hausfrau oder der Wiener Hausmann diesen Becher und wirft ihn einfach in den Hausmüll. Dieser Becher aber, der genau aus dem gleichen Material besteht wie jener Becher, für den zahlt die ARGE V 1 800 Schilling pro Tonne aus öffentlichen Mitteln, und Sie fordern die Wienerinnen und Wiener auf, über die MA 48 diesen Becher, der mit 1 800 Schilling pro Tonne subventioniert wird, zu diesem Becher, der gratis ist, der nicht subventioniert wird, auch in den Hausmüll zu werfen, das ist dieser Becher. Also treffen der Null-Becher und der 1 800 S-Becher einander dann wieder im Wiener Hausmüll.

Dieser Becher aber, der große, breite Polystyrol-Becher wird mit 8 000 Schilling pro Tonne subventioniert, mit 8 000 Schilling pro Tonne zwischengelagert, gepreßt und liegengelassen, weil man nicht weiß, was man damit machen soll. Dieser der drei Becher wird möglicherweise einmal verbrannt, weil sich die Industrie dafür als Heizmaterial interessiert und weil die Emissionsbestimmungen sehr lax sind.

Und jetzt stelle ich Ihnen eine abschließende Frage, nachdem Sie bis jetzt bei der Beantwortung meiner ersten drei Fragen null Punkte haben. Meine abschließende Frage lautet: Was ist der Unterschied zwischen diesen drei Bechern? Wieder nichts. Ich sage es Ihnen: Der Unterschied zwischen diesen drei Bechern heißt Fritz Svhalek. Und Fritz Svhalek hat nach diesem kleinen Fragespiel wieder einmal als Umweltlandesrat null Punkte. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

So schaut es aus mit der Umweltpolitik in Wien. Ich werde Ihnen dann diese Becher geben, damit Sie wenigstens mit ihnen spielen können. Ich schlage aber trotzdem vor zu überlegen, in Wien einmal eine gemeinsame Lösung für diese drei Polystyrolbecher zu finden. Das wäre doch ein erster Schritt. Schimpfen Sie nicht immer über den schwarzen Umweltminister. Bringen Sie einmal Ihre eigenen Geschichten in Wien in Ordnung. Das wäre ein erster sehr vernünftiger Schritt. (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Herr Kollege Pilz, informieren Sie sich einmal anständig, damit Sie wissen, wo von Sie reden!*) In diesem Zusammenhang, und ich komme auch schon bald zum Schluß ... Soll ich mit Ihnen auch das Rätselspiel machen? Sollen wir das auch machen? Da werden wir schauen, auf wieviele Punkte Sie kommen. (*Abg. Jean Margulies: Das ist nicht fair, jetzt weiß er es ja!*) Ah so jetzt weiß er es, das wäre unfair. Das wäre unfair dem Landesrat gegenüber. (*Abg. Harry Kopietz: Wie Sie sagen, es sind Spiele!*)

In diesem Zusammenhang, Herr Landesrat - und ich habe mir diesen Satz wörtlich mitgeschrieben -, ergibt ein Satz, den ich mir ganz genau notiert habe, aus Ihrer

Erklärung zur Abfallpolitik, wahrscheinlich Sinn. Dieser Satz hat gelautet: "Wir werden den Umkehrweg zur Vermeidungsdiskussion führen." Ich habe den Eindruck, daß Sie wirklich dabei sind, genau das konsequent zu tun. Und jetzt sage ich Ihnen noch eines: Bei dieser Abfallgeschichte, bei den Solargeschichten, bei den Elektroautos, beim Ozonplan, beim Klimaschutz, bei der Ökologisierung des Wassersystems, bei der Verkehrspolitik, das sind alles Bereiche, da sind Sie mit Sicherheit kein Kandidat für einen Umweltpreis.

Aber bei der Abfallpolitik, Herr Umweltlandesrat, da sind Sie heißer Kandidat für einen ganz besonderen ökologischen Kleinkunstpreis, aber mit Sicherheit sonst für gar nichts. So skurril, so absurd wie in diesen ganzen Bereichen habe ich Umweltpolitik in den letzten Jahren weder im Bund noch im Land erlebt. Und jetzt sage ich eine persönliche Bemerkung dazu, das tut mir nämlich deswegen leid, weil ich noch aus dem Nationalrat weiß, daß Ihnen oder dir das nicht egal ist, und weil ich nach wie vor vermute, daß das Ganze ja nicht ohne Engagement passiert.

Aber was nützt das allerbeste Engagement und die allerehrlichste persönliche Überzeugung - und das möchte ich nämlich nicht persönlich absprechen -, wenn dann solche Sachen herauskommen. Und bitte hört endlich auf mit dieser Geschichte, der Bund ist schuld. Und der Bund wieder: Wien ist schuld. Bitte sagt eurem Parteiobmann, Bürgermeister und Landeshauptmann, ein erstes Mal, wenn er da protestiert, sei es jetzt in puncto öffentlicher Verkehr, Sozialpolitik, Bildungspolitik, dann soll er doch auch im Parteivorstand der Bundes-SPÖ ein ähnliches Abstimmungsverhalten an den Tag legen.

Ich möchte mit einer Bemerkung schließen. Ich bin davon überzeugt, daß es zwei Hauptopfer der Svhalekschen Umweltpolitik gibt. Das Hauptopfer Nummer eins heißt (*Abg. Harry Kopietz: Pilz.*) SPÖ, und das kann mir nur recht sein, das Hauptopfer zwei ist die Umweltpolitik selbst, und das bedauere ich zutiefst. (*Beifall bei den GRÜNEN. - Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Schwach! So schwach war er schon lange nicht!*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr StR. Dr. Görg. Ich erteile es ihm.

StR. DDr. Bernhard Görg: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Ich möchte auch ganz kurz die Gelegenheit ergreifen, zunächst etwas zu der Wasser-Debatte zu sagen. Und ich will all das, was schon an Worten gefallen ist, gar nicht wiederholen: Raubritterum, Erpressertum et cetera, et cetera. Aber es ist für uns keine Frage, daß wir diese steirische Initiative aus vollem Herzen ablehnen.

Daher, Herr Dr. Pilz, halte ich gar nichts davon, aufgrund einer solchen Initiative zu sagen, fein, wir lehnen zwar ab, was die Steiermark getan hat, aber wir setzen uns einmal hin und reden einmal darüber, ob wir nicht eine gemeinsame Lösung finden. In dieser Frage gibt es keine gemeinsame Lösung. (*Beifall bei*

**der ÖVP.** - *Abg. Hannelore Weber: Die ÖVP will lieber einen Krieg führen, anscheinend auf Kosten der Umwelt!)* Sondern mir geht es auch um eines, das bis jetzt in der Diskussion völlig untergegangen ist: Dieser steirische Vorschlag ist ein Angriff auf das bundesstaatliche Prinzip. (*Abg. Hannelore Weber: Geh bitte, in Vorarlberg gibt es eine Landesabgabe!*) Wenn jedes Bundesland, jetzt hergeht und sagt: Welche natürlichen Ressourcen habe ich denn, die die anderen nicht haben? und schaut, daß es einen möglichst großen Preis dafür herausschlägt, dann kommen wir soweit, daß wir alle miteinander sagen werden, da ist uns ein zentralistisches Österreich lieber, weil es dann solche Vorgehensweisen nicht gibt. Also noch einmal, die Wiener Volkspartei lehnt diesen steirischen Vorschlag voll ab. Es kommt für uns überhaupt nicht in Frage, daß wir auf dieser Basis in irgendwelche Verhandlungen eintreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eines sollte uns aber auch klar sein: Wir müssen erkennen, daß Wasser ein sehr kostbares Gut ist und Trinkwasser ein besonders kostbares Gut ist. Und wir sind alle gut beraten, darüber nachzudenken, wie wir sorgfältiger mit diesem kostbaren Gut umgehen. Wir sollten die steirische Initiative zum Anlaß nehmen, nicht mit der Steiermark zu reden, sondern hier in Wien darüber zu reden, welche Möglichkeiten wir als Politiker haben, dafür zu sorgen, daß sorgfältiger mit Trinkwasser umgegangen und der Nutzwassergedanke in dieser Stadt besser eingesetzt wird als bisher.

Meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich auch diese Debatte zur Bauordnung zum Anlaß nehmen, um ein ganz dringendes Anliegen, das mit Bauen in dieser Stadt zu tun hat, wirklich vorzubringen. Wir alle haben in den letzten Wochen und Monaten zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich die Berichte der Wirtschaftsforscher über die Konjunkturaussichten immer zum Schlechteren gedreht haben.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut hat erst in der vergangenen Woche seine Konjunkturprognose, das Wirtschaftswachstum in diesem Land betreffend, von 1,7 Prozent - was ohnehin bescheiden ist - auf 0,6 Prozent revidieren müssen, und wir stehen in Österreich vor einer Stagnation in Sachen Wirtschaft. Wir alle nehmen voll Bekümmernis zur Kenntnis, was immer mit Stagnation verbunden ist, daß die Arbeitslosenzahlen im Steigen begriffen sind. In Wien ist der Arbeitslosenbereich besonders stark von dieser Stagnation betroffen.

Und da ist es angesichts des Fakts, daß in den öffentlichen Kassen Ebbe herrscht, ganz besonders wichtig, daß wir jeden privaten Schilling mobilisieren, der dazu dient, Wirtschaftswachstum anzukurbeln, um noch eine Reihe von positiven Effekten für das Land und für diese Stadt zu generieren, denn Gott sei Dank sind wir alle, auch die Sozialdemokraten, geheilt von dem Kreiskyschen Spruch: "Es machen mir ein paar Milliarden Schilling Schulden weniger Kopfzerbrechen und schlaflose Nächte als ein paar tausend Arbeitslose." In Wirklichkeit ist das 100-Milliarden-S-Paket,

von dem wir jetzt reden, nichts anderes als die Erbschaftssteuer, die alle Österreicherinnen und Österreicher zahlen müssen, für das Erbe, das uns Bruno Kreisky hinterlassen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber uns allen, auch den Sozialdemokraten, auch wenn sie jetzt, was ich begreife, nicht applaudieren, ist klar, mit dieser Schuldenpolitik geht es nicht weiter. Aber daher müssen wir alle miteinander, denen an diesem Land und an dieser Stadt etwas liegt, alles tun, damit private Investitionen gefördert werden.

Nun gibt es in dem Sparpaket, das ich gerade angesprochen habe, einen Punkt von vielen schmerzlichen, und da bin ich wie der Herr Bürgermeister, da halte ich es mit ihm, da mußten Kompromisse geschlossen werden, die uns weh tun, die Ihnen weh tun, aber man kann sich von dem Sparpaket insgesamt nicht verabschieden. Aber einen Punkt gibt es, der für Österreich schmerzlich und für Wien fatal ist und der darüber hinaus noch den Nachteil hat, daß er dem Finanzminister nichts bringt, sondern sogar etwas kostet. Das ist die Bestimmung im jetzigen Sparpaket, daß Privatinvestitionen für Wohnbau nicht mehr steuerlich begünstigt werden. Für Wien hat diese Bestimmung katastrophale Folgen:

1. Es fehlen uns 2 bis 3 Milliarden Schilling an Investitionen.

2. Damit verbunden, es werden in dieser Stadt, wenn es bei dieser Bestimmung bleibt, 1 500 bis 2 000 weniger Wohnungen pro Jahr gebaut. Und Sie alle wissen, wie dringend wir diese Wohnungen brauchen. Daraus resultiert, daß es 1 500 bis 2 000 Arbeitslose mehr im Bereich der Bauindustrie geben wird und gerade in der Bauindustrie ist die Arbeitslosigkeit besonders dramatisch.

3. Wir werden 2 bis 3 Milliarden Schilling weniger haben, um bestimmte Gebiete in dieser Stadt, die es verdienen, verschönert zu werden, zu verschönern.

4. Der Finanzminister würde mit dieser Bestimmung auch gefährden, daß EU-Millionen nach Wien fließen. Für den Finanzminister sind die Folgen auch dramatisch. Er bekommt dadurch zwar ungefähr 500 Millionen S mehr Steuergeld. Auf der anderen Seite muß er hunderte Millionen für Arbeitslosengeld ausgeben und er verzichtet auf hunderte Millionen Einnahmen an Einkommensteuer, an Lohnsteuer und an Mehrwertsteuer, sodaß der Finanzminister per saldo mit dieser Bestimmung nur aus Wiener Sicht auf zirka 500 bis 600 Millionen Schilling an Mehreinnahmen verzichtet würde.

Normalerweise schließt ein Finanzminister den Steuerzahler ins Knie. Mit dieser Bestimmung schließt er sich selbst ins Knie. Er ist derjenige, der am stärksten darunter zu leiden hätte, wenn es bei der gegenwärtigen Regelung, wie sie zwischen den beiden Parteien vereinbart wurde, bleibt. Jetzt sagt natürlich der Finanzminister in den Gesprächen, ja um Himmels willen, wenn ich da jetzt etwas nachgebe, dann schnüre ich das ganze Paket wieder auf und dann kommen alle daher und wollen eine Ausnahme haben.

Meine Damen und Herren, da würde ich ganz klipp und klar sagen, mir wären die Leute alle willkommen, die mir Aufschnürvorschläge machen würden, die mir als Finanzminister noch zusätzliches Geld bringen. Die meisten Aufschnürvorschläge gehen ja dahin, den Finanzminister dazu zu kriegen, daß er Geld hergibt. Da liegt ja ein Vorschlag auf dem Tisch, der den Finanzminister dazu zwingen würde, sogar zusätzliches Geld zu kassieren. Daher werden wir von der Österreichischen Volkspartei bis zu dem Tag, wo dieses Gesetz beim Bundespräsidenten zur Unterschrift liegt, kämpfen, daß diese Vorschrift, diese Bestimmung revidiert und verändert wird.

Und ich fordere Sie alle auf, ich bitte Sie alle im Interesse der Wohnungssuchenden, im Interesse der Arbeitsuchenden in dieser Stadt unserem Resolutionsantrag, den dann mein Kollege Robert Hotter einbringen wird, zuzustimmen, daß wir alles dazu tun, damit dieser Vorschlag nicht Gesetz wird, sondern daß es weiter bei der Begünstigung für Privatinvestitionen in dieser Stadt und in diesem Land bleibt. (*Beifall bei der ÖVP*)

Und ich fordere den Herrn Bürgermeister auf, das gleiche Engagement dafür aufzubringen, daß dieser Vorschlag nicht Gesetz wird, wie er an Engagement aufgebracht hat, um gegen die Stadtautobahnmaut zu kämpfen. Dieser Vorschlag, hier Privatinvestitionen weiter steuerlich zu begünstigen, würde auf wesentlich größere Zustimmung stoßen. (*Abg. Dr. Herbert Madejski: Warum sagen Sie das uns? Das müssen Sie Herm Schüssel sagen!*) Die Bundespartei der Österreichischen Volkspartei ist längst von dem Punkt abgerückt und verhandelt ganz vehement mit dem Finanzminister, um diesen Punkt zu revidieren; weil alle eingesehen haben, daß das letztlich nur zum Nachteil der Österreicherinnen und Österreicher ist. (*Abg. Dr. Herbert Madejski: Das wissen wir eh, das sagen wir ja die ganze Zeit!*) Ich sage es noch einmal: Ich fordere den ganzen Landtag auf, unserer Initiative zuzustimmen. Wir werden es dann gemeinsam zusammenbringen. - Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (F):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die heutige Mitteilung des Umweltstadtrates muß ja insofern als ein beachtlicher Akt sozialistischer Selbstüberwindung angesehen werden, als ja bekanntlich die Wiener SPÖ dem ökologisch verantwortungsvollen und wirtschaftlich vertretbaren Umgang mit dem Wiener Wasser seit Jahren doch eigentlich eher verständnislos gegenübergestanden ist. Es ist ja eigentlich beachtlich, wenn Herr StR. Svhalek jetzt am Ende der Legislaturperiode seinem Herzen einen Stoß gegeben hat oder von einem Genossen aus der Steiermark gestoßen wurde oder wie auch immer.

Er hat sich heute jedenfalls zu einer Mitteilung aufgerungen und versucht jetzt, aus den Versäumnissen

der Stadtverwaltung in den letzten Jahren hier so quasi irgend etwas wie eine Tugend zu machen. Das wird nur nicht so leicht gehen, wie ich befürchte. Tatsächlich hat gerade die SPÖ, was die Wasserversorgung in Wien anlangt, wirklich wenig aufzuweisen. Es ist vielleicht in dem Zusammenhang der Blick in die Geschichte dieser unserer Stadt einmal ganz notwendig und richtig.

Ich meine, wir erinnern uns, daß der große freisinnige Bürgermeister Kajetan Felder den Auftrag zum Bau der I. Wiener Hochquellwasserleitung gegeben hat. (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Das war eine Weitsicht!*)

Und jetzt muß man schon sagen, nach nur dreijähriger Bauzeit ist die Wiener Wasserleitung aus dem Schneeberg-Rax-Massiv dann 1875 in Betrieb genommen worden. Der heutige Hochstrahlbrunnen am Schwarzenbergplatz erinnert an dieses Ereignis.

Also noch einmal: Die freiheitliche Ära dieser Stadt, der freisinnige Bürgermeister Kajetan Felder, I. Wiener Wasserleitung, Bauzeit 3 Jahre. (*Abg. Ingrid Smejkal: Freiheitlich ist aber sehr übertrieben! Als Freiheitlichen hätte ich ihn nicht bezeichnet.* - *StR. Mag. Hilmar Kabas: Lernen Sie Geschichte, Frau Präsidentin! Haben Sie seine Memoiren gelesen? Dann würden Sie Ihre Aussage revidieren!*) Natürlich hat Kajetan Felder auch andere große Dinge zum Beispiel die Donauregulierung und das herrliche Naherholungsgebiet der Alten Donau initiiert. Die Alte Donau, diese wunderbare Sache, auch das kommt aus dieser Zeit. Dieses schöne Wiener Rathaus, in dem wir sind - ich bringe das nur in Erinnerung - stammt ebenfalls aus der Zeit Kajetan Felders, wie etwa auch das Amtshaus im 10. Bezirk, das darf ich Herrn Klubobmann Svoboda sagen, weil er sich praktisch täglich am schönen Amtshaus im 10. Bezirk erfreuen kann.

Also wie gesagt, es war dies die große freisinnige Ära dieser Stadt. Nachher als nächster Schritt sind dann die Christlich-konservativen drangekommen. Lueger soll doch hier deutlich erwähnt werden. Und wir kommen zur II. Wasserleitung, die Bauzeit betrug 6 Jahre.

Ich erinnere: I. Wasserleitung, das waren die Freisinnigen - 3 Jahre Bauzeit. Bei den Christlich-Konservativen: II. Wasserleitung - 6 Jahre Bauzeit. Aber auch die sind dann abgelöst worden. Und dann kommen die Sozialdemokraten ans Werk. Da gibt es die III. Wasserleitung, daran bauen sie schon 30 Jahre lang und noch immer fließt kein Tropfen Wasser heraus. (*Abg. Ingrid Smejkal: Wie sich die Zeiten ändern!*) Bemerkenswert ist nicht nur die Bauzeit in der sozialistischen Ära - 30 Jahre für die III. Wasserleitung, aus der kein Wasser herauskommt. Zusätzlich hat uns dieses Unternehmen schon mehr als eine Milliarde Schilling gekostet. Mehr als eine Milliarde Schilling für den Bau der III. Wasserleitung nach Wien unter sozialistischen Bürgermeistern, und es kommt kein Wasser heraus!

Jetzt weiß ich schon, es kommt dann irgend jemand heraus und sagt, da kann man nichts machen,

es ist nämlich die Mitterndorfer Senke und Wiener Neustadt und alles mögliche schuld. Auch in Wiener Neustadt ist ein sozialdemokratischer Bürgermeister am Werk. Ich gebe zu, daß bei dieser Konstellation kein Wasser herauskommen kann.

Was wir hier in dieser Stadt im Moment haben, ist eine Diskussion mit den Steirern, die uns jetzt eine Steuer verordnen wollen. Ich meine, daß wir in Wien an sich auf unser Wasser schon unglaubliche Wassersteuern drauf haben, da brauchen wir in Wirklichkeit die Steirer nicht dazu.

Aber jetzt, bevor ich auf dieses Problem noch einmal eingehere: Das ist das frische Wasser, das zum Trinken. Es gibt aber auch die anderen Gewässer, etwa die Alte Donau. Ich habe schon gesagt, dieses wunderbare Wasser im Naherholungsbereich, im Zuge der Donauregulierung im wesentlichen entstanden. (Abg. Heinz Hufnagl: Ist das Trinkwasser?)

Ich sage auch noch einmal: Da erfreuen sich doch viele oder haben sich über Jahrzehnte viele Wiener erfreuen können. Was ist mit der Alten Donau passiert? Auch die ist in Wirklichkeit weitgehend abgewirtschaftet worden, versumpft und veralgt. Es ist sogar so weit gegangen, daß dann ein anderer, durchaus verantwortungsvoller Stadtrat ein Badeverbot in der Alten Donau verhängen mußte, weil es schon so gefährlich war, wenn man dort hineingeht, daß man verlorengeht, wenn man zwischendurch untergeht, weil das Wasser so verunreinigt ist. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist aber gleich wieder aufgehoben worden!) Das war das Problem, und Herr StR. Hatzl hat das erkannt und hat gesagt, hier darf man nicht mehr baden.

Aber jetzt frage ich, wo war der Umweltstadtrat zur damaligen Zeit? Da hat es doch einen Umweltstadtrat gegeben? (StRin. Karin Landauer: So wie jetzt - nicht dall) Wer war denn das, fragen doch alle, in der Umweltmusterstadt? Jetzt breiten wir praktisch den Mantel des Vergessens drüber, weil wir sonst draufkommen, daß der Umweltstadtrat Dr. Häupl war, der dann Bürgermeister geworden ist, und das in der Umweltmusterstadt, wo Naherholungsgewässer in derartiger Art und Weise behandelt worden sind. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Vielleicht ist das für die Umwelt besser, daß er Bürgermeister geworden ist und nicht mehr Umweltstadtrat ist!)

Jetzt verstehe ich auch, daß der jetzige Umweltstadtrat Svhalek mittlerweile den Saal verlassen hat, weil es auch völlig klar ist, wenn man so deutlich den Spiegel für eine verfehlte Umweltpolitik und Wasserwirtschaftspolitik in dieser Stadt herzeigen kann, verstehe ich auch, daß der Umweltstadtrat forgeht, nicht mehr im Saal ist. Ich sage euch wieso, weil er sich schämt, und zu Recht schämt er sich für diese Umweltpolitik, die die SPÖ in diesen letzten Jahren und Jahrzehnten den Wienern hier vorexerziert hat. (Beifall bei den F.)

Meine Damen und Herren! Ich darf es jedenfalls in Erinnerung rufen, was hat denn hier eigentlich Herr StR. Svhalek gesagt? Er ist in Opposition zur SPÖ-

Koalitionsregierung auf der Bundesebene gegangen. (Abg. Ingrid Smejkal: Jetzt muß er selber nachschauen, weil das schwierig zu definieren ist.) Das ist nicht neu, das ist ein Stilmittel, das muß ich jetzt schon sagen. Es ist auch interessant, daß Herr Bgm. Häupl auch in Opposition zur Bundesregierung ist. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Wie er es braucht!) Ja sicher, wie er es braucht.

Er ist zuerst im Vorstand der SPÖ für die Autobahnmaut auch auf den Wiener Stadtautobahnen, sie wird also dort beschlossen. Dann denkt er sich, in Wien ist es vielleicht gescheiter, man sagt es ein bissel anders. Herr Bgm. Häupl geht hinaus und sagt: Wir sind gegen die Maut auf der Stadtautobahn, das geht doch nicht!, und kündigt irgend etwas an. Daraufhin kommt wieder der Bundesvorstand der SPÖ zum Zug und sagt: Das bleibt aber!, und dann sagt Dr. Häupl: Aber an sich gehe ich zum Verfassungsgerichtshof! Gestern sagt der Herr Nationalratsabgeordnete Eder im Parlament: Aber bitte vergiß den Verfassungsgerichtshof, kommt gar nicht in Frage, nichts wird die Stadt Wien machen, und es wird auch Dr. Häupl keine Schritte einleiten! Das heißt, hier wird ein Doppelspiel gespielt. Hier versucht sich einerseits die SPÖ in Wien als Opposition zur SPÖ im Bund und die SPÖ im Bund zur SPÖ in der Steiermark und die Steiermark zu Wien und so weiter, und insgesamt sollen die Bürger verwirrt werden und schließlich soll davon abgelenkt werden, daß in der gesamten Umweltpolitik nichts mehr weitergegangen ist, und zwar ganz gleich ob in Wien oder auf Bundesebene.

Und das werden wir auch den Bürgern sagen, weil sie es immer mehr merken. Das einzige, was diese Bundesregierung auf der einen Seite zusammenbringt, ist, die Bürger zu schröpfen, und das andere, das Sie in Wien zustande bringen, ist, daß wir noch zusätzlich eine Art Wassersteuer drauflegen, und das alles ist eine Vorgangsweise, die so nicht akzeptabel ist. (Beifall bei den F.)

Dann kommt noch Herr StR. Svhalek her und sagt, dieses Defizit in der Abfallwirtschaft, das wird er jetzt beim Städtebund zur Sprache bringen. Als ob das etwas nützen würde, dieses Pingpongspiel. Hier gibt es ganz massive Versäumnisse in der Stadt, Versäumnisse in der Wasserwirtschaft dieser Stadt und Versäumnisse auf der Bundesebene. Wenn wir alle gemeinsam das nicht wirklich ernsthaft in Angriff nehmen, dann werden wir auch in der Wasserbewirtschaftung unmittelbar in eine Krise hineingeraten.

Jetzt sage ich noch etwas dazu: Die Pläne der Steiermark sind ja zumindest seit drei Jahren bekannt. Und die Politik erhöhter oder überhöhter Wassergebühren, die haben sich in Wirklichkeit die Steirer bei den Wienern abgeschaut. Ich meine aber, daß die steirischen Pläne der Einhebung einer Wassersteuer tatsächlich von massivem provinziellen Geist getragen sind und außer acht lassen, daß die großen Zukunftsprobleme dieser Republik nur gemeinsam gelöst werden können.

**Das steirische Budget kann nicht auf dem Rücken der Wienerinnen und Wiener saniert werden, denn die Wienerinnen und Wiener werden ohnehin schon von der Wiener SPÖ-Verwaltung geschröpft, und da haben wir an sich keinen Spielraum mehr, daß wir jetzt auch noch von den steirischen Sozialisten geschröpft werden. Das ist entschieden zuviel! (Beifall bei den F.)**

Aber richtig ist ... (Abg. Heinz Hufnagl: Seit wann ist Herr Schmid in der Steiermark Sozialist?) Ich darf hier folgendes sagen, daß diese Vorschläge, die hier gekommen sind ... (StR. Mag. Hilmar Kabas: Sag es ihm, er weiß es nicht!) Ich sage es ganz kurz: Diese Vorschläge sind einzig und allein schon vor drei Jahren von den Sozialdemokraten in der Steiermark ausgegangen. Hier - und das ist das Verwerfliche - erfolgte ein Zusammenspiel von steirischen Sozialdemokraten und Wiener Sozialdemokraten und schlußendlich zahlen nur mehr die Wienerinnen und Wiener. (Amtsf. StR. Johann Hatzl: Das ist jetzt Erfindungsgeist!) Das ist es, was wir bekritiseln, was wir angreifen, weil das eine schlechte Vorgangsweise ist.

Aber richtig ist - und jetzt komme ich in den Bereich der Fehler der Stadt Wien selbst -, daß Wien selbst ja der Wasserverschwendungen in den letzten Jahren Vorschub geleistet hat. Es ist eben bisher so gewesen, daß in Wien mit dem Trinkwasser, dem Hochquellenwasser der Rasen gegossen und die Autos gewaschen wurden. Auch die Straßenreinigung et cetera erfolgt unter Verwendung von Trinkwasser und wird ja in Wien als Selbstverständlichkeit angesehen.

Jetzt darf ich aber schon daran erinnern, daß wir Freiheitlichen es waren, die gesagt haben, so kann man doch mit diesem wertvollen Naß nicht umgehen. Wasser, das auf der ganzen Welt zum Trinken verwendet wird, das weltweit gebraucht wird, verwenden wir zweckfremd. Daher machen wir doch in Wien eine neue Infrastruktur etwa im Bereich der Nutzwasserleitungen. Dazu haben wir unsere Anträge gestellt und haben gesagt, schauen wir in diesen Bereichen, wo man Nutzwasser verwenden kann, also zum Beispiel bei den Hydranten in jeder Straße oder zum Waschen der Straßen, ob wir eine Nutzwasserleitung zustande bringen, und investieren wir da hinein.

Dazu gibt es ja auch Erklärungen, etwa des Wiener Bürgermeisters. Auf eine Anfrage von uns sagt der Wiener Bürgermeister, damals war er noch Stadtrat, da wird die SPÖ natürlich jetzt wieder Initiativen setzen. Ein paar Jahre später stellen wir fest, insgesamt gibt es in dieser ganzen Stadt nur fünf Projekte für Nutzwasser oder Nutzwasserleitungsprojekte. Ja, das ist doch ein beschämendes Zeugnis für die Wasser- verwaltung dieser Stadt. Da kann ich nur sagen, da ist unglaublich viel Zeit verschlafen worden. Da ist nicht gehandelt worden.

Und jetzt plötzlich, wo uns die steirischen Sozialisten auf die Zehen steigen, ist natürlich ein Aufschrei bei den Sozialdemokraten in Wien der Fall. Aber die großen Versäumnisse sind hausgemacht. Die großen Versäumnisse in der Wasserwirtschaft sind ganz allei-

ne von Ihnen, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, zu verantworten. Und um das kommen wir nicht herum. Ich biete Ihnen aber an - ich habe das schon gesagt, weil wir da großzügig sind -, wir helfen Ihnen natürlich aus dieser Misere heraus. (Heiterkeit bei Abg. Ing. Karl Svoboda.) Na selbstverständlich, Karl Svoboda, na selbstverständlich! (Abg. Harry Kopietz: Danke, nein!) Wir reichen den Sozialdemokraten unsere Hand (Abg. Harry Kopietz: Wer weiß, wo Sie das Handerl haben!), damit Sie wieder ein bißchen Tritt fassen können und vielleicht - das ist ja meine Hoffnung - doch in dem einen oder anderen Bereich unserer Stadt, aber vor allem in diesem ökologisch wichtigen Bereich, im Bereich der Wasserwirtschaft, weiterzukommen.

Mir ist schon klar - ich darf das jetzt dem Kollegen Kopietz sagen -, daß er vielleicht ein selektives Denken entwickelt. (StRin. Karin Landauer: Der versteht dich vielleicht!) Mir geht es darum, daß alle Wienerinnen und Wiener in den Genuss dieses Wassers kommen, ohne daß sie in unglaublicher Art und Weise besteuert werden. Überlegen wir: Mehr als eine Milliarde Schilling bleibt ja jedes Jahr aufgrund des Wasserpreises in der Stadtkasse übrig, weil eine so unglaubliche Wassersteuer insgesamt in Wien drauf ist. In Wirklichkeit könnte natürlich das Wasser in Wien viel, viel billiger sein, und wir könnten, wenn wir schon sparen wollen, diesen Milliarden-Überschuß in unserer Stadt, der aus der Wassersteuer resultiert, etwa für Wasserzähler verwenden und individuell abrechnen.

Ich sehe ja überhaupt nicht ein, warum ein Haushalt, der sehr sparsam mit seinem Wasser umgeht, für alle mitzahlen muß, die auf der anderen Seite Wasser verschwenden. Also, nehmen wir diese Wasserzähler, natürlich wird dann auch sparsamer mit dem Naß umgegangen werden. (Beifall bei den F. - Abg. Ing. Horst Georg Riedler: Jetzt war es schon Zeit, zu applaudieren!) Hier gibt es eine ganze Fülle von Vorschlägen. Ich meine nur, daß die Drohungen aus der Steiermark in der Art und Weise, wie sie geäußert wurden, so nicht hingenommen werden können.

Ich gebe aber auch ganz offen zu, daß die Antwortpost, mit der wir zurückgedroht haben, irgendwo ja auch nicht das war, was man sich vorstellt. Wenn dann Herr StR. Edlinger - ich glaube, er war es - sagt: Wenn die Steirer mit der Steuer kommen, dann verlieren die steirischen Bauarbeiter in Wien ihre Arbeitsplätze - ich finde, Sozialdemokraten sollen mit anderen Sozialdemokraten aus einem anderen Bundesland nicht so umgehen. Das haben sie auch wieder nicht verdient. Ich gebe zu, daß die Wortmeldung aus der Steiermark vorlaut und unangemessen war. Es kann aber nicht angehen, daß die Wiener SPÖ sofort die Arbeitnehmer und Arbeiter bedroht, nur weil sie aus einem anderen Bundesland sind, und sagt, ihr werdet die Arbeitsplätze verlieren.

Es muß unsere Aufgabe, und zwar ganz allgemein sein, ob in Wien, ob Sozialdemokraten oder Freiheitliche oder wer auch immer, es muß natürlich unsere

Aufgabe sein, Arbeitsplätze zu erhalten, und wir dürfen niemanden bedrohen und diesen Streit auf dem Rücken der Arbeitnehmer austragen. (*Beifall bei den F.J*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Gesamtpaket ist ja immerhin auch zu sehen, daß auch von der EU, von der Europäischen Union, Vorstöße kommen, diese Wasserreserven, über die unser Land verfügt, in irgendeiner Form für sie nutzbar zu machen. Es ist ein wichtiger Aspekt und schließlich muß auch bedacht werden, daß es in Brüssel natürlich seit vielen Jahren schon die Ideen gibt, diesen europäischen Wasserverbund zu schaffen. Und natürlich macht man es der EU leichter, einen Zugriff zu haben, wenn ganz offensichtlich eine verfehlte Umwelt- und Wasserpoltik der Länder etwa auch in Österreich so offensichtlich wird und vor allem der so sorglose Umgang mit den Ressourcen.

Daher bin ich der festen Auffassung, daß wir in dieser eminent wichtigen Frage der Umweltpolitik, der Wasserwirtschaft - und da meine ich jetzt die Landesregierungen, Bundesregierung und alle, die da Verantwortung tragen - nicht mit unterschiedlichen Drohgebärdien aufeinander losgehen sollten, sondern daß hier ein möglichst breiter Konsens in einem sinnvollen Dialog und in einer sinnvollen Zusammenarbeit all jener, die in die gesamte Angelegenheit involviert sind, erzielt werden muß.

In diesem Sinne fordere ich Herrn StR. Svhalek auf - wo ich sicher der Auffassung bin, nachdem, was ich gehört habe, daß er sich bemühen wird -, auch Abstand von Drohgebärdien zu nehmen, diesen Weg konstruktiv mit uns gemeinsam zu gehen, weil ich glaube, daß das Wasser und die Wasserwirtschaft zu wichtig und zu wertvoll sind, als daß man sie parteipolitischem Hick-Hack überläßt. (*Beifall bei den F.J*)

Ich möchte hier die Gelegenheit wahrnehmen, weil auch eine Veränderung der Bauordnung behandelt wird, auf ein zusätzliches und weiteres Thema einzugehen. Hier hat mir Herr StR. Svhalek die Stichworte geliefert - ich darf das so sagen -, von denen ich jedes einzelne, das von ihm gekommen ist, so unterschreibe. Er sagt nämlich, die Trasparenz in der Umweltpolitik muß verstärkt werden. Das ist richtig.

Neue Transparenz, sagt er. Neuen Dialog, neue aktuelle Probleme vorstellen. Neue Form der Bürgerbeteiligung. Vienna Ökoline im Internet. Neue Formen der Demokratie. Mehr junge Menschen einbauen, mitsprechen lassen.

Das ist es, was wir uns alle gemeinsam auch von einer Stadtplanung wünschen. Einer Stadtplanung, wo die Umweltpolitik natürlich einen entscheidenden Teil einnimmt. Und wie schaut es dann tatsächlich in der Stadtplanung und Stadtplanungspolitik aus? Transparenz in der Stadtplanung?

Also ich kann Ihnen sagen, da ist vor zwei Tagen ein Projekt - das war die Geschichte mit dem Messegelände - unter Ausschluß der Öffentlichkeit, unter Aussperren der Bevölkerung, unter Ausschluß der

Gemeinderäte, die im Stadtplanungsausschuß sitzen, abgehandelt worden. (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Sie kommen gar nicht zu den Sitzungen im Ausschuß!*)

Das ist die Transparenz in der Stadtplanungspolitik, wo etwa das Ortner-Projekt im Messegelände den Gemeinderäten des zuständigen Ausschusses nicht mehr vorgestellt werden kann und darf, wo die Öffentlichkeit ausgesperrt wird?

Wissen Sie, wer so vorgegangen ist? Ceausescu ist so vorgegangen, als er in Bukarest seine Bauten gebaut hat. (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist Terror! - Unerhört!*) Diese Vorgangsweise ist dieser Stadt unwürdig. Meine Damen und Herren! Genieren Sie sich, daß Sie da noch mitgehen! (*Beifall bei den F.J*)

Ich weiß schon, daß Sie nicht ... (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Genosse Swoboda war dabei!*) Natürlich war der Genosse Swoboda dabei und hat auch gesorgt dafür, daß keine anderen zugezogen worden sind. Nicht der Genosse Klubobmann Svoboda, der hätte so etwas wahrscheinlich gar nicht gemacht. Aber ich sage eines: Wahrscheinlich hätten sie ihn gar nicht dazugelassen. (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Uniformierte Büttel waren dort, uniformierte Büttel habt ihr gehabt!*)

So sehr ich unterstreiche, daß Transparenz in der Umweltpolitik verstärkt werden muß, so sehr unterstreiche ich diesen Satz des StR. Svhalek mit der Transparenz. Das ist nämlich eine Vorgangsweise, auf die wir uns in dieser Stadt schon einmal geeinigt hatten. Wo etwa die Stadtplanung in dieser Stadt noch ein bißchen offener war und die richtigen Ansätze hatte, etwa zur Zeit eines Stadtrates Wurzer (*StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist aber schon lange her!*), als noch ein bißchen - jetzt kann man es sagen - ein bißchen Wiener Frühling in der Stadtplanung war. Ich weiß, Prager Frühling ist etwas anderes - Wiener Frühling in der Stadtplanung war. Als noch offener geplant wurde, hat man die Bürger noch ein bißchen mehr mitbestimmen lassen.

Mittlerweile werden die Bürger ausgesperrt. Ich kann nicht sagen, ob aus richtigem oder gutem Grund. Ich kann nur sagen, es war in diesem Messegelände einmal ein Projekt. Das war das Ortner-Projekt. Und an diesem Ortner-Projekt hat sich eine Diskussion entzündet. Da waren manche dafür, daß es verändert wird, manche haben gesagt, dieses soll Signalcharakter haben und es soll so bleiben. Da war noch ein Turm vorgesehen. Dieses Projekt ist dann beschnitten worden, also abgewickelt. Damit hat sich im Projekt eine wesentliche Veränderung ergeben. Und der Architekt Ortner hat gesagt: Dieses Symbol ist abgeschnitten worden, es ist nicht mehr mein Projekt. (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Beschnidung des Messegeländes!*) Aber er hat weiter kassiert. Es hat den Architekten überhaupt nicht gestört. Aber überhaupt nicht. Und die ganze Partie rundherum hat das überhaupt nicht gestört, daß verändert worden ist. Das eigentlich Entscheidende war, daß weiter kassiert worden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 500 Millionen Schilling hat uns dieses unglückselige Projekt im

Messepalast bereits gekostet, ohne daß dort auch nur ein Stein bewegt worden ist. Da ist eine Abkassiererpartie am Werk, die dort ist und ununterbrochen kommt, neue Kosten verursacht und neue Honorare legt. Und immer wieder sind es dieselben Leute.

Jetzt möchte ich doch wirklich einmal eine Aufstellung sehen von dieser Stadt, was jeder einzelne dieser Leute, die da am Werk sind, mittlerweile kassiert hat und natürlich weiterkassiert. Das ist ja noch nicht zu Ende. Hier ist ein Freundeskreis entstanden um den StR. Swoboda und um die StRin. Pasterk, die in großer Ergebenheit und in lauten Jubelrufen an den handelnden Personen immer wieder dranbleiben. Und dann wird, nachdem die Öffentlichkeit ausgesperrt wurde - das muß man sich einmal vorstellen -, dieses Projekt visualisiert. Kostet wieder 300 000 Schilling, vielleicht auch mehr, vielleicht auch 500 000 Schilling. Spielt ja keine Rolle, läßt uns Herr Architekt Wehdorn über die Zeitung ausrichten. Spielt ja keine Rolle, da ist ohnehin schon so viel Geld den Bach hinuntergegangen. Auf das bißchen Geld wird es also nicht ankommen. Und jetzt sind wieder 300 000 oder 500 000 Schilling weg. Und jetzt wird visualisiert. (Abg. Dr. Friedrun Huemer: Das Visualisieren war aber eine Forderung der Freiheitlichen!) Richtig.

Und Frau Kollegin Huemer, jetzt sage ich Ihnen wie auf der ganzen Welt visualisiert wird, wie man das macht. Da gibt es unterschiedliche Methoden. Ich nenne Ihnen zum Beispiel eine der Methoden, die in der Architektur möglich sind, aber nicht jeden begeistern. Das war das Projekt, das man in Berlin mit dem alten Schloß "Unter den Linden" gemacht hat. Hier muß man dazu sagen, daß zuvor natürlich auch diese stalinistische Architektur war.

Man hat diese Schlösser weggerissen, die alte Bausubstanz, und hat eben gesagt, hier muß die neue Architektur und die neue Zeit des Sozialismus deutlich gezeigt werden und so weiter, und daraufhin ist das Kulturgut, das da noch gestanden ist, devastiert worden. Das war die dortige Vorgangsweise. Nachdem also alles völlig weg war, hat man gesagt, na gut, es wäre vielleicht nicht so schlecht, wenn man das alte Schloß vielleicht doch hier herzeigen könnte. Man hat visualisiert, hat das tatsächlich in einem Gerüst aufgebaut, auf Planen aufgedruckt und man hat einen guten Eindruck gehabt, wie das nun tatsächlich ausschaut. Die Bürger dieser Stadt sind eingeladen worden. Sie konnten das auch alle sehen. (Abg. Dr. Herbert Madejski: Die Bürger! - StR. Lothar Gintersdorfer: Sie konnten auch hineingehen!)

Es ist privat bezahlt worden, muß ich noch dazusagen. Es hat der Berliner Senat nur einen wirklich kleinen Teil zur Verfügung gestellt, sonst ist es weitgehend privat gemacht worden. Es geht auch, wenn man will und wenn man sich die Mühe nimmt, funktioniert es. In München ist ein durchaus ähnliches Beispiel zu sehen gewesen.

Ich darf also nur in Erinnerung rufen, als im Louvre die Umbauten gestartet wurden, bevor man begonnen

hat, wo manchmal Mitterrand vorgeworfen wird, er hätte es in jedem Fall veranlaßt, ohne vorher Kosten abzuschätzen, ist auch vorher ein Modell errichtet worden, und zwar sowohl in den Innenhöfen als zum Beispiel in den Stallungen, die jetzt fertig geworden sind, und es ließe sich beispielhaft fortsetzen, bis hin nach Madrid oder Lissabon, wo man ähnliche Dinge gemacht hat.

Es geht ja, ist nicht neu, funktioniert ja. Wie schaut die Visualisierung bei uns aus? Da fahren ein Paar Krane hinein und dann schwebt eine Stange oben von Kran zu Kran und eine exklusive Runde - nämlich die Runde der Abkassierer - steht dort und schaut den Kran an und sagt, ah, da ist der Kran mit der Traverse oben. Das ist schön. (StR. Lothar Gintersdorfer: Transparente Architektur! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Vor dem Tor stehen Büttel und lassen niemand hinein!) Jetzt muß man dazusagen, damit die Öffentlichkeit auch wirklich ausgesperrt ist und nicht hinein kann, das ist nämlich die Planungsvorgabe des Herrn Planungsstadtrat Swoboda, damit die Öffentlichkeit auch ordentlich ausgesperrt ist, haben sie dort Büttel kann man sagen, also Wächter mit System hingestellt. (StR. Mag. Hilmar Kabas: In Phantasieuniformen!) Ja, die sind dort gestanden und haben niemanden hineingelassen. Und da sind dann zum Beispiel - ich sage nur - einige der Gemeinderäte, die davon erfahren haben, hingekommen und haben gesagt, sie schauen sich das an.

Also ich sage Ihnen, Frau Kollegin Huemer, wenn Sie dort hingegangen wären, hätte man Sie dort hochkant hinausgeschmissen und hätte gesagt, das dürfen Sie nicht sehen. Das ist etwas Exklusives, kostet 600 000 Schilling (Abg. Andreas Honay: 300 000, 500 000 oder 600 000 Schilling - das ist jetzt die dritte Zahl!) und ist für acht oder zehn Personen reserviert. Es dürfen nur acht oder zehn Leute das sehen. So muß man sich das vorstellen! (Abg. Dr. Friedrun Huemer: Ist das so klein gewesen, daß man es nur drinnen sehen konnte? Nein, man hat es leider von außen nicht sehen können. Es war nicht möglich. Es war wirklich nicht möglich. (Abg. Dr. Friedrun Huemer: Na, Gott sei Dank!) Frau Kollegin Huemer! Ich sage Ihnen folgendes: Man kann über dieses Projekt unterschiedlicher Meinung sein. Und ich weiß, daß wir zum Beispiel unterschiedlicher Auffassung darüber sind.

Um das geht es nicht. Was mich wirklich daran stört, ist, daß hier ein paar Leute - eine Clique - am Werk sind, die sagen, was zu passieren hat. Wenn die Kollegin Huemer oder wir gemeinsam oder wer auch immer, dort hingehen, dann fliegen wir dort hinaus, weil die das so entscheiden. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Die Huemer ist ja mit dabei!) Nein, die lassen sie auch nicht dabei sein. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Die Huemer ist bei der Clique dabei!) Nein, in dem Fall nicht. In dieser Clique der Abkassierer ist sie nicht dabei. Das ist eine ganz kleine Partie, die sich halt dort belustigt hat.

Daher sage ich es jetzt noch einmal: Neue Transparenz hat er gesagt, der Svhalek. Richtig. Genau das ist es, was wir wollen: Neue Transparenz bei der Abwick-

lung, aber nicht nur bei der Umweltabwicklung, sondern natürlich in allen Bereichen der Stadtplanung und der Stadtentwicklung. Wie hat der Svhalek gesagt? Ich zitiere ihn wieder: "Neue aktuelle Projekte vorstellen, der Öffentlichkeit vorstellen und zugänglich machen." Nichts anderes wollen wir ja! Genau das ist es, was wir wollen. Ich verstehe überhaupt nicht, wieso ein Planungsstadtrat im Stil - ich sage noch einmal - im Stil Ceausescu oder Ulrichs oder wessen auch immer, hergeht und die Öffentlichkeit ausspart.

Gehen wir weiter: Neue Formen der Demokratie und Mitbestimmung, neue Formen der Bürgerbeteiligung. Das ist alles richtig. Daher gefällt es mir auch, wenn Sie das sagen. Ich habe es nur schon recht oft gehört. Wenn es dann genau Punkt für Punkt gemacht wird, dann kommen die Genossen und drehen es ab, und wir fallen in der Entwicklung unserer Stadt ins finstere Mittelalter oder - wenn man so will - in finstere Jahrzehnte zurück!

Ich glaube, daß das kulturelle Erbe dieser Stadt genauso wichtig ist, wie das ökologische Erbe, das diese Stadt hat. Ich glaube, daß die jetzige Umwelt unserer Stadt genauso geschützt werden muß wie die früher entstandene, die wir kennen und als historisch betrachten. Ich meine, das hat alles seinen Stellenwert. Wenn wir uns heute in die Au von Hainburg stellen und sie schützen, damit nicht irgendwelche Betonierer diese gewachsene Kulturlandschaft vernichten, dann müssen wir aber auch bereit sein, dafür einzustehen, daß das kulturelle Erbe unserer Stadt im Zentrum dieser Stadt nicht vernichtet wird!

Wir Freiheitlichen werden jedenfalls in den Bereichen der Umwelt, der Ökologie, der Kultur und der Kulturgeschichte unserer Stadt ängstlich darüber wachen, damit hier nicht Werte - und zwar auf allen Ebenen - unwiederbringlich vernichtet werden. Da können Sie uns beim Wort nehmen. Da werden Sie - wenn Sie richtig handeln und den richtigen Weg gehen, unsere Umwelt schützen, Wasserbewirtschaftung und ökologisch richtige Sachen machen - unsere Unterstützung haben.

Wenn Sie aber den verkehrten Weg gehen, und - zum Beispiel - die Alte Donau zum Versumpfen bringen, Naherholungsgebiete weitgehend zerstören, in den Bereichen der Wasserwirtschaft und der Stadtplanung versagen, und dann bei diesem Versagen der Stadtplanung mit altsozialistischen Methoden - wie Aussperrung der Öffentlichkeit und des gewählten Gemeinderats sowie der gewählten Gemeinderäte des Planungsausschusses - vorgehen, dann werden Sie auf unseren erbitterten Widerstand stoßen! (Beifall bei den F.)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr StR. Swoboda. Ich erteile es ihm.

**Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich werde jetzt sicherlich nicht zu den vielen haltlosen, unbegründeten und geradezu grotesken Vorwür-

fen des Kollegen Pawkowicz ... (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Es ist ja immer dasselbe! - Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner: Ja, es ist immer dasselbe!) Ja, es ist immer dasselbe, was Pawkowicz sagt, das ist schon richtig. Es ist immer dasselbe und wird auch durch Wiederholung (Aufregung bei den F.) nicht vernünftiger und nicht wahrer. (StR. Lothar Gintersdorfer: Durch Ihren gouvernantenhaften Ton aber auch nicht!)

Ich möchte nur einen Punkt - wenn Sie wollen, im Sinne einer tatsächlichen Berichtigung - einmal klarstellen, Kollege Pawkowicz. Das ist ja auch in einer Presseaussendung so gekommen, und es ist schlicht und einfach falsch.

Ich habe weder veranlaßt, daß im Museumsquartier diese Visualisierung vorgenommen wurde, noch daß irgend jemand nicht zuschauen darf oder ausgeschlossen wird. Ich habe mich - Kollege Pawkowicz zum Unterschied von dir, weil ich das gehört habe und es ja auch in den Zeitungen gestanden ist - gemeldet und habe gesagt, daß ich mir das auch ansehen möchte, und ob ich das kann. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Ja, die Kollegin Unterreiner auch, nur haben sie sie leider hinausgeworfen!) So ist das! - Aufregung bei den F.) Frau Kollegin Unterreiner, Frau Kollegin ... (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Das ist die Realität! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Mit Steuergeldern sind die bezahlt worden! Ja, mit Steuergeldern wurden die bezahlt! Mit Steuergeldern Bezahlte haben sie hinausgeworfen! - Aufregung bei der SPÖ und den F.) Kollegin Unterreiner, waren Sie drinnen oder nicht? (Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner: Bitte was?) Waren Sie drinnen oder nicht? Haben Sie zugeschaut, ja oder nein? Waren Sie drinnen oder nicht? Sagen Sie hier die Wahrheit! (Abg. Ing. Karl Svoboda: Jetzt wird es gefährlich! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Hinausgeworfen wurde sie von den Hütern! - Abg. Ing. Horst Georg Riedler: Die Wahrheit sagen!) Sie waren drinnen und haben es gesehen! (StR. Mag. Hilmar Kabas: Von den Hütern wurde sie hinausgeworfen! Das ist die Wahrheit!) Das ist die Wahrheit. (Abg. Ing. Horst Georg Riedler: Sagen Sie die Wahrheit! - StR. Lothar Gintersdorfer: Uniformierte Hüter waren da! - Weitere Aufregung bei der SPÖ und den F.) Die Wahrheit ist, daß die Frau Unterreiner drinnen war und es gesehen hat!

**Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend):** Ich ersuche die Damen und Herren des Landtags, etwas ruhiger zu sein! Bitte!

**Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda (fortsetzend):** Hier wird wider besseres Wissen gelogen und das ist nicht akzeptabel! (StR. Mag. Hilmar Kabas: Sie ist hinausgeworfen worden, das ist nicht akzeptabel! - Abg. Andreas Honay: Das ist ja nicht wahr, sie soll die Wahrheit sagen! - Große Aufregung bei der SPÖ und den F.) Danke. Das ist es. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abg. Unterreiner gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner (F):** Sehr geehrte

Frau Präsidentin! (Abg. Ing. Karl Svoboda: Jetzt will sie berichtigen!) Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich verstehe die Aufregung, die jetzt entstanden ist.

Herr StR. Swoboda, Sie haben mich dort vor dem Gebäude stehen gesehen. Es war so: Als ich hineingehen wollte, waren drei uniformierte Beamte da. Ich weiß nicht, welche Uniformen die hatten, die mich nicht hineingelassen haben. Sie haben mich selber draußen stehen gesehen. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Aus Steuergeldern bezahlte Uniformierte waren das!) Als ich dann versucht habe, von hinten hineinzugehen, kam mir Herr Dr. Bischof, der Direktor der Errichtungs-gesellschaft entgegen und hat gesagt: "Um Gottes willen, die Unterreinerin durchbricht alle Sperren! Bitte, Frau Unterreiner, verlassen Sie diesen Ort! Wir wollen hier in Ruhe und ohne Störung arbeiten!" (Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Waren Sie drinnen oder nicht? Haben Sie die Visualisierung gesehen oder nicht? Waren Sie drinnen oder nicht? - Aufregung bei der SPÖ und den F.) Moment. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist das wahre Gesicht des Sozialismus! - Weitere Aufregung bei der SPÖ und den F.)

Später, einige Stunden später, als die Hüter weg waren und ich dann hineingehen wollte, weil ich wissen wollte und neugierig war, wie diese Visualisierung stattgefunden hatte ... (StR. Lothar Gintersdorfer: Uniformierte Hüter waren das! - Abg. Andreas Honay: Das stimmt ja so nicht!) Es ist mir aber so passiert! (Abg. Mag. Renate Brauner: Sagen Sie doch endlich die Wahrheit! - Große Aufregung bei der SPÖ und den F.)

Als StR. Swoboda, Bezirksvorsteher Tamchina und alle anderen Leute schon weg waren, durfte ich mich hineinstehlen und mir das dann anschauen! (StR. Mag. Hilmar Kabas: Sie können nur aussperren und einsperren!) So war das, Herr StR. Swoboda! Sie haben mich selber gesehen! (Weitere große Aufregung bei der SPÖ und den F.)

Präsidentin Erika Stubenvoll (unterbrechend): Ich glaube, wir sollten der Frau Kollegin Unterreiner die Chance geben, ihre tatsächliche Berichtigung vorzubringen. Ich bitte, den ... (StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist wirklich das wahre Gesicht des Sozialismus! Nur aussperren und einsperren! - StR. Lothar Gintersdorfer: Uniformierte Hüter, aus Steuergeldern bezahlt! - Abg. Andreas Honay: Sie soll doch endlich bei der Wahrheit bleiben! - Weiterhin große Aufregung bei der SPÖ und den F.)

Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner (fortsetzend): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe zum Beispiel erfahren, daß Herr Bezirksvorsteher (Abg. Ing. Karl Svoboda: Was kommt jetzt wieder?) Tamchina, der genauso Interesse gezeigt hatte wie ich, doch hinein durfte und sogar mit einem Kran hinaufgehoben wurde! Er konnte sich das anschauen. Offensichtlich gehört er zur richtigen Seite. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Eh klar! Er ist ja

auch ein Sozialist!) Offensichtlich gehört er zu einer Partei, die richtig eingefärbt ist, während ich, von der man wußte - und der Dr. Bischof weiß das seit Jahren -, daß ich zu den Kritikern gehöre, hinauskomplimentiert und nicht hineingelassen wurde! (Beifall bei den F.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Zum Wort gemeldet ist Herr StR. Swoboda. Ich erteile es ihm.

Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Also ... (Abg. Dr. Helmut Günther: Dem Swoboda seine Berichtigungen! - Aufregung bei der SPÖ.) Erstens einmal: Ich habe mich angemeldet, daß ich das sehen möchte. Als ich - und ich habe Zeugen dafür - bei diesem Seiteneingang beim Architektur Zentrum hineingehen wollte - ich bin vom Rathaus dorthin zu Fuß gegangen und das war der nächste Eingang -, waren dort drei Hüter und haben gesagt: "Es kann nur derjenige hinein, der angemeldet ist. Wir haben keine Liste. Sie können hier nicht durchgehen." Ganz klar: Ich konnte dort auch nicht hinein, weil ich nicht angemeldet war, und es konnten nur die hinein, die sich vorher angemeldet hatten! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Das war ja ein Geheimbund!) Moment ... (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Ja! Ja, Sie hätten sich anmelden können. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Es war also ein Geheimprojekt! - Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner: Wer war denn eingeladen? - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Ja, wer war denn eingeladen? - StR. Mag. Hilmar Kabas: Wer hat denn das bestimmt, wer daran teilnehmen darf? - Wieder Aufregung bei den F.) Jeder konnte sich anmelden. Wenn Sie wirklich so ein Interesse gehabt hätten, hätten Sie sich einladen ... (StR. Mag. Hilmar Kabas: Und das alles wird aus Steuergeldern bezahlt! - Weitere Aufregung bei den F.) Sagen Sie, haben Sie ... (StR. Mag. Hilmar Kabas: Das alles wurde aus Steuergeldern bezahlt! Das alles!) Sie hätten ja gehen können. Ich war nicht eingeladen. Ich habe mich angemeldet und habe gesagt, daß ich das sehen möchte. Ich war nicht eingeladen. Ich war deshalb auf der Liste, weil es schließlich auch eine Frage der Sicherheit war, denn es waren ja auch mehrere Kräne im Einsatz. Die Sicherheit mußte deshalb auch gewährleistet sein. Es war ja - wenn sie so wollen - wie auf einer Baustelle.

Ich halte noch einmal fest: Dr. Bischof hat die Frau Abg. Unterreiner extra eingeladen, hat es ihr gezeigt, und sie hat es gesehen! (Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner: Nachher, ja nachher!) Das sollte man hier klar und deutlich festhalten! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Erwin Hirschall: Zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg. Dr. Pawkowicz gemeldet. Ich weise darauf hin, daß er die Redezeit von fünf Minuten nicht überschreiten darf.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (F): Also, jetzt, sage ich es noch einmal, und wiederhole es noch einmal (Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Daß die Frau Unterreiner drinnen war und es gesehen hat! - Abg. Mag. Renate Brauner: Sie hat es sich anschaut!): Faktum ist, daß die Abg. Unterreiner dorthin

gegangen ist, man sie nicht hineingelassen hat und sie verwiesen worden ist. Erst als die mit Phantasieuniformen ausgestatteten und dort offensichtlich den Eingang bewachenden Wächter weg waren und der ganze Zauber vorbei war, ist es ihr gelungen, all das auch noch zu sehen. (Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Sie ist eingeladen worden! Sie ist eingeladen worden, dorthin zu gehen! - StR. Lothar Gintersdorfer: Ja, nachdem alles vorbei war!) Genauso war die Geschichte (Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Das ist falsch! Das ist ja falsch!)

Ich sage es noch einmal: Es ist völlig klar, daß etwa der Bezirksvorsteher Tamchina hinein durfte, weil er ja zur sozialistischen Machtgruppierung gehört, und daß - Herr Kollege Swoboda - diese Zauberei-Wächter sie dort nicht gekannt haben, das tut mir leid, an sich ... (Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Wieso tut Ihnen das leid?) Naja wieso, das ist eine Frage! Von verschiedenen Zeitungsberichterstattungen weiß ich natürlich, daß sie dann trotzdem mit dabei waren.

Faktum ist: Wenn Sie uns hier erklären wollen, daß Sie sich die Öffentlichkeitsarbeit für ein entscheidendes Projekt dieser Stadt so vorstellen, daß man mit Wächtern aufpaßt, ob ein Gemeinderat hinein kann, abgewiesen wird oder sich das dann ein bißchen später vielleicht doch noch ansehen kann, wenn das also Ihre Öffentlichkeitsarbeit ist, Kollege Swoboda, dann ist das beschämend für Sie, Ihre Partei und diese Stadt! (Beifall bei den F.)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Ing. Svoboda. Ich erteile ihm das Wort. (Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Das ist eine Schweinerei, die Sie da verbreiten! Eine ungeheure Frechheit ist das, was Sie hier behaupten! Das ist eine ungeheure Frechheit! - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Und Sie wissen, daß das nicht stimmt! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Das wissen Sie ganz genau! - StR. Lothar Gintersdorfer: Eine SPÖ-Veranstaltung war das! - Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Eine ungeheure Frechheit ist das! - Aufregung bei der SPÖ und bei den F.)

Abg. Ing. Karl Svoboda (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben gerade wieder einmal den Beweis geliefert bekommen, daß sich die F und die GRÜNEN in ihren Handlungen überhaupt nicht unterscheiden, denn beide Fraktionen - egal, ob es der Pilz oder der Pawkowicz ist - behaupten hier etwas, stellen es als Wahrheit hin, und unterstellen den anderen die Unwahrheit! Das ist die politische Methode dieser beiden Fraktionen! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich werde versuchen, das hier auch deutlich zu machen. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Warum brüllen Sie denn so? - StR. Lothar Gintersdorfer: Es war aber doch eine SPÖ-Veranstaltung!)

Pilz geht hier heraus und spricht vom In-Frage-stellen des sozialen Konsenses und der Frage der sozialen Sicherheit in diesem Lande, operiert mit falschen Zah-

len und Ziffern, unterstellt dem Bürgermeister, die Interessen nicht zu vertreten, und verrät die Interessen der Wienerinnen und Wiener und aller sozial Schwachen in dieser Stadt. Er vertritt das insofern, weil er behauptet, daß hier etwas verlorengeht, was real aber nicht stimmt. (Abg. Hannelore Weber: Was hat er behauptet?) Konkret hat er behauptet, daß hier vom Herrn Bürgermeister - unserem Parteivorsitzenden und Landeshauptmann - 7 Millionen Schilling hergegeben werden.

Jetzt sage ich Ihnen etwas, Frau Kollegin Weber, weil Sie die einzige von der Fraktion sind, die da ist. (Abg. Andreas Honay: Wo ist der Kollege Pilz? Wo ist er denn schon wieder?) 7 Millionen Schilling, das sind genau die 3 500 Bezieher von Stipendien, die Wiener oder Wienerinnen, die den sozialen Zuschuß erhalten sollen. Sie machen sich stark für jene, die der sozialen Transferleistung gar nicht bedürfen! Sagen Sie es deutsch! Sagen Sie den Leuten, daß Sie nicht für die sozial Schwachen eintreten, sondern für die anderen. Wo ist denn Ihr Widerhall? Sie haben heute Tausende eingeladen, daß sie in diesen Saal kommen mögen. Ich vermisste sie!

Sie bleiben bei Ihren Fragen nicht bei der Wahrheit. Es geht - zum Beispiel - auch um die Frage, daß das Sparpaket nicht die Ärmsten, sondern alle mit unterschiedlicher Intensität trifft. Sie behaupten hier eine Reihe von Dingen - auch in anderen Bereichen -, die einfach falsch sind!

Ich möchte jetzt aber auch darauf hinweisen, daß der Kollege Pilz heute in der Früh in der Fragestunde eigentlich nicht aufgepaßt hat. Er will nicht aufpassen, weil ihm das nicht in seine politische Taktik paßt.

Es geht nicht allein um die Frage, wie wir manche Dinge tun, sondern es geht auch um die Grundsätze in diesem Staat. Das ist so, Frau Kollegin Weber, ob es Ihnen paßt oder nicht.

Wenn wir heute Ausgleichsverhandlungen führen - egal, ob in Österreich oder in Europa -, so sind das Vereinbarungen, die man trifft, und zwar Vereinbarungen zwischen Körperschaften, die durch Menschen vertreten werden. Wenn Sie sagen, die Verlagerung von Leistungen soll einfach wer anderer machen, dann ist das ein Verstoß gegen bestimmte grundsätzliche Finanzbestimmungen, die wir uns auch selbst gegeben haben.

Wir versuchen, diesen Ausgleich im sozialen Bereich herzustellen. Das hat heute der Herr Bürgermeister gesagt. Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist das Faktum!

Ich komme jetzt zur zweiten Frage.

Der Kollege Görg hat hier von der Frage der Stadtneuerung gesprochen. Es kommt auch von uns ein entsprechender Antrag, weil wir glauben, daß die Förderung von Investitionen tatsächlich etwas ist, was in Zeiten des Spars im öffentlichen Haushalt viele Gedanken und Phantasie notwendig macht, um Förderungen in anderen Bereichen zu erhalten. Aber das ist bitte nicht erstmalig, denn ich darf alle Damen und

Herren des Wiener Landtags daran erinnern, daß der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds eine Reihe von Förderungsmaßnahmen setzt, die durchaus in Investitionen gipfeln.

Ich vermisste aber bei manchen eines: Die Taten! Taten und nicht nur reden! Warum hat der Kollege Pawkowicz heute hier nicht gesagt: Wir sind für die Arbeitsplätze? Ja, wir haben es schon bei der Ablehnung des WAFF, der eine grundsätzliche Voraussetzung für jene Qualitätsweiterentwicklung der Arbeitnehmer durch die geänderten Wirtschaftsbedingungen bildet, bemerkt. Wir haben es bei GM bemerkt, als es dort um die Frage der Arbeitsplätze ging. Wir haben es in vielen anderen Bereichen bemerkt.

Sehen Sie, das unterscheidet die Sozialdemokraten von den anderen! Nicht nur Reden, sondern auch Handeln ist hier angesagt!

Das unterscheidet uns aber auch bei der Wassersache. Dem Kollegen Pilz ist es - auch wenn er Wiener Landtagsabgeordneter ist - vollkommen gleichgültig, daß dadurch die Menschen in Wien 15 Prozent höhere Wassergebühren und die Wiener Wirtschaft 140 Millionen mehr an Wassergebühren zu bezahlen hätten. Das ist ihm gleichgültig! Das ist seine Interessenvertretung als Klubobmann und Nicht-mehr-Vorstandsmitglied der GRÜNEN, scheinbar auch in der Frage "kein Sparpaket". Er macht nur mehr Arbeiten, für die er bezahlt wird, denn in einer Partei kriegt man ja nichts bezahlt. Das ist auch eine Frage, die ich mir in diesem Zusammenhang stelle.

Also ich sage nur: Er sagt, verhandeln wir doch darüber. Worüber ist zu verhandeln? Alle anderen vor mir haben ja auch deutlich gesagt: Das ist Raubrittertum!

Das ist aber auch nicht eine Frage der SPÖ, Herr Kollege Pawkowicz - das ist das zweite, wo Sie nicht ganz die Wahrheit gesprochen haben -, sondern es ist ein einstimmiger Beschuß der steirischen Landesregierung! Meines Wissens gibt es dort einen F-Landesrat, der heißt Schmid. Aber vielleicht ist er gestern ausgetreten oder gehört heute nicht mehr zu Ihnen. Das wäre ja durchaus denkbar, denn in Ihrer Partei gibt es einen gewissen Wechsel, möglichst Wellenbewegungen, die manchmal sehr kurz sind, manchmal auch nur tageweise. Also wenn ich da so an Linz denke und mir das in Erinnerung rufe! Aber den gibt es ja jetzt nicht mehr in der ersten Reihe, den gibt es jetzt woanders. Vom Handerlaufthalten in den ... (Abg. Ing. Peter Westenthaler: *Das mit dem Handerlaufthalten müssen Sie beweisen!*) Ja, wir werden das sehen, wir sind da ja noch miteinander vor Gericht, wir zwei. Das machen wir, und Sie werden das schon sehen, in dem Bereich ... (Abg. Ing. Peter Westenthaler: *Das müssen Sie erst beweisen!*) - Abg. Heinz Sramek: *Das schaut Ihnen wieder ähnlich, das paßt Ihnen!*) Das Handerlaufthalten werde ich Ihnen sagen! In diesem Zusammenhang könnte ich andere Dinge wegen ... (StRin. Karin Landauer: *Denken Sie an Ihren Bereich!*) Das ist der Unterschied, und schauen Sie ... (StRin. Karin Landauer: *So*

*denken Sie doch an Ihren Bereich! Was ist mit dem StR. Braun?*)

Eine Methode des Herrn Dr. Pilz - auch bei den Wasserwerken - sind die Zahlenspielereien gewesen. Er will Fakten nicht zur Kenntnis nehmen. Der Umweltstadtrat - er hat gesagt Umweltlandesrat - hat ihm vorgerechnet, wie das ist. Aber es wird nicht akzeptiert. Es paßt nicht in sein Bild hinein, und was da nicht in sein Bild paßt, das gibt es nicht. Das ist die einfachste Methode, wie man Wahrheiten und Fakten einfach nicht zur Kenntnis nimmt, sondern versucht, Dinge zu trüben und Dinge unklar zu machen, um politisches Kapital aus der Arbeit zu holen. Nicht für die Menschen, sondern gegen die Interessen der Menschen, aber im persönlichen Interesse! Das ist der nicht unwesentliche Unterschied zu all diesen Dingen!

Darf ich jetzt vielleicht wieder zum Wasser und zur I. Hochquellenwasserleitung, die vom Cajetan Felder 1873 eröffnet wurde, zurückkommen. I. und II. Hochquellenwasserleitung sowie III. Wasserleitung. Es stimmt, die III. Wasserleitung ist noch nicht in Betrieb, wir bauen auch nicht mehr daran. Wir bauen schon lange nicht mehr (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: *Also wie ist das jetzt mit der III. Wasserleitung?*), und die Teile, die in Wien gebaut worden sind, sind auch in Funktion. Aber solche Kleinigkeiten, daß natürlich die Behälter bereits längst in Funktion sind und selbstverständlich die Großtransportleitungen für die Versorgung in Wien verwendet werden, die gibt es ja alle nicht, das negiert man, und natürlich ist auch - in dem Zusammenhang - seither nichts mehr geschehen! Es gibt ja auch keine Pfannbauer-Quellen, wo mit einem Aufwand von Millionen mit Hilfe von Technikern Lösungen versucht worden sind, um ein Mehr an Wasser nach Wien zu bekommen.

Natürlich ist es so, daß man sich Institute immer danach aussucht, ob die Aussagen passend oder nicht passend sind. Das Ökologieinstitut hat vor fünf Jahren, Herr Kollege Pawkowicz, im Zusammenhang mit dem Wasser festgestellt: Wien hat nicht nur sein Erbe gut verwaltet, sondern auch gerade in dieser Hinsicht vermehrt. Außerdem hat der StR. Svhalek gesagt, daß wir die Rohrnetzverluste von 23 Prozent auf 8 Prozent reduziert haben. Aber das sind ja alles keine Leistungen, weil Ihnen das nicht in Ihr Bild paßt! (Abg. Hannelore Weber: *Stimmt nicht! Das stimmt ja nicht!* Schauen Sie sich doch den Bericht an!) Ich sage das deshalb, denn man muß euch das deutlich sagen, und ich möchte euch ... (Abg. Hannelore Weber: *Schauen Sie sich doch die Unterlagen an!*) Ich möchte sagen, es ist auch ... (Abg. Hannelore Weber: *Schauen Sie sich doch die Unterlagen der MA 31 an!*)

Auch Pawkowicz ist wieder über die Frage EU und transeuropäisches Netz darauf zurückgekommen, daß dann das Wasser von den Ländern in dieses Netz gespeist werden müßte und woanders hinkommen würde. Das ist doch schlicht und einfach die Unwahrheit (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: *Ich erkläre es Ihnen dann nachher!*), und ich darf mir erlauben, auf

diese Erklärung einzugehen.

Es gibt nämlich eine Anfrage des jetzigen Bundesgeschäftsführers, Schweitzer - glaube ich - heißt er (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Nicht Albert!*), Karl Schweitzer. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: So ist es richtig! - Abg. Heinz Sramek: Die wechseln so oft! Ist er es noch?*) Er hat an das Europaparlament eine schriftliche Anfrage, das transeuropäische Wassernetz betreffend, gerichtet. Hier die Anfrage:

"1. Besteht durch den Art. 130 S des Beitrittsvertrages die Möglichkeit, die Mitgliedsstaaten an der Errichtung eines transeuropäischen Wassernetzes verbindlich zu beteiligen?

2. Sind die einzelnen Mitgliedsstaaten in der Folge verpflichtet, dieses transeuropäische Wassernetz aus ihren eigenen Ressourcen zu dotieren?"

Die Antwort der Frau Kommissar Bjerregaard: "Der Herr Abgeordnete bezieht sich offenbar auf Art. 130 S des EG-Vertrages und nicht des Beitrittsvertrages. Transeuropäische Wassernetze werden im Art. 129 B des EG-Vertrages nicht erwähnt. Diese wurden als Maßnahme im Bereich der Bewirtschaftung der Wasserressourcen eingestuft. Gemäß Art. 130 S Abs. 2 können solche Maßnahmen nur einstimmig vom Rat beschlossen werden. Daher können den Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die Errichtung transeuropäischer Wassernetze keine Verpflichtungen auferlegt werden."

Wir haben das in den letzten Tagen aber ganz anders gehört. Jeder möge sich jetzt selbst ein Bild machen, wie man bei den F mit der Wahrheit umgeht. Jeder möge sich ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Entschuldige, jetzt ist Turin, und in Turin wird das alles genau verhandelt!*) So genau nimmt man es, und genauso war es zuletzt bei der Frage Museumsquartier, wo schlicht und einfach festgestellt worden ist ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Das stimmt ja nicht, das ist ja nicht wahr!*)

Selbstverständlich war die Frau Kollegin Unterreiner drinnen und hat sich das angeschaut! Das ist so, Herr Kollege Pawkowicz, aber bestimmte Dinge passen euch einfach nicht in euer Konzept. Ihr behauptet etwas, und wer es nicht weiß, könnte das dann ja durchaus glauben. Wir sind daher aufgerufen, immer wieder deutlich zu sagen: So ist es nicht, die sprechen nicht die Wahrheit, sondern sie versuchen, parteipolitische Dinge zu machen, und vertreten nicht die Interessen der Bevölkerung, der Menschen dieser Stadt! (*Beifall bei der SPÖ*.)

Ich halte es für einen Skandal, daß der Grüne Dr. Pilz hier nicht gegen den Versuch der Steiermark protestiert, eine Wassersteuer einzuführen, sondern sagt: Verhandeln wir. Das ist der Skandal, Herr Dr. Pilz, den Sie heute hier sehr deutlich gemacht haben!

Ich halte es auch vom Dr. Pawkowicz für einen Skandal, daß er hier versucht, mit Unwahrheiten die Dinge in diese Richtung zu (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Nur langsam! Langsam!*) steuern. So ist

es ja mit der ganzen F-Bewegung, die hier deutlich gesagt hat, die Wasserressourcen Österreichs kommen in andere Länder! Das ist schlicht und einfach falsch! Sie verbreiten Angst und Sorgf. Sie verdunkeln Dingel. Sie sind genau das, was ich immer sage: Die Kräfte der Finsternis, die es gilt, zu bekämpfen! (*Beifall bei der SPÖ*. - *Abg. Hannelore Weber: Und Sie sind die Lichtgestalt!* - *Abg. Jean Margulies: Und wir, die GRÜNEN, sind die Lichtgestalten!* - *Heiterkeit bei den F und den GRÜNEN.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Abg. Günter Kenesei: Was ist denn mit den Joghurtbechern?* - *Abg. Jean Margulies: Ja, was ist denn damit?*) Die hat der Kollege Pilz da vergessen. Wir müssen sie ihm wieder zurückgeben, denn wir nehmen nichts an! (*Abg. Dr. Peter Pilz, seinen Platz verlassend und zum Rednerpult kommend: Was ist mit den Joghurtbechern?*) Langsam ... (*Abg. Dr. Peter Pilz: Da sagen Sie nichts dazu!* Warum sagen Sie nichts zu den Joghurtbechern?) Warum soll ich etwas ... (*Abg. Dr. Peter Pilz: Aber fragen kann man doch? Fragen kann man doch, oder?*) Erstens einmal, Herr Kollege Pilz (*Abg. Jean Margulies: Was ist jetzt eigentlich mit den Joghurtbechern?*), ein wesentliches Merkmal der Sozialdemokratie ist, daß wir keinen Zensor haben und auch niemanden, der uns etwas vorgibt, was wir zu sagen haben. Bei Ihnen (*Abg. Dr. Peter Pilz: Was ist mit den Joghurtbechern?*) ist das möglicherweise der Fall, daher werde ich das sagen, was ich glaube zu sagen zu haben. (*Abg. Dr. Peter Pilz: Wissen Sie es überhaupt?*) Ich werde daher durchaus das eine oder andere noch sagen. Aber gerade weil Sie es jetzt wollen, werde ich das nicht sagen! (*Heiterkeit bei der SPÖ*.) Über Auftrag - auch vom Dr. Pilz - werde (*Abg. Günter Kenesei: Wenn Sie es wissen, dann sagen Sie doch dazu etwas!*) ich gerade nicht antworten, und vor allem nicht Fragen im ... (*Abg. Dr. Peter Pilz: Sie wissen es, Herr Klubobmann! Ein Wort zu den Joghurtbechern! Aufregung bei den GRÜNEN.*)

Herr Dr. Pilz! Darf ich offen sagen, daß ich im Landtag einen Debattenbeitrag (*Abg. Dr. Peter Pilz: Was ist mit den Joghurtbechern? Was ist damit?*) zu leisten habe und keine Einzelgespräche führe! Ich bitte den Präsidenten (*Abg. Heinz Sramek: Pilz setzen! - Weitere Aufregung bei den GRÜNEN.*), den Herrn Dr. Pilz auf die geschäftsordnungsmäßige Vorgangsweise im Landtag aufmerksam zu machen. (*Abg. Heinz Sramek: Pilz setzen!* - *Abg. Dr. Peter Pilz: Warum soll ich mich setzen?*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Ich bitte den Herrn Abg. Pilz, wieder seinen Platz einzunehmen. Der Redner könnte sich behindert oder bedroht fühlen!

*Abg. Ing. Karl Svoboda (SPÖ): So ist es! (Große Aufregung bei den GRÜNEN. - Beifall bei der SPÖ. - Abg. Jean Margulies: Wie ist das jetzt mit den Joghurtbechern? - Abg. Dr. Peter Pilz: Drei Joghurtbecher! Was ist jetzt mit den Joghurtbechern?)* Es ist ohne Zweifel klar, daß wir im Zusammenhang mit Fragen der Abfallwirtschaft und des Mülls eine sehr klare

Position haben. (Abg. Dr. Peter Pilz: Bei den Joghurtbechern!) Wir werden versuchen, bei all den Dingen, die den Grundsätzen einer Kreislaufwirtschaft - Müllvermeidung, Reduzierung - nicht entsprechen, tätig zu sein - auch im Zusammenhang mit Verordnungen im Abfallwirtschaftsgesetz. (Abg. Dr. Peter Pilz: Auch bei den Joghurtbechern?)

Die Frage der Sinnhaftigkeit von Sammlungen, die nicht wiederverwertet werden können, sollte man daher durchaus in Frage stellen. (Abg. Dr. Peter Pilz: Mit 8 000 Schilling?) Das wird auch in diesem Zusammenhang in Frage gestellt werden, und um die Frage geht es.

Grundsätzlich kann es nie das Ziel sein, daß sich jemand mit Geld aus seiner Verpflichtung, die Interessen der Umwelt für sich oder sein Unternehmen zu bewahren, freikaufen kann. Um diese Frage geht es ja auch unter anderem. Daher wird sich der Kollege Umweltstadtrat - Landesrat haben Sie immer zu ihm gesagt, Umweltstadtrat heißt es in Wien - immer wieder um diese Frage bemühen. Sie haben daher auch versucht, ihn falsch zu zitieren. Darf ich das sagen? (Abg. Dr. Peter Pilz: Ich habe diesen Satz da!) Er möchte daher den umgekehrten Weg gehen, und nicht so wie in der Abfallwirtschaft einfach nur sammeln, sondern reduzieren und die Kreislaufwirtschaft einführen. Das war seine Frage: Umkehrweg, nicht nur sammeln, sondern vermeiden. Sie haben es bewußt falsch zitiert, Herr Kollege Pilz! (Abg. Dr. Peter Pilz: Ich habe den Satz da!) Aber ich bin das ja gewohnt.

Darf ich jetzt im Zusammenhang damit, weil die Frage auch in bezug auf Atomkernkraftwerke war ... (Abg. Günter Kenesei: Wir können ja dann im Protokoll nachschauen!) Wir haben hier durchaus gemeinsame Interessen zu vertreten, auch im Rahmen unserer Aufgabe als Vertreter der Wienerinnen und Wiener. Ich werde daher einen gemeinsamen Beschußantrag einbringen. Er ist allen Fraktionen bekannt. Im wesentlichen geht es darum ... (Abg. Hannelore Weber: Die Begründung wäre aber sehr interessant! Die Begründung!) Ich darf mich darauf beziehen und die Begründung jetzt einmal nicht verlesen:

"Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Die Wiener Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten  
a) die Initiative zur Schaffung einer 'Koalition Atomkraftwerk- und Kernwaffenfreier Staaten' aufzugreifen,

b) entsprechende Schritte auf nationaler und internationaler Ebene vorzubereiten und in der Folge einzuleiten,

c) diese Schritte in Abstimmung mit den NGOs, die als Proponenten das Konzept der Koalition atomfreier Staaten lanciert haben, vorzunehmen.

2. Die Landesregierung wird ersucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten das Ziel einer 'Koalition Atomkraftwerk- und Kernwaffenfreier Staaten' aktiv zu unterstützen."

Ich bitte um Annahme dieses Beschußantrags.

Jetzt noch einige abschließende Bemerkungen.

Kollege Svhalek hat hier versucht, in sehr kurzer Zeit die Fülle an Maßnahmen, die gesetzt worden sind, deutlich zu machen. Es hat hier keines Antrags bedurft, sondern ist von ihm im Sinne dessen, daß zum gegebenen Zeitpunkt der Wiener Landtag - weil es sich hier um gesetzliche Bestimmungen handelt - in einem hohen Ausmaß informiert werden soll, durchgeführt worden.

Es werden im Verlauf der Debatte die Redner der SPÖ-Fraktion da und dort noch auf die Details und weitere Dinge eingehen. Gestatten Sie mir, daß ich daher nicht auf alle Details eingehe. Es würde den Zeitrahmen, den ich mir selbst gesetzt habe, sprengen.

Ich muß aber doch - um das mit den Worten vom Kollegen Svhalek zu sagen - folgendes unterstreichen: Wien ist eine funktionierende - auch international gesehen -, exzellent verwaltete Stadt, die auch die Interessen der Wienerinnen und Wiener im Zusammenhang mit Umweltfragen und Entsorgungsbereichen durchaus vertritt und permanent entsprechende Maßnahmen setzt.

Es bedarf nicht der Dinge von außen, um Reformen und Bemühungen zur Weiterentwicklung zu setzen. Das geschieht in diesem Hause und von der Mehrheit in diesem Haus. Ich sage das mit aller Offenheit: Diese Partei ist angetreten, gesellschaftliche Entwicklungen und damit auch die notwendigen Begleitmaßnahmen in anderen Bereichen herbeizuführen.

Wir sind keine starre Bewegung, sondern wir sind die Sozialdemokraten. Wir bekennen uns nicht nur zu Grundsätzen, sondern auch zur reformatorischen Entwicklung. Wir beweisen dies mehrfach, und auch heute ist das wieder durch viele Mitteilungen deutlich geworden.

Ich bitte alle, sich anzusehen, was alles im Laufe der Zeit - nicht nur in dieser Legislaturperiode - in diesem Haus geschehen ist, und erteile, internationale Vergleiche - in welchem Bereich auch immer - anzustellen.

Zweifelsohne sind nicht alle Dinge oft in dem Ausmaß erreicht worden, wie wir selbst uns das vorgenommen haben. Aber eines steht fest: Wir werden - wenn wir auch in manchen Dingen nicht so rasch vorgekommen sind - mit unseren Bemühungen nicht aufhören.

Hier wurde als Beispiel die III. Wasserleitung genannt. Wir werden weiterhin dafür sorgen, daß dieser Punkt nicht von der Tagesordnung kommt, und werden versuchen, diese Dinge zu lösen. Aber eines steht fest: Alle Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen in dieser Stadt funktionieren und werden vielfach als international beispielhaft vorgestellt.

In diesem Sinne wollte ich auch meinen heutigen Beitrag verstanden wissen. Es geht nicht um parteipolitische Interessen, sondern es geht um die Interessen der Wienerinnen und Wiener, und die werden wir auch in Zukunft wahrnehmen! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zu einer weiteren

tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Abg. Pawkowicz das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (F): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist nur eine kurze Berichtigung, weil mein Vореднер, der Herr Klubobmann Svoboda, von den Kräften der Finsternis gesprochen und dabei zu mir geschaut hat. (Heiterkeit bei den F.)

Selbst wenn ich den Kollegen Svoboda als absolute Lichtgestalt betrachte - was sicher vermessens ist -, kann er nicht sagen, daß alles um ihn herum dann die Kräfte der Finsternis sind, wenn er das Zentrum des Lichts ist. So geht es nicht (Abg. Heinz Sramek: Das soll eine tatsächliche Berichtigung sein?), auch wenn Sie "Mehr Licht in dunkle Gassen" plakatieren.

Es hat Sie überhaupt niemand in den letzten Jahren daran gehindert, mehr Licht in die dunklen Gassen zu bringen, Sie Lichtgestalt, daß muß ich schon dazu sagen! (Beifall bei den F.)

Ich glaube, wir sind in jedem Fall - und das sage ich auch dem Klubobmann Svoboda - gut beraten, wenn wir von solchen verbalen Ausrutschern Abstand nehmen. Was uns hier im Gemeinderat auszeichnen soll, ist die seriöse Debatte. (Abg. Heinz Sramek: Das ist der Gag des Jahres!) Hier soll um die Sache gerungen werden, hier geht es um das Trinkwasser, hier geht es um die Zukunft - und Sie blödeln da herum! Das ist doch wirklich unglaublich! (Aufregung bei der SPÖ.) Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Vorgangsweise. Hier geht es um die Zukunft unserer Stadt, hier geht es um die Kultur unserer Stadt, und dann sagt einer, er ist das Zentrum des Lichts und die anderen sind die Kräfte der Finsternis!

Meine Damen und Herren! Das ist ja doch ein Abstieg in der Kultur, und diesen Kulturstieg werden wir sicher nicht mitmachen, sondern wir werden hier weiter auf hohem Niveau diskutieren! (Beifall bei den F. - Heiterkeit bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Herr Dr. Pawkowicz! Das war durchaus ein belebender Beitrag, aber es war keine tatsächliche Berichtigung im Sinne der Geschäftsordnung. (Abg. Heinz Sramek: Das bestätigt nur das, was vorher gesagt wurde!)

Als nächster Redner hat das Wort Frau Abg. Hannelore Weber.

Abg. Hannelore Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Darf ich nur darauf aufmerksam machen, daß ich eine Rednerin bin! Das sollte sich auch langsam hier herumsprechen!

Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Das, was sich heute in diesem Hause abgespielt hat, ist nicht nur peinlich, sondern es ist erschütternd. Es ist erschütternd, was hier an Distanzierungen - jeder von jedem - passiert ist. Ein roter Landesrat distanziert sich von seiner Bundesregierung, die Wiener ÖVP distanziert sich von der steirischen ÖVP, und der Herr Landesrat schimpft auf den Umweltminister. In diesem Zusammenhang hat aber auch die ÖVP auf den

Umweltminister geschimpft, weil sie ihm vorgehalten hat, daß er eine steirische Politik macht und so weiter und so fort. Letzten Endes ist hier wieder die Sachpolitik und das, was wir gemeinsam machen könnten, auf der Strecke geblieben.

Zum guten Schluß hat sich jetzt der Klubobmann der SPÖ - in seiner gewohnten Manier lautstark verschwendend, sich hier als Lichtgestalt darzustellen - von seinem eigenen Bürgermeister und Landeshauptmann distanziert! In indirekter Weise ... (Abg. Ing. Karl Svoboda: Überhaupt nicht, aber überhaupt nicht!) Selbstverständlich! Sie haben hier gesagt, daß unser Klubobmann die Unwahrheit gesagt hat. Ich habe hier aber die APA-Aussendung, und da sagt der Bürgermeister Häupl: "Das kostet die Stadt 7 Millionen Schilling!" Wo ist er denn jetzt, der Herr Klubobmann? Jetzt ist er weg, jetzt ist er baff.

Ja also (Abg. Ing. Karl Svoboda: Das sind ja Stipendien!), jetzt distanzieren Sie sich auch schon von Ihrem eigenen Landeshauptmann und ... (Abg. Ing. Karl Svoboda: Das stimmt ja nicht!) 7 Millionen Schilling! Sie haben gesagt, die Zahl stimmt nicht. Da steht es bitte, und statt hier jetzt zu versuchen, daß die Stadt Geld für diese Freifahrten bekommt, entnehmen Sie eigentlich nur wieder etwas aus dem Budget!

In diesem Zusammenhang möchte ich jetzt zuerst einmal unsere Anträge für neue Möglichkeiten im Zusammenhang mit Jugendtarifen der Wiener Linien einbringen.

Das erste ist ein Beschlusenantrag und ein Appell an die Bundesregierung zur Erarbeitung eines neuen Vorschlags für Fahrkostenbeiträge an Studenten.

"Der Wiener Landtag fordert die Bundesregierung auf, das vorgelegte Konzept hinsichtlich der gänzlichen Streichung der Studentenfreifahrt nochmals zu überdenken. Eine gänzliche Abtretung der bisherigen finanziellen Aufwendungen seitens des Bundes ist abzulehnen. Um die finanzielle Belastung für die einzelnen Studenten auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, schlägt der Wiener Landtag der Bundesregierung den Abschluß der folgenden Vereinbarung vor:

1. Die Wiener Linien gewähren den Studenten eine 50prozentige Ermäßigung auf den Vollpreis.

2. Um die neu entstandene Belastung für die betroffenen Studenten auf 1 000 Schilling pro Jahr zu reduzieren, übernimmt der Bund die Kosten für die Differenz in der Höhe von 1 350 Schilling pro Jahr."

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wir haben hier noch einen weiteren Beschlus- und Resolutionsantrag im Zusammenhang mit einer Aufruforderung an die Wiener Linien zur Ausarbeitung eines neuen Tarifsystems für Jugendliche bis 25 Jahre vorbereitet. Der Beschlusenantrag lautet:

"Der Wiener Landtag fordert die Wiener Linien auf, innerhalb der nächsten drei Wochen einen Vorschlag für ein neues Tarifsystem für Jugendliche bis 25 Jahre zu erstellen. Mit diesem neuen Tarifsystem sollen gerade die jungen Menschen als wichtige Klientel der

Wiener Linien geworben werden. Dabei sollen in etwa folgende Richtwerte beachtet werden:

1. Das Angebot an die Jugendlichen zwischen 19 und 25 soll dem jetzt schon gültigen ermäßigten Tarif für die Senioren in Höhe von 2 350 Schilling angeglichen werden, und

2. Für alle Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 19 Jahre soll es zu einer Gleichstellung untereinander kommen. Das bedeutet beispielsweise, daß 15jährige Lehrlinge nicht mehr bezahlen sollen als etwa 18jährige AHS-Schüler. Die Benützung der Wiener Linien darf für die Unter-19jährigen maximal 600 Schilling pro Jahr kosten."

Auch hier beantragen wir in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Weiter möchte ich mich über dieses Thema nicht mehr auslassen, weil ja unser Klubobmann hier schon genug Argumente, wo die Fehlleistungen der Stadt Wien, des Bürgermeisters und Landeshauptmanns und der verantwortlichen Stadträte und Landesräte liegen, vorgebracht hat.

Leider ist der Herr Klubobmann natürlich jetzt sehr weit hinten (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Ich bin aber noch da!*), außer Sichtweite.

Es wurde hier behauptet, daß die GRÜNEN Dinge trüben, nichts klarmachen und Fakten nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Das gebe ich Ihnen genau jetzt zurück! Sie haben schon seit zwei Jahren unsere Argumente gehört, Sie kennen unsere Unterlagen und alle unsere Vorschläge, und Sie gehen hier heraus und sagen, daß wir Dinge trüben und nicht klarmachen! Sie behaupten, daß die Stadt Wien alles getan hat, um die Rohrnetzverluste zu reduzieren. Hier bitte (*ein Blatt Papier mit Aufzeichnungen zeigend*), Herr Kollege Svoboda, in Farbe! Schauen Sie sich den Vergleich bitte an! Ja, das ist das rote Wien, und das sind die Rohrnetzverluste des roten Wien! (*Weitere Unterlagen zeigend*) Das ist München, das ist Bonn, das ist Berlin-West und das ist Frankfurt. Glauben Sie wirklich, daß Sie weiterhin behaupten können, in dieser Stadt alles getan zu haben, damit es weniger Rohrnetzverluste gibt? Wie haben denn das die anderen gemacht? Glauben Sie wirklich, daß Sie angesichts so einer Darstellung andere Bundesländer der Politpiraterie und des Raubritertums bezichtigen müssen? Dann nehmen Sie sich doch selbst einmal bei der Nase!

Was haben Sie denn vor zwei Jahren mit den Wienern gemacht? Sie haben 500 Millionen Schilling Budgetloch gehabt und haben dann nach den Budgetdebatten überfallsartig eine Erhöhung des Wasser- und Abwassertarifs um vier Schilling auf die Tagesordnung gesetzt, obwohl der Bürgermeister vorher versprochen hatte: Ich garantiere, es gibt in Wien keine Tariferhöhung! Das haben sie gemacht!

Das nächste ist, daß Sie ja nicht nur in dieser wirklich untragbaren Art und Weise mit den Steirern umgehen, sondern Sie gehen auch mit mir ähnlich um. Ich habe schließlich und endlich nur gesagt, daß die Vorgangsweise der Steirer zu verurteilen ist und man das

so nicht machen kann. Wenn bei uns aber nach wie vor Wasser verschwendet und nicht endlich auf andere Wassertarife umgestellt wird, wenn hier nach wie vor alles mögliche daran gesetzt wird, daß wir mit Hochquellwasser Auto waschen, Golfplätze gießen und Rauchgaswäschen beschicken - 365 000 Kubikmeter pro Jahr -, dann habe ich natürlich Verständnis dafür!

Wir sind der Meinung, daß diese ökologische Frage heute hier überhaupt nicht zum Tragen gekommen ist. Es ist nur der Affront gegen die Steirer passiert, aber daß das - de facto - schon berechtigte Forderungen sind, das ist untergegangen. Das ist die Stadt, die geschrien hat: Hurra, auf in die EU und so weiter, und so fort. Und diese Stadt führt jetzt wirklich einen Wasserkrieg, und führt ihn weiter, anstatt das zu tun, was wir vorgeschlagen haben: Einen Dialog statt Kriege zu führen! Auch in diesem Sinne heißt es: Die Waffen niederlegen und sich miteinander verständigen! (*Beifall bei den GRÜNEN*.)

Wir haben in diesem Zusammenhang einen Beschuß- und Resolutionsantrag vorbereitet, und hoffen wirklich, daß hier die Vernunft einkehrt und endlich auch die Herrschaften von der SPÖ ein bißchen an die ökologischen Komponenten denken, die jetzt auch in der Wasserwirtschaft notwendig sind.

Unser Beschußantrag lautet:

"Der Wiener Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierungen Wiens und der Steiermark werden aufgefordert, zur Wahrung der Interessen beider Seiten hinsichtlich der Auseinandersetzung um die geplante Einführung einer Wasserabgabe, folgende Schritte zu setzen:

Bestellung und Einsetzung einer bundesländerübergreifenden Arbeitsgruppe zur Klärung der steirischen und Wiener Interessen unter Berücksichtigung der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts in der gesamten Hochschwabregion.

Es ist sicherzustellen, daß es in Wien zu keiner Erhöhung der Wassergebühren bei einer allfälligen Einführung einer Wasserabgabe kommt. Es ist sicherzustellen, daß das Land Steiermark eine allfällige Wasserabgabe in der Steiermark zweckgebunden verwendet.

2. Der Wiener Landtag fordert den Wiener Stadtsenat auf, ein ökologisches Wasserwirtschaftskonzept vorzulegen.

Wesentliche Eckpunkte dieses Konzepts sind: Möglichst effiziente Nutzung des vorhandenen Trinkwassers in Wien, 10-Jahres-Plan für den Einbau von Wasserzählern in allen Wiener Wohneinheiten, Umstellung der Wassergebühren-Verrechnungsmodus auf einen progressiven Wassertarif, Förderung für Brauch- und Regenwasseranlagen in Wien, Einsatz der Gewinne aus der Trinkwasserversorgung für die Finanzierung der Effizienzrevolution." (*Abg. Dr. Peter Pilz: Superl Bravo! - Beifall bei den GRÜNEN*.)

In diesem Sinne hoffe ich, daß hier endlich die Vernunft einkehrt, und in der Wasserwirtschaft ein ökologisches Denken Einfluß nimmt. Denn eines muß ich Ih-

nen sagen: Es schaut ja auch bei Rax und Schneeberg nicht anders aus. Statt in Wien Wassersparmaßnahmen zu setzen, haben Sie ja seinerzeit versucht, das Wasser von dort zu verkaufen. Prinzipiell habe ich nichts gegen einen Wasserverkauf. Aber zuerst muß man in der Region schauen, welche Wasserbedürfnisse man hat. Ich bin nicht der Meinung, daß Wien Wasser ins Ausland verkaufen soll, wenn im Umkreis von zehn Kilometern um Wien Kinder mit Mineralwasser ernährt werden müssen, weil die Grundwasserbrunnen verseucht sind. Sie wissen ganz genau, wieviele Gemeinden in Niederösterreich jetzt schon an uns angeschlossen sind, damit wir sie mit Hochquellenwasser versorgen können.

Das steirisches Wasser ist nicht nur ein steirisches Wasser, es ist auch ein Wiener Wasser. Es gehört eigentlich allen. Für die Schäden, die dort durch die Entnahme entstehen - Grundwasserabsenkung und so weiter -, sind aber auch wir verantwortlich, wenn wir nicht endlich mit Wassersparmaßnahmen beginnen.

In diesem Sinne möchte ich wirklich appellieren - und das ist moderne Umweltpolitik -, nicht die anderen zu befeten und zu beschimpfen. Sie haben sich ja nicht einmal getraut, die Begründung Ihres Antrags jetzt hier vorzulesen, weil "Raubrittertum" drinnengestanden ist.

Jetzt frage ich mich nämlich, was die ÖVP machen wird. In der Zeitung habe ich gelesen, daß der Herr Prochaska gesagt hat, wenn es ausschließlich eine Beschimpfung der Steiermark wird, dann werden sie dem nicht zustimmen. Wenn der Herr Görg jetzt vielleicht gesagt hat, Sie müssen oder was ... (Abg. Johannes Prochaska: Das ist ja nicht ausgeschlossen!) In der ÖVP sollte man sich schon langsam klarwerden, was man will. (Abg. Johannes Prochaska: Außerdem ist es ein SPÖ-Landesrat, falls Sie das irgendwie versäumt haben sollten!) Das finde ich ja besonders witzig, wenn das jetzt wieder losgeht, verdammt nochmal.

Als ich vor vier Jahren hierher gekommen bin, war ich manchmal schon sehr grob. Inzwischen habe ich mich manchmal beherrscht. Damals habe ich gesagt: Meine Herrschaften, nehmt's doch endlich eure Betonstöpseln aus den Ohren! (Abg. Johannes Prochaska: Wie meinen?) Nehmt's doch endlich einmal eure Betonstöpseln aus den Ohren, und erkennt doch endlich, wie wichtig eine Wasserwirtschaft ist! Wie nötig es ist, daß wir da gemeinsam vorgehen. (Abg. Johannes Prochaska: Das ist der rote Landesrat!) Also anscheinend hat jetzt Görg befohlen, der Prochaska muß doch die Steiermark beschimpfen. Gut, das ist eine ÖVP-Angelegenheit. (Abg. Johannes Prochaska: Sie sollten Ihre Betonstöpseln woanders entfernen!) Ich habe keine Betonstöpseln irgendwelcher Art irgendwo hineingestöpselt, daher bin ich auch nicht in der Lage, Ihrer Aufforderung nachzukommen, sehr geehrter Herr Kollege Prochaska! (Abg. Johannes Prochaska: Ökologische Stöpsel!) Ökologische Stöpseln gibt es nicht. Ökologische Konzepte sind zukunftsträchtig, vorausschauend und präventiv, aber sie stöpseln nichts zu!

(Abg. Johannes Prochaska: Aber sie behindern auch beim Nachdenken, manchmal!) Nein, Sie sind behindert beim Nachdenken, weil Sie noch immer nicht kapiert haben, was da läuft. (Abg. Johannes Prochaska: Ist ja egal!) Gut. (Abg. Johannes Prochaska: Sind wir barmherzig!) Ich brauche Ihre Barmherzigkeit nicht, wirklich nicht! Auf die kann ich verzichten! (Abg. Johannes Prochaska: Ich hoffe, Sie sind so mild!) Sicher, man muß miteinander reden. Ich glaube, daß wir da ... (Abg. Johannes Prochaska: Die Waffen sollen wir niedergelegen, und dann wollen Sie das nicht einmal hören!) Jetzt muß ich weitermachen, es tut mir leid.

Das muß man sich vorstellen: Da gibt es einen Umweltminister Bartenstein, der sagt, daß er Verständnis für die Steiermark hat. Dann sagt das Mitglied der Landesregierung ... (Abg. Johannes Prochaska: Es ist ja ein roter Landesrat! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Die Koalition! Die rot-schwarze Koalition!) Es ist ja wirklich merkwürdig, Herr Kollege Prochaska, vielleicht sollten Sie sich einmal Geschäftsordnungen oder ähnliches anschauen! Ich meine, eine Regierung besteht ja nicht nur aus einem Finanzlandesrat! (StR. Mag. Hilmar Kabas: Der Prochaska würde so gerne etwas werden!) Also das wird beschlossen, und dann geht das ja an und für sich erst in die Ausarbeitung, denn man muß sich das ja anschauen. In dieser Zeit könnte man ja ... (Abg. Johannes Prochaska: Sie brauchen nicht Barmherzigkeit, Sie brauchen Erbarmen!)

Dann sagt der Kollege Hawlik: Nein, also das ist ja wahnsinnig und furchtbar, jetzt kommen wir bald zur Luftsteuer. Dann sagt der Kollege Prochaska: Nein, wir dürfen die Steiermark nicht beschimpfen! Dann geht der Herr Görg heute da hinaus, beschimpft sie sehr wohl, und sagt: Das darf nicht sein! Daraufhin gibt der Herr Kollege Prochaska auch nach. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Er will endlich Klubobmann in einer Koalition werden!)

Aber wollen wir dieses Elend der ÖVP beenden und uns nicht weiter darüber unterhalten, sondern auf andere Punkte in der Umweltpolitik ... (StR. Mag. Hilmar Kabas: Klubobmann in einer Koalition will er doch endlich werden! - Abg. Johannes Prochaska: Mein Gott! Geh bittel So schaut es aus, weil die Blumen aus dem Handerl gefallen sind! - StR. Mag. Hilmar Kabas: Ja, ja, ja! - Abg. Johannes Prochaska: Der Brautstrauß ist verlorengegangen!)

Der Herr Landesrat oder (Abg. Johannes Prochaska: Umweltstadtrat!) Umweltstadtrat - wie er sich zu nennen pflegt - hat auch zum Nationalpark gesprochen. Wir haben hier gestern diese Pressekonferenz abgehalten. So wie ich es verstanden habe, wollen Sie nicht, daß die Parteien - bevor der endgültige Gesetzesentwurf in den Landtag kommt - das noch einmal besprechen. Das wollen Sie nicht, gut.

Also dafür habe ich kein Verständnis, weil wir ja nicht wissen, was da wirklich drinnensteht. Aber ich glaube, daß die Kollegin Schöfnagel in diesem Zusammenhang dann ohnedies einen Antrag einbringen wird.

Ich bin da sehr verwundert, daß die Herrschaften

... (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Jetzt haben Sie die Stöpseln!) Das ist auch wieder so eine Sache (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Das ist das Übliche!), die anderen arbeiten, sie arbeiten zusammen, sie machen eine gute Gesetz. Das kommt dann in die Landesregierung, und dann dürfen wir geschwind in zehn Minuten schauen, ob auch alles stimmt und auch alles drinnen ist, was wir uns ausgemacht hatten. Nein ... (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Kennen Sie den Terminplan nicht, Frau Kollegin?) Ich kenne ihn. (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Warum regen wir uns dann auf?)

Ich will, daß sich die vier Parteien - so wie sie es bis jetzt gemacht haben - noch einmal zusammensetzen und den Entwurf sehen, bevor er in der Landesregierung vorgelegt wird! Das ist doch das Geringste, was man von Ihnen verlangen kann! (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Wann? Montag 14 Uhr? Dienstag 14 Uhr? Jederzeit!) Ach, jetzt auf einmal! (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Nichts anderes habe ich gesagt!) Nein, Sie haben gesagt, Sie wollen den Antrag nicht beschließen lassen. (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Sie hören nicht zu, das ist alles!) Das werden wir dann später noch in einer weiteren Runde weiterdiskutieren. (Abg. Gerhard Pfeiffer: In einer Wasserdiskussion versickert die Referentin!)

Der nächste Punkt war die Antiatompolitik.

Ich begrüße den Herrn Kollegen Pfeiffer in der ersten Reihe: Guten Morgen. Er ist wieder munter geworden (Abg. Johannes Prochaska: Er ist schon die längste Zeit da!) und macht wieder großartige Zwischenrufe. Ich möchte wirklich einmal erleben, daß er außer sich immer in die erste Reihe zu setzen und zwischenzurufen - da herausen etwas Gescheites sagt. (Abg. Johannes Prochaska: Sie reden ja zum Hause!)

Es ist sowieso gescheiter, wenn man zum Haus redet als zum Kollegen Pfeiffer. (Abg. Johannes Prochaska: Aber ja!) Da gebe ich Ihnen einmal recht! (Heiterkeit bei der ÖVP.) Wenn wir also wieder zur Sache kommen könnten.

Zur Antiatompolitik hat der Kollege Pilz ja auch schon etwas gesagt. Der Herr Umweltlandesrat und Stadtrat hat sich heute wegen der Anti-AKW-Politik sehr gerührt. Ich muß Ihnen da aber schon einen wirklich sehr schweren Vorwurf machen. Also nicht nur, daß hier der Versuch unternommen wurde, den Antrag der NGOs aufzuweichen, haben Sie auch total verschwiegen, daß das eine Aktion von Antiatom-International gemeinsam mit dem Österreichischen Naturschutzbund und der Österreichischen Gesellschaft für Ökologie war, die eben an alle Fraktionen herangetreten sind, damit sie so etwas machen sollten. Wir hatten auch schon darüber geredet, daß man das endlich verabschieden sollte. Sie bringen das heute als Ihre Aktion ein - noch dazu aufgeweicht - und geben es als Ihre AKW-Politik aus! Also da habe ich mich ja, Gott sei Dank, noch durchsetzen können! (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Das stimmt ja gar nicht! Das stimmt ja gar nicht!) Sie hätten ja sagen können, daß das nicht von Ihnen stammt. (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Ich

werde es nachholen!)

Wir haben jetzt wieder einmal - alle Parteien gemeinsam - eine Resolution verabschiedet, und dann erzählen Sie uns, was alles gemacht wird: Krisenmanagement, 336 Meßstellen, 130 Sirenen - die Tessastreifen haben Sie vergessen, die stehen, glaube ich, auch drinnen. Aber das ist ja nicht das Problem. Das Problem ist ja, daß man diese AKW schließen muß, es gar nicht so weit kommen lassen soll und hier eben einiges dazu getan werden müßte.

Und da erinnere ich Sie, Herr Stadtrat, und den Herrn Stadtrat beziehungsweise Landesrat für Finanzen, der jetzt nicht da ist, daran: Es liegt seit dem 20. Februar 1995 ein Beschußantrag der GRÜNEN bei Ihnen und beim Finanzstadtrat. Darin geht es darum, einen Wiener Ökinvestmentfonds für Osteuropa einzurichten. Könnten wir uns nicht endlich einmal zusammensetzen und konkrete Vorschläge erarbeiten, was wir heute schon in der Energiepolitik tun können, was wir heute schon in der Verkehrspolitik tun können, wie wir heute schon sowohl der Slowakei als auch Tschechien Unterstützung geben können, damit sie wirklich aus der friedlichen Nutzung der Atomkraft aussteigen können! Es geht nicht an, daß Sie immer nur da herausgehen und Ihren guten Willen bekunden, sondern Sie müssen - ich sehe das genauso wie Kollege Pilz - einmal handeln, Sie müssen einmal etwas tun. Vielleicht wäre es doch möglich, daß ein Antrag, der ein Jahr bei Ihnen und beim Finanzstadtrat liegt - was ja geschäftsordnungsmäßig gar nicht zulässig ist -, endlich einmal behandelt wird, daß wir aber vorher vielleicht noch einmal miteinander darüber reden.

Das dritte: die Abfallpolitik. Das war wirklich ein Armszeugnis! Da hat de facto wirklich eine Beleidigung jeder gegen jeden, alle gegen alle stattgefunden. Das muß ich schon sagen, wie ich es auch im Ausschuß schon gesagt habe. Als der Herr Bürgermeister noch Umweltstadtrat war, hat er sich wenigstens noch bemüht. Da haben wir gemeinsam noch vieles zustande gebracht. Als der Herr Bürgermeister noch Umweltstadtrat war, hat er gesagt: Mir kommt kein Arge-V-Container in diese Stadt! Bravo! haben alle gesagt. Wunderbar! Was machen wir heute? Wir haben jetzt einen Vertrag abgeschlossen, worin wir das gute Sammelsystem, das wir, also SPÖ und GRÜNE gemeinsam mit den Bürgerinitiativen, erarbeitet haben, heute an die Arge V vermieten. Soweit haben wir es gebracht!

Sie wissen, die Anzahl der Einwegpackungen in Wien steigt enorm an, aber Sie tun nichts, Sie schieben es immer nur auf die Umweltminister, Sie schimpfen immer auf die böse ÖVP. Hier in dieser Stadt sind Sie noch an der Macht, hier in dieser Stadt müssen Sie etwas tun!

Sie haben schon einmal einen großen Fehler gemacht. Ich kann mich noch daran erinnern, als der "Konsum" - Gott habe ihn selig! - mit einem wunderbaren Konzept gekommen ist und eigentlich genau das

machen wollte, was der "Billa" heute macht: Natur pur, weg von den Einwegverpackungen. Ich war damals bei den Gesprächen dabei, und der Herr Pflaum ist danach zu mir gekommen und hat sich ausgeweint, weil der jetzige Bürgermeister und damalige Umweltstadtrat ihn diesbezüglich total im Stich gelassen hat. Das wäre vielleicht auch eine Möglichkeit gewesen, dieses Desaster mit dem "Konsum" zu verhindern, wenn Sie damals rechtzeitig mutige Schritte in die richtige Richtung gesetzt hätten.

In diesem Sinne ende ich jetzt mit einem Slogan, der leider bei den City-lights und sonst überall auch falsch angebracht ist. Dieser Slogan betrifft Einwegverpackungen, und Sie sagen da: Werfen Sie Ihre Gewohnheiten auf den Mist!

Ich ersuche Sie: Fangen Sie endlich an, Umweltpolitik so zu sehen, daß das keine Reparaturpolitik ist, sondern daß man da vorsorgend arbeiten muß, daß man zukunftsorientierte Projekte fördern muß. Werfen Sie in bezug auf die Betonstöpseln in Ihren Ohren diese Gewohnheiten endlich wirklich auf den Mist! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich Herrn Abg. Prochaska das Wort.

Abg. Johannes Prochaska (*ÖVP*): Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Obwohl ich nicht sehr hoffnungsfroh bin in bezug auf Erfolg von Aufklärungsbemühungen gegenüber der Frau Weber, muß ich hier doch die klägliche Argumentationskette zerstören, wo sie sich solche Sorgen macht, was ich denn jetzt bei diesem Antrag machen werde - und Unsinn dieser Art mehr. Sie hat ein verkürztes Zitat aus einer Zeitung in der ihr eigenen Art noch einmal verkürzt wiedergegeben.

Die Frage lautete schlicht und einfach: "Und was werden Sie machen, wenn die SPÖ einen Wasserantrag" - ich bringe es auch verkürzt - "auf den Tisch legt?"

Ich habe gesagt: "Wir werden selbstverständlich zustimmen, falls es sich nicht um eine völlig einseitige Beschimpfung eines andersfarbigen Bundeslandes handelt und andere Gesichtspunkte außer Betracht bleiben."

Das war das ganze Zitat. Der gegenständliche Antrag läßt diese anderen Gesichtspunkte nicht außer Betracht. Ihre Sorge ist unbegründet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Danke.

Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Dkfm. Hotter das Wort.

Abg. Dkfm. Robert Hotter (*ÖVP*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, daß ich Sie aus der hehren Welt der Lichtträger und Finsterlinge, aus Finsternis und Licht wieder zur Tagesordnung zurückführe, und zwar steht der Punkt 2, Änderung der Bauordnung, auf der

Tagesordnung. Konkret betreffend den § 8, der geändert werden soll, möchte ich gleich feststellen, daß meine Fraktion, die da auch eingebunden war, selbstverständlich ihre Zustimmung erteilen wird.

Wir sollten aber auch die Uorientierung in der Stadtentwicklung, wie sie von uns hier neulich in der letzten Gemeinderatssitzung am 8. dieses Monats bei unserer dringlichen Anfrage ausführlich behandelt wurde, zum Anlaß nehmen, daraus die Konsequenzen zu ziehen, und zwar Konsequenzen auch daraus, daß nunmehr ein Baulückenkataster vorliegt, der es immerhin ermöglicht, wenn auch nicht viele, so doch geschätzte 500 Wohnungen im Jahr zusätzlich errichten zu können. Dieser zusätzliche Wohnraum soll ja vor allem im Rahmen der sogenannten inneren Stadtneuerung geschaffen werden. Die Revitalisierung abgewohnter Viertel wird also zusätzliche Bedeutung erlangen und auch die Finanzierungsfrage aktualisieren. Ich weise nur etwa auf das Gürtel-Projekt und ähnliche hin.

Die öffentlichen Haushalte zeigen quasi Erschöpfungszustände, und es wird zu Recht vom Diktat der leeren öffentlichen Kassen gesprochen. Was läge also näher, als zu versuchen, den privaten Kapitalmarkt zu mobilisieren? Wenn es im Interesse der öffentlichen Hand liegt, ist es ja auch durchaus legitim, besondere Anreize steuerlicher Art für den Einsatz privaten Kapitals zu bieten, und wie wir aus den Bilanzen und Berichten der Banken ablesen können, mangelt es ja fürwahr nicht an diesem privaten Kapital. Es ist genügend privates Geld vorhanden. Dazu kommt, daß es in der gegenwärtigen Situation der Zinsen, die einen Tiefstand erreicht haben, auch relativ einfach sein müßte, Geldflüsse in Bewegung zu setzen.

Nun hat es sich aber ergeben, daß bei einer Neuregelung des sogenannten Hausherrnmodells eine Verschlechterung für privates Kapital erfolgen würde - zumindest besteht diese Absicht -, und einer meiner Voredner, Herr StR. Dr. Görg, hat sich ausführlich mit den Argumenten beschäftigt, die dafür sprechen, Privatinvestitionen für den Wohnbau zu fördern. Besonders hat er auch darauf hingewiesen, wie negativ sich der Entzug des privaten Kapitals für die weitere Altstadtsanierung auswirken würde.

Ich bringe daher jetzt gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag den Beschußantrag der Abgen. Dkfm. Robert Hotter, Georg Fuchs, Johann Herzog und Günther Kenesei ein:

"Der Wiener Landtag appelliert an die Abgeordneten zum Nationalrat, im Zuge einer Neugestaltung des Steuerrechts Anreize für den Einsatz von Privatkapital zur Revitalisierung von städtischen Problemgebieten vorzusehen."

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags in der heutigen Sitzung."

In diesem Sinne ersuche ich besonders die Damen und Herren des Hohen Landtags, die hier nicht vertreten sind, um Unterstützung bei der Abstimmung dieses Antrags. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dr. Erwin Hirschlal:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Prinz das Wort.

**Abg. Walter Prinz (F):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Hotter hat bereits begonnen, die Diskussion wieder in jenen Bereich zurückzuführen, den die Tagesordnung ausweist, nämlich die Reform der Bauordnung, und ich möchte mich auch damit befassen, was da so vor uns liegt und auf uns zukommt.

Wir haben vor einiger Zeit hier im Wiener Gemeinderat einen Unterausschuß eingesetzt, der die Reform der Bauordnung diskutiert und berät, und wir haben uns in diesem Unterausschuß dazu verstanden, daß diese neue Wiener Bauordnung im wesentlichen aus einem Guß gestaltet sein soll und daß in der Folge eine stückweise Befassung des Wiener Gemeinderats oder eine zitterweise Abstimmung nicht im Sinne dieses Ausschusses ist.

Im gegenständlichen Fall, der vorsieht, daß heute der § 8 der Wiener Bauordnung neu beschlossen werden soll und auch beschlossen werden wird, ist das allerdings etwas anders zu sehen, und Herr StR. Swoboda hat das in seiner Einleitung bereits ausgeführt. Wenn man mit der Änderung dieses § 8 zuwarten würde, würde das bedeuten, daß in der Folge ab August die Bautätigkeit in vielen Bereichen in Wien unmöglich sein würde, weil aufgrund des Verfassungsgerichtshofurteils sehr viele Flächenwidmungen aufgehoben worden sind.

Trotzdem scheint mir die Vorgangsweise bei diesem Geschäftsstück nicht akzeptabel zu sein, denn man muß feststellen, daß die Formulierung des § 8 nicht im Unterausschuß abgesprochen, sondern sozusagen am Reformausschuß vorbeigehantelt wurde. Ähnlich war es ja bei der Novellierung des Garagengesetzes, wo man dann allerdings auf halbem Weg stehengeblieben ist und dieses Gesetz, das es ermöglicht hätte, Stellplatzverpflichtungen nach Willkür und Gutdünken zu streichen, aus der Begutachtung genommen hat. In der Zwischenzeit hat sich der Reformausschuß damit beschäftigt, und ich bin überzeugt, daß wir da zu einem guten Ende und zu einem vernünftigen Vorschlag kommen werden, der es in Zukunft ermöglichen wird, bei gewissen Wohnhaus- und Bürohausanlagen Stellplätze nicht zu bauen und damit einen entsprechenden Beitrag zur Entschärfung der Verkehrssituation, aber auch zur Senkung der Baukosten zu leisten.

Mit der heute vorliegenden Form des § 8 - ich habe es schon erwähnt - hat sich der Unterausschuß nicht beschäftigt, der vorgelegte Gesetzentext ist jedoch bedenklich, denn es passiert damit mehr oder weniger nichts anderes, als daß die Anrainerrechte dramatisch beschnitten werden: Denn was steht denn da drinnen? Wenn Sie sich das durchlesen, steht da schlicht und einfach, daß Anrainer und Partei in diesem Fall bei Bauvorhaben nur jene sind, deren Liegenschaft nicht mehr als 20 Meter von einem zu errichtenden Objekt entfernt liegt. Und das ist natürlich eine Ausgangssituation, bei der man nicht mehr von der vollständigen

Einbeziehung der Anrainerrechte sprechen kann. Wir haben daher im Stadtsenat gegen diesen Entwurf gestimmt und natürlich auch im Ausschuß.

Im Ausschuß hat es dann eine interessante Diskussion gegeben, denn ich habe gemeint, es könnte in so einem Bausperrgebiet, wo nach § 8 eine Baugenehmigung erteilt wird, ja zum Beispiel passieren, daß neben einem Einfamilienhaus in einer Entfernung von 21 Metern ein Hochhaus entsteht, und der Einfamilienhausbesitzer hätte keine Chance, dagegen Einspruch zu erheben oder was auch immer. Herr StR. Swoboda hat bei dieser Diskussion gemeint, er hätte kein Haus und würde auch nie eines haben, deshalb fehle im vielleicht das Verständnis für diese Situation, aber außerdem hat er gemeint, diese 20-Meter-Grenze sei geltendes Recht. Und da irrt der Herr Stadtrat, da irren auch die Damen und Herren der Sozialdemokratischen Partei, sie sind allerdings in der Zwischenzeit draufgekommen. Denn tatsächlich ist es so, daß in der gültigen Bauordnung - und nur hinsichtlich der kann man von geltendem Recht sprechen - diese 20-Meter-Grenze, die man jetzt im § 8 übernommen hat, nur für Grünland gilt, für Bauland jedoch ausgeschlossen ist.

Wir haben das aufgezeigt, und ich bin froh, daß heute in der Folge - ich glaube, Kollege Effenberg wird das vorbringen - ein gemeinsamer Antrag gestellt werden wird, der diese von mir angebrachte Kritik zur Grundlage hat und in dem festgeschrieben wird, daß natürlich bei Bauland auch nach diesem neuen § 8 die Anrainerrechte absolut gewahrt bleiben und diese 20-Meter-Distanz keinerlei Relevanz hat.

Nur, eines möchte ich schon sagen: Wenn wir da nicht initiativ geworden wären, dann hätten wir heute hier im Gemeinderat wahrscheinlich mit Mehrheit einen Beschuß gefaßt, mit Mehrheit insoferne, weil ja im Ausschuß und im Stadtsenat sowohl die GRÜNEN als auch die Österreichische Volkspartei für diesen Urtext gestimmt haben. Das haben wir hiermit verhindert, und es kommt jetzt zu dieser gemeinsamen Lösung.

Da sieht man eigentlich jetzt erst, wie wichtig die Beratungen im Unterausschuß und im Ausschuß selbst sind, denn bei diesem Punkt hat man tatsächlich die im grundsätzlichen immer als sehr wichtig empfundenen Anrainerrechte einfach unter den Teppich kehren wollen.

Ich bleibe jetzt bei der Bauordnung, bei den zukünftigen Beschußfassungen. Wir haben in dem Unterausschuß, wie gesagt, schon einiges bewegt und erreicht, aber bei einem Punkt - beziehungsweise kommt dann in der Folge noch ein zweiter dazu - liegt es mir tatsächlich sehr am Herzen, daß dieser auch Eingang findet in die Beratungen. Das eine sind die Belastungen durch Fluglärm auf Wiener Boden. Da könnte ich mir vorstellen, daß es sicher sehr zweckmäßig wäre, in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen - vor allem in den Bebauungsplänen - die Einflugschneisen auf Wiener Stadtgebiet darzustellen. Dann könnte nämlich eines nicht passieren, was jetzt gang und gebe ist - in den Stadterweiterungsgebieten zum Beispiel -: daß

sich zuziehende Wohnungsmieter, Wohnungseigentümer oder auch Liegenschaftserwerber ahnungslos, was da auf sie zukommt, ansiedeln und dann in den ersten Nächten feststellen müssen, daß sie eigentlich nicht schlafen können, weil Flugzeuge, die in Schwechat landen oder von Schwechat aus starten, in geringer Höhe über ihr Haus oder über ihr Grundstück drüberzischen. Das ist natürlich für einen, der nicht damit rechnet, eine entsprechende Belästigung und außerdem natürlich auch eine Wertverminderung von Grund und Boden.

Das wollen wir eigentlich nicht, und daher stelle ich den Antrag, daß im Zuge der Bauordnungsreformverhandlungen Festlegungen getroffen werden sollen, die darauf abzielen, daß in den Bebauungsplänen die Einflugschneisen im Wiener Stadtgebiet festgeschrieben werden.

In formeller Hinsicht bitte ich um Zuweisung an den Planungsausschuß. (Beifall bei den F.)

Wir haben ja heute schon einiges von Schwechat gehört, daß da unglaubliche Dinge passiert sind. (Abg. Andreas Honay: Vom Herrn Böhmdorfer haben wir einiges gehört!) Ich habe eigentlich vom Herrn Böhmdorfer nichts gehört. Wissen Sie, was ich gehört habe? Ich sage es Ihnen sofort. Ich habe gehört - und das hat mich einigermaßen erstaunt, tatsächlich erstaunt -, daß der Herr Bgm. und Lhptm. Häupl gemeint hat, er kenne den Rechnungshofbericht nicht, mit dem sich der Stadtsenat in einer vertraulichen Sitzung befaßt hat. Ich meine, er kann sagen, er kann darüber nicht berichten, weil das im vertraulichen Bereich stattgefunden hat, aber daß er ihn nicht kennt, das ist ja schlicht und einfach eine Vergeßlichkeit oder eine Unwahrheit, denn das steht auf der Tagesordnung der Sitzung des Stadtsenats, daß eben dieser Rechnungshof ... (Abg. Andreas Honay: Rechnungshofbericht!) Wir reden ja von nichts anderem. (Abg. Franz-Karl Effenberg: Das ist ein Rechnungshofbericht! Verstehen Sie das nicht? - StRin. Karin Landauer: Da brauchen wir Sie dazu, damit wir das verstehen!) - Abg. Franz-Karl Effenberg: Ja, Sie brauchen mich dazu! Sie sind sich der Tragweite dessen, was Sie da sagen, gar nicht bewußt!) Ja also, ob das jetzt der Rechnungshofbericht oder der Rechnungshofbericht ist, ist mir persönlich als Wiener Gemeinderat ziemlich Wurscht. (Abg. Franz-Karl Effenberg: Ja, das wissen wir, daß Ihnen das Wurscht ist! Danke für die Klarstellung!)

In jedem Fall, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei, der Herr Bürgermeister, der Herr Landeshauptmann hat heute von diesem Platz aus gesagt, er kennt überhaupt keinen Bericht. Und das ist schlicht und einfach falsch! Entweder liest er die Tagesordnung nicht oder er paßt in den Sitzungen nicht auf, denn dieser Rohbericht oder Bericht über den Flughafen Schwechat war auf der Tagesordnung. Das möchte ich einmal schlicht und einfach feststellen. (Beifall bei den F. - Abg. Andreas Honay: Ich korrigiere meinen Klubobmann! "Kräfte" der F ist wirklich falsch!)

- Abg. Franz-Karl Effenberg: Ja, eindeutig! Also wissen Sie, auf den Schwachsinn, den Sie da verzapfen, gehe ich wirklich nicht ein. (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat, ebenfalls in der Fragestunde, in Beantwortung einer Anfrage unseres Klubobmannes noch etwas sehr Interessantes gesagt. Er hat nämlich gemeint, das sogenannte Lechner-Gutachten interessiere ihn überhaupt nicht, denn dieses Gutachten sei ein Konkurrenzgutachten zu dem des Planers, daher sei das für ihn völlig irrelevant. Was er damit sagt, ist auch unglaublich. Der Verfasser dieses Gutachtens, der Herr Dipl.-Ing. Lechner, ist ja nicht irgendwer. Das ist ein beeideter Zivilingenieur - das kann man überall nachlesen -, der seine Gutachten natürlich auch nach bestem Wissen und Gewissen erstellt, und ihn hier einfach so abzuqualifizieren, finde ich eigentlich unglaublich. (Beifall bei den F.)

Jetzt möchte ich noch eines sagen: Der Herr Landeshauptmann hat gemeint, Schwechat funktioniere bestens und er sehe überhaupt keinen Grund, sich da irgendwo zu engagieren, Wien verdiene sehr viel Geld mit dem Flughafen. Darauf hat der Herr Klubobmann gemeint, man könne noch viel mehr verdienen, wenn das eine oder andere nicht passieren würde. Ich lese Ihnen einmal ganz kurz vor - und zwar aus einer Aussendung, die ich jedem gerne zur Verfügung stelle; sie ist nicht von mir verfaßt, nicht von mir erfunden -, was da so alles passiert ist. Ich zitiere jetzt wörtlich, die Überschrift lautet:

"Der jüngste Höhepunkt der Mißwirtschaft dieser Bundesregierung ist der Skandal beim Vienna International Airport. Eine dringliche Anfrage der Freiheitlichen an den Finanzminister deckte Mißstände schonungslos auf.

Beim Bau der neuen Flughafenzentralhalle hat die Planlosigkeit der Verantwortlichen zu einer unglaublichen Geldverschwendungen geführt. Durch die freihändige Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen, durch Verletzung der Vergabebestimmungen, durch die Überlassung eines ordnungsgemäß Wettbewerbs beziehungsweise durch Bevorzugung bestimmter Unternehmen und Unternehmensgruppen, durch die Vernachlässigung von unabdingbaren Maßnahmen zur ordnungsgemäß Abwicklung des Baugeschehens, durch mutwillige Herbeiführung von Planungsunsicherheiten, durch fehlende definitive Kostenvorgaben, durch unzureichende Kostenermittlungen, durch falsche Grundlagenermittlungen, durch das Nichtabverlangen von Planungsleistungen wurden wiederum Zigmillionen an Mitteln eines mehrheitlich öffentlichen Unternehmens verschwendet. - Nachzulesen im 87 Seiten starken Gutachten eines Ziviltechnikers, erstellt im Auftrag des Rechnungshofes." Und so weiter und so fort.

Und das interessiert den Herrn Landeshauptmann überhaupt nicht!

Das geht aber dann noch weiter, nämlich genau in

jene Richtung, meine Damen und Herren, wo auch der Herr Landeshauptmann gemeint hat, dort sollte man untersuchen. Da steht nämlich: "Der Handlungsbedarf für SPÖ und ÖVP besteht nur beim Vertuschen. Es besteht Handlungsbedarf, so der SP-Abgeordnete Parnigoni" - Parnigoni, habe ich noch nie gehört (Abg. Godwin Schuster: Parnigonii); ja, offensichtlich tritt er sonst nicht sehr stark in Erscheinung (Abg. Franz-Karl Effenberg: Er kennt Sie auch nicht!); ich habe es ja auch nicht behauptet - "im Rahmen der dringlichen Anfrage. Nur geht es Parnigoni nicht darum, aufgedeckte Mißstände und Geldvernichtung im Interesse der Steuerzahler zu beseitigen und in Zukunft zu verhindern. Der SP-Vertuscher verlangt statt einer lückenlosen Aufklärung und Konsequenzen für die Verantwortlichen eine Prüfung, ob Jörg Haider durch die Aufdeckung des Skandals gegen Gesetze verstossen hat und eine Kreditschädigung der Flughafen AG vorliegt."

Meine Damen und Herren! Das ist eigentlich unglaublich. Eine Schädigung liegt sicher vor, und zwar für die Stadt Wien. Denn wenn wir mit den 17,5 oder 19 Prozent Anteilen - 17,5 Prozent, glaube ich, sind es -, die Wien an Schwechat besitzt, Gewinne abschöpfen, dann ist es sicher schädigend, wenn man das Geld, das man als Gewinn ausschütten würde, verschlampt und für Dinge, die da in diesem Papier stehen, verwendet hat.

Ich kann mich daher nur wundern, wie der Herr Landeshauptmann zu derartigen Aussagen kommt, und hoffe, daß er seine Einstellung sehr bald ändert und daß Licht in diese dunklen Angelegenheiten kommt - wenn wir schon von Licht und Dunkel reden. (Beifall bei den F.)

Ich möchte aber auch noch ganz kurz im Zusammenhang mit den Vorkommnissen beim Museumsquartier eine Initiative setzen. Es ist ja alles schon besprochen worden, ich brauche nicht zu wiederholen, wie man dort mit Behinderungs- und anderen Methoden die gewählten Vertreter dieses Landes von der Teilnahme an wichtigen Veranstaltungen abhält. Und das soll in Zukunft nicht mehr vorkommen. Es gibt in etlichen Bundesländern in Österreich die Verpflichtung, Bauprojekte im Baugenehmigungsverfahren anschaulich zu machen. So wie es da jetzt beim Museumsquartier passiert ist, sollte es eigentlich gang und gebe sein. Wenn ein Projekt eine bestimmte Größe überschreitet, wenn es nicht mehr als üblich und ins Ortsbild passend bezeichnet werden kann, soll dieses Projekt visualisiert werden.

Ich stelle daher einen Antrag in die Richtung, daß im Zuge der Bauordnungsreformgespräche auch ein derartiger Visualisierungsbeschuß gefaßt werden möge, um in Zukunft derart unsinnige Verheimlichungsversuche, wie sie beim Museumsquartier stattgefunden haben, zu verhindern, und bitte um Zuweisung. (Beifall bei den F.)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Hufnagl. Ich erteile es ihm. (Abg. Heinz Hufnagl - auf dem Weg

zum Rednerpult zu Abgeordneten der Freiheitlichen, die den Saal verlassen wollen -: Bleibt hier, das ist hochinteressant! - StRin. Karin Landauer: Hal Hal - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Nicht einmal die eigene Fraktion ist da! - Abg. Heinz Hufnagl: Die wissen das ja schon! - Abg. Andreas Honay: Das ist eine Lehrstunde für die Opposition! - Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz: Mir ist das Schnitzel lieber als du!)

Abg. Heinz Hufnagl (SPÖ): Herr Landtagspräsident! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Landtags!

Da Peter Pilz uns hier schon mit Joghurtbecherspielen erfreut hat (*auf dem Rednerpult stehen drei Joghurtbecher*), wollte ich ihm gerne eine gewünschte Fortsetzung dieses Spiels ermöglichen. Er ist leider nicht da. Ich werde mich daher mit dem Kollegen Schani Margulies in dessen Vertretung gerne gedanklich auseinandersetzen.

Diese Becher sind mit beträchtlicher Aufwendung von Wiener Wasser fabriksneu gewaschen, und wenn man schon so eine Verschwendug durchführt, dann sollte man sie nicht nur einmal nutzen, sondern im Sinne von Recyclierbarkeit und Mehrfachverwendung ... (Abg. Jean Margulies: Darum haben wir sie auch stehengelassen! Du kannst sie verwenden!) Ist schon klar. Wir machen also jetzt ein Wasserspiel. (Abg. Jean Margulies: Ja, du kannst sie verwenden!) Wir machen ein Wasserspiel. (Abg. Jean Margulies: Nur richtig entsorgen mußt du sie dann!)

Der Herr Klubobmann Pilz hat den Umweltstadtrat zu einem Besuch nach Tragöß eingeladen - das ist ein netter Ort im Bezirk Bruck an der Mur, aus dem auch der Kollege Pilz stammt - und hat gemeint, das Problem des dortigen Grünen Sees würde nicht zuletzt durch die unbotmäßige Entnahme von Wiener Hochquellwasser eskalieren und man möge doch für die dortige Initiative Verständnis haben. Also das (*der Redner zeigt einen der Joghurtbecher*) ist der steirische Ort Tragöß, das (*zweiter Becher*) ist der böse Ort Wildalpen, wo die MA 31 das Wasser entnimmt und dafür sorgt, daß seit über 100 Jahren die Hochquellwasserversorgung in Wien exzellent funktioniert. Was ist der Unterschied zwischen diesen beiden Orten oder Bechern? Der Unterschied ist, daß der eine Ort im Bezirk Bruck an der Mur, der andere im Bezirk Liezen liegt, aber das ist unmaßgeblich. Maßgeblich ist, daß dazwischen der Hochschwab (*dritter, größter Becher*) ist und daß das Wasser es sich aussuchen kann, ob es nach Tragöß oder nach Wildalpen fließt: Und wenn man in Wildalpen Wasser entnimmt, hat das auf Tragöß überhaupt keine Auswirkung.

Das heißt, der Kollege Pilz ist in Sachen steirischer Heimatkunde und Geographie mit Null unterwegs: Daher: Setzen! Und er soll sich nicht da im Wiener Landtag wichtig machen und uns sagen, was wir in der Wiener Wasserpolitik angeblich seit Jahrzehnten falsch machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bitte, die Spielregeln des jetzt Demonstrierten dem Herrn Klubobmann am Kongreß der GRÜNEN zur

Kenntnis zu bringen. (Abg. Josefa Tomsik: Dazu müßten sie auch wissen, was eine Wasserscheide ist!) "Wasserscheide" ist natürlich auch ein Begriff, der im grünen Repertoire nicht zwingend vorkommt, aber das ist nichts Böses. (Abg. Jean Margulies: Vielleicht sollte man auch über den Boden reden! Die Lehmschicht - wenn wir schon darüber diskutieren - unterhalb des Gipfels am Hochschwab führt dazu, daß eine unterirdische Scheidung entsteht. Das ist natürlich etwas, was du nicht begreifst! Wenn man schon über Ökologie redet, dann sollte man sich damit auch ausführlich geologisch auseinandersetzen!)

Schani Margulies, ich lade dich ein, jetzt im April, das ist die beste Jahreszeit dafür, mit uns nach Wildalpen zu fahren. Da kannst du die größte Wasserverschwendug der österreichischen Wassergeschichte erleben, weil über Hunderte ... (Abg. Jean Margulies: Man sollte wenigstens geologische Grundkenntnisse haben!) Gut, es ist witzlos! Kollege Margulies! Im April, wenn die Schneeschmelze beginnt, brechen über Hunderte Meter Hanglage Millionen Hektoliter Wasser heraus. Davon können nur Promillesätze überhaupt für die Wiener Wasserversorgung gefaßt werden, der Rest ist - übertrieben ausgedrückt - für die Fisch', denn das fließt in die Salza, und da haben maximal die Kajakfahrer noch etwas davon. Das ist die Tatsache. (StR. Mag. Hilmar Kabas: Das ist wichtig! Fische brauchen Wasser! - Weitere Zwischenrufe des Abg. Jean Margulies.)

Meine Damen und Herren! Zu Recht war in der heutigen Berichterstattung des Umweltstadtrates an den Wiener Landtag die Frage des Wiener Wassers die zuerst präsentierte, und darauf möchte ich auch meine Ausführungen konzentrieren.

Ich glaube, ein wesentlicher Indikator für die Qualität großstädtischer Umweltpolitik ist die Frage: Wie wird diese Metropole mit Wasser versorgt? Wie liegt Wien in der Frage der Trinkwasserressourcenfindung?

99,7 Prozent der Wiener Haushalte sind an das öffentliche Wassernetz angeschlossen; das sind immerhin 3 Prozent oder 40 000 Einwohner mehr, als das noch vor zehn Jahren der Fall war. Von diesen 99,7 Prozent der Haushalte konnte vergangenes Jahr von 97 Prozent Hochgebirgsquellwasser getrunken werden und nur mehr verschwindend geringe 3 Prozent wurden mit Grundwasser oder Oberflächenwasser versorgt.

Es hat sich herausgestellt, daß der heißeste, der längste und der niederschlagsärmste Sommer dieses Jahrhunderts der Wiener Wasserversorgung keinerlei Abbruch tun konnte und daß Tankwagen und Wasseremmer im Wiener Straßenbild weiterhin unbekannte Objekte waren.

Diese nicht wegzudiskutierenden hervorragenden Eckdaten der Wasserversorgung sowohl in qualitativer wie auch in quantitativer Form ergeben sich nicht zufällig, sondern sie sind das Ergebnis der jahrzehntelangen kongenialen Zusammenarbeit der Wiener Wasserwerke mit dem Forstamt, das die stadteigenen Quell-

schutzwälder im steirisch-niederösterreichischen Kalkalpengebiet in einer forstwirtschaftlich hervorragenden Art und Weise betreut. Und daß die Werte, die von der Wiener Wasserversorgung dargeboten werden, national wie international Spitzenleistungen darstellen, erfüllt die politisch verantwortlichen Sozialdemokraten - darüber hinaus aber, so hoffe ich doch, alle verantwortungsbewußten Politiker dieses Hauses - zu Recht mit angemessenem Stolz und beträchtlicher Genugtuung.

Es ist nicht so, wie der F-Führer, Kollege Pawkowicz, bedauert hat und auch in der weiteren Debatte ... (StRin. Karin Landauer: Einen Führer dürften Sie haben - wir haben keinen Führer!) Gut! - Der Klubvorsitzende und mögliche Spitzenkandidat der Wiener Freiheitlichen - soweit Herrn Haider bis zum Einreichungstermin der Wahlvorschläge nicht ein besserer Kandidat einfällt -, also der Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz hat uns am Mittwoch dieser Woche mit einer Presseaussendung erfreut, und in dieser heißt es - ich darf hier wörtlich zitieren :-

"Pawkowicz erinnert in diesem Zusammenhang" - nämlich steirische Attacke gegen das Wiener Wasser - "daran, daß die Wasserversorgung Wiens schon vor über 100 Jahren vom damaligen freiheitlichen Bürgermeister Cajetan Felder durch den Bau der zwei Hochquellwasserleitungen in vorbildlicher Weise gelöst wurde."

Kollege Pawkowicz irrt in doppelter Hinsicht. Erstens hat Cajetan Felder von 1814 bis 1894 gelebt und hat daher die II. Hochquellwasserleitung, die erst 1910, also 16 Jahre nach seinem Dahinscheiden eröffnet wurde, nur schwerlich errichten und dementsprechend auch nicht politisch verantworten können. (Abg. Gerhard Zeihsel: Das hat er auch nicht behauptet! Haben Sie geschlafen?!)

Ich zitiere noch einmal: "Pawkowicz erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die Wasserversorgung Wiens schon vor über 100 Jahren vom damaligen freiheitlichen Bürgermeister Cajetan Felder durch den Bau der zwei Hochquellwasserleitungen in vorbildlicher Weise gelöst wurde." - Pech gehabt! Er liegt einfach von den Daten seines eigenen Bildungsinstitutsnamensgebers - Cajetan-Felder-Institut - her falsch. So oberflächlich geht Herr Dr. Pawkowicz in eine Pressekonferenz!

Das zweite, was mir auffällt: Bei jeder Wiener Wasserdebatte wird Cajetan Felder plötzlich zum freiheitlichen Säulenheiligen erklärt und vereinnahmt. Der würde im Grab rotieren, meine Damen und Herren, wenn er erleben müßte, was die Freiheitlichen des Jahres 1996 mit ihm machen, denn er war im Gegensatz zu ihnen nämlich ein lupenreiner Liberaler.

Ich möchte, wenn ich schon dabei bin, hier einmal den Unterschied zwischen F und Liberal beleuchten. Wir haben heute davon gesprochen, was Licht und Finsternis in der Politik bedeuten, Kollege Pawkowicz hat hier zum Niedergang der Kultur das Wort genommen, und ich möchte die Frau Präsidentin bitten - da

viele Abgeordnete vor mir schon nicht ganz strikt zum Thema gesprochen haben -, mir nur drei Minuten Zeit zu geben, eine unbestritten liberale Zeitung, nämlich die "Süddeutsche Zeitung" zitieren zu dürfen. Sie ist vom Oktober vergangenen Jahres, und die darin getroffene Aussage ist absolut aktuell und nach wie vor richtig. Hier schreibt eine Journalistin:

**"Bomben und Plakate.** - In Österreich werden Briefbomben verschickt und Plakate geklebt. Was haben diese beiden Vorgänge miteinander gemein?

Nur dieses: beides bezweckt die Einschüchterung bestimmter Gruppen, die zu Feindbildern erklärt wurden. Durch die Briefbomben sollen jene Leute eingeschüchtert werden, die sich für eine humane Asyl- und Ausländerpolitik einsetzen oder selber Ausländer sind, die sich in Österreich niedergelassen haben. Durch die Plakate sollen jene Künstler und Kulturpolitiker eingeschüchtert und der Bevölkerung als Feindbilder eingeprägt werden, um die seit langem in der Öffentlichkeit ein Kulturkampf tobts, einrächtig angeheizt von der Freiheitlichen Partei des Rechtspopulisten Jörg Haider sowie von österreichischen Medien, die es als Marktchance erkannt haben, Quotenjagd als Künstlerhatz zu betreiben, wobei die Namen austauschbar sind: mal geht es um Schriftsteller wie Jelinek, Turrini, Menasse, Scharang, Roth oder Artmann, mal gegen bildende Künstler wie Nitsch oder Mühl, mal gegen Intendanten wie Peymann oder Mortier.

Auf den Wahlplakaten, mit denen die Wiener Freiheitlichen in der ganzen Stadt, vor allem aber in Arbeiterbezirken, derzeit Stimmungsmache verbreiten, wird die demagogische Frage gestellt: 'Lieben Sie Scholten, Jelinek, Peymann, Pasterk ... oder Kunst und Kultur? Freiheit der Kunst statt sozialistischer Staatskünstler.' Allen Lesern der 'Kronen-Zeitung', des fast schon allmächtigen Boulevard-Blatts und Zentralorgans aller übeln Instinkte der österreichischen Seele, muß der unterstellte Zusammenhang augenblicklich klar sein. Schließlich werden Ihnen die Dramatikerin Elfriede Jelinek und der Burgtheater-Direktor Claus Peymann seit Jahren als Feindbilder ebenso eingehämmert wie der Kulturminister Rudolf Scholten, der Peymanns Vertrag verlängert hat und von der 'Krone' permanent zur Zielscheibe unflätiger, auch antisemitischer Anwürfe gemacht wird. Auch die Wiener Kulturstadträtin Ursula Pasterk gilt als Befürworterin des Burg-Chefs.

Die Perfidie des Plakats liegt darin, daß hier kritische, engagierte, auch provokante Künstler als 'sozialistische Staatskünstler' diffamiert und gemeinsam mit liberalen, fortschrittlichen Kulturpolitikern zu Volksfeinden erklärt werden, deren Kopplung mit dem Namen des sozialdemokratischen Wiener Bürgermeisters Michael Häupl auch diesen im Wahlkampf diskreditieren soll. Zwar ist es absurd, ausgerechnet die Jelinek als 'Staatskünstlerin' zu denunzieren, die jahrelang in Wien links liegengelassen wurde, deren Bücher in Deutschland verlegt und deren Theaterstücke immer noch hauptsächlich in Deutschland aufgeführt werden, aber um Faktenwahrheit geht es im gegenwärtigen

österreichischen Kulturkampf ja ganz und gar nicht."

Meine Damen und Herren! Das ist eine objektive Meinung einer Zeitung, die von den internationalen Journalisten als liberal eingestuft wird.

Die Freiheitlichen des Jahres 1996 sind so liberal, wie englisches Rindfleisch unbedenklich ist. Beides kann man nur sehr, sehr schwer genießen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

In der Presseaussendung des Kollegen Pawkowicz wird hier weiter mit den bekannten Wasserplattitüden agiert. Von "Verschwendungen" ist hier die Rede, "dezentralen Brauchwasserleitungen" werden verlangt, und schlußendlich meint man - im interessanten Gleichklang auch mit der Kollegin Weber von den GRÜNEN -, "die Installation von Wasserzählern in allen Wohnungen könnte ein aufschlußreicher Beitrag zur Kostenwahrheit sein".

Dazu einige objektivierende Gedanken. Zur Wasserverschwendungen in Wien zwei Daten, die verblüffen, die einander scheinbar widersprechen, aber bei näherer Beleuchtung durchaus verständlich sind: Der Wasserverbrauch 1971 betrug 520 000 Kubikmeter pro Tag - 520 000 Kubikmeter! -, der Wasserverbrauch 1995 lag bei 400 000 Kubikmeter, also ein stolzes Fünftel weniger; und das trotz der außer Streit zu stellenden Komfortsteigerung der Wiener Wohnungen. Diese deutliche Reduzierung in der Wassereinspeisung - und das ist der entscheidende Punkt, wieso wir objektiv deutlich weniger Wasser verbrauchen, als das noch vor nunmehr 25 Jahren der Fall war -, liegt in der von den GRÜNEN immer wieder bestreiteten Erfolgsquote bei der Reduzierung der Transportverluste im Rohrnetz und auch bei der Überprüfung der hausinternen Wasserleitungen durch eine sehr effiziente Gruppe des Kundendienstes der Wiener Wasserwerke. (*Abg. Hannelore Weber hält ein Blatt in die Höhe.*)

Weil Sie hier diese Tabelle noch einmal herhalten, ich kann die Authentizität (*Abg. Hannelore Weber: Wasserwerke!*) - Kollegin Weber, geben Sie mir eine Chance auf eine Antwort - dieser roten Säule, die den Wiener Transportverlust signalisieren soll, und jenen der relativ kleinen deutschen Städte nicht nachvollziehen, ich kann Ihnen aber sagen, daß keine der deutschen Städte ein derart hochwertiges Wasser aus so großen Entfernungen seit 100 Jahren in die Metropole holt wie Wien. Je länger ein Transportweg ist, desto größer sind natürlich die theoretischen Risiken, daß auf dem Transport auch etwas verlorengehen kann. Aber innerhalb des Wiener Rohrnetzes haben wir gewaltige Verbesserungen zustande gebracht, und es sind im Übrigen 8 Prozent Verluste und nicht die stets von Ihnen fälschlich kolportierten 15 Prozent. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Hannelore Weber: Wasserwerke: 15 Prozent!*)

Tatsache ist weiter: Wir haben in den letzten zehn Jahren ... (*Abg. Hannelore Weber: Wasserwerke: 15 Prozent!*) Ja gut. - Wir haben in den letzten zehn Jahren 104 Kilometer Wasserrohre getauscht und - Kollegin Weber, da hören Sie natürlich nicht zu, wenn

es um herzeigbare Leistungen geht - wir haben 522 Kilometer neue Wasserrohre in Wien verlegt, und diese Rohre sind mit ein Faktor dafür, daß der Wasserverbrauch in Wien und daß vor allem die Transportverluste in eine vernünftige Entwicklung gekommen sind.

Es ist auch nicht so, daß das individuelle Autowaschen der vorsätzliche Wasserverschwendungsprozeß oder ein Hobby der Wiener ist. Immer mehr Wienerinnen und Wiener reinigen ihr Fahrzeug in einer gewerblichen Autowaschanlage bei Tankstellen oder Kfz-Werkstätten, wo das Wasser, bitte, recycelt wird - auch ein Umstand, der von Ihnen geflissentlich verschwiegen wird -, womit natürlich eine größere Effizienz erzielt werden kann, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Daß wir nur mehr Kühlanlagen mit Umlaufkreisverfahren statt Durchlaufverfahren bewilligen, hat StR. Svhalek am Beginn seiner Ausführungen bereits als eine der zahlreichen Maßnahmen gegen die Wasserverschwendungen deziert erwähnt.

**Stichwort Nutzwasserleitungen:** Ich habe mir vor zwei Jahren erlaubt, hier eine Studie der Universität Hannover zu zitieren, worin im Auftrag des Hamburger Wasserwerkes - übrigens des größten deutschen Wasserversorgers - die Sinnhaftigkeit von doppelten Wassernetzen erhoben wurde. Hannover deshalb, weil das die einzige Universität im deutschsprachigen Raum ist, wo auch ein eigenes Institut für Wassertechnik, Wasserforschung und Wasserbau existiert. Da sich die personelle Zusammensetzung dieses Hohen Wiener Landtags in diesen zwei Jahren sehr stark verändert hat, erlaube ich mir in aller gebotenen Kürze, einige Zitate aus dieser Erhebung der Universität Hannover wiederzugeben.

Auftragstellung war: Wie sinnhaft, wie effizient sind flächendeckende Nutzwasserleitungen oder zumindest Teilversorgungsnetze, wo Trinkwasser neben Brauchwasser parallel geführt wird? Und hier heißt es eingangs in der entsprechende Studie, wo die Zusammenfassung der erhobenen Werte dargestellt wird - wörtliches Zitat -:

"In der Bundesrepublik Deutschland bestanden früher doppelte Wasserversorgungsnetze als Teilnetze in Frankfurt, Wiesbaden, Hannover, Nürnberg und Worms. Aus diesen Netzen wurde Betriebswasser an die Industrie sowie Wasser zum Straßensprengen, zum Bewässern öffentlicher Grünanlagen und teilweise auch an Haushalte abgegeben.

Inzwischen" -und das muß ich leider allen drei Oppositionsparteien ins Wasserstammbuch schreiben lassen - "sind sämtliche Betriebswasserleitungen dieser Netze aus wirtschaftlichen Gründen wieder außer Betrieb genommen worden."

Zum Vergleich des zusätzlichen Nutzens mit dem neuerlichen Aufwand, nämlich vor allem dann, wenn man im Altbestand der Straßen entsprechende Nutzwasserleitungen errichtet, heißt es wörtlich: "Bei der Errichtung doppelter Wasserversorgungssysteme in neuen Wohnsiedlungen" - hier angedacht in Hamburg -

"wäre mit einer nicht unbeträchtlichen Verteuerung und finanziellen Belastung der Hamburger Wasserwerke Gesellschaft mbH, aber auch" - in weiterer Folge zwingend - "der Hamburger Bevölkerung zu rechnen. Der wasserwirtschaftliche Nutzen wäre dagegen gering."

Schlußendlich steht dann in der Zusammenfassung: "Trink- und Betriebswasser über getrennte Rohrnetze zu verteilen, wurde bereits im alten Rom vorgeschlagen. In neuerer Zeit hat man diesen Gedanken verschiedentlich in die Realität umgesetzt, ist jedoch aus Kostengründen wieder davon abgekommen. Heute würde die nachträgliche Einrichtung von doppelten Wasserversorgungsanlagen beträchtliche Widerstände und materielle Probleme verursachen, de facto fast unmöglich sein."

Und zu den Neubaugebieten noch, die bis zu dem Zeitpunkt eigentlich keiner wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen wurden, heißt es: "Es zeigt sich, daß Kosten und wasserrechtlicher Nutzen nicht in Einklang stehen, es wird jedoch belegt, daß bei industriellen Großbetrieben Doppelnetze sinnvoll betrieben werden können."

Und das ist eine Frage, die in Wien völlig außer Streit steht. Kollege Pawkowicz hat davon gesprochen, es gebe sieben oder acht Versuchsprojekte, was Brauchwasserabgabe betrifft. Bitte, das ist auch einer seiner Fehler, die ihm in der Flüchtigkeit der Vorbereitung seiner heutigen Rede passiert sind. Wir haben in Wien 2 000 individuelle Wasserrechte, individuelle Wasserrechte, die bedeuten, daß Industriebetriebe und Gewerbeunternehmungen sehr wohl durch örtliche Brunnen Wasser aus dem Wiener Grundwasser entnehmen, und das Frappante, Kollegin Weber: 800 000 Kubikmeter Nutzwasser täglich werden aufgrund dieser 2 000 Wasserrechte entnommen; mehr als doppelt soviel, als wir über beide Hochquellwasserleitungen am selben Tag nach Wien hereinbekommen.

Nun zu den Wasserzählern, auch so einem Dauerbrenner und Lieblingsthema der Opposition. Weil man für eine richtige Angriffsmöglichkeit der Wiener Wasserpoltik eigentlich keinerlei objektive Grundlagen besitzt, muß man irgendwelche Alternativen anbieten, um zu dem Thema überhaupt präsent zu sein. Zu den Wasserzählern also: Tatsache ist - das wird von oppositionellen Rednern natürlich auch übergegangen -, daß man mehr Verteilungsgerechtigkeit bei der Wassergebührenberechnung auch heute schon problemlos erzielen kann. Wenn ein Großwasserverbraucher in einer Wohnhausanlage oder in einer Wohngemeinschaft vorhanden ist - ich denke da nur an Wäschereien, Putzereien, gastronomische Betriebe oder Friseure -, kann man als Mieter dieser Anlage in einem einfachen Antrag beim Wasserwerk erwirken, daß bei dem entsprechenden Betrieb ein Einzelwasserzähler angebracht wird, was dann mehr Objektivierung in der Wasserverbrauchsberechnung, aber auch in der entsprechenden Gebührenverrechnung nach sich zieht.

Die Nachrüstung mit Wasserzählern in den näch-

sten zehn Jahren in Wien, die Sie auch in Ihrem Antrag hier verlangen, ist objektiv kostspielig. Egal, ob die Zahlen, die vom Stadtrat genannt wurden, von Kollegen Pilz oder den anderen grünen Rednern angezweifelt werden, es ist jedenfalls kostspielig, und wenn wir uns die differenzierte Struktur der Wiener Althäuser vor Augen führen, ist es auch technisch fallweise durchaus als schwierig anzusehen. Eine Multiplizierung der Einzelwasserzähler bedeutet darüber hinaus eine Multiplizierung der Ablese, eine Multiplizierung der Servicetätigkeiten, eine Multiplizierung der Reparaturtätigkeiten, und schlußendlich sind Einzelwasserzähler auch kurzlebig. Das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen verlangt, das Wasserzähler nach fünf Jahren zu tauschen sind. (Abg. Hannelore Weber: Was??) Das heißt, das Abschreiberfordernis von Wasserzählern, die sich ja im Besitz der Wiener Wasserwerke befinden würden (Abg. Hannelore Weber: Das stimmt doch nicht!) - darf ich den Satz zu Ende sprechen! (Abg. Hannelore Weber: Ja!) -, das Abschreiberfordernis in der Bilanz der Wasserwerke wäre ein extrem hohes und damit auch der Durchschlag auf die Wasserrechnung der Wiener Haushalte ein beträchtlicher. (Abg. Hannelore Weber: Aber das stimmt doch nicht!)

Wenn man nach Ihrer Philosophie geht, daß die Menschen erst dann sparen, wenn es Einzelzähler gibt, muß ich Ihnen sagen: Wozu haben wir eigentlich Stromsparen propagiert? Wozu sagen wir nach wie vor, es wird zuviel Strom verbraucht? (Abg. Hannelore Weber: Ja, wozu?) Weil es keine Einzelzähler gibt? Weil die Menschen nicht sehen, wieviel Strom sie verbrauchen? Nein, weil einfach die Lebensgewohnheiten und der Wohlstand das möglich machen und nicht, weil ein Einzelzähler oder ein Hauszähler da ist. Sie verrennen sich da in eine geistige Sackgasse und glauben, damit mehr Spargesinnung erzeugen zu können. (Abg. Hannelore Weber: Wann schaffen Sie die Stromzähler ab?) Das ist falsch! Das hat sich beim Strom nicht bewahrheitet und wird sich auch beim Wasser nicht bewahrheiten. Das ist einfach ein Faktum! (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Hannelore Weber: Wer behauptet denn, daß man mit Wasserzählern die totale Wassersparmaßnahme hat!) - Abg. Kurth-Bodo Blind: Haben Sie nicht die Aussendung von Ihrem eigenen Stadtrat gelesen? "Jeder Tropfen ist uns heilig" sagen der Häupl und auch er im Sommer! Das ist ja wirklich nicht glaubwürdig! Immer, wenn die GRÜNEN einen Antrag stellen, der Ihnen nicht paßt, dann sagt der Faymann, im Sommer war es zwar klar, aber jetzt ist es schlecht! Das ist eine Verdrehung der Tatsachen! Sie wissen nicht mehr, was Ihr Stadtrat sagt! Muß ich da die GRÜNEN verteidigen? Das ist ja eine Schande, was Sie da daherreden! - Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Herr Kollege Blind, eine adäquate Reaktion auf Ihre sinnreichen Zwischenrufe ist betretenes Schweigen. Ich schweige daher. (Abg. Kurth-Bodo Blind: Das ist ja unglaublich! Sie hoffen, Sie können alles behaupten, weil es jetzt gerade lustig in die Tagespolitik paßt!)

*Machen Sie einmal ehrliche Aussagen!* Ausgesprochen? - Fein. Alles ist erstarrt und ergriffen. (Abg. Kurth-Bodo Blind: Nicht erstarrt! Das sind ja Witzmeldungen, die Sie da draußen machen! Sie machen immer den Kasperl und das Krokodill - Die weiteren Zwischenrufe des Abg. Blind gehen in allgemeinen lebhaften und lautstarken Zwischenrufen bei der SPÖ und den F unter.) So. Nur weil der Kollege Pawkowicz ...

Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das war ein langer Zwischenruf.

Abg. Heinz Hufnagl (fortsetzend): Nur, weil der Kollege Pawkowicz nach Wasserzählern schreit, und ich Ihnen gerade bewiesen haben, daß damit nicht der Weisheit letzter Schluß gefunden ist. (Abg. Kurth-Bodo Blind: Das hat doch der Faymann auch gesagt! "Jeder Tropfen ist uns heilig", hat er im Sommer gesagt!) Ja, natürlich. Auch ihre Wortspende ist uns heilig, denn die sorgt für unfreiwillige Unterhaltung exzellenter Form. (Abg. Kurth-Bodo Blind: Ich bin ja nicht in der Witzkiste! Nur wenn es Ihr Stadtrat sagt im Sommer, ist es gut, wenn der Pawkowicz es sagt, ist es schlecht! - Weitere lebhafte und lautstarke Zwischenrufe.)

Präsidentin Ingrid Smejkal (neuerlich unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich Sie bitten! (Anhaltende Zwischenrufe.) Herr Abgeordneter! Nachdem wir jetzt dreimal das gleiche als Zwischenruf gehört haben, haben es, glaube ich, jetzt schon alle verstanden.

Abg. Heinz Hufnagl (fortsetzend): Herr Blind! Wir freuen uns über Ihren echten Redebeitrag, den Sie als Redner hier abliefern können, aber das, was Sie da so einwerfen, ist wirklich von vernachlässigbarer Qualität. Der Herr Kollege Faymann ist für den Neubau in Wien zuständig, und ich habe gesagt, die Nachrüstung im Altbau ist problematisch, technisch schwierig und rechnet sich nicht. Sie müssen einfach Altbau und Neubau unterscheiden können. Das ist eine Tatsache. (Abg. Kurth-Bodo Blind: Es ist ja beim Neubau auch nichts drinnen! Sie schaffen es ja dort und da nicht! - Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. - Abg. Kurth-Bodo Blind: Dann erzähl' ich Ihnen einmal, wie Sie die Leute beim Abwasser betrügen! Da betrügen Sie die Leute um 100 000 SI! Und das kann ich Ihnen beweisen! - Abg. Ilse Forster: Dann machen Sie eine Anzeige, wenn Sie das beweisen können! - Weitere empörte Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend): Herr Abgeordneter! Ich bitte Sie herzlich, sich zu überlegen, was Sie sagen.

Abg. Heinz Hufnagl (fortsetzend): Sie trampeln ein bißchen auf Ihrem Mandat herum, Herr Kollege Blind. Erstens einmal verlieren die Freiheitlichen mindestens ... (Abg. Kurth-Bodo Blind: Wenn man 25 000 Kubikmeter auf 8 000 reduziert, dann betrügt man die Menschen! - Abg. Ilse Forster: Gehen Sie ans Rednerpult, wenn Sie etwas zu sagen haben!))

Präsidentin Ingrid Smejkal (neuerlich unterbrechend): Das kann nicht wahr sein! Wirklich! (An-

*haltende Zwischenrufe.) Das gibt es irgendwie nicht! Vielleicht könnten Sie sich zum Wort melden.*

*Abg. Heinz Hufnagl (fortsetzend): Ich weiß nicht, was Sie zu Mittag eingenommen haben, aber irgendwie dürfte ihr Kalorienhaushalt nicht ganz stimmen. (Lebhafte Heiterkeit bei der SPÖ.) Ich werde Ihnen jetzt noch ein Denkbeispiel geben, was sich verändert, wenn das passiert, was F und GRÜNE ... (Abg. Kurth-Bodo Blind: Was heißt, was ich zu Mittag gegessen habe? - Neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ.) Es ist bereits eingesickert. (Erneute Heiterkeit sowie lebhafte Zwischenrufe. - Abg. Kurth-Bodo Blind: Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, so können Sie in Ihrer Sektion reden, aber mit mir nicht! Das sage ich Ihnen!)*

Meine Damen und Herren! Wir setzen, glaube ich, den ernsthaften Teil der Debatte fort, lassen den Kollegen Blind rechts liegen und konzentrieren uns auf die Probleme der Wiener Wasserwirtschaft. (Abg. Johannes Prohaska: Schön wär's!)

Kollegin Weber - und das sage ich jetzt bewußt nur an die Adresse der GRÜNEN, denn da gibt es eine soziale Dimension und einen Denkansatz, den die F sowieso nicht verstehen würden -, Einzelwasserzähler bedeuten in ihrer Auswirkung eine Verschiebung von ärmeren Familien zu reicherer Familien, von kinderreichen Familien zu kinderarmen oder kinderlosen Familien. Und ich werde Ihnen das beweisen. (Abg. Dr. Friedrun Huemer: Man könnte ja den Strom auch sozial verteilen!) Ich werde Ihnen das beweisen. (Abg. Dr. Friedrun Huemer: Da könnte man ja einmal darüber nachdenken! - Abg. Hannelore Weber: Ich muß eine tatsächliche Berichtigung machen!) Sie berichtigen etwas, was Sie jetzt erst hören, aber Sie wissen, daß es berichtigungswürdig ist. - Gut.

Tatsache ist, daß Zweit- und Drittwohnungsbesitzer in Wien - und ich glaube, die kann man außer Streit unter die Wohlhabenden einordnen, Kollegin Weber - derzeit in allen Wohnobjekten, die ihnen gehören oder für die sie ein Mietrecht besitzen, in Linearität zu der gesamten Haushaltsrechnung die Wassergebühr mittragen. Das heißt, ein Drittwohnungsbesitzer zahlt an drei Wohnobjekten linear in der Betriebskostenabrechnung die Wassergebühr mit. Wenn ich nunmehr den tatsächlichen Verbrauch durch Einzelzähler ermitte, heißt das, es reduziert sich die Leistung eines Mehrfachwohnungsbesitzers auf den Standort (Abg. Hannelore Weber: Aber das stimmt ja nicht!) - nein, nein das ist schon eine Tatsache, Frau Kollegin Weber -, wo er seine Lebensinteressen hat, und damit werden die Zweit- und Drittwohnungen, in denen er sich nur sehr sporadisch aufhält und daher kaum einen Wasserverbrauch hat, in der Wasserberechnung nicht mehr berücksichtigt und die übrigen Mietparteien in den weiteren Objekten ... (Abg. Hannelore Weber: Wenn er es verbraucht, warum soll er es dann nicht zahlen?) Der braucht dann nicht mehr zu zahlen, denn wenn er kein Wasser konkret verbraucht, schlägt sich das auch in der Rechnung nicht nieder. (Abg. Hannelore Weber: Darum sind wir gegen Zweitwohnungen!) Es ist also

eine unsoziale Auswirkung, die hier Platz greifen würde, und dieser Entwicklung werden wir als Sozialdemokraten sicherlich nicht das Wort reden. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Jean Margulies: Könnten wir die Strom- und Gaszähler nicht auch abschaffen? - Abg. Dr. Friedrun Huemer: Ja, schaffen wir die auch ab!)

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu einem trüben Wässerchen, das in den letzten Tagen innenpolitische Schlagzeilen gemacht hat und auf das heute schon verschiedentlich eingegangen wurde. Ein treffliches Sprichwort sagt: Es kann der bravste Bürger nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Und in diesem Sinne hat sich vergangene Woche die steirische Landesregierung dazu entschlossen, uns zu beweisen, daß es zwischen Wasser und Alkohol einen kausalen Zusammenhang gibt: Man hat die Schnapsidee einer gegen Wien gerichteten Wassersteuer entwickelt. (Abg. Gerhard Göbl: Kernölabgabe!)

Meine Damen und Herren! Auch wenn diese Diktion bei den GRÜNEN keine Gegenliebe findet - ich werde den Antrag der GRÜNEN dann noch beleuchten (Abg. Jean Margulies: Meinst du da deine Leute auch?) -; wir weisen diesen beispiellosen Akt zeitgenössischer Wegelagerei mit aller Entschiedenheit zurück und werden alle juridischen und politisch legitimen Mittel ergreifen, daß solch bösen Versuchen und Bestrebungen der steirischen Landespolitiker, die Budgethoheit einzelner Bundesländer anzugreifen und damit die guten, solidarischen österreichischen Innenbedingungen in Frage zu stellen, ein klarer Riegel vorgeschoben wird.

Neben allen anderen bereits artikulierten Bedenken und Protesten lassen Sie mich folgendes sagen: Solange die Steiermark für ökologisch wie ökonomisch fragwürdige Projekte wie die Aktualisierung des Österreich-Rings oder eine Olympiabewerbung offensichtlich ausreichende Mittel hat, erscheint uns das Bedecken von selbstverschuldeten steirischen Budgetlöchern auf dem Rücken der Wiener Wasserkunden keinesfalls zulässig, und wir werden alle politischen Chancen nutzen, um eine derart hanebüchene Vorgangsweise zu unterbinden. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir unterscheiden uns in dieser Denkart sehr stark von den GRÜNEN, denn die GRÜNEN haben in ihrem heutigen Resolutionsantrag bereits einen vorausseilenden Gehorsam gegenüber den Steirern gezeigt. Sie haben Wiener Interessen straflich vernachlässigt und fordern schlicht und einfach: Redet mit ihnen! Nur: Unrecht und Rechtsbeugung sind für uns nicht diskutabel. Da gibt es keine Konsensfähigkeit, da gibt es nur ein striktes Nein. Denn Verfassungsrecht muß Verfassungsrecht bleiben, die Finanzautonomie der einzelnen Bundesländer muß unangetastet bleiben und schließlich muß auch EU-Recht zum Tragen kommen. Daher ist diese steirische Vorgangsweise für uns unerträglich und wird mit aller Entschiedenheit in die Schranken gewiesen.

In diesem Sinn darf ich einen gemeinsamen Resolutionsantrag aller politischen Kräfte dieses Hauses -

mit Ausnahme der GRÜNEN - wie folgt einbringen:

"Beschlußantrag der Landesabgeordneten Heinz Hufnagl (SPÖ), Ing. Karl Svoboda (SPÖ), Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (F), Barbara Schöfnagel (F), Dr. Johannes Hawlik (ÖVP) und GenossInnen" - auch Frau Kariotis hat sich dann diesem Antrag angeschlossen - ", betreffend Maßnahmen gegen die von der Steiermark geplante Einführung einer Abgabe auf Wiener Hochquellwasser, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtags vom 29. März 1996.

Der Wiener Landtag spricht sich vehement gegen die geplante Einführung einer Wasserabgabe durch die steirische Landesregierung aus. Eine derartige Maßnahme würde für Wien eine finanzielle Belastung in der Höhe von über 300 Millionen Schilling pro Jahr bedeuten. Wien sieht sich völlig außerstande, den finanziellen Forderungen der Steiermark nachzukommen.

Die Steiermark hat offenbar völlig außer acht gelassen, daß Wien nicht nur Eigentümer des Gebietes, in dem sich die Quellen befinden, ist, sondern auch jährlich Millionenbeträge in die Erhaltung des Quellgebiets investiert. Darüber hinausgehend wäre die Einführung einer Wassersteuer in höchstem Maße unsocial, da letztendlich die Wienerinnen und Wiener die Kosten in Form höherer Wassergebühren zu tragen hätten. Im konkreten würde die Wiener Wassergebühr um zirka 15 Prozent steigen.

Wie wenig durchdacht diese an 'Raubrittertum' erinnernde Maßnahme ist, dokumentiert allein auch die Tatsache, daß sich bereits in der Steiermark selbst Widerstand gegen die Einführung einer Wassersteuer regt.

Das Land Wien weist jedenfalls alle Maßnahmen zurück, die offensichtlich einzig und allein darauf abzielen, das eigene Budget auf Kosten anderer Bundesländer zu sanieren, und wird daher alle ihm zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel ausschöpfen, um die seiner Meinung nach verfassungswidrige Wasserabgabe zu verhindern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien folgenden Beschlußantrag:

Der Wiener Landtag möge beschließen:

Die Wiener Landesregierung wird aufgefordert, mittels geeigneter rechtlicher Maßnahmen nicht nur zu versuchen, die Einführung einer Wassersteuer durch das Bundesland Steiermark zu verhindern, sondern im gegebenen Fall auch Schritte zu setzen, um die Wiener Bevölkerung vor finanziellen Konsequenzen zu bewahren.

In erster Linie soll eine juristische Klärung darüber herbeigeführt werden, ob eine derartige Maßnahme mit der Bundesverfassung und darüber hinausgehend mit den Richtlinien der Europäischen Union in Einklang zu bringen ist.

Die Wiener Landesregierung wird zudem ersucht, sollte die Wassersteuer wider Erwarten doch eingeführt werden, im Rahmen des Finanzausgleichs sowie in anderen Bereichen geeignete Gegenmaßnahmen zu

setzen."

Ich darf alle Damen und Herren des Wiener Landtags, die anlässlich ihrer Angelobung auch einen Schwur auf die Wahrung der Interessen dieses Bundeslandes Wien geleistet haben, ersuchen, sich ihrer Wiener Rolle als Abgeordnete zu besinnen und diesen steirischen Unfug in aller gebotenen Deutlichkeit zurückzuweisen. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Nach diesem mäßig erquicklichen Kapitel einer Irritation aus dem Land des wilden Bergvolks der Steirer lassen Sie mich zu einem positiven Abschluß kommen und sagen: Ohne Übertreibung besitzt Wien eine der hervorragendsten Wasserversorgungen aller Metropolen dieser Welt. Gerne trugen und tragen die Wiener Sozialdemokraten die positive Verantwortung für unsere Trinkwassersituation, und wir sind bereit, der berechtigt hohen Erwartungshaltung der Wiener Bevölkerung auch nach den Wiener Wahlen am 13. Oktober in der nächsten Legislaturperiode zu entsprechen und die Arbeit fortzusetzen. - Ich danke herzlichst für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abg. Weber gemeldet. Ich erinnere Sie nur an die fünf Minuten Redezeit.

Abg. Hannelore Weber (GRÜNE): Ich möchte nur noch einmal, wie schon wiederholt, hier feststellen, daß wir genau wissen, worum es da geht, und daß wir nicht wollen, daß es soziale Lasten für kinderreiche Familien gibt. Das weiß der Herr Hufnagl ganz genau, und er geht immer wieder da heraus und erzählt die Unwahrheit.

Er weiß ganz genau, was ein progressiver Wassertarif ist. Wenn es nach Ihren Aussagen geht, heißt das, wir schaffen jetzt die Stromzähler ab und wir schaffen auch die Gaszähler ab. Jeder soll für jeden dann mitzahlen, und wir teilen das durch Kopf und Nase oder Kubikmeter oder Quadratmeter. Das müssen Sie sich schon überlegen.

Gerade bei Ihrer Rede jetzt, Herr Kollege Hufnagl, ist mir fast schon schlecht geworden. Und ich erinnere Sie: Unsere Bundesregierung ist jetzt bei der Regierungskonferenz der EU in Turin. Sie hat unter anderem den Auftrag, das Prinzip der Nachhaltigkeit in der EU zu verankern.

Und genau hier geht es um das Prinzip der Nachhaltigkeit, und ich erkläre Ihnen noch einmal das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Wasserfrage von Wien und der Steiermark. Denn das, was Sie hier erklärt haben, ist noch viel ärger als diese wirklich etwas unüberlegte und überfallsartige Handlung der Steiermark. Das Prinzip der Nachhaltigkeit sieht gerade in Fällen von überregionalen Eingriffen, wie das hier bei den Hochquellwasserleitungen ist, vor (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) - ich erkläre das nur, ich stelle das richtig, was er sagt -, daß, wenn ich wo etwas abziehe, ein regionaler Ausgleich erfolgen muß. Und hiermit müssen diese Auswirkungen und die Eingriffe entschädigt werden.

Und da gibt es eben zwei Möglichkeiten. Sie sagen

immer, daß die Stadt Wien als Besitzer der Quellschutzgebiete in der Steiermark die Wälder pflegt. Aber bitte, das ist ja die Aufgabe der Stadt Wien. Wenn sie Besitzer eines Quellschutzgebietes ist, ist es ganz logo und klaro, daß sie dort nicht Gift streut. Da gibt es ja Auflagen für Quellschutzgebiete. Das hat sie einfach dort zu machen. Das ist das erste.

Und zweitens: Die Auswirkungen der intensiven Wasserentnahme sind weit großräumiger. Das Land Steiermark könnte daher als Kompensation für diese Auswirkungen entschädigt werden. Ich habe nur von der Möglichkeit gesprochen, und darüber muß man jetzt wirklich einmal reden. Denn wenn ich so argumentieren würde wie Sie, würde ich jetzt unter Anführungszeichen sagen: "Wien geht in die Bundesländer Wasser klauen und versaut das eigene Grundwasser hier in Wien." Und vielleicht dichten Sie deswegen die Rohrleitungen nicht, damit frisches Quellwasser in unser Grundwasser kommt und es dadurch besser wird. Vielleicht verstehen Sie das unter Sanierung des Wiener Grundwassers. (*Beifall bei den GRÜNEN. - Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich komme mir heute wirklich schon sehr großzügig vor. Wir dürften heute Schwierigkeiten haben mit dem Ausdruck "tatsächliche Berichtigung". Unter "tatsächlicher Berichtigung" ist zu verstehen, daß Sie etwas, was hier gesagt wurde, was hier behauptet wurde, richtigstellen. Ihre letzten Ausführungen haben etwas betroffen, was nicht einmal annähernd heute hier zur Sprache gekommen ist. Ich bin sehr froh, daß Sie es unter Anführungszeichen gesetzt haben; daher können wir einige Abstriche davon machen.

Als nächster Redner hat sich Herr Abg. Fuchs zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Georg Fuchs (ÖVP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren des Hohen Landtags!

Wenn am frühen Vormittag anlässlich der heutigen Gesetzesänderung der Bauordnung über die für Wien volkswirtschaftliche Wichtigkeit der Bauherrenmodelle gesprochen worden ist und über die Auswirkungen auf die Beschäftigung diskutiert worden ist, ehrlich und ausführlich diskutiert worden ist, so glaube ich, ist es auch notwendig, über die angekündigte Initiative des Herrn StR. Faymann zur Änderung des Wohnungsgermeinnützigkeitsgesetzes, zur Mietensenkung beziehungsweise über die notwendige Durchsetzung der Mieterrechte und über die berechtigten Wünsche der Mieter zu diskutieren.

Lassen Sie mich aber vorerst eine Bemerkung machen. Ich bin einerseits sehr erfreut, daß der Herr Klubobmann Svoboda mitgeteilt hat, daß er sehr wohl in seinem Club dafür sorgen wird, daß Verhandlungen betreffend das Abschreibungsmodell oder die Abschreibungsmodelle geführt werden, und daß er gesagt hat, daß hier natürlich Übergangsbestimmungen notwendig sind.

Ich hoffe, daß er sich durchsetzen wird, denn es ist

mir heute die Information zu Ohren gekommen, daß zwar der Herr Verzetsnitsch und die Frau Abg. Hostasch einer ÖVP-Initiative positiv gegenüberstehen und erklärt haben, daß sie diese Vorgangsweise voll unterstützen, aber ich finde es natürlich äußerst bedenklich, daß der Herr Minister Klima gegenteiliger Meinung ist und natürlich die Gefahr besteht, daß diese Meinung auch in Ihrem Club, Herr Klubobmann Svoboda, zu greifen beginnt, denn er hat ausdrücklich behauptet, daß er endgültig darüber nicht verhandeln wird. Und das finde ich in keiner Weise in Ordnung.

Wenn ich zu Beginn gesagt habe, es muß auch ehrlich diskutiert werden über Förderungen und über von allen Seiten beleuchtete wohnwirtschaftliche Fragen, so muß ich dann ganz konkret sagen, daß die Aktion "Mieten senken", die frühestens im Jahre 2005 eintreten wird, und das kostenlose Wohnen, wie man es so schön nennt, treffsicher sein soll. Dies nachdem die Wohnungsmieter die Baukredite der Gemeinde Wien und der Wohnbaugenossenschaften zurückbezahlt haben, und dann nur mehr eine Erhaltungskomponente und die Betriebskosten bezahlen. Dieser Vorteil sollte, glaube ich, gerechterweise allen Bewohnern von Miet- und Genossenschaftswohnungen zugute kommen. Ich sage "allen", meine Damen und Herren! Es kann in keiner Weise sein, daß man hier nur eine Gruppe herausnimmt und sagt, nur diese Leute sollen in den Genuß kommen.

Die Wiener Volkspartei vertritt daher die Meinung, daß es höchste Zeit ist, Mißstände abzuschaffen und eine echte Reform im Wohnbau durchzuführen, damit die Mieter zu ihrem Recht kommen.

Ich glaube, es ist notwendig, darüber hinaus auch zu beantragen, und ich ersuche Sie, meine Damen und Herren, einem Beschußantrag zuzustimmen, in dem der Bundesgesetzgeber aufgefordert wird, die Länder zu ermächtigen, also das Land Wien zu ermächtigen, daß für alle öffentlich geförderten Wohnungen nach Auslaufen der Annuität oder auch nach einer begünstigten Rückzahlung anstelle der Kostenmiete der jeweils gültige Kategoriesatz A, das sind heute 32,80 S, eingehoben wird. Und dies, meine Damen und Herren, unter Berücksichtigung der Förderungswürdigkeit. Wir werden aber nicht zulassen, daß das nur für Genossenschaftswohnungen gelten soll.

Und ich stelle auch den Antrag, den ich hier genannt habe, der Wiener Landtag möge beschließen und spricht sich dafür aus, daß künftig ein genereller Rechtsanspruch auf die Begründung von Wohnungseigentum für jeden Mieter einer dann nach WWFSG 1989 geförderten Wohnung gewährleistet sein soll.

Und, meine Damen und Herren, ein weiterer Antrag:

Der Wiener Landtag spricht sich auch dafür aus, daß nach vollständiger Tilgung von Krediten und Darlehen der Errichtungskosten die Mieten von geförderten Wohnungen anstelle der Kostenmiete auf eine Miete in der Höhe des jeweils aktuellen Kategorie-A-Zinses abgesenkt werden. Der Wiener Landtag appell-

liert an die Abgeordneten zum Nationalrat, in diesem Sinne das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz zu novellieren.

Ich beantrage die sofortige Abstimmung dieser Anträge in der heutigen Sitzung.

Meine Damen und Herren! Es kann nicht sein, und es ist im höchsten Maße bedenklich, wenn heute ein SPÖ-Antrag in diesem Hause zur Abstimmung gelangt, in dem es heißt, der Bürgermeister - und jetzt hören Sie genau zu - und der Wohnbaustadtrat haben beschlossen. - Sehen Sie, erstens einmal ist die Diktion "Bürgermeister" falsch. Wenn, dann heißt es "Landeshauptmann". Das sollte man also bei diesem Antrag schon beachten, wir sind ja hier im Landtag.

Aber wo hat denn der Herr Stadtrat mit dem Herrn Landeshauptmann "beschlossen"? Was heißt denn das, wenn in einem Antrag der SPÖ steht, der Bürgermeister und der Herr Stadtrat haben beschlossen? Sie setzen sich über das Forum hier, über das Gremium des Hohen Landtags hinweg! Sie haben bereits beschlossen! Na wo denn? Beim Heurigen? Im Rathauskeller? - Das darf doch nicht wahr sein, bittel! Das ist eine Diskriminierung dieses Hohen Hauses, und das ist nicht zur Kenntnis zu nehmen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist eine Entrückung, meine Damen und Herren!

Ich nehme eigentlich an, der Herr Landeshauptmann hat diesen BeschlusSANtrag der SPÖ nicht gesehen. Und der Herr Wohnbaustadtrat wäre in Zukunft gut beraten, Entscheidungen des Hohen Landtags zuerst abzuwarten und eine dementsprechende Diktion zu wählen.

Abgesehen davon, meine Damen und Herren, ist dieser Antrag in seiner rechtlichen Formulierung - und da sollte der Herr Wohnbaustadtrat zuhören - nicht durchdacht. Ich möchte ausdrücklich das Wort "stümperhaft" wirklich vermeiden, denn man soll ja auch einen gewissen Stil wahren. Denn er befaßt sich nämlich nur mit Genossenschaftswohnungen und läßt - ich weiß nicht, ist es die Unwissenheit über ein Gesetz oder ist es Absicht - die Aktiengesellschaften, z.B. die Gesiba, denn Aktiengesellschaften hat er in seinem Antrag nicht genannt, und die Sozialbau, überhaupt aus. (*Abg. Johannes Prochaska: Ahal!*)

Ja, meine Damen und Herren, was ist denn das? Der Herr Stadtrat macht für irgendwelche Genossenschaften einen Antrag, wo ausdrücklich die Aktiengesellschaften ausgenommen sind, wo die SPÖ die Mehrheit hat? (*Abg. Johannes Prochaska: Da schau her! Hausherrmentalität!*) So etwas darf es doch nicht geben! Das ist parteipolitisch! Es ist ganz, ganz furchtbar, was hier in unserer Stadt passiert.

Der Antrag gehört - bitte, ich würde eine Empfehlung geben, aber das muß er ja selber wissen - geändert, denn so kann es nicht gehen!

Und wenn in diesem Antrag auch die Bundesregierung aufgefordert werden soll, Herr Klubsekretär, die künftige Miete - so wie bei uns, so wie wir es beantragt haben - nach Rückzahlung aller Darlehen mit einem Erhaltungsbeitrag von 32,80 S festzusetzen, so

sollte den Antragstellern aus dem Wohnbauausschuß aber doch bekannt sein, daß zuerst der § 15b geändert werden müßte, denn dieser schreibt ausdrücklich einen Erhaltungsbeitrag von 16,40 S vor.

Wo bleiben denn die Mietrechtsexperten des Stadtratsbüros? Ja, wo sind sie denn? Vielleicht sind ein paar krank geworden in der Zwischenzeit? Man war schlecht beraten, dieser Antrag ist schlecht ausgeführt. Wo bleibt die Mietenherabsetzung in diesem Antrag, meine Damen und Herren, die Rücksicht nehmen soll auf die Förderungswürdigkeit?

Sehen Sie, wenn heute generell herabgesetzt wird, dann wird generell gefördert. Der kleine Hilfsarbeiter und der große Senatsrat und Obersenatsrat wird dann im Mietbau gleich gefördert. Der wird dann genauso gefördert. Das sehe ich nicht ein.

Daher entspricht dieser Antrag nicht unseren Vorstellungen, denn er nimmt nicht Rücksicht auf die Förderungswürdigkeit.

Ich nehme an, da sind ein paar Leute in der Zwischenzeit, der Herr Klubsekretär, hinuntergegangen, den Antrag vielleicht zu ändern, weil ich ihn ein bißchen darauf aufmerksam gemacht habe.

Aber, meine Damen und Herren, wie denken Sie denn eigentlich? Ja, Sie nehmen auf die Schwachverdienenden in Ihrem Antrag nicht Rücksicht, auf die Alleinverdiener mit den Familien, mit den Kindern! Ja, wo ist denn da die Sozialdemokratische Partei, die sich rühmt, für die Schwachen da zu sein, für die Alleinerzieherinnen, für die Frauen, die sich durchkämpfen müssen durch diese Miete, die hohe Miete, die heute zu tragen ist? Die lassen Sie gänzlich hier mit diesem Antrag in Stich! Wo ist denn der Schutz für die Bezieher der kleineren Einkommen?

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokratische Partei ist bereits abgetreten. Sie will denen anscheinend gar nicht mehr helfen, wenn man sich diesen Antrag anschaut, denn sonst hätte sie ja einen entsprechenden Vermerk gemacht, daß nur dann, wenn die Förderungswürdigkeit vorliegt, eine Änderung herbeigeführt werden soll.

Meine Damen und Herren! Mit uns geht so etwas nicht! Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dieser Antrag der sozialdemokratischen Fraktion ist nicht durchdacht, und der Herr Landeshauptmann ist sicherlich schlecht beraten, wenn er diesem Populismus des Wohnbauressorts in Wien heute nachgibt. Schließlich und endlich nimmt er ja eigentlich nur eine Anleihe - wenn man es genau betrachtet - bei einem Antrag aus dem Bärental. Es ist schon so weit, daß die Sozialdemokraten die Ideen der Bärentaler aufgreifen müssen, denn im Parlament hat es nämlich denselben Antrag gegeben, den heute die Sozialdemokraten vorlegen.

Also wenn ich das in meinem Bezirk den Genossen sage, distanzieren sie sich ja noch mehr. Also bitte, ich finde das eigentlich arg. Haben Sie denn keine anderen Ideen mehr, als von dem Herrn von der F, von den Bä-

rentalern, hier eine Anleihe zu nehmen? (Abg. Johann Herzog: Sie beantragen ja das selber! Kollege Fuchs, Sie beantragen ja gerade dasselbe!) Haben Sie denn keine anderen Ideen? Die haben nämlich auch nicht Rücksicht genommen auf die Förderungswürdigkeit. - Sehen Sie: Das ist nicht durchdacht!

Aber es ist ja typisch: Feuer legen. Wissen Sie, im Wohnbauressort macht man nämlich eines: Feuer legen da und dort, das gehört geändert und das gehört geändert.

Und da nenne ich ein typisches Beispiel. Herr Stadtrat, Sie haben doch vor einiger Zeit hier auch Feuer gelegt, in der Öffentlichkeit, vor der Presse, und es wurde auch pressemäßig wunderbar mitgetragen. Sie wissen, es gibt einen Bescheid vom Obersten Gerichtshof, wonach bei Beendigung der Verträge bei Miet- und Nutzungsverhältnissen die entstehenden Verwaltungskosten nicht eingehoben werden dürfen. Und Sie sind damals in der "Kronen-Zeitung", im "Kurier" und in jeder Tageszeitung gewesen und haben ausdrücklich darauf hingewiesen: Diese Gelder müssen zurückbezahlt werden! Das sind Gelder, die ungerechtfertigt eingehoben worden sind!

Und siehe da, meine Damen und Herren, liebe Damen und Herren von der Presse, ich habe hier eine Information, ein Rundschreiben, in dem das natürlich ganz anders drinnensteht. Ein Rückzieher, ein totaler Rückzieher!

Er war natürlich schon in der Zeitung, der Herr Wohnbaustadtrat. Das ist natürlich ganz klar. Die Wirkung war bereits da. Jede Gazette hat es bereits geschrieben. Aber dann steht drinnen: "Um eine Flut von Rückforderungsanträgen betreffend derartige Sonderverwaltungskosten im Außerstreitverfahren zu vermeiden, werden die Bauvereinigungen, die in der Vergangenheit derartige Sonderverwaltungskosten eingehoben haben, also Rücktrittsgebühren und so weiter, angewiesen, diese Beträge nur über Verlangen zurückzuzahlen." - Zuerst der große Wirbel, bitte, der große Wirbel, sie müssen zurückzahlen, sie müssen zurückzahlen. Dann ist das alles vorbei, und dann ist der Rückzieher da: "Nur über Verlangen".

So geht es nicht! So geht es bitte nicht! Man kann nicht großen Wind machen, man kann nicht Feuer legen und dann den Rückzieher machen!

Aber auch in anderen Bereichen, meine Damen und Herren, müssen die Mieter zu ihrem Recht kommen. So wird es als grobe Benachteiligung empfunden, daß zwar Kredite und Wohnbaudarlehen zurückbezahlt werden, aber die vom Mieter aufgebrachten Grundkosten nicht einmal einen Rechtsanspruch zur Eigentumsbildung sichern.

Meine Damen und Herren! Das ist es auch: Sie müssen Grundkosten bezahlen, die trotzdem nicht einmal Rechtsansprüche für Eigentumsbildung sichern.

Anmerkung: Sie wissen alle, Grundkosten wurden früher nur bei Eigentumswohnungen eingehoben, und es waren die Sozialdemokraten, die sich dieses Körberlgeld zunutze gemacht haben, dieses Körberlgeld

des Grundkostenbeitrages und für Miet- und Genossenschaftswohnungen nun auch verlangen.

Herr Landeshauptmann, Herr Wohnbaustadtrat, ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie den Mietern etwas verwehren, was ihnen Kraft ihres bezahlten Geldes zusteht. Oder wollen Sie vielleicht den Arbeitern und Angestellten das von ihnen hart angesparte Geld, diesen hart angesparten Grundkostenbeitrag hier praktisch nehmen? Oder sollte er vielleicht dazu dienen, der Wohnbaugenossenschaft oder der Aktiengesellschaft, wo die SPÖ z.B. Aktionär ist, ihr Vermögen zu vermehren?

Ich lade Sie ein, Herr Stadtrat, Herr Landeshauptmann, sollten Sie mir hier zuhören, Sorge zu tragen, daß jene Mieterrechte durchgesetzt werden, die den Mietern zustehen, und daher ist bei der Miet- und Genossenschaftswohnung eine Kaufoption einzuräumen. (Heiterkeit des Amtsf. StR. Werner Faymann.) Das ist nicht zum Lachen! Das ist nicht zum Lachen, Herr Stadtrat! Erfolgt dies nicht, Herr Stadtrat, so ist der vom Mieter geliehene Grundkostenbeitrag, das von der SPÖ eingeführte Körberlgeld, genauso zurückzubezahlen, wie die Darlehen, die öffentlichen Darlehen zurückzubezahlen sind. Denn das Haus gehört ihm ja nicht, das gehört ja der Genossenschaft. Es muß ja ein Unterschied sein zwischen einer Mietwohnung und einer Eigentumswohnung. Da muß ja ein großer Unterschied sein. Ich sage es noch einmal: Erfolgt dies nicht, so ist der von Mietern geliehene Grundkostenbeitrag genauso zurückzubezahlen wie das Darlehen.

Hier ist, Herr Stadtrat, Herr Bürgermeister, ein unglaubliches Potential an PR-Aktionen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, ein unglaubliches Potential, wenn Sie den Mietern das Recht auf Eigentum wieder geben, Sie zurückgeben, was Sie ihnen genommen haben - oder wenn Sie ihnen das geliehene Geld, den Grundkostenbeitrag, in Zukunft zürckerstatten. Sie können es entscheiden. Machen Sie Ihren Einfluß geltend!

Das ist ebenfalls, meine Damen und Herren, eine grobe Mieterbenachteiligung, die heute sofort fallen könnte. Ich habe schon in einem Antrag ausgeführt, daß die Eigentumsbildung in Zukunft nicht umgangen werden sollte und daß die Eigentumsbildung in Zukunft gesichert werden sollte, auch dann, wenn der Grundkostenbeitrag nach 36 Monaten eingehoben wurde.

Sie sprechen immer von einer Veränderung. Sie wollen alles verändert haben. - Ja, Herr Stadtrat, es liegt ja in Ihrem Kompetenzbereich. Die Veränderung der Wohnbauförderung haben wir. Die gibt Ihnen die Möglichkeit, Ihnen, dem Herrn Landeshauptmann, die Möglichkeit, diese hier praktizierten Schwindelbedingungen wegzubringen. Jeder Mieter, jeder Wiener hat das Recht, für sein Eigentum da zu sein. Sie müssen davor sorgen, daß Eigentum gebildet wird.

Wir von der ÖVP wollen, daß jeder Mieter die gleichen Chancen hat, Eigentum zu bekommen, denn es ist das ein Grundbedürfnis, und es ist ein Grundbedürfnis, Eigentum zu bekommen. Und wenn es Ihnen

wirklich ernst ist, Herr Stadtrat, wenn es Ihnen ernst ist mit den berechtigten Mieterwünschen, dann schließen Sie sich meiner Aufforderung an, auch nach mehr als 20 Jahren Wohnbauten den Mietern eine Kaufoption einzuräumen, damit diese heute hochbelasteten Mieter nicht vielleicht wirtschaftlich besser gestellten Nachfolgern einmal ihre Wohnkosten senken müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsidentin Ingrid Smekal:** Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Schöfnagel. Ich erteile es ihr.

**Abg. Barbara Schöfnagel (F):** Sehr geehrte Präsidentin Meine Damen und Herren!

Durch die Diskussion in der vergangenen Woche ist vielen Menschen in unserer Stadt erst bewußt geworden, wie wertvoll unser Trinkwasser ist. Dies sehe ich als positive Seite dieser Diskussion. Der Streit zwischen der Steiermark und Wien kann uns vielleicht eine Chance eröffnen, wirkliche Maßnahmen zu setzen, Konkretes zu überlegen und dann auch wirklich durchzuführen. Denn die Verantwortlichen dieser Stadt Überlegen zwar immer wieder und raten und machen Vorschläge, aber an der konkreten Umsetzung fehlt es, und genau das wäre ja das, was wir wirklich benötigen würden.

Als Beispiel möchte ich nur ganz kurz etwas erwähnen, was sehr weit weg ist von uns, aber als Zeichen gelten soll, daß es erst durch Notsituationen vielleicht zu Umdenkprozessen kommt. In Santa Barbara zum Beispiel in Kalifornien war eine zweijährige Trockenperiode, und erst dann haben sich die Stadtväter endlich dazu durchringen können, für die WC-Anlagen zwingend vorzuschreiben, daß sie mit Sparspülungen bestückt werden. Es sind sämtliche WC-Anlagen in der Stadt ausgetauscht worden, sie sind in die Straßen hineinbetoniert worden, also sie haben sie beim Straßenbau verwandelt und komplett neue, mit ganz geringen Wassermengen für die Spülung auskommende WC-Anlagen installiert.

Und diese Chance sehe ich auch jetzt bei dieser heutigen Wasserdebatte, denn es wäre zu hoffen, daß uns die Forderungen der Steiermark soweit aufrütteln, daß wir endlich Maßnahmen treffen, um konkreten Forderungen, die wir Freiheitlichen ja auch immer wieder vehement vertreten, umzusetzen.

Es ist heute ja schon einiges erzählt worden. Es geht hier um die Verschwendug des Trinkwassers. Noch immer werden bei uns die Parkanlagen mit Trinkwasser bespritzt. Es werden die Hydranten mit Trinkwasser bestückt, und die Straßfahrzeuge holen sich dort das Wasser, um Straßen zu reinigen und die Straßen zu bespritzen. Das kann es doch nicht sein, daß dafür Trinkwasser notwendig ist.

Es ist heute schon mehrmals von den Wasserzählern für jeden Haushalt gesprochen worden. Einen Aspekt möchte ich aber da ganz deziert noch erwähnen. Wir sind dafür, Wasserzähler für jeden Haushalt oder für jede Wohnung zu installieren, damit das Wassersparen Wirklichkeit wird, aber es müßte unbedingt

bitte nach der Personenanzahl in der Familie berechnet werden. Es wäre sonst schon wieder die Ungerechtigkeit, so wie es beim Strom stattfindet, daß Großfamilien bestraft werden, auch wenn sie wenig Wasser pro Kopf verbrauchen, und die Kleinfamilien oder Einzelpersonen bleiben immer unter dem Limit und haben also eine Begünstigung.

Es wäre aber auch sinnvoll, wenn endlich Maßnahmen bezüglich des Regenwassers getroffen würden. Und hier hat die Magistratsabteilung 30 unter dem Dipl.-Ing. Kadroska schon sehr richtungweisende Vorschläge gemacht. Es ist also dokumentiert, daß das Regenwasser nicht unbedingt gänzlich alle in das Kanalnetz eingeleitet werden muß. Die Wienerwaldbäche, die bei Regen plötzlich sehr viel Wasser führen, rinnen derzeit noch in unser Kanalsystem hinein. Das Regenwasser wird dann mühsam und sehr teuer über die Kläranlage entsorgt, und das ist ja nicht notwendig. Regenwasser gehört nach meinem Dafürhalten, sofern es sauber ist, sofern es nicht Abflüsse der Straßen sind, unbedingt ins Grundwasser, damit man dort wieder mit Brunnen und ähnlichem Wasser entnehmen kann.

Ich wünsche mir also, daß unser Umweltstadtrat jetzt nicht nur laut protestiert, die Steirer beschimpft und Gegenmaßnahmen überlegt, sondern diese Konfrontation nützt, um zukunftsweisende Maßnahmen zu setzen.

Wir Freiheitlichen fänden es wichtig, wenn die Förderung für den Einbau der Nutzwasserleitungen, eines eigenen Brunnens für die Gartenbewässerung und eine Belohnung beim Wassersparen endlich eingeführt würden wenn - wie ich schon erwähnt habe - die Straßfahrzeuge nicht mehr mit Trinkwasser bestückt würden, wenn für Parkanlagen und für viele Betriebsanlagen nicht mehr Trinkwasser verwendet würde. Derzeit ist es ja so, daß nur vereinzelt Nutzwasser bei den Betrieben Verwendung findet. Wir müßten das wesentlich mehr fördern und unterstützen.

Wir sollten aber auch gemeinsam überlegen, welche gesetzlichen Maßnahmen wir bei den WC-Spülungen schaffen können. Es ist doch sicher möglich, daß man den Verkauf von nicht sparsamen WC-Anlagen unterbindet. Damit würden bei allen Neukäufen die Sparmaßnahmen automatisch geregelt. Wir hätten hier eine Chance, enorm viel - und da sind wir uns ja alle einig - Wasser zu sparen.

Es wäre aber auch wichtig, wenn wir die undichten Wasserleitungen reparieren lassen würden, wenn die tropfenden Wasserhähne eine Dichtung erhalten würden und wenn in den Wohnungen nicht unbedingt zwingend, wie es derzeit der Fall ist, eine Badewanne vorgeschrieben wäre. Es gibt viele Singlehaushalte und so weiter, die viel lieber nur eine Dusche haben wollen, aber nein, die Bauordnung verlangt, daß in einer Wohnung eine Badewanne eingebaut wird. Das sind doch nicht die richtungweisenden Maßnahmen, die wir uns wünschen.

Dies alles, was ich jetzt aufgezählt habe, könnte

zum Umdenken anregen, vor allem dann, wenn die Stadtverwaltung in ihrem eigenen Bereich mit gutem Beispiel vorangeht.

Ich habe mir die Mühe gemacht, mich hier im Rathaus ein wenig umzusehen, was es hier an tropfenden Wasserhähnen gibt, welche sparsamen WC-Spülungen wir haben. Bitte, denken Sie einmal darüber nach. Sie können sich wohl erinnern, wie verlangt wurde, daß wir Sparlampen verwenden sollen. Das war damals ein Antrag der GRÜNEN. Es wurde langsam bzw. es wird fortlaufend umgesetzt. Jetzt kommen die Jubelmeldungen: Wir haben so viel Stromersparnis dadurch. Ja, warum kann man das nicht beim Wasser auch machen? Kommen Sie nicht selbst ab und zu auch auf solche Ideen, die im kleinen beginnen können, die Vorbildwirkung haben und dann doch Wesentliches erreichen?

Das ist ein Aspekt, den ich hier erwähnen wollte, der zum Teil heute ja auch schon diskutiert wurde, aber der nicht oft genug gesagt werden kann, denn wie wir sehen, ist sehr vieles noch immer nicht umgesetzt.

Ich frage mich aber auch bei dieser großen Diskussion: Was hat das überhaupt verursacht? Wieso sind die Steirer überhaupt auf die Idee gekommen, jetzt von uns eine Gebühr für das Wasser zu verlangen?

Das ist natürlich einerseits durch die Budgetknappheit überall bedingt, das ist schon klar. Aber die Pläne sind meiner Meinung nach auch dadurch entstanden, daß die Sozialisten versucht haben, das Wasser zu verkaufen. Es ist geforscht worden, es ist untersucht worden: Was können wir mit unserem überschüssigen Wasser machen? Wie können wir es zu Geld machen? Wenn jetzt natürlich Maßnahmen gesetzt werden von unserer Seite aus, wo wir zeigen, wir haben zuviel Wasser, wir wollen sogar ein Geschäft machen damit, dann ist es ganz logisch, daß die Steirer sagen: Wir wollen da auch mitschneiden. Ich verstehe das.

Und deswegen kreide ich es an. Wir haben damals massiv dagegen protestiert, daß das Wiener Trinkwasser verkauft werden soll. Wir haben damals angeregt: Wenn wir überschüssiges Wasser haben, geben wir es an die Umlandgemeinden. Im Marchfeld herrscht Trockenheit, wir haben überall Schwierigkeiten - auch im näheren Gebiet - mit der Bewässerung. Und dann überlegen die Sozialdemokraten, das Wasser zu verkaufen!

Ich sage, Sie haben durch diese Überlegung mitverursacht, daß die Steirer 4 S pro Kubikmeter verlangen, durch Ihre Maßnahmen, daß Sie erklärt haben: Wir wollen mit diesem kostbaren Naß ein Geschäft machen. Und das können wir nicht gutheißen!

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich hier dezidiert sagen: Wir Freiheitlichen sind dagegen, daß wir der Steiermark für die Wasserentnahme von unserem eigenen Grund und Boden eine Wasserabgabe zahlen. Wir halten es auch für ein verfassungsmäßig geschütztes Recht, um das wir kämpfen werden. Denn das Verlangen nach einer Wasser-

abgabe von 4 S pro Kubikmeter ist unverfroren und von uns nicht zu akzeptieren. (*Befall bei den F.*)

Ebenso absurd finde ich es aber, daß man, wie StR. Edlinger gesagt hat, jetzt steirische Bauarbeiter ausschließen möchte. Diese Überlegungen sind ja wirklich vom Mond, würde ich sagen, das ist reell nicht nachvollziehbar.

Dasselbe ist es, wenn StR. Svhalek gesagt hat, daß er jetzt eine Naturschutzabgabe für die Quellwälder verlangen möchte. Bitte, das ist ja auch ein in den Wind gesprochener Ausspruch. Denn wie er das exekutieren will, wie er das überhaupt handhaben will, ist ja völlig absurd. Also darüber brauchen wir, glaube ich, gar nicht zu reden. Das sind also nicht nachvollziehbare Möglichkeiten.

Befremdend finde ich aber auch, daß die Sozialdemokraten nun in dem Antrag, der heute eingebracht wird und in dem gegen diese Gebühr gewettet wird, exakt die gleichen Worte verwenden, welche wir Freiheitlichen bei der Budgetdebatte 1995 verwendet haben. Sie verurteilen die Preispolitik der Steiermark beim Wasser und verwenden ganz genau die gleichen Worte, die wir hinsichtlich der Preispolitik beim Wasser in Wien gesagt haben. Sie vergessen offensichtlich, daß Sie Millionenbeträge von der Wiener Bevölkerung an Wassersteuer kassieren, die Sie nicht zweckgebunden einsetzen. Der Stadtrat stellt sich heute her und erklärt uns, daß das ja alles mit Gegenverrechnung und Investitionen und so weiter zu argumentieren ist. Der Rechnungshof sagt aber, das ist eine reine Wassergebühr, eine Wassersteuer, die alle gleichermaßen trifft und sozial ungerecht ist. Diese Argumente verwendet man jetzt gegenüber der Steiermark, vergißt aber, daß man hier in Wien genau das gleiche mit der Wiener Bevölkerung macht. Ich finde das also lächerlich, befremdend, wie man auch immer sagen will dazu, aber jedenfalls nicht korrekt, denn was man selber macht, muß man auch dem anderen zubilligen, und das ist nicht richtig.

Bevor nun die Sozialdemokraten von Raubrittertum sprechen, sollen sie sich wirklich überlegen, welche Methoden sie selber gegenüber der Wiener Bevölkerung angewendet haben.

Ich kann aber auch dem Antrag der GRÜNEN nicht zustimmen, denn die bundesländerübergreifende Arbeitsgruppe wäre wieder ein Gremium mehr, wäre wieder ein Verwaltungsbereich mehr, wo ich nicht glaube, daß das notwendig ist.

Die anderen Punktationen, die zum Teil hier angeführt wurden, halte ich nicht für exekutierbar. Ich kann nicht glauben, daß unserem Verlangen in einem Antrag bei einer eventuellen Wasserabgabe entsprochen wird - abgesehen davon, daß wir es ja überhaupt nicht akzeptieren wollen -, daß die Steiermark das dann zweckentsprechend einsetzt. Wir können es verlangen, wir können es hoffen und wünschen, aber keine Forderung stellen. Wir werden aus diesem Grund dem Antrag auch nicht zustimmen.

Wir Freiheitlichen sind aber prinzipiell - das möchte

ich noch einmal betonen - nicht bereit, eine eventuelle Wasserabgabe zu akzeptieren. Wien hat sich seit Jahrzehnten um diesen eigenen Grund und Boden, um die Quellschutzwälder hohe Verdienste erworben, und die kann man uns nicht einfach mit irgendeinem Beschuß seitens der Steiermark wegnehmen. (*Beifall bei den F.*)

Aber nicht nur bei der Wasserabgabe scheint mir die sozialistische Umweltpolitik zu wenig kraftvoll, nicht richtungweisend, nicht konsequent vor allem, so wie es sich für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik gehört.

Ich weiß schon, wenn der Kollege Effenberg jetzt nach mir herauskommt, wird er wieder sagen, das sind lauter Unwahrheiten, das stimmt nicht, wir sind die Umweltstadt, die Musterstadt von ganz Europa, wir haben alles großartig, die besten EBS, das großartigste Trinkwasser, die sauberste Stadt. All das kommt ja wieder, und er wird die Opposition wieder beschimpfen, daß wir Schwarzseher sind, daß wir überhaupt nichts Positives an dieser Politik sehen.

Es ist auch nicht unsere Aufgabe, möchte ich gleich dazusagen, das Positive ununterbrochen zu loben, denn vieles, was daraus entstanden ist, haben nicht die Sozialdemokraten bewirkt. Es gibt ungemein viele Probleme, deren Lösung - und darin sehe ich die Notwendigkeit der Politik einer Opposition - betrieben gehört. Es hilft uns nichts, wenn von der einen Seite ständig Tips und Vorschläge kommen, die dann selten oder kaum umgesetzt werden.

Wir haben heute schon über die AKW gesprochen, immer großartiges - ich sage jetzt - Blabla, und was dann in Wirklichkeit entstanden ist, ist eigentlich sehr, sehr wenig, denn konkret ist bis jetzt nichts Positives geschehen. Wir haben zwar erreicht, daß manches nicht mehr von uns unterstützt wird, aber jetzt wird es mit russischen Geldern weiter gebaut, und ob das weniger gefährlich ist, das möchte ich bezweifeln.

Es gibt die Probleme beim CO<sub>2</sub>, wo nichts weitergeht. Ein großer Bericht kommt, und es heißt, ja, es ist alles in Vorbereitung, wir denken daran, wir überlegen. Aber etwas Konkretes, daß wir wissen, diese Maßnahmen werden gesetzt, wenn die Luftbelastung zu groß wird, das gibt es nicht.

Die Abfallentsorgung ist heute angeschnitten worden. Alles schrecklich, die Schwarzen, alle sind schuld, nur wir nicht. Wir haben immer alles bestens gemacht.

Genauso ist es beim Nationalpark Donau-Auen. Seit über 16 Jahren wird versucht, endlich einen Nationalpark zu errichten. Immer wird geforscht, geplant, überlegt und gesprochen, und wenn es dann konkret zu irgend etwas kommt, dann zieht man sich zurück und sagt: Nein, nein, das ist ja gar nicht notwendig, wir müssen das nicht tun - das hat der Herr Kollege Effenberg gesagt, weil wir einen gemeinsamen Antrag einbringen wollten -, wir brauchen ja gar nicht darüber zu sprechen, es ist alles in Ordnung, wir legen das der Landesregierung vor, und dann sagt sie halt ja oder nein. Und wenn ihr wollt, könnt ihr dann noch bis zum Ausschuß überlegen, ob ihr noch etwas geändert ha-

ben wollt oder nicht. Aber wir machen das und brauchen nicht darüber zu reden.

Herr StR. Svhalek hat ja gemeint, er wird beitreten. Also ich werde schauen, wie das jetzt ist. Der Stadtrat sagt ja, der aber nicht mitstimmen darf, und der Effenberg sagt nein, weil er mitstimmen darf. Also wir werden ja sehen, wie sich dann die Sozialdemokraten verhalten.

Ich werde auf jeden Fall den Beschußantrag einbringen, der nicht nur die Wünsche der Opposition beinhaltet, sondern angeblich auch die Wünsche der Sozialdemokraten, denn sie wollen ja ein gemeinsames Gesetz haben. Aber es sind auch die Wünsche der Naturschutzorganisationen enthalten, denn diese sind ja unmittelbar ständig mit diesem Problem behaftet und wollen mit uns gemeinsam das Beste für uns und unsere Umwelt machen. Und wenn wir hier nicht bereit sind, mit ihnen zu reden, ja wie sollen wir denn das umsetzen?

Ich bringe daher jetzt einen Beschußantrag der Landtagsabgeordneten Barbara Schöfnagel, Dr. Johannes Hawlik, Hannelore Weber und Ingrid Kariotis betreffend das Nationalparkgesetz ein:

"Auf Grundlage der verabschiedeten Resolution des Wiener Gemeinderats vom November 1994 und des Beschußantrags vom 29. Juni 1995 ist die Vorbereitung des Nationalparkgesetzes in vollem Gange.

Die externen und internen Begutachtungsfristen sind abgelaufen, und die zuständigen Beamten der Magistratsabteilung 22 haben nun die Aufgabe, ausgehend von dem gut vorbereiteten Entwurf, den endgültigen Gesetzestext für den Beschuß der Landesregierung zur Vorlage an den Umweltausschuß und zur Beschußfassung durch den Wiener Landtag vorzubereiten.

Während der Begutachtungsphase sind viele berechtigte Einwände und Vorschläge an die Magistratsabteilung 22 herangetragen worden. Die Umweltverbände haben in Zusammenarbeit mit den Umweltsprechern aller im Wiener Landtag vertretenen Parteien konkrete, gut durchdachte Vorschläge ausgearbeitet. Um diese auch rechtzeitig - und das ist der wesentliche Punkt dabei - "in den Entwurf, der als Vorlage zur Beschußfassung dienen soll, einarbeiten zu können, stellen die fertigten Landtagsabgeordneten daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien nachfolgenden Beschußantrag:

Der Wiener Landtag möge beschließen:

Das Nationalparkgesetz soll noch vor der Vorlage an die Wiener Landesregierung am 16. April 1996 besprochen werden, um den gemeinsamen Willen aller im Wiener Landtag vertretenen Parteien und betroffenen Umweltorganisationen in das Gesetz einarbeiten zu können.

Dies ist vor allem deshalb nötig, um schon in der Vorbereitung alle sinnvollen Vorschläge einzubauen zu können und eine weitere Verzögerung zu verhindern, damit eine endgültige Beschußfassung im Mai 1996

nicht gefährdet wird.

Zu diesem Gespräch sollen außer den zuständigen Beamten der Magistratsabteilung 22 die Umweltsprecher der im Wiener Landtag vertretenen Parteien oder eine Person ihres Vertrauens und zwei Vertreter der Umweltorganisationen (ÖGNU und juristischer Fachmann) teilnehmen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt."

Wir haben ganz bewußt - nachdem der Kollege Effenberg gesagt hat, er fährt jetzt 14 Tage auf Urlaub, es geht sich also auf keinen Fall mehr aus, daß wir darüber sprechen - hineingenommen, daß man auch einen Mann - oder eine Frau - seines Vertrauens zu dieser Debatte schicken kann. Es wäre wirklich sinnvoll, so wie StR. Svhalek angeboten hat, noch vor der Beschußfassung in der Landesregierung diese Gespräche zu führen, und wir ersuchen um Zustimmung. (*Beifall bei den F.*)

Zum Abschluß möchte ich noch festhalten: Wien hat im Vergleich zu anderen europäischen Großstädten relativ wenig Umweltprobleme. Das ist uns bewußt. Aber dies hat die Bevölkerung nicht vorwiegend der sozialdemokratischen Politik zu verdanken, sondern einerseits der glücklichen Fügung, daß Wien langsam gewachsen und noch immer eine relativ kleine Großstadt im Vergleich zu anderen Großstädten ist, und andererseits dem Umstand, daß viele Umweltschutzmaßnahmen, wie die Müllentsorgung und Wasserentsorgung, die Kanalisation und die Parkanlagen, eine sehr lange Tradition haben. Ich darf daran erinnern, daß ja Wien eine der ersten Großstädte war, die eine geregelte Müllentsorgung hatten, und diese Tradition hat sich natürlich positiv entwickelt.

Wir verdanken diese Situation aber auch zum Teil der Zähigkeit der Opposition und den Umweltschutzorganisationen, die immer wieder Vorschläge machen und ihren Finger an die wunden Stellen halten. Wir verdanken dies den fleißigen, oft sehr, sehr guten Beamten und der Wiener Bevölkerung, die motivierbar ist und im wesentlichen den Umweltgedanken mitträgt.

Sie Sozialdemokraten brauchen nicht immer zu sagen, ach, wie gut sind wir, was können wir alles, sondern denken Sie einmal darüber nach, wer aller hier mitwirkt, damit dieses alles funktionieren kann.

Meine Damen und Herren, vor allem von den Sozialdemokraten! Es stünde Ihnen auch gut an, wenn Sie viel mehr kreativ, zukunftsorientiert und richtungweisend wären und wenigstens beim Umweltgedanken parteipolitische Interessen hintanstellen würden. (*Beifall bei den F.*)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Danke.

Als nächster Redner ist Herr Abg. Dr. Hawlik zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Johannes Hawlik (ÖVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

In der Sache sind die Argumente eigentlich ziemlich abgeklopft worden, und ich versuche, was die steirische Wasserabgabe betrifft, vielleicht nur kurz jene

Dinge noch anzureißen, von denen ich glaube, daß sie noch zuwenig ins Licht gerückt wurden.

Ich möchte nicht verhehlen, daß es vor allem die Vorgangsweise war, die uns in dieser Frage besonders getroffen hat: die Vorgangsweise ohne vorherige Kontaktnahme einen Streit vom Zaun zu brechen, die Empörung darüber, daß man quasi Geld nimmt, wo man es bekommen kann, aber natürlich auch die Tatsache, daß damit falsche Signale gesetzt werden, denn diese Art von Föderalismus wird in Hinkunft eigentlich jede Form sinnvoller Autonomie untergraben, denn Föderalismus, mißverstanden als Egoismus mit Lokalkolorit, ist ein falsches Signal.

Das, was mich naturgegebenermaßen am meisten geärgert hat, war das ökologisch falsche Signal. Eine Wasserabgabe, für sich genommen, kann ein sinnvolles Instrument sein, ein sinnvolles Instrument, worüber man diskutieren kann, wenn es bundesweit geplant ist.

Und ich habe vor allem nicht verstanden, daß sich gerade der Umweltminister, der an solchen Instrumenten ein Interesse haben müßte, das Instrument von seinen eigenen Leuten in Mißkredit bringen läßt. Das war eigentlich die größte Enttäuschung in diesem Zusammenhang.

Dieses Instrument könnte deshalb sinnvoll sein, weil es natürlich - und das wurde heute auch schon mehrfach ausgeführt - Wasser in den Mittelpunkt rückt, Wasser mit seinem Wert, und in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft hat alles eben dann besonders einen Wert, wenn es auch einen Preis hat. Insofern ist es sinnvoll, darüber zu diskutieren, ob Wasser entsprechend seinem Wert auch den Preis hat. Und wenn Wasser wirklich das Öl des kommenden Jahrhunderts ist, dann muß man sich wirklich fragen, welchen Preis Wasser haben muß.

Aber dieser Preis ist nicht nur dazu da, den Wert festzustellen, sondern der Preis wäre natürlich auch ein Lenkungseffekt. Und auch das wurde heute schon erwähnt: Der Lenkungseffekt könnte dazu führen, daß man eben Wasser in anderer Weise nützt, daß man in Industriebetrieben nicht unbedingt immer mit Hochquellwasser arbeiten muß, sondern Wasser im Kreislauf laufen läßt, daß man Nutzwasser verwendet, Regenwasser nützt et cetera.

All das ist eigentlich gemeint, wenn man über eine Wasserabgabe diskutieren würde, wobei es klar ist, daß eine solche Abgabe nur bundesweit einzuführen ist. Es wäre sinnlos, schon aus Wettbewerbsgründen, daß das quasi jedes Land für sich allein machen kann. Die Steirer haben ihrem eigenen Minister einen schlechten Dienst erwiesen, daß sie dieses Umweltinstrument in Mißkredit gebracht haben.

Aber man muß natürlich über die Steiermark hinausdenken. Kollege Pawkowicz hat heute Cajetan Felder zitiert als freisinnigen Politiker, der vielleicht heute gar nicht mehr bei der F wäre, sondern schon bei den Liberalen. Aber so genau kann man ja den Cajetan Felder nicht fragen.

Aber er hat auch hingewiesen auf Lueger. Und warum der Hinweis auf diese Bürgermeister sehr sinnvoll scheint: Diese Bürgermeister haben zu einer Zeit etwas gemacht, was die heutigen Bürgermeister offensichtlich vermissen lassen. Diese Bürgermeister haben über ihre Zeit hinausgedacht. Sie haben nämlich nicht nur für die Zeit und im Rahmen der Bevölkerungsentwicklung gedacht, in der sie selber am Ruder waren, sondern sie haben - Lueger zum Beispiel - für ein Wien gedacht für 4 Millionen, das heißt vorausschauend und auch die Vorsorgeeinrichtungen geschaffen, sodaß wir die funktionierende Wasserversorgung heute immer noch diesen beiden Bürgermeistern aus dem 19. Jahrhundert verdanken. Und ich frage mich: Wo sind die Maßnahmen, die wir heute setzen, für das 21. Jahrhundert? Was werden die Leute im 21. Jahrhundert sagen, was die Bürgermeister von heute vorausschauend für sie dann getan haben werden?

Und da gibt es schon einige Dinge. Ich meine, Sigmund Freud läßt grüßen, wenn der Klubobmann Svoboda heute sagt: Wir werden danach trachten, daß die III. Wasserleitung weiterhin auf der Tagesordnung bleibt. - Das ist traurig. Wir würden gerne danach trachten, daß die III. Wasserleitung von der Tagesordnung kommt, daß sie endlich eröffnet wird und daß sie endlich Wasser gibt. Es interessiert uns nicht, daß eine Wasserleitung seit 1980 existiert, Wasser geben könnte, aber nicht in Betrieb ist und viel Geld gekostet hat. Also wir wollen sie von der Tagesordnung weg haben, wir wollen sie eröffnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist aber - und die Kollegin Schöfnagel hat darauf verwiesen - wirklich kurios, daß wir am Klo besseres Wasser haben als viele Länder in ihren Leitungen. Daher wären wir verpflichtet, hier Sparmaßnahmen zu setzen.

Ich bringe daher einen sogenannten Klo-Antrag ein, das heißt, ich möchte mit diesem Antrag erwirken, daß die Gemeinde Wien aufgefordert werden soll, in ihren Gebäuden und in den gemeindeeigenen Wohnbauten bei den Toiletteanlagen nur mehr wassersparende Systeme anzuwenden. Wie bekannt gibt es mittlerweile schon Stoppsysteme, es gibt mittlerweile Spülkästen, die schon zwei Möglichkeiten des Wasserslassens haben: drei Liter, sechs Liter. All das gibt es bereits, und man soll es anwenden. Diese Sparmaßnahmen würden ähnlich erfolgreich sein wie die Maßnahme, die im Rathaus getroffen wurde beim Einsatz der Energiesparlampen. Man sollte diesem Antrag nachtreten und in den neuerrichteten Gemeindebauten und sukzessive natürlich auch in den alten, aber auch in den gemeindeeigenen Bauten wie Kindergärten, Spitätern et cetera diese Maßnahme treffen, weil das eine ungeheure Kosten- und eine ungeheure Wasserersparnis darstellt.

Und ein Zweites: Ich habe in der Diskussion um die steirische Wasserabgabe auch meine Enttäuschung darüber gezeigt, daß sich Minister Bartenstein als

Umweltminister sozusagen ein Instrument aus der Hand schlagen läßt.

Es tut mir leid, daß in der heutigen Diskussion diese Tatsache nicht entsprechend beachtet wurde: es wäre ein Kampf Schwarz gegen Rot, Schwarz gegen Schwarz, wurde gesagt, ohne Hinweis darauf, daß eigentlich der normale Hausverstand zählt. Und das ist eigentlich das Wesentliche. Es geht nicht um Rot gegen Schwarz oder Schwarz gegen Schwarz, sondern es geht hier um ein Versorgungsproblem und um die beste Maßnahme, dieses Versorgungsproblem für heute und dieses Versorgungsproblem für morgen zu lösen. Und da gehört der Hausverstand eingesetzt. Und wenn es Maßnahmen oder Äußerungen gibt, die dem entgegenstehen, dann sollte man das auch tun.

Und ich würde mir wünschen, wenn Sie das in einer ähnlichen Sache auch tun würden. Es gibt in Österreich seit einiger Zeit zwei Erfinder, die ein Patent in Österreich angemeldet haben, und zwar ein Patent zur Aufbereitung von Badewasser. Dieses Patent zur Aufbereitung von Badewasser wird angewendet in der Bundesrepublik, ist dort approbiert, wird angewendet in der Schweiz, ist dort approbiert, wird in England angewendet, wird jetzt in Australien approbiert. Diese österreichischen Erfinder haben - wie das oft ein Schicksal österreichischer Erfinder ist - in Österreich kein Glück mit ihrem Patent. Die Bäderhygieneverordnung sagt, ihr Patent ist nicht zugelassen. Dieses Patent besteht im wesentlichen in weniger Chemie - ich sage das einmal ganz einfach -, in Wasserersparnis, in Energieersparnis und in Kostenersparnis. So simpel wäre das. Umgerechnet für Wien würde das etwa bei den Bädern im Jahr 50 Millionen Schilling an Ersparnis bringen.

Würde ich jetzt behaupten, daß ein Bad in Österreich existiert, das so etwas macht, würde ich die Bürokratie darauf hetzen, daß man dieses Bad findet - ich würde die Bürokratie aber wahrscheinlich nicht darauf hetzen, man das Patent endlich durchzusetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Daher werde ich nur diese Behauptung aufstellen.

Aber aufgrund der Ersparnis in diesem Bad weiß man umgerechnet, was das für Bäder insgesamt bringen könnte. Für Wien umgerechnet wären das 50 Millionen Schilling.

Ich bringe daher diesbezüglich einen Antrag ein, daß die Wiener Landesregierung das Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz auffordern möge, die Bäderhygieneverordnung so zu ändern, daß der Einsatz dieses neuen Verfahrens auch in Österreich ermöglicht wird.

Meine Damen und Herren! In der Mitteilung von StR. Svhalek waren neben der Wasserabgabe und dem steirisch-wienerischen Wasserkrieg auch noch einige andere Themen angezogen, und ich möchte auf zwei hier noch kurz eingehen.

Das eine: Abfallwirtschaft. Abfallwirtschaft, weil hier einige Dinge nicht unwidersprochen sein dürfen.

**Erstens.** Die Abfallmenge aus Verpackungen ist in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen. Wer beim jetzt in Kärnten stattgefundenen Abfallwirtschaftskongress war, der hätte sich auch einen Überblick verschaffen können über die jüngsten Statistiken. Im Jahre 1991 waren es 800 000 Tonnen Abfallmenge aus Verpackungen, die mittlerweile auf 390 000 Tonnen gesenkt werden konnten, also eine Reduktion um fast 50 Prozent. Die Altstoffmenge konnte im Gegenzug um 50 Prozent erhöht werden. Das heißt, es mag sein, daß der Weg der Verpackungsverordnung noch nicht das Gelbe vom Ei ist, aber es war einmal ein richtiger Beginn, in diese Richtung etwas zu unternehmen.

Und ich finde es ziemlich eigenartig, daß gerade zu dem Zeitpunkt, da auch der StR. Svhalek weiß, daß die Verpackungsverordnung geändert wird, werden muß, weil ja das auch der Gesetzesauftrag ist durch die höchstgerichtliche Entscheidung, daß gerade da der Schrei nach der Änderung besonders schrill und laut wird. Es wird ohnehin geändert, also braucht man ja deswegen kein Löwengebrüll zu machen.

Ärgerlich ist es nämlich deshalb, weil bei der gesamten Verpackungsverordnung die sozialistisch dominierte Wiener Landesregierung bisher nach einem Prinzip vorgegangen ist: laut schimpfen, leise nehmen und an den Konsumenten nichts vom Genommenen weitergeben. Das war im Prinzip eigentlich die Vorgangsweise der Verpackungsverordnung: Man hat laut geschimpft, viel eingenommen ohne zusätzliche Leistung und das, was man zusätzlich eingenommen hat, nicht an den Konsumenten weitergegeben.

Wir haben in diesem Hause bereits mehrere Anträge auf Senkung beziehungsweise Einfrieren der Müllgebühr gestellt, welchen Sie nie nahegetreten sind.

Sie haben jetzt die Konsumenten - und die Konsumenten sind es eigentlich, die das Müllsystem in Wien aufrechterhalten, das kann man nicht oft genug betonen - durch Ihre Kampagne, daß man die Plastikbecher wieder in den Müll schmeißen darf, eigentlich eher verunsichert. Warum? Weil Sie aus dem Plastikmüll, der jetzt im Rest- oder im Hausmüll bleibt, zusätzlich Geld bekommen. Das ist nichts Unschickliches. Aber dieser Umstand haben wir vor Einführung der Verpackungsverordnung schon einmal gehabt. Das hätten Sie doch beibehalten können, wenn Sie es für so sinnvoll erachtet hätten und wenn man nachweisen hätte können, daß die Versorgungseinrichtungen für Plastikmüll eben unzureichend sind.

Aber zuerst so, dann anders und dann wieder so - und das Ganze trotzdem mit Gewinn; denn ob ich den Hausmüll abführe und dort jetzt Plastik enthalten ist oder nicht, ist ziemlich Powidl. Die Gemeinde bekommt zusätzlich von einer Firma (ARGEN) Geld, und zwar von einer Firma, von der sie selbst sagt, daß sie bankrott ist, und mit der man gar keine Verträge abschließen sollte.

Letzter Punkt: Zum Thema Abfallwirtschaft: Deponien bzw. Deponieverordnung.

Herr Stadtrat, ich möchte hier nur eine Klarstellung wegen der Deponie Rautenweg machen. Es ist in der Deponieverordnung festgelegt, was Stand der Technik ist und daß alle neuen Deponien dem jeweiligen Stand der Technik entsprechen müssen. Es ist nie die Rede davon gewesen, daß der Rautenweg deswegen geschlossen werden muß, sondern er ist eben nicht mehr am neuesten Stand der Technik, weil es den Rautenweg schon einige Jahre gibt und man beim Rautenweg auch regelmäßig kontrollieren muß, damit nichts passiert. Das ist keine Vorschrift, sondern das machen wir seit Jahren, daß wir Sickerwasser prüfen und daß wir prüfen, ob die Abdichtungen in Ordnung sind. Das müssen wir eben machen. De facto bleibt das so erhalten. Würde Wien eine neue Deponie machen, müßte diese dem neuesten Stand der Technik entsprechen.

Im Übrigen bin ich aber der Meinung, wenn die Wiener im Abfallwirtschaftsverbund Ost schon einen Vertrag mit den Niederösterreichern abgeschlossen haben, dann sollten sie die Niederösterreicher auch irgendwann einmal bitten, diesen Vertrag einzulösen. Denn wir verbrennen den Sondermüll - also den gefährlichen Abfall - von Niederösterreich und haben einen Vertrag mit den Niederösterreichern abgeschlossen, daß dann das Deponiegut in Niederösterreich zu lagern ist. Aber derzeit wird der Vertrag nur einseitig eingehalten. Insofern halte ich eine Kooperation für etwas sehr Sinnvolles.

Abschließend: Der Bericht des Stadtrats war eigentlich ein von anderer Seite hervorgerufener Bericht, das heißt kein freiwilliger. Ich meine, freiwillig war nur das Schimpfen auf den Umweltminister, aber freiwillig war sozusagen nicht die Intention, hier etwas zu präsentieren, was die Gemeinde Wien auf dem Umweltsktor Neues gemacht hat. Der Stadtrat hat am Abfallsektor auf den Umweltminister geschimpft, hat im Wasserkrieg auf die Steirer geschimpft, aber hat eigentlich nichts gesagt, was wir im Wasserbereich selber tun. (*Amitsf. StR. Fritz Svhalek: Das stimmt ja nicht!*) Er hat auch nicht gesagt, was die Gemeinde Wien im Abfallbereich selber tun will. (*Amitsf. StR. Fritz Svhalek: Recycling!*) Und vor allem hat er etwas nicht gemacht, was wir unmittelbar brauchen würden: Er hat keinen Ozonplan oder CO<sub>2</sub>-Plan vorgelegt, der viel notwendiger wäre als das Schimpfen über andere.

Wenn man sich den Jahresverlauf anschaut, wären gerade jetzt die angekündigten Verhandlungen für einen Ozonplan fällig gewesen. Etwa vor einem Jahr um diese Zeit haben wir das letztemal diesbezüglich verhandelt. (*Amitsf. StR. Fritz Svhalek: Stimmt nicht!*) Es liegt nichts vor.

Herr StR. Svhalek, der in der letzten Sitzung des Umweltausschusses von seinem eigenen Beamten mit einem Konvolut an Antworten überrascht wurde, wird es mittlerweile auch schon gelesen haben und daraufgekommen sein, daß in den Papieren steht, daß das, was erforderlich ist, noch immer nicht existiert. Und wenn er es nicht glaubt, braucht er nur den Umweltbericht 1994 zu lesen, welcher sich in keiner Weise

von der Antwort des Herrn Senatsrat Löffler unterscheidet, welchen er im Umweltbericht 1994 dargelegt hat.

Es fehlt eine Initiative auf dem Sektor. Es fehlt auch, weil es in der Regierungserklärung eigentlich angekündigt war - zwar nicht in der Rede des Bürgermeisters, sondern rund um die Regierungserklärung des Bürgermeisters gegenüber den GRÜNEN war es angekündigt -, daß es einen CO<sub>2</sub>- und Ozonplan gibt. Dies wäre sinnvoller gewesen als manch unnötige Schreierei und Schimpferei gegeneinander. Es wäre konstruktiv gewesen.

Ich hoffe, Sie werden sich dieser konstruktiven Stimmung sozusagen anschließen, indem Sie den beiden Anträgen Ihre Zustimmung geben. - Dankel (*Beifall bei der ÖVP*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Mag. Unterreiner. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Heidemarie Unterreiner (F):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich möchte noch einmal auf den Zusammenhang zwischen unversehrter Natur und unversehrter Kulturlandschaft zurückkommen. Klubobmann Pawkowicz hat es in seiner Rede bereits herausgearbeitet, und mir scheint das auch sehr wichtig, denn ich finde, genauso wie wir eine Verpflichtung haben, unsere Umwelt zu schützen und die Natur unversehrt und unzerstört an unsere Nachkommen weiterzugeben (*Abg. Johann Driemer: Wohnen Sie in einer Höhle?*), genauso haben wir auch eine Verpflichtung, unsere Kulturgüter, unsere Kulturlandschaften und unsere von den Vorfahren geleisteten kulturellen Dinge unseren Kindern unzerstört weiterzugeben.

Genauso wie wir und unsere Kinder das Recht haben, in einer unzerstörten Umwelt zu leben, das heißt, sauberes Wasser zu trinken und saubere Luft zu atmen, haben wir und unsere Kinder das Recht, ein unzerstörtes kulturelles Erbe vorzufinden. Genauso, wie es ein Akt der Barbarei ist, in einer unzerstörten Flusslandschaft - wie Sie sich sicher alle noch erinnern können - bei Hainburg wegen eines Kraftwerks alles zuzubetonieren, ist es unserer Meinung nach ein Akt der Barbarei, wenn man in ein barockes Ensemble zwei Überdimensionierte Würfel hineinbetoniert.

So, wie wir und unsere Kinder das Recht haben, in einer unzerstörten Kulturlandschaft zu leben und damit sorgsam umzugehen, haben wir auch eine Verpflichtung, mit Steuergeldern sorgsam umzugehen. Es kann nicht angehen, daß man mit Steuergeldern beziehungsweise mit Steuermilliarden Zubetonierer zahlt.

Ich finde, es ist auch ein Gipfel der Verantwortungslosigkeit, wenn man für die Zerstörung unseres kulturellen Erbes Milliarden ausgeben will. Wir Freilichen haben dafür absolut kein Verständnis. Wir wollen nicht, daß Steuermilliarden für Kulturzerstörung ausgegeben werden. (*Beifall bei den F. - Abg. Andreas Honay: Der Beifall war aber sehr zögernd!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zusammenhang damit frage ich Sie auch, wie Sie eigentlich diese klammheimliche Aktion der Visualisierung empfunden haben. Was sollte eigentlich diese Visualisierung in den Hofställungen, dieses angebliche 1 zu 1-Modell?

Ich habe in den Zeitungen gelesen, daß sich Herr Präsident Sailer eine solche Visualisierung gewünscht hat. Er hat sich auch genau vorgestellt, wie das sein sollte. Es sollte ein Lattengerüst aufgebaut werden. Genauso wie Herr Dr. Pawkowicz heute schon erwähnt hat, sollte das natürlich eines sein, das für die breite Öffentlichkeit da sein sollte. Er hat erwähnt, wie es in Berlin damals der Fall war, wo man das ganze Schloß wieder aufgebaut hat, daß man die ganzen Ausmaße erkennen konnte und nicht nur wie unlängst in den Hofställungen, daß man mit sechs Kränen einige Stahltraversen hochzog und die Vorder- sowie die Oberkanten simulierte, während die Tiefe und die Massigkeit überhaupt nicht nachvollziehbar waren, weil dort ja noch eine historische Bausubstanz ist, die man nicht abbrechen darf. Deswegen konnte man das überhaupt nicht aufbauen.

Ich meine, daß man diese Visualisierung, wenn man sie schon macht und dafür Geld ausgibt, sie für diejenigen macht, die dann mit dem Projekt beziehungsweise mit dem fertigen Projekt leben müssen und dafür zahlen müssen. Das heißt, man hätte es für die Bevölkerung machen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir finden eben, daß diese Art der Visualisierung eine Farce und ein Skandal war, denn nur für zwei Stunden diese Traversen hochzuziehen, war vollkommen sinnlos.

Noch etwas ist in diesem Zusammenhang aufgefallen: Man fragt sich auch, ob das für den Beirat so wichtig war, denn man darf nicht vergessen, es sind dort Experten - Architekten und Kunsthistoriker - geladen gewesen, bei denen ich doch vermute, daß sie genug Vorstellungsvermögen haben, daß sie sich vorstellen können, wie denn nun diese Ortner-Bauten ausschauen sollten. Interessant war auch, daß Herr Professor Sekler - er ist einer der Kritiker - zur Zeit in den USA weilt und man diesen Zeitpunkt ausgenutzt hat, um zu dieser Entscheidung zu kommen.

Gustav Peichl - wie Sie alle wissen, der Vorsitzende dieses Beirats -, der uns allen seit Jahren als glühender Verteidiger des Ortner-Projekts bekannt ist, hat schon damals, als Frau Dr. Pasterk an alle Kulturschaffenden der Stadt Wien ein Manifest gerichtet hat, als einer der ersten unterschrieben. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie er eigentlich dazu steht.

Er hat also die Abwesenheit von Professor Sekler ausgenutzt und nur deswegen die knappe 3 zu 1-Entscheidung zusammengebracht. Wäre Sekler zum Beispiel hier gewesen, wäre es 3 zu 3 ausgegangen.

Ich frage mich also für wen? Die Bevölkerung erfährt nichts. Die Geschichte, daß ich mir das dort anschauen wollte, haben wir bereits abgehandelt. Ich finde es auch gar nicht so wichtig, ob ich es gesehen

habe oder nicht. Ich sehe mich nur als Beispiel, daß ich jemand war, der sich das anschauen wollte und der eben hinausgeworfen und des Platzes verwiesen wurde. Es waren geladene Medien dort, und am nächsten Tag konnte man auch schon lesen, daß man nun umbauen kann.

Das stimmt natürlich nicht, denn die letzte Entscheidung ist noch nicht gefällt. Es ist ja nur eine Vorentscheidung des Beirats. Die letzte Entscheidung muß vom Bundesdenkmalamt erst gefällt werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, in einer Zeit, wo in allen Kulturstädten Europas aufs penibelste und aufs sorgfältigste mit den Kulturgütern umgegangen wird - Sie werden sicher in allen anderen europäischen Städten bemerkt haben, wie man sich bemüht, das kulturelle Erbe zu erhalten -, erlaubt man einigen Abkassierern um Pasterk und um Swoboda, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.

Sie können sich erinnern, vor einem halben Jahr haben wir schon einmal den Bericht des Rechnungshofs diskutiert. Damals bin ich detailliert auf all diejenigen eingegangen, die sich bereichert hatten. Bogner hat sich inzwischen bereits entfernt, Steiner darf noch immer mitkassieren, und Ortner ist noch immer dabei.

Ich möchte, wenn ich schon von den Kulturstädten rede, nicht nur die Beispiele von Paris, Madrid oder von Lissabon hernehmen, wo man - wie wir alle wissen - die alte Bausubstanz zum Beispiel im Louvre oder im Musée d' Orsay genützt hat, sondern wir können auch in unser Nachbarland schauen. Auch dort, wo früher noch eher Mahnmale des Kommunismus aufgetürmt wurden, findet man diesen liebevollen Umgang mit der historischen Bausubstanz vor. Wenn Sie einmal durch Krumau, durch Telc oder auch durch Prag fahren, werden Sie sehen, daß man das Geld, das man hat, dafür verwendet, die historische Bausubstanz sorgsam zu revitalisieren. Sie werden in diesen Städten, die unter Denkmalschutz stehen, garantiert keine solche Allerweltsarchitekturen, solche seelenlose und gesichtslose Fassaden vorfinden.

In der Sache Museumsquartier haben sich, wie Sie sich erinnern können, über hundert internationale Experten dagegen ausgesprochen, allen voran der Architekt Pei, der - wie Sie wissen - in Paris die Pyramide gebaut hat, welche sich aber harmonisch einfügt.

Ich finde es traurig, daß Sie von den Sozialdemokraten das irgendwie unwidersprochen hinnehmen und eigentlich mitmachen, wie unser kulturelles Erbe zerstört wird.

Ich möchte noch eine Warnung anbringen. Ich weiß nicht, ob Sie das verfolgt haben. In Frankfurt, wo man vor zehn Jahren noch den Fehler gemacht hat, Monsterkulturbauten zu bauen, hat man auch in diesem Größenwahn gelebt. Jetzt mußte man vor einiger Zeit ein Kulturkrisendezernat einführen. Frau Linda Reisch, die Kulturkrisendezernentin, muß jetzt verzweifelt nach Lösungen suchen, um diesen Größenwahn, der vor zehn Jahren entstanden ist, einzudämmen.

Wir Freiheitlichen werden uns auf jeden Fall mit den Bürgern dieser Stadt gegen den Anschlag auf diese barocken Fischer-von-Erlach-Bauwerke aussprechen. Wir werden es nicht tatenlos hinnehmen. Wir werden uns mit den Bürgern dieser Stadt nicht nur für die Erhaltung der Umwelt, sondern auch für die Erhaltung der Kulturlandschaft einsetzen. Ganz Österreich stöhnt unter dem Belastungspaket. Wir werden nicht gestatten, daß man für diese Kulturzerstörung Milliarden ausgeben will. Wir stehen zu der ursprünglichen Idee, auf dem Areal der Hofstallungen ein Museumsquartier zu errichten.

Viele von Ihnen wissen vielleicht nicht, daß sich Herr Professor Wehdorn, der Ortner seit einiger Zeit beigestellt ist, noch vor Jahren glühend an die Berliner Erklärung gehalten hat. Sie war für ihn bindend. Die Berliner Erklärung baut auf die Charta von Venedig auf und geht detailliert darauf ein, wie man in Europa mit Kulturdenkmälern umgehen soll. Auch Professor Wehdorn hat ein Gutachten erstellt - jetzt hat er allerdings ein bißchen eine andere Meinung -, daß die historische Bausubstanz ideal für ein Museum wäre.

Diese Meinung vertreten wir. Wir wollen ein Museumsquartier ohne ehemalige Ostblockmentalität. So, wie man das in allen Kulturstädten Europas macht: behutsam, einfühlsam, das kulturelle Erbe achzend und auf den nationalen Geldbeutel schauend. Es lebe ein Museumsquartier dieser Art! (*Beifall bei den F.*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Effenberg. Ich erteile es ihm.

**Abg. Franz-Karl Effenberg (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Es ist dies heute eine sehr bunte und interessante Diskussion. Wir unterhalten uns zur Bauordnung über Umwelt, aber wir unterhalten uns auch über eine Vielzahl anderer Dinge.

Ich erlaube mir eingangs, der vereinigten Opposition wirklich sehr herzlich zu gratulieren. Wir wissen nunmehr endlich, wer all die Leistungen in dieser Stadt vollbracht hat. Endlich fällt es uns beziehungsweise mir wie Schuppen von den Augen. Die vereinigte Opposition ist es gewesen, die all die Leistungen in dieser Stadt erbracht hat. Die vereinigte Opposition ist es, die hier permanent Visionen einbringt, welche dann letztendlich - von wem auch immer - umgesetzt werden. (*Beifall von den Abgen. Georg Fuchs und Mag. Franz Karl.*)

Ich möchte euch in eurer Gesamtheit wirklich sehr herzlich zu all diesen Initiativen gratulieren. (*Abg. Georg Fuchs: Danke, Herr Kollege!*)

Ein wenig Verwunderung stellt sich bei mir ein, als ich den gerade vorangegangenen Redebeitrag gehört habe, wo es immer auch darum geht, das Alte unmittelbar zu erhalten und neue Festungen zu schaffen. Wir hören aus diesem Bereich immer ein bißchen - was heißt hier ein bißchen, eigentlich sehr stark - den Antihedonismus und vieles andere mehr hervor. Das paßt

im Grunde genommen eigentlich gar nicht mit dem zusammen, was da an Visionen an den Tag gelegt und letztendlich an Visionen auch von Seiten der Opposition umgesetzt wird.

Über die Visualisierung im Bereich des Messegeläuts beziehungsweise Museumsquartiers ist heute eigentlich bereits eingehend diskutiert worden. Ich glaube, es ist allen in diesem Saale Anwesenden eigentlich klar, daß dies für den Beirat, die Experten und das Bundesdenkmalamt geschehen und daß ein entsprechender Personenkreis eingeladen worden ist. All jene, die daran interessiert waren, konnten gleichfalls daran teilnehmen, sofern sie sich - und ich sage es jetzt noch einmal - angemeldet hatten. Ich glaube, das ist heute klar und deutlich herausgekommen.

Über all die Redewendungen - ich möchte sie als solche bezeichnen - wie Betonierer, Abkassierer, Beleicherer und so weiter braucht man, glaube ich, kein weiteres Wort mehr zu verlieren. (Abg. Susanne Kovacic: Sie machen auch nur Unterstellungen!) Es werden außerdem die Sachen insgesamt am heutigen Tag ein bißchen durcheinandergebracht. (Abg. Brigitte Schwarz-Klement: Von Ihnen!) Rechnungshofberichte werden mit Rechnungshofberichten verwechselt und so weiter und so fort. (Abg. Andreas Honay: Die Zahlen und Ziffern!)

Es wäre einigermaßen schwierig, jetzt darzulegen, wie sich die Dinge nunmehr auch tatsächlich darstellen. Meine Aufgabe ist es, unter anderem eine Reihe von Beschuß- und Abänderungsanträgen einzubringen.

Es ist darüber berichtet worden, daß man in der Bauordnung etwas tun sollte, was die Anrainer betrifft. Es wurde gesagt, daß das natürlich auch eine Idee der Opposition gewesen ist. Mag sein. Ich würde sagen, es war nicht unbedingt so. Es ist darüber diskutiert worden - das stimmt, Herr Kollege Prinz -, aber daß es gleich die sogenannte Idee der Opposition gewesen wäre, stimmt als Darstellung nunmehr doch nicht ganz.

Ich erlaube mir also zur Bauordnung, zum Entwurf der Bauordnungsnovelle, mit der der § 8 Abs. 1 neu gefaßt wird, folgenden Abänderungsantrag gemeinsam mit den Kollegen Ing. Horst Georg Riedler, Walter Prinz, Georg Fuchs und Günter Kenesei einzubringen:

"Ziffer 4 soll lauten:

'Durch das Bauvorhaben dürfen keine Bestimmungen dieses Gesetzes verletzt werden, die außer dem öffentlichen Interesse auch im besonderen den Interessen der Nachbarn zu dienen bestimmt sind.'

Interessen der Nachbarn gelten als nicht verletzt, wenn diese dem Bauvorhaben ausdrücklich zugestimmt haben oder gemäß § 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes als zustimmend anzusehen sind.

Für die Stellung als Nachbar gilt § 134 Abs. 3 sinngemäß."

Ich ersuche um sofortige Abstimmung.

Darüber hinaus hat es einiges an Diskussionen über den Wohnbau gegeben. Ich habe gar nicht gewußt,

daß wir heute in diesem Rahmen auch eine Wohnbaudiskussion durchführen. (Abg. Georg Fuchs: Das ist sehr wichtig!)

Wir haben auch in diesem Zusammenhang von der vereinigten Opposition gehört, was sie in diesem Bereich in den vergangenen Jahren alles geleistet beziehungsweise vorgebracht hat (Abg. Georg Fuchs: Sie können unsere Initiativen nicht leugnen!) und was letztendlich von der Regierungspartei nur sehr langsam zur Durchführung gelangt. Es wurde bekrittelt, daß Bgm. Dr. Michael Häupl und Wohnbaustadtrat Werner Faymann beschlossen hätten, daß Wohnbauförderungsmittel nur jenen gemeinnützigen Bauträgern gewährt werden, die ihren Mieter im Mietvertrag auch zusichern, daß man dann wiederum auf den geltenden Kategorie-A-Zins zurückgeht.

Ich glaube, ein bißchen schlägt da die Eifersucht durch, daß dies eine Initiative unseres Bürgermeisters und Wohnbaustadtrats ist. Da ärgert sich der Kollege Fuchs. (Abg. Georg Fuchs: Bei Gott nicht!) Soll er sich doch ärgern. Mir ist es egal. Wenn es ihm Spaß macht, daß er sich ärgert, soll er sich ruhig ärgern.

Ich erlaube mir daher auch in diesem Zusammenhang den entsprechenden Beschußantrag gemeinsam mit den Kollegen Ing. Karl Svoboda und Mag. Ruth Becher einzubringen, daß der Wiener Landtag die Bundesregierung und den Nationalrat auffordert, für eine Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes dahin gehend Sorge zu tragen, daß nach vollständiger Tilgung von Krediten und Darlehen der Errichtungskosten durch den betroffenen Genossenschaftsmieter die Mieten auf einen Erhaltungsbeitrag in der Höhe des aktuellen Kategorie-A-Zinses - zur Zeit S 32,80 - abgesenkt werden.

Ich ersuche um sofortige Abstimmung.

Darüber hinaus haben wir uns darüber unterhalten, daß auch Private entsprechende Investitionen setzen mögen.

Wir können das alle an und für sich nur begrüßen. Auf der anderen Seite erlaube ich mir doch, die Bemerkung zu machen, daß wir mit der Investitionsfreudigkeit der Privaten mitunter doch einiges an Problemen haben, insbesondere - und das haben schon andere Leute festgestellt - daß es in Österreich einigermaßen schwierig ist, daß sich da und dort die Industrie dazu bereit erklärt, auch Risikokapital zur Verfügung zu stellen.

Es gäbe sehr viele Bereiche, wo ich Ihnen einiges berichten könnte, wo gerade im Zusammenhang damit, daß wir uns nunmehr in der Europäischen Union befinden, ausländische Gesellschaften beziehungsweise ausländische Firmen in manchen Bereichen reüssieren, weil die österreichische Wirtschaft beziehungsweise die österreichische Industrie ganz einfach nicht dazu bereit ist, hier entsprechend einzusteigen. Letztere holen sich - ich glaube, ich habe mir das anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung schon zu erwähnen erlaubt - die Ausschreibungsunterlagen, geben sie dann aber gar nicht ab, weil die Aufträge offensichtlich zu

klein sind. So kommen eben Firmen aus dem Ausland, die sich nicht zu gut dazu sind, auch bei so minimalen Ausschreibungen mitzumachen, an die Reihe.

Heutzutage ist man bald soweit, daß, wenn man von jemandem gefragt wird, ob man irgendwo in Österreich eine Firma weiß, die dieses und jenes macht, man ihm sagen muß, daß man zwar in Frankreich eine solche Firma weiß und in Italien eine solche Firma weiß, aber bei uns holen sich die Firmen zwar die Ausschreibungsunterlagen, beteiligen sich dann aber entweder gar nicht oder die Angebote sind einfach überhöht. Auf der anderen Seite sollen dann immer - Kollege Görg, das ist jetzt kein unmittelbar gegen Sie gerichteter Vorwurf - die öffentliche Hand, die Kommune beziehungsweise der Staat mit einer entsprechenden Investitionstätigkeit herhalten. So kann es doch auch nicht sein.

Ich glaube, auch unsere Wirtschaft beziehungsweise Industrie ist dazu angehalten, von sich aus selbst tätig zu sein, von sich aus ihre Produkte entsprechend anzubieten und auch bei den entsprechenden Ausschreibungen mitzumachen, und zwar nicht nur in Österreich, sondern europaweit. Da gibt es momentan wirklich große Probleme.

Manchmal habe ich den Eindruck, daß man bestimmte Wirtschaftszweige bei der Hand nehmen, sie nahezu zu ihrem Glück zwingen und auf den Knien vor ihnen herumrutschen muß, damit sie sich da und dort an sehr großen Investitionsvorhaben beteiligen. (Abg. Georg Fuchs: Sie können nur so lange und so abweichend vom Tagesordnungspunkt reden, weil Sie ein Sozialdemokrat sind!) Hier kann ich wirklich nur um Ihre Unterstützung bitten, damit wir gemeinsam zu entsprechenden Regelungen kommen und damit wirklich alle diesbezüglich mitmachen. (Abg. Ingrid Karioitis: Sie sind aber sehr weit vom Thema abgeschweift!)

Ja, ich bin in diesem Zusammenhang ein bißchen abgeschweift. Ich weiß es schon. Aber heute ist bereits sehr weit zu Dingen abgeschweift worden, die mit dem vorliegenden Geschäftsstück im Grunde genommen überhaupt nichts zu tun haben.

Ich erlaube mir, im Zusammenhang mit der Stadtneuerung und mit dem günstigen volkswirtschaftlichen Effekt - mit dem, was man dabei herausholen kann - einen diesbezüglichen Beschußantrag gemeinsam mit den Kollegen Ing. Karl Svoboda und Mag. Ruth Becher einzubringen:

"Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Nationalrat möge bei der Novellierung des Einkommensteuergesetzes 1988 folgende Änderungen vorsehen:

§ 10a lautet einschließlich Überschrift:

'Sonderregelung für den Investitionsfreibetrag.'

§ 10a: 'Für ungebrauchte Wirtschaftsgüter, die eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von mindestens acht Jahren haben ...' - und so weiter.

Das möchte ich jetzt gar nicht zur Gänze vorlesen. Sie haben es vorliegen.

Ich darf um sofortige Abstimmung ersuchen.

Ich habe mir erlaubt, bereits zu erwähnen, daß eine Vielzahl von Themen angesprochen worden ist. Einmal mehr ist über Stadtentwicklung und Stadterweiterung gesprochen worden. Weiters ist darüber gesprochen worden, daß es im Zusammenhang mit der weiteren Novellierung der Bauordnung noch weitere Maßnahmen zu setzen gilt, von denen ich Ihnen versichern darf, daß dies in der Folge noch geschehen wird. Herr StR. Swoboda hat es in seiner Einleitung bereits gesagt.

Ich darf konkret nochmals zum Bereich Umwelt übergehen.

Über die Wassersituation ist heute bereits sehr viel gesagt worden. Ich habe mir an und für sich von der Opposition nichts anderes erwartet als das, was wir nunmehr tatsächlich gehört haben, erlaube mir aber dennoch, darauf hinzuweisen, daß das, was an Zahlen genannt worden ist, was als Gewinn erzielt wurde, keineswegs den Tatsachen entspricht.

Es ist heute bereits einmal gesagt worden, daß - entsprechend den Empfehlungen des Rechnungshofs - im Wasserpreis neben Betriebskosten und Verwaltungskosten auch Wertabschreibung, Verzinsung sowie Anlagevermögen einzurechnen sind. Daraus hat sich im Jahr 1994 zum Beispiel ein Gewinn von 70 Millionen Schilling ergeben. Dieser Überschuß steht Negativsaldoen der Vorjahre gegenüber. Mit dem Gewinn von 70 Millionen Schilling wurden die Bewirtschaftungsbedingungen verbessert. Es wurden erhöhte Aufwendungen für die Magistratsabteilung 49 in den Quellschutzgebieten im sogenannten Quellschutzinteresse getroffen. Ich erlaube mir einmal mehr, darauf hinzuweisen.

Es ist eine Vielzahl von Dingen über wassersparende Maßnahmen gesagt worden. Wir haben heute einmal mehr davon Kenntnis erhalten, wer aller diese wassersparenden Maßnahmen erfunden hat.

Auf der anderen Seite verwundert es mich wirklich einmal mehr, denn wenn man internationale Kontakte pflegt, sind gerade diese internationalen Besucher, welche aus den europäischen Großstädten aber auch aus Übersee kommen, fasziniert davon, wie wir unsere Probleme bereinigen und wie wir unser Trinkwasser - nämlich jenes Wasser, das aus der Wasserleitung kommt - pflegen und hegen und welche wassersparenden Maßnahmen wir setzen. Es gefällt mir immer wieder, wenn Gäste aus Japan oder aus der Volksrepublik China zu uns nach Wien kommen und überhaupt kein Interesse daran haben, ein Mineralwasser zu trinken. Gerade die Herrschaften aus Asien, die auf Besuch zu uns kommen, verlangen immer wieder kein Mineralwasser, sondern Wasser aus der Wasserleitung.

Es ist heute schon einmal daran erinnert worden, daß in diesem Hause diskutiert worden ist, ob wir denn unser Wiener Wasser - wie wir heute gehört haben, ist es das steirische Wasser und doch kein Wiener Wasser, aber doch ein Wiener Wasser und kein steirisches Wasser - nicht vermarkten können. Es hat hier

schon sehr heftige und divergierende Diskussionen gegeben.

Weil wir eben immer sehr viel über die Dinge diskutieren und manchmal keine Einigung erzielen, macht das Geschäft im Ausland - auch bis nach Japan - nun eine französische Firma, nämlich Evian. Diese Firma macht das Geschäft, und das Wiener Wasser bekommt man im fernen Ausland eben nicht zu trinken.

Das haben wir Ihrer Politik zu verdanken. Ich glaube, das sollte auch einmal gesagt werden. So sieht die Wassersituation aus.

Wenn angesprochen wurde, daß das Nutzwasser viel zuwenig verwendet wird, so darf ich vielleicht daran erinnern, daß es bereits seit vielen Jahren Förderungsmaßnahmen im Bereich wassersparender Investitionen gibt. Wenn ich Sie daran erinnern darf, es gibt sie seit den 70er Jahren. Sie können das bei den jeweiligen Förderungsstellen einreichen.

Wir können die Grundwassersituation in Wien auch nicht über einen Kamm scheren. Das geht ganz einfach nicht, denn man muß sich die jeweilige Grundwassersituation in den einzelnen Bereichen der Bezirksteile Wiens ansehen, um zu den entsprechenden Schlüssen zu kommen. (Abg. Ingrid Kariotis: *Das hat aber nichts mit dem Wasser zu tun!*)

Sie können nicht bestreiten, daß wir im Bereich des neuen Wohnbaus betreffend Versickerung und viele andere Dinge mehr ganz andere Wege gehen, um die Ressourcen entsprechend ausnützen zu können. Ich möchte nur einmal mehr behaupten beziehungsweise sagen - und das entspricht der Realität -, daß wir nicht in allen Bereichen Grundwasser entsprechend einsetzen können, weil es nicht in allen Bereichen der Stadt vorhanden ist.

Regenwasser ist auch ein eigenes Kapitel. Hier muß man unter Umständen entsprechende Reinigungsmaßnahmen durchführen. Ich glaube, auch das sollte erwähnt werden.

Mehrfach angesprochen wurde die Deponieverordnung, über die wir uns keineswegs glücklich zeigen. Der Herr Stadtrat hat es in seiner Mitteilung bereits gesagt.

Ich muß sagen, es spielt sich einiges am Rücken Wiens ab. Das Bedauerliche ist, daß es sich sozusagen nicht am Rücken der Bundeshauptstadt abspielt, sondern am Rücken der Wienerinnen und Wiener. Daß dabei manche Oppositionsparteien in diesem Haus mitspielen - auch das muß ich sagen -, ist gelinde gesagt ein Skandal (Amtsf. Str. Fritz Svhalek: *Genau!*)

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, ich erlaube mir, gerade in diesem Zusammenhang zu erwähnen - Kollege Hawlik ist jetzt leider nicht im Saal -, das Wiener Kammersystem ist nichts Überaltetes. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir diejenigen waren - nämlich in Wirklichkeit auch die Ersten in Europa -, die es mit der Altlastensanierung angegangen haben. Wir haben uns gefragt, was wir mit diesen Altlasten machen, um allenfalls noch einen wirtschaftlichen Nutzen daraus zu ziehen und die Kosten zu minimieren.

Das bedeutet die Altlastensicherung nach dem Wiener Kammersystem, das so fortschrittlich ist, daß wir es wirklich weltweit verkaufen können. In Kürze wird zum Beispiel in Korea eine Altlastensicherung nach diesem Wiener Modell zwischen Pjöngjang in Nordkorea und Seoul in Südkorea vorstatten gehen. Es handelt sich dabei um eine Altlast - man stelle sich das vor - in der Größenordnung von 450 Quadratkilometer, also so groß wie die Bundeshauptstadt Wien. Aller Voraussicht nach wird diese nach dem Wiener Kammersystem erfolgen. Wenn man die Altlast entsprechend gesichert hat, kann man diese Altlast auch noch schütten.

Nur in der Deponieverordnung, werte Kolleginnen und Kollegen, kommt dieses Wiener Modell nicht vor. Es gibt Leute in diesem Haus, die sagen, transportieren wir den Müll eben nach Niederösterreich, daß die Niederösterreicher damit ein Geschäft machen, und wir können unsere Deponien allenfalls zusperren sowie in der Folge dann noch ein Vielfaches an Gebühren abliefern.

Jetzt frage ich Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, auf wessen Buckel sich dieses böse Spiel abspielt. Auf wessen Buckel? Auf dem Buckel unserer Bevölkerung! Das wird von den Leuten verlangt, die behaupten, von dieser Stelle aus die Wienerinnen und Wiener zu vertreten! So etwas kann ich im Grunde genommen nur verurteilen! So etwas können wir als Wienerinnen und Wiener nur verurteilen! Das ist gelinde gesagt - ich darf es noch einmal wiederholen - ein Skandal (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Jean Margulies: *Ihr braucht nicht applaudieren, er redet trotzdem weiter!*)

Schani, Ihr braucht eigentlich gar nichts zu sagen, denn wenn ich an den Kollegen Kenesei denke, der als Viel- und Langredner bekannt ist, dann bin ich wirklich ganz kurz. (Abg. Jean Margulies: *Er hat heute überhaupt noch nichts gesagt!*) Es gäbe noch eine Vielzahl anderer Unterschiedlichkeiten, wenn ich das so sagen darf. (Abg. Günter Kenesei: *Jetzt reden Sie schon 20 Minuten!* - Abg. Werner Haubenburger: *Der Abgeordnete Kenesei hat wenigstens Inhalte in seinen Reden!* Da muß ich ihn in Schutz nehmen!)

Frau Kollegin Schöfnagel hat gemeinsam mit den Kollegen Johannes Hawlik, Hannelore Weber und Ingrid Kariotis einen Beschußantrag eingebracht, daß das Nationalparkgesetz noch vor Vorlage in der Wiener Landesregierung - diese wird am 16. April des heurigen Jahres sein - gemeinsam besprochen und abgeändert werden soll, daß die Vorschläge, die noch eingebracht wurden, in der öffentlichen Auflage eingearbeitet werden sollen und so weiter. Laut Kollegin Schöfnagel könnten die Sozialdemokraten diesem Antrag nicht beitreten, weil ich 14 Tage auf Urlaub gehe und sich das zeitlich nicht ausgeht.

Kollegin Schöfnagel, so ist das nicht! Dieser Antrag ist in der Sache selbst grundsätzlich okay, aber es ist nicht notwendig, sich vor dem 16 April zusammenzusetzen. Sie werden alle erstaunt sein, wenn Sie den Gesetzesentwurf lesen werden, der in der Wiener

Landesregierung vorgelegt, dann dem Gemeinderat-ausschuß für Umwelt und Verkehr zugewiesen und von diesem am 3. Mai dieses Jahres behandelt werden wird. Im Anschluß daran wird am 13. Mai, denn am 10. Mai - habe ich gehört - findet eine Landeshauptleutekonferenz statt, dieses Wiener Nationalparkgesetz im Wiener Landtag beschlossen werden.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, ich habe manchmal den Eindruck, daß ein bißchen ein Erklärungsbedarf vorhanden ist, wie denn ein solches Gesetz entsteht. Ich glaube, wir wissen, daß dieses Gesetz einmal in die öffentliche Auflage beziehungsweise in ein externes Begutachtungsverfahren geht. Dann langen Stellungnahmen dazu ein.

21 Stellungnahmen sind eingelangt, natürlich auch von der ÖGNU und so weiter, die wir versucht haben, gemeinsam zu erarbeiten. Diese und die zu klärenden Fragen, die immer wieder angesprochen werden, werden dann eingearbeitet. Ich glaube, es gibt diesbezüglich keine Zwiespälte: die Einbeziehung der Uferbereiche der Donau mit Ausnahme jener technischen Bereiche, die Festlegung von Zonen, Zonenbezeichnung analog Niederösterreich, die Einrichtung eines Nationalparkbeirats mit den NGOs und so weiter. Wir hatten gestern anläßlich einer Pressekonferenz Gelegenheit, darüber zu sprechen.

Es ist überhaupt keine Eile am Platz. Deshalb können wir Sozialdemokraten an und für sich diesem Antrag auch nicht beitreten. Sollte es noch etwas zu besprechen geben - ich habe es bereits gesagt -, dieser Antrag wird von der Landesregierung an den zuständigen Ausschuß weitergeleitet, was bedeutet, wir haben nach Adam Riese vom 16. April dieses Jahres bis nahezu 13. Mai dieses Jahres viel Zeit, über manche Dinge noch zusätzlich zu diskutieren.

Sie können sich aber sicher sein, es wird aller Voraussicht nach gar nicht mehr notwendig sein, grundätzliche Diskussionen abzuführen, da all diese Dinge an und für sich in diesem Entwurf untergebracht sein werden. Das will ich einmal zur Klarstellung sagen, und ich erlaube mir auch, zu bemerken - wie ich es gestern getan habe -, daß ich glaube, wir können alle miteinander stolz auf die Entstehungsgeschichte dieses Wiener Nationalparkgesetzes sein, umso mehr es sich um ein Gesetz handelt, das bis jetzt wirklich in aller Ruhe und in aller Umsicht über die Bühne gegangen ist.

Wenn ich vergleiche zu den Nationalparkgesetzen anderer Länder ziehe, wo es immer Aufschaukelungen gegeben hat und wenn wir dem Folge geleistet hätten, was unsere visionäre Opposition permanent gemeint und gesagt hat, daß wir weitertun sollten, was denn mit dem Gesetz ist und wann sie endlich etwas bekommen, hätten wir natürlich irgend etwas überhastet vorgelegt, was nachher zu heftigen Diskussionen Anlaß gegeben hätte.

So haben wir das mit der entsprechenden Umsicht getan, und es ist möglich gewesen, zu sehr vielen - fast allen - Gemeinsamkeiten zu kommen, worüber wir

äußerst glücklich und worauf wir äußerst stolz sein können. Ich glaube, vor allem dürfen wir auch den Naturschutzvereinigungen in diesem Zusammenhang danken, daß sie sich wirklich sehr intensiv bemüht haben, bei der Gesetzesentstehung mitzutun. (Abg. Ingrid Smejkal: Das finde ich super!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wurde natürlich auch der Antrag hinsichtlich der Initiative Österreichs zur Schaffung einer "Koalition atomkraftwerks- und kernwaffenfreier Staaten" angegriffen. Dazu möchte ich nicht allzuviel sagen. Aber den Vorwurf auf uns sitzen zu lassen, daß wir nicht allzuviel getan hätten, ist doch um einiges überspitzt.

Ich glaube, uns allen sollte klar sein, daß wir tatsächlich einer Atomlobby gegenüberstehen, aber trotzdem schon sehr viele Dinge geschehen sind und Mittel zur Verfügung gestellt wurden, um zu Sanierungsmaßnahmen zu kommen, die aber immer wieder dort enden, daß letztendlich wenig Bereitschaft zu einem Umstieg besteht. Es ist selbstverständlich unsere Aufgabe, hier entsprechend einzuwirken. Es wird ein schwieriger Weg sein, zu den entsprechenden Maßnahmen zu kommen. Und der Weg dorthin ist auch mit Steinen gepflastert, wenn ich das dazusagen darf.

Wie ich mich erinnere, hat es vor einigen Monaten im Europäischen Parlament eine Diskussion gegeben, die sich um eine Resolution im Zusammenhang mit der weiteren Nutzung der Kernenergie gerankt hat. Damals wurde das in Brüssel diskutiert. Mit einiger Verwunderung mußten wir damals feststellen - die Damen und Herren der Opposition, die hier vertreten sind, können vielleicht nichts dafür -, daß die EU-Vertreter der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen im Europäischen Parlament dieser Resolution zugestimmt haben. Mit einiger Verwunderung mußte ich das feststellen, weil sie in diesem Hause ganz anders reden. Ich verstehe also nicht ganz, wen manche unserer Oppositionsparteien in Brüssel eigentlich vertreten. Offensichtlich nicht das österreichische Volk, denn hier hat es eine Volksabstimmung gegeben, bei der man sich eindeutig gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgesprochen hat. Ich verstehe nicht ganz, warum unsere österreichischen Vertreter, die in Brüssel eigentlich die österreichischen Interessen zu vertreten haben, dann dort für die Atomkraftwerke stimmen. Ich glaube, es wird über diese Dinge viel zuwenig gesprochen und wir sollten das ein bißchen mehr unter die Bevölkerung bringen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es gäbe natürlich noch eine Vielzahl von Dingen zu besprechen. Ein bißchen ist mir im Rahmen der Diskussion abgegangen, daß der Frauensprecher der Österreichischen Volkspartei, Mag. Karl, ein wenig über die Hunde geplaudert hat. Dieser Themenbereich fehlt noch, (Abg. Mag. Franz Karl: Der Themenbereich gehört jetzt ganz dem Bgm. Häupl!), aber vielleicht wird er das noch nachgeholt. (Abg. Mag. Franz Karl: Vielleicht sagt der Bürgermeister noch etwas dazul)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der

**SPÖ.**

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Pfeiffer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Gerhard Pfeiffer (ÖVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der schier unglaublichen Eloquenz meines Vorrudners kann ich natürlich nichts entgegensetzen. (*Abg. Mag. Franz Karl: Das einzige Positive war, daß er Franz-Karl heißt, aber mit Vornamen!*) Ich werde mich aber trotzdem bemühen, in dem bunten Reigen der verschiedenen Themen, die hier heute kunterbunt durcheinander behandelt werden - die GRÜNEN müßten sich bei dieser Gestaltung der Tagesordnung ganz besonders wohl fühlen -, auch ein paar Worte zu dem eher marginalen Mitteilungsbedürfnis des Herrn Stadtrats den Zivilschutz betreffend zu verlieren. Die wenigen Sätze, die er dazu gesagt hat, gereichen nicht unbedingt einer großen Erkenntnis und tragen auch nicht dazu bei.

Ich verstehe es ein bißchen, denn daß es jetzt einen Einsatzplan der Gemeinde Wien gibt, der diesen Namen tatsächlich wert ist, kann er nicht berichten, das hat er schon vor einem Jahr behauptet. Dabei ist der eben erst in der Zwischenzeit entstanden. Daher war das Ganze auch sehr wenig, was wir über Zivilschutz gehört haben.

Ich bin allerdings der letzte, der dem sozialistischen Anteil der Wiener Stadtregierung die Lernfähigkeit vorhalten würde. Weit gefehlt. Im Zusammenhang mit dem Zivil- und Katastrophenschutz bin ich sogar glücklich darüber, selbst wenn nur Nuancen wahrnehmbar sind. Die Mitteilung des Herrn Stadtrats über das, was geschehen ist, war allerdings den Atem nicht wert.

Dennoch muß man sagen, daß trotz Geringschätzung für dieses Thema im roten Wien, das roten Ohren rote Ohren macht, weil es dabei immer nur dem Luftschutzwart in die Gehörgänge dröhnt und das Interesse für diesen Bereich immer nur ein marginales ist, etwas weitergebracht wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Beamten in der Magistratsdirektion für Hilfs- und Sofortmaßnahmen haben im vergangenen Jahr tatsächlich gute Arbeit geleistet. Trotz der stadtärtlichen und bürgermeisterlichen mündlichen sowie schriftlichen Beteuerungen, daß sowieso alles in Ordnung sei - das war vor einem Jahr - wurde dennoch ein Einsatzplan - und sogar eine Computerapplikation - erstellt, der diesen Namen tatsächlich verdient und nicht jenen Lachakt darstellt, aus dem ich im Februar 1996 einige kleine erlesene Kostbarkeiten vortragen durfte.

Ich erinnere an den ewig unvergesslichen Satz - Zitat: "Gewiß werden manchen die Ausführungen über die Direktwirkungen der atomaren Waffen deprimieren." - Zitat Ende.

Oder die etwas altklug anmutende Bemerkung des sachkundigen Verfassers des Katastropheneinsatzplans der Gemeinde Wien, Abschnitt Umweltkatastro-

phen, der vermeinte, "Jeder von uns ist gewiß schon vor verschlossenen Türen eines Lebensmittelgeschäfts gestanden." Das halte ich durchaus für eine bemerkenswerte Tatsache in einem Traktat mit dem klingenden Namen "Plan für die Durchführung von Katastrophenschutzmaßnahmen im Einsatzfalle". Wahrscheinlich ist dieser Satz aus diesem Grund auch dort selbst vermerkt gewesen.

Es gibt nun mehr also schon einiges, von dem man nach Beteuerungen der zuständigen Stadtregierungsmitglieder eigentlich schon vor einem Jahr hätte glauben müssen, daß es vorhanden sei. Es wurde allerdings erst im Laufe dieses Jahres erstellt.

Daher ist auch verständlich, daß man der in der Sitzung des Gemeinderats im Februar vorigen Jahres erfolgten Einladung des Herrn Bürgermeisters an mich, mir doch endlich den Stand des Katastrophenschutzes in dieser Stadt anzusehen, fast ein Jahr lang nicht nachkommen konnte. Der von mir außerordentlich geschätzte StR. Swoboda verstieg sich damals sogar zu dem Zwischenruf: "So etwas interessiert die ÖVP ja nicht!"

Das habe ich mir natürlich sehr zu Herzen genommen und über ein dreiviertel Jahr lang um einen Termin gebuhlt. Erst eine mündliche Anfrage an den Herrn Bürgermeister in der vorvorletzten Sitzung des Gemeinderats brachte es zustande, daß ich in die MD-H vorgelassen wurde und mit dem nagelneuen Einsatzplan vertraut gemacht werden konnte.

Daß dieser jetzt erstellt wurde, ist demnach ein schöner Erfolg angewandter Hartnäckigkeit in Sachen Zivilschutz für die Bevölkerung. Ein klarer Erfolg für die Wiener Volkspartei, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es handelt sich dabei auch um einen Gewinn für die Wiener, denn nun gibt es einen professionell wirkenden Einsatzplan für die verschiedensten Gefahrenarten, und eine gute Arbeit der Beamten - ich sage es noch einmal -, denen ich von dieser Stelle aus auch einmal ein Lob aussprechen möchte.

Das ist aber erst der Beginn, denn noch fehlt der größte Teil der Vorkehrungen im Einsatz und im Einsatzfall.

Die Bevölkerung ist nur unzureichend über Zivilschutz informiert. Hier heißt es, jene Mittel des PID einzusetzen, die nur zu gerne für die Selbstlobpostillen der verschiedenen Stadträte verschleudert werden.

Die Einsatzdienste sind in einem sehr unterschiedlichen Bereitschaftszustand und kaum für eine länger einwirkende Katastrophenbekämpfung vorbereitet beziehungsweise ausgerüstet. Hier heißt es, gezielt nach Prioritäten die vorhandenen Mittel langfristig zu investieren.

Die Bezirke sind kaum in den Zivilschutz involviert.

Die Pläne - sofern überhaupt welche vorhanden sind - befinden sich nicht auf dem letzten Stand.

Und die Moral ist in diesem Bereich überhaupt auf dem Tiefststand.

Hier muß der Bürgermeister tätig werden und sein

Weisungsrecht entsprechend dem Katastrophenhilfegesetz endlich zur Anwendung bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn es ist klar, Plakate mit einem sorgfältig im Stil des Inspektor Columbo gestylten Bürgermeisters werden diese Stadt nicht sicherer machen. Wenn schon Columbo, dann sollte der Scharfsinn des Serienhelden für die Aufklärung von Tatbeständen im nachhinein beim Herrn Bürgermeister dem Scharfsinn für das Treffen von Vorsorgemaßnahmen Platz machen. Nur sich das Mäntelchen umzuhängen, wird wahrscheinlich nicht reichen, um die Sicherheit in dieser Stadt zu erhöhen.

Viele Vorschläge haben wir in den letzten beiden Jahren gemacht, um Zivil- und Katastrophenschutz jenen Stellenwert zu geben, der notwendig ist. Einer davon, nämlich einen vernünftigen Einsatzplan für das Krisenmanagement zu erstellen, wurde im vergangenen Jahr realisiert. Dieser dient allerdings - und das möchte ich schon auch klar machen und der Aufmerksamkeit nicht entgehen lassen - nur der Verwaltung einer möglichen Katastrophe.

Das Gros der Umsetzungsmaßnahmen harrt noch der Erledigung. Diese muß rascher erfolgen, als es bisher der Fall war. Das bisherige Geschehen ist zwar ein Bruchteil der notwendigen Maßnahmen, aber dennoch ein Lichtstreif, wenn dem noch mehr Einsicht, mehr Umsicht und mehr Übersicht folgen.

Wir bleiben jedenfalls auf diesem Thema, und ich mache Sie ganz genau darauf aufmerksam, wenn es um die Sicherheit unserer Wiener Bürger und um unsere Mitmenschen geht, werden Sie uns immer an vorderster Front finden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Herzog. Ich erteile es ihm.

**Abg. Johann Herzog (F):** Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf noch einmal auf das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz beziehungsweise die Mietenabsenkung bei Genossenschaftsbauten zu sprechen kommen und darf sagen, daß da ein richtiger Wettkampf ausgebrochen ist, was das Einbringen von Anträgen zu diesem Thema betrifft. Ich kann sagen, daß hier die Initialzündung, die im Herbst vorigen Jahres durch Bundesparteiobmann Haider erfolgt ist, von allen Fraktionen dankbar aufgegriffen wurde. Sogar die ÖVP hat nun dieses Thema entdeckt.

Wenn Herr Kollege Fuchs vor kurzem gesagt hat, daß hier Anträge aus dem Bärental - oder irgendwie ähnlich hat er es formuliert - vorliegen und von der SPÖ verwendet werden, darf ich feststellen, er hat das ziemlich wortgleich oder zumindest im wesentlichen inhaltlich sehr wohl genauso verwendet. Ich bin gar nicht unfroh, daß auch die ÖVP sich dieses Themas und dieser Initialzündung angenommen hat, sondern finde es recht gut.

Die SPÖ war ein bißchen näher dran, weil sie sich schon die ganzen Monate vorher damit beschäftigt hat. Auch in zahlreichen Ankündigungen in diversen

Zeitungen haben Lhptm. Dr. Häupl und StR. Faymann sich in diesem Thema ergangen. Leider waren bei der SPÖ einige Stolpersteine vorhanden, denn letztlich ist das auch mit ein Grund für einen Teil der heutigen Anträge, daß die SPÖ Ende Februar im Nationalrat - übrigens natürlich gemeinsam mit der Volkspartei - einen diesbezüglichen F-Antrag auf Absenkung der Genossenschaftsmieten abgelehnt hat, was offensichtlich - wie auch immer das zu bewerten sein wird - kein besonderes Zeichen für die Durchsetzungsfähigkeit der Wiener SPÖ in der Bundes-SPÖ darstellt.

Die interne SP-Verwirrung im letzten Gemeinderat ist noch in aller Erinnerung. Die Ablehnung des freiheitlichen Antrags, der heute wieder wortgleich eingebracht wird, ist auch noch soweit bekannt. (*Abg. Andreas Honay: Na, da gehört der Antrag her!*)

Aber es hat auch etwas Gutes gehabt. Der freiheitliche Antrag auf Mietenrückerstattung in Sachen Ölannstriche wurde wenigstens angenommen, was mich freut, weil damit (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Das ist aber Gemeindesache!* Wir haben heute eine Landtagssitzung!) - ich weiß schon, Herr Kollege - Tausende geschädigte Gemeindemietern - egal, ob das jetzt auf Gemeinderatsbeschuß oder auf Landtagsbeschuß zurückzuführen ist - nun auf eine Rückerstattung ihrer zu Unrecht einbehaltenen Mieten hoffen können.

Ich darf daher nunmehr den Resolutionsantrag der F-Landtagsabgeordneten - wie vom letztenmal - einbringen und ihn nochmals verlesen:

*\*Die berechtigten Mieterwünsche im Bereich der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen auf Mieten senkung nach Abzahlung der aushaftenden Wohnbaudarlehen stehen im Mittelpunkt des politischen Interesses.*

Bürgermeister Häupl und Stadtrat Faymann haben in zahlreichen Zeitungsmeldungen ihr Bemühen und ihre Zuversicht auf eine Änderung der bundesgesetzlichen Regelungen, also eine Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes geäußert. Leider war diese Absicht von Bürgermeister Häupl und Stadtrat Faymann nicht durchsetzbar, da ein diesbezüglicher Entschließungsantrag zur Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes zur Absenkung der Genossenschaftsmieten von den Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP im Nationalrat abgelehnt wurde. Für alle betroffenen Genossenschaftsmieter ist eine rasche Klärung und die Schaffung einer verbindlichen Rechtsgrundlage zur Erreichung dieses Zweckes unabdingbar.

Daher stellen die gefertigten Landtagsabgeordneten gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien folgenden Resolutionsantrag:

Der Wiener Landtag möge beschließen: Die Bundesregierung und der Nationalrat werden aufgefordert, für eine Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes - WGG dahin gehend Sorge zu tragen, daß nach vollständiger Tilgung von Krediten und Darlehen für die Errichtungskosten durch die betroffenen Genossenschaftsmieter die Mieten auf einen Erhaltungsbe-

trag in der Höhe des aktuellen Kategorie-A-Zinses - das sind zur Zeit 32,80 Schilling - abgesenkt werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt."

Offen ist natürlich noch die Frage der Genossenschaftsmieter, deren Darlehen bereits jetzt ausbezahlt sind und die also von der allfälligen Novelle zur Zeit noch nicht berührt sind. Ein Teil der Genossenschaften hat ja hier Versprechungen oder Zusagen gemacht, die eine Mietensenkung beinhalten, allerdings ist das eine Verpflichtung, die, wie ich glaube, auf schwachen Beinen steht, denn letztlich ist sie jederzeit von sich aus von der Genossenschaft her widerrufbar. Ich glaube daher, daß es notwendig ist, daß sich die Gemeinde Wien und auch der Landtag damit beschäftigen und zur Sicherung der Erklärungen einige Dinge tun.

Ich darf daher den Beschußantrag der FPÖ-Abgen. Herzog, Madejski und Kurth-Bodo Blind ebenfalls zur Verlesung bringen.

"Eine Reihe von gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen hat sich bereit erklärt, eine Absenkung von Genossenschaftsmieten nach Abzahlung der Darlehen aus der jeweiligen Objektfinanzierung durch die Mieter vorzunehmen. Dies nicht nur im zukünftigen Neubaubereich, sondern bei allen schon jetzt von dieser Gelegenheit betroffenen Genossenschaftsmietern. Es muß aber festgestellt werden, daß einer solchen bloßen freiwilligen Erklärung von Genossenschaftsfunktionären namens ihrer Bauvereinigung jegliche darüber hinausgehende nicht widerrufbare Verbindlichkeit fehlt. Ein anderer Teil der Gemeinnützigen ist leider bis zur Stunde nicht zur Abgabe einer solchen freiwilligen Erklärung bereit. Daher bedarf es weitergehender Maßnahmen seitens des Landes Wien als Aufsichtsbehörde und Förderungsgeber der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 36 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags für Wien nachfolgenden Beschußantrag:

Der Wiener Landtag möge beschließen:

Der Wiener Landtag fordert die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen, soweit nicht bereits erfolgt, zur Abgabe einer verbindlichen Erklärung auf, die Mieten jener Genossenschaftsmieter auf einen Erhaltungsbeitrag in der Höhe des aktuellen Kategorie-A-Zinses abzusenken, wenn die anteiligen Darlehen aus den Errichtungskosten durch die Mieter bereits ausbezahlt sind. Bis zur Abgabe dieser Erklärung innerhalb einer angemessenen Frist oder bei Nichteinhaltung der eingegangenen Verpflichtung wird eine weitere Bewilligung von Wohnbauförderungsmitteln für neu zu beantragende Projekte bis zur Einhaltung dieses Beschußinhalts durch die betroffene gemeinnützige Bauvereinigung versagt.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt." (Beifall bei den F.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Kopietz. Ich erteile

es ihm.

Abg. Harry Kopietz (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich darauf zurückkomme, zu einem an und für sich zur Bauordnung passenden Thema zu sprechen. Für mich ist der Zivil- und Katastrophenschutz ein sehr wichtiger Bestandteil der Bauordnung. Es sind darin jene Bestimmungen verankert, die besonders den Zivil- und Katastrophenschutz in Wien regeln, die Wien ganz einfach sicherer machen.

Ich verstehe mich seit ungefähr zwei Jahrzehnten als Zivil- und Katastrophenschutzarbeiter und ich gehe davon aus, daß ich für mich in Anspruch nehmen kann, von dem Thema doch einiges zu wissen und einiges beigetragen zu haben. Gemeinsam mit vielen anderen, vor allem aus meiner Fraktion habe ich mich auch um die Umsetzung bemüht. Darum möchte ich ganz scharf zurückweisen, so zu tun, als ob Wien erst sicher wurde, als Herr Kollege Pfeiffer begann, sich um Zivil- und Katastrophenschutz zu kümmern. Das alleine entbehrt schon jeder Grundlage. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Das hat keiner gesagt! Der Einsatzplan ist erst jetzt gemacht worden.)

Und daß der Einsatzplan, der hier durchaus positiv bewertet wurde - das freut mich sehr -, erst 1996 fertig geworden wäre, offensichtlich nach mehrmaliger Urgenz der Volkspartei, ist auch eine Lächerlichkeit. Bitte, diesen Katastropheinsatzplan gibt es seit Jahrzehnten, immer an die Jetzzeit, an die Bedürfnisse, an die Ressourcen und an das Bedrohungsbild angepaßt. Daß wir jetzt in der glücklichen Lage sind, EDV-unterstützt hier Vernetzungen und Verknüpfungen zu stande zu bringen ist ein Ding, das uns beide freut, und vor allen Dingen ein Beitrag dazu, daß sich die Wienerinnen und Wiener weiter sicher fühlen können.

Von einer Geringschätzung des roten Wien zu dem Thema, dazu sehe ich weit und breit überhaupt keinen Anlaß, dazu fehlt mir die Antwort. Das ist wirklich ein Nonsense. Gestatten Sie mir, daß ich das sage, weil es wirklich nicht stimmt.

Nur ein Unterschied zeichnet uns selbstverständlich aus. Ich gehe davon aus, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die, die im Katastrophenschutz tätig sind, wissen das und sie haben tagtäglich damit zu tun, jene, die auch in Schulen, in Kindergärten, vor Elternvereinen, Zivildienern und Soldaten des Bundesheeres referieren. Das tun wir Wiener Zivil- und Katastrophenschützer hunderte Male im Jahr. Ich bin sehr erfreut, in Zukunft einen weiteren Aktivisten begrüßen zu dürfen. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Das ist so polemisch. Seit 15 Jahren wurde der erste Katastrophenplan ausgearbeitet!) Ich lade gerne jeden ein, der sich informieren möchte, sich zu einem Weitertragenden dieses Gedankens ausbilden zu lassen, weil wir davon nie genug haben können.

Wenn wir Sozialdemokraten über den Schutz und die Hilfe vor Gefahren reden, dann meinen wir natürlich eine sehr umfassende Sicherheit, die wir in Wien auch erleben können. Wien ist eine wunderbare und

vor allen Dingen sichere Stadt. Wenn wir in Wien über Zivilschutz sprechen, dann gibt es natürlich drei große Säulen, nämlich die Information, die Motivation und das Training, das Vermitteln von Kenntnissen, vor allen Dingen an Opinion-leaders oder jene, die für andere Verantwortung haben, Lehrer, Ausbildner und andere, nicht zuletzt auch beim Bundesheer, wo wir doch das eine oder andere Mal Gelegenheit hatten, über den Katastrophenschutz in Wien gemeinsam zu diskutieren und auch hier darüber zu sprechen. Das ist auch eine der Grundlagen für die Lebensqualität, die wir in Wien haben.

Aber, und jetzt komme ich zu einem mir sehr wichtigen Thema, und ich bitte jeden wirklich durchzudenken, was dahintersteckt: Zivil- und Katastrophenschutz haben auch immer mit Angst zu tun. Obwohl Wien zu den sichersten Städten gehört, dürfen wir uns dadurch die Arbeit nicht leichtmachen, müssen die Themen sehr behutsam angehen und dürfen jenen, denen wir gegenüberstehen und in der Diskussion gegenübersetzen, nicht die Angst vermitteln, daß es die Katastrophe bereits gibt oder wir nicht darauf vorbereitet sind. Das Gegenteil ist zu erreichen, Ängste abzubauen, Motivation zu geben, Selbstvorsorge zu treffen, sich und die Familie dementsprechend vorzubereiten, Ängste abzubauen und nicht sie zu schüren, ist das Thema.

Eines der scheinbaren Erfolgsrezepte der Freiheitlichen in diesem Hause besteht darin, Ängste zu schüren. Sie tun dies immer wieder, es wundert uns nicht mehr, wir müssen damit leben. Die Wienerinnen und Wiener können schön langsam mit diesem Angstschnüren durchaus umgehen, das da oder dort vielleicht durchaus auch Erfolge bringt. Aber daß die ÖVP ebenfalls beginnt, in das gleiche Horn zu stoßen, hat mich doch etwas verwundert. Und darum kann ich es nicht ungesagt lassen, daß Zivil- und Katastrophenschutz mit Angstmacherei nichts zu tun hat. Wie kann ich da Aussendungen des VP-Pressedienstes einordnen, die etwa lauten: Neuerliche Kritik an Katastrophenschutzvorkehrungen, Wiener Katastrophenschutzplan für AKW-Unfälle inferior und und und. Man kann auch die heutige Aussendung wieder nahtlos aneinanderreihen. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Woher haben Sie das? Bitte woher ist das? Quellenangabe!) Ich habe mir nicht die Mühe gemacht, alle herauszusuchen, sondern nur zwei, drei, um hier ein Beispiel zu geben. Das ist Angstmacherei, das ist Parteipolitik, wobei wir an den drei Jahrzehnte lang währenden Konsens, den Zivil- und Katastrophenschutz aus dem allgemeinen Parteipolitik-Hickhack herauszuhalten, geglaubt haben. Das wird hier massiv unterlaufen, und es ist schade darum, daß wir dadurch wesentlich weniger Gelegenheit haben werden, in Zukunft vielleicht auch gemeinsam etwas zu tun. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Bitte woher ist das? Können Sie eine Quelle sagen?) Die Unterstellung, daß diese Stadt für die Wienerinnen und Wiener nichts an Aufklärung tut, ist Schrott. Entschuldigen Sie diesen Ausdruck.

Ich habe mir nur das, was ich zu Hause gehabt habe, herausgesucht. Es ist sicherlich nicht alles, aber alleine das ... Wahrscheinlich fehlen diese Unterlagen dem Kollegen Pfeiffer. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Warum sagen Sie nicht, woher Sie das haben?) "Sirenen von Wien", "Zivilschutz hat nur Sinn, wenn sich jeder auskennt", "Wien informiert: Wenn es um Ihre persönliche Sicherheit geht - Selbstschutzkurse der Stadt Wien", "Hand in Hand", erster Teil, "Hand in Hand", zweiter Teil. Eine ganze Aussendung zum Thema Zivilschutz: "Was Sie wissen sollen." Ein "Perspektiven"-Heft hat sich damit beschäftigt: "Katastrophenschutz - Was passiert, damit wir sicher schlafen können?" "Hand in Hand": "Katastrophenschutz und Zivilschutz in Wien." "Der beste Rat ist Vorrat." "Alarmsignale bis Zivilschutz." "Strahlensalarm - Was tun?" "Zivilschutz - Wien informiert: Alarmsignale" - eine ganze Unterlage für Referenten zum Thema Strahlenschutz.

Hier zu sagen, der PID tut nichts, sondern macht nur Hochglanzpostillen für die Stadträte und Bürgermeister ist bitte von der Hand zu weisen. Diese Stadt tut sehr viel auf dem Sektor der Information, wir können stolz darauf sein, viel mehr als manche andere Städte in Europa. Wahrscheinlich ist es Ihnen entgangen, möglicherweise auch, weil die EDV-Zugänglichkeit im Klub der ÖVP noch nicht gegeben ist, sonst wäre es ja angesprochen und goutiert worden.

Wir sind stolz darauf, daß im Internet eine ganze Reihe von Dingen zum Thema Zivilschutz in Wien zu finden ist. Wenn wir wissen, wieviele junge Menschen das Internet bereits benützen, wenn wir davon ausgehen können, wieviele junge Menschen sich auch schon in diesen Bereich eingeklinkt haben (Abg. Brigitte Schwarz-Klement: Wie schaut es in den Schulen aus?), dann können wir ebenfalls dazu übergehen und sagen, es geschieht sehr, sehr viel auf dem Sektor der Information - bei weitem nicht genügend, meine Damen und Herren.

Jede einzelne zusätzliche Aktivität ist wertvoll und soll gemeinsam getragen werden. Und ich würde es viel interessanter finden, bevor man Presseaussendungen macht, die ja veröffentlicht werden sollen, und jeder, der eine Presseaussendung macht, hofft doch, daß ein Journalist das aufgreift und dann das Thema daraus macht, und bitte das ist Angstmacherei (Abg. Gerhard Pfeiffer: Von wem sind die? Sagen Sie es doch endlich!), mir ist viel lieber, wir setzen uns zusammen und denken gemeinsam nach, wie man das eine oder andere tun kann. Kehren wir zurück zu dem Jahrzehntelangen Grundkonsens, das aus dem politischen Parteien-Hickhack herauszuhalten.

Zurückkommend zu dem EDV-System, das umgestellt wurde. Es funktioniert hervorragend. Wir, die damit zu tun haben, freuen uns darüber. Die MD-Hilfs- und Sofortmaßnahmen, die jetzt die Gesamtkoordination über hat, ist ein gutes Instrumentarium, das hier zum Tragen kommt. Daß die Bezirke für den Katastrophenschutz verantwortlich sind, ist ja nichts Neues. Daß - das gebe ich zu - möglicherweise die notwen-

dige Datenpflege da oder dort vielleicht im Alltagsgetriebe unter die Räder kommt, das sollten wir uns anschauen. Wir vom Wiener Zivilschutzverband sind dabei, den Bezirksräten und Bezirksräten und den Kolleginnen und Kollegen der Bezirksvertretungen, die in der Zivil- und Katastrophenschutzkommission tätig sind und auch Verantwortung tragen, anzubieten, unsere Seminare, gerade abgestimmt auf die Bezirkskatastrophenschutzpläne, noch heuer in Anspruch zu nehmen und hier vielleicht wieder einen Schritt weiter zu tun.

Tausende Katastrophenprofis sind in dieser Stadt tätig. Wir sind stolz auf sie. Eine Aussendung, die heute gemacht worden ist von dir, Kollege Pfeiffer, daß die Einsatzorganisationen nicht für den Ernstfall vorbereitet sind, weise ich hier entschieden für alle Kolleginnen und Kollegen der beamteten Einsatzorganisationen zurück, vor allen Dingen für jene, die Stunden, hunderte Stunden im Jahr aufwenden, um für sich aber auch für andere einen Schutz zu gewährleisten.

Das sind jene Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch dazu beitragen, daß Wien sicher ist, nämlich bei den freiwilligen Hilfsorganisationen ihren Dienst versehen. Wir sind stolz darauf, daß es uns gelungen ist, nach langen Jahren der Vorbereitung den sogenannten K-Kreis zu gründen. Der K-Kreis ist eine Zusammenfassung aller relevanten Organisationen dieser Stadt. Von der Feuerwehr, Polizei, Rettung bis hin zu den Johannitern und anderen Einsatzorganisationen, die an einem Tisch sitzen, die von der Stadt Wien, von der Magistratsdirektion-Hilfsorganisation koordiniert, hier ihre Tätigkeit aufgenommen haben zur besseren Abstimmung für gemeinsame Einsätze und um vor allen Dingen auch Doppelgleisigkeiten zu verhindern und die finanziellen Ressourcen, die vorhanden sind, auch dementsprechend bestens einzusetzen. Denn es ist nicht einzusehen, daß Gerätschaften vielfach angeschafft werden, obwohl nur wenige benötigt werden. Hier kommt es zu einem Austausch der Ressourcen und anderer Dinge mehr.

Wir sind froh darüber, daß das Warn- und Alarmsystem Wiens kurz vor der Vollendung steht. Heuer werden die letzten 30 Sirenen in Betrieb genommen. Wir werden in den Stadterweiterungsgebieten noch nachjustieren müssen. Hier wird es noch die eine oder andere zusätzliche Aufstellung einer Sirene geben müssen. Wir sind auch stolz darauf und ein Dankeschön den Beamteninnen und Beamten, die hier die Koordination der Verantwortung hatten, daß beim Probealarm 1995/96 eine Fehlerquote von nur 4 Prozent festgestellt werden mußte. Jedes Prozent ist zuviel, aber immerhin international akzeptiert werden 10 Prozent. Das heißt, wir sind auf dem besten Wege ein gutes Warn- und Alarmsystem für den Schutz der Zivilbevölkerung zu haben.

Ich habe das heute schon einmal getan, ich sage nicht bei wem, nämlich gefragt, wie denn der Warn- und Alarmton, die Vorwarnung, der Alarm, die Ent-

warnung lautet. An dem scheitert es schon, da wäre es besser, täglich eine Aussendung zu machen, um das zu interpretieren, und nicht über andere Dinge. Ich werde dann Herrn Kollegen Pfeiffer fragen, ob er das weiß. In der Zwischenzeit gibt es Gelegenheit, sich das anzueignen. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Ich weiß es, darüber brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen!)

Zur Bevorratung, weil das auch immer eine Frage ist, die vorgeworfen wird, daß die Rathaus-Sozialisten nichts für die Bevorratung tun. Das stimmt bitte nicht. Es gibt eine internationale Untersuchung, die in Wien auch bei einer internationalen Enquête ihren Schlußpunkt gefunden hat. Man spricht auch von der Wiener Enquête. Obwohl Bundeskompetenz, ist Wien natürlich erpicht, einiges voranzutreiben und vor allen Dingen Lebensmittelbevorratung für Ballungsräume vorzubereiten.

Es wurde eindeutig festgestellt, daß selbstverständlich eine Kommune wie Wien die Aufgabe hat, so weit wie möglich Verkehrswände, Verkehrsmittel, die Vertriebsmöglichkeiten aufrechtzuerhalten. Für jeden Katastrophenfall gibt es ja andere Voraussetzungen. Das ist ja im Katastrophengesetz auch genau geregelt und im Katastrophenplan festgehalten, was wann wo wie zu passieren hat. Aber es ist eindeutig festgestellt worden, Lebensmittelbevorratung kann nur im privaten Haushalt stattfinden. Alles andere hat keinen Sinn, darum bitte die nächsten paar Aussendungen in diese Richtung gemeinsam mit uns, hier fortzuführen.

Wir sind momentan im Gespräch mit den großen Lebensmittelversorgungsketten dieser Stadt, hier gemeinsame Aktivitäten mit dem Wiener Zivilschutzverband zu setzen. Ich glaube, daß das ein weiterer Schritt sein wird, um hier die Bereitschaft der Menschen für den Selbstschutz zu zeigen und für die Lebensmittelbevorratung tätig zu werden.

Das gleiche gilt selbstverständlich für Medikamente, wobei festzustellen ist, daß im Spitalsbereich die wichtigsten Medikamente für einige Wochen bevoorraet sind. Seit Jahren bieten wir die Möglichkeiten der Selbstschutzinformationen bei vielen Veranstaltungen des Zivilschutzverbandes und der Wiener Volksbildung, pro Jahr etwa 250. Wir haben zwei Selbstschutzinformationszentren, eines im 10., eines im 21. Bezirk. Wir werden heuer noch eine dritte Außenstelle errichten können.

Es freut mich ungemein, daß wir alleine durch das Ins-Leben-Rufen der Wiener Jugendfeuerwehr - das kann man belächeln und sagen, das ist für Kinder und Jugendliche gut - in dieser Stadt einen massiven aktiven Beitrag zur Selbstschutz-Vorsorge leisten. Wir haben nämlich, seit es die Jugendfeuerwehr gibt, über 700 junge Männer zu Feuerwehrleuten ausgebildet und mit vielen Kenntnissen ausgestattet.

Es gibt darunter sogar sehr viele, die sagen, sie haben dadurch leichter einen Job bekommen, denn vielleicht weiß das der eine oder andere noch nicht, es gibt in Wien neben den 1 580 Feuerwehrbeamten, 2 700 Betriebsfeuerwehrangehörige, ebenfalls Men-

schen, die für die Sicherheit in Wien sorgen - neben allen anderen und da kommen die 700 Jungfeuerwehrmänner dazu, die sehr wohl wissen, wie sie sich selbst und vor allen Dingen andere schützen. Das ist ein aktiver Beitrag Wiens zur Sicherheit dieser Stadt. Wir könnten jetzt noch sehr viel darüber reden, was immer wieder zur Sprache kommt, ich werde das aber abkürzen.

Eines möchte ich trotzdem noch sagen: das Schreckensszenario der Tschernobyl-Reaktorkatastrophe vor nahezu zehn Jahren hat gezeigt, wie rasch radioaktive Gefahren Staatsgrenzen überschreiten und weite Teile Europas bedrohen können. Bei allen Schutzmaßnahmen, die wir uns hier ausdenken oder einfallen lassen können, glaube ich nicht, daß wir übersehen dürfen, daß die 39 Kernkraftwerke in Österreichs Nachbarstaaten ihren Betrieb in nächster Zeit nicht einstellen werden.

Das bedeutet, daß das Aufzeigen konkreter Schutzmechanismen für die Bevölkerung eine ganz wichtige Aufgabe ist, der wir uns stellen. Schutzmaßnahmen können jedoch die großräumigen Verstrahlungen nicht ungeschehen machen. Beträchtliche Folgen - das wissen wir von der Tschernobyl-Katastrophe - gibt es aber danach immer noch. Mit den wichtigen sechs Punkten sollte man die Menschen vertraut machen, um wieder Ängste abzubauen. Es hat ja keinen Sinn den Menschen zu sagen, du bist ungeschützt, denn wenn irgendwann in der Nachbarschaft Österreichs ein Atomkraftwerk einen Super-GAU hat, von dem ich hoffe, daß er nie stattfinden wird, dann gibt es keinen Schutzraum. Ich höre das immer wieder. Es ist Unfug zu glauben, daß Bunker einen relevanten Schutz vor der radioaktiven Bedrohung eines Kernkraftreaktors bieten.

Eine Studie geht davon aus, daß es für 20 Prozent der Bevölkerung in Österreich Schutzraumbauten gibt. Von diesen sind etwa 10 Prozent verwendungsfähig. (Abg. Brigitte Schwarz-Klement: Was machen denn die Schulkinder?) Es ist ganz einfach so, daß diese Schutzraumbauten oft mit sehr viel Steuergeld subventionierte, bestsortierte Weinkeller aller Zeiten sind.

Ich kann Ihnen nur sagen, ich war anlässlich eines Zivilschutzkongresses in der Schweiz und habe mit dem obersten Zivilschützer der Schweiz über Schutzräume diskutiert. Er hat gesagt er versteht nicht, warum wir den sogenannten "Wiener Weg", weg von den Atombunkern, weg von den Schutzräumen gehen, denn in der Schweiz hat jeder einen. Dann haben wir uns auseinandergesetzt, haben diskutiert darüber und er hat gesagt: "Reden wir nicht weiter, ich zeige dir meinen." Ich habe mir das angeschaut - hervorragend. Wir sind in den Keller hinuntergegangen, eine imposante Tür mit Rad, mit allem drum und dran, wie man es sich eben vorstellt, sattes Geräusch beim Öffnen der Tür. Ich war wirklich fasziniert von dieser Schutzvorkehrung, die er für sich und seine Familie getroffen hat. Und wie wir dann hineingegangen sind, stand ich vor diesem reich sortierten Weinlager. Als alter Stam-

mersdorfer Bezirksrat damals habe ich sehr bedauert, dieses Weinlager nicht in Stammersdorf zu haben, es war nämlich auch sehr reich. Und wie ich dann gesagt habe: "Uri wie ist denn das? Schutzraum, du bist der besoffenste Letztüberlebende einer Bedrohung", sagte er: "Geh bitte, was soll den passieren?"

Das ist auch ein Teil des Aspektes. Wir dürfen der Bevölkerung nicht einreden, wenn es Schutzräume gäbe, dann gäbe es den totalen Schutz für sie, egal was immer passiert. Bei Reaktorunfällen ist zum Beispiel der Wohnraum, geeignet dargestellt und ausgerüstet, ein durchaus wichtiger und ausreichender Schutz. Wir müssen den Menschen nur sagen, wie sie zu dem ausreichenden Schutz kommen. Das tun wir auch. Jeder kann sich, wenn er es wünscht, diese Informationen zugänglich machen. Wir sind gerade dabei, hunderten Schülerinnen und Schülern in vielen, vielen Referaten und Diskussionen in der Schule diese Dinge zu erklären, weil wir wissen, daß es die Kinder waren, die die Eltern zum Umweltschutz getrieben haben. Wir sind dabei, die Kinder so zu motivieren, die Eltern zum Selbstschutz zu bringen, und ich glaube, daß hier ein gemeinsames Vorgehen von Vorteil wäre. Ich lade alle, die guten Willens sind, dazu ein und bitte nochmals dieses Thema aus dem Polit-Hickhack herauszuhalten. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Series. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Wilfried Series (F):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Stadtrat!

Es gibt in dieser Diskussion - und das ist heute klar geworden - über diese steirische Wassersteuer Konsens darüber, daß es sich dabei eigentlich um einen unsachlichen Beitrag der Steirer zur Budgetsanierung handelt unter dem Motto "Wien zahlt". Und diesem Konsens kann selbst ich mich als gebürtiger Steirer anschließen. (Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Bravo!) Es gibt auch Konsens darüber, daß mit dieser steirischen Wassersteuer das Prinzip der Kirchturmpolitik betrieben und das bundesstaatliche Prinzip verdrängt wird. Ich halte das für eine sehr problematische Entwicklung, für eine problematische Entwicklung in einer Zeit, in der Ressourcen knapper werden, in der aber auch Geldmittel knapper werden.

Der Herr Finanzstadtrat hat daher meine volle Unterstützung, wenn er angekündigt hat, alle aber auch alle rechtlichen Mittel gegen diese steirische Wassersteuer auszuschöpfen, die uns zur Verfügung stehen. Ich halte es auch für eine berechtigte Überlegung des Finanzstadtrates, wenn er untersuchen will, welche Leistungen Wien an andere Bundesländer erbringt, und wenn er fordert, daß diese Leistungen von Wien an andere Bundesländer auf Heller und Pfennig abgerechnet werden.

Eines muß klar sein: In der Gastpatientenfrage ist bei den Steirern wenig zu holen. Es gibt wahrscheinlich wenig steirische Gastpatienten, die Wiener Spitäler aufsuchen, und die Kosten, die steirischen Gastpatien-

ten verrechnet werden könnten, wären auch entsprechend gering. Ich halte es gerade noch für eine vertretbare Reaktion des Finanzstadtrates, wenn er in einem Anfall berechtigten Ärgers, würde ich jetzt einmal meinen, laut darüber nachdenkt, ob die EBS weiterhin den steirischen Sondermüll verbrennen sollen. Ich halte das gerade noch für eine vertretbare Reaktion. Nüchtern betrachtet, ist auch diese Reaktion ein Zeichen einer Kirchturmpolitik, der ich wenig abgewinnen kann.

Ich kann aber keinerlei Verständnis dafür aufbringen, meine Damen und Herren, wenn der Herr Finanzstadtrat ankündigt, er wird oder er denkt daran, kommunale Bauinvestitionen in Wien in Höhe von 300 Millionen Schilling zu kürzen. Und wenn er das damit begründet - ich habe hier die "Rathauskorrespondenz" vom 25. März 1996 -, daß von diesen Kürzungen von kommunalen Bauinvestitionen etwa ein Fünftel der davon betroffenen Bauarbeiter aus der Steiermark kommt und daher die steirische Landesregierung damit für eine höhere Arbeitslosigkeit ihrer Landesbürger direkt verantwortlich ist.

Drei Argumente dagegen:

1. Die Kürzung von kommunalen Bauinvestitionen in Höhe von 300 Millionen Schilling gefährdet die massiven Interessen dieser Stadt. Der Herr Finanzstadtrat soll diesem Gemeinderat erklären, welche Investitionen er kürzen will. Will er wichtige infrastrukturelle Maßnahmen um 300 Millionen kürzen? Will er geplante Schulbauten um 300 Millionen zusammenstreichen, oder denkt er etwa gar daran, Wohnungen im Werte von 300 Millionen weniger zu bauen? Er soll vor diesen Gemeinderat treten und uns allen reinen Wein einschenken! (*Beifall bei den F.*)

2. Die Kürzung von Mitteln für kommunale Bauvorhaben beeinflußt natürlich auch das Wiener Baunebenengewerbe, schädigt Wiener Betriebe und gefährdet natürlich auch damit Wiener Arbeitsplätze. Wenn man schon in der Kategorie Steiermark Wien beengt, dann muß klar sein, eine derartige Maßnahme wäre für uns Wiener massiv wirtschaftsfeindlich und würde die Interessen der Arbeitnehmer in dieser Stadt massiv gefährden.

3. Und damit bin ich beim eigentlichen Punkt. Ich halte den angedrohten Rausschmiß von steirischen Bauarbeitern für den Gipfel des Populismus, weit jenseits vom Populismus der SPD, der Marke Oskar Lafontaine. (*Abg. Jean Margulies: Aber fast ident mit Eurem! - Beifall bei den F.*) Ich halte den angekündigten Rausschmiß von Bauarbeitern durch den Wiener Finanzstadtrat für den Gipfel des Zynismus, der sich in seiner scheinbar sympathischeren Wiener Mir san mir Prägung letztlich gegen einfache Menschen richtet, in dem Fall gegen einfache Bauarbeiter richtet. Ich halte aber auch den angekündigten Rausschmiß von Bauarbeitern durch den Wiener Finanzstadtrat für den Beweis einer ganz und gar rücksichtslosen Ellenbogenpolitik der Wiener Rathaussozialisten, die wir bereits zur Genüge kennen. Ich halte diese Drohung des Finanzstadtrates für ein Symbol des Tiefstandes der po-

litischen Diskussionskultur in dieser Stadt. Der Finanzstadtrat einer Partei, die vorgibt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, will Bauarbeiter aus dieser Stadt rausschmeißen. Einen interessanteren Einblick in Ihre Gefühlslage hätten Sie uns nicht geben können! (*Beifall bei den F.*)

**Präsidentin Erika Stubenvoll:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Pfeiffer, seine zweite Wortmeldung. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Gerhard Pfeiffer (ÖVP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das ist natürlich genau die verkehrte Methode des Herrn Kollegen Kopietz. Es zeigt aber auch, wie sinnlos diese Diskussion des Kuddelmuddels ist, daß ich jetzt erst auf seine Wortmeldung eingehe - dazwischen Herr Serles zu jemand anderen und so weiter. Ich glaube, wir werden in Hinkunft wieder zu geordneten Verhältnissen zurückkehren, wenn die Tagesordnung abgehandelt wird.

Es ist genau die falsche Methode, Kritik an Ihrer langsamen und zum Teil schleppenden Vorgangsweise in Sachen Zivilschutz mit Angst- und Panikmache zu vergleichen, denn so kann es wohl nicht sein, daß man nichts mehr sagen darf, weil man sonst Angst und Panik erzeugt.

Also bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann vielleicht noch verstehen, wenn Herr Kollege Kopietz Angst bekommt, weil unsere Kritik zu Recht besteht, das ist durchaus möglich. Angst und Panik wird er vielleicht dabei nicht haben, weil er sich ja bis jetzt um diese Kritik nicht sehr viel gekümmert hat. Er sollte mir bitte sagen, wo in der heutigen Presseaussendung von mir, die von ihm inkriminierten Worte drinnenstehen oder er sollte die Quelle zitieren, denn so geht es natürlich auch nicht, sich hier herauszustellen, irgend jemand anzuschütten und dann nicht die Quelle, aus der man zitiert, zu bezeichnen. Das sind die Methoden, Angst und Panik, falsche Quellen und so in diese Richtung. So werden wir nicht vernünftig zusammenarbeiten können. Ich glaube, es wäre sinnvoller und besser, wenn wir mitsammen einen ordentlichen Umgang pflegen würden.

Alle Einsatzorganisationen, die noch dazu teilweise in ihrer Freizeit üben, lernen et cetera, sind bewundernswert, dagegen gibt es überhaupt nichts zu sagen. Ja, man sollte Ihnen viel mehr Dank, als es je geschieht, von unserer Seite her zukommen lassen. Was ich gesagt habe, ist nicht, daß die Einsatzorganisationen nicht vorbereitet seien, das ist wieder ein falsches Zitat gewesen - auch das ist die dritte Methode, wie man eristisch diskutiert -, sondern ich habe gesagt, sie sind auf eine länger einwirkende Katastrophe nicht vorbereitet. Das werden Sie mir sehr wohl glauben können und hier möchte ich gerne das Gegenteil bewiesen haben.

Wenn eine ganze Wiener Rettungsorganisation nur zehn Strahlenschutzzüge hat, dann können Sie sich ausrechnen, wie lange sie mit diesen zehn Strahlenschutzzügen tätig sein könnte - nämlich überhaupt

nicht, weil sie zusätzlich gar keine Dekontaminationsmöglichkeit hat. Wenn die ganze Wiener Feuerwehr nur 110 Strahlenschutzzüge hat, wird das genauso nicht der Fall sein. Da könnte ich Ihnen jetzt noch und mehr Einzelbeispiele dazu schildern, und dann werden wir darüber reden, ob unsere Einsatzeinheiten für einen längeren Zeitraum einer Katastrophe gerüstet sind. Das werden Sie bitte zur Kenntnis nehmen müssen.

Jetzt sind wir großartig stolz, daß es seit dem Jahre 1960 - da wurde das beschlossen - bis zum Jahre 1995 immerhin 35 Jahre gedauert hat, bis wir imstande waren, ein Alarmsystem auf die Dächer der Häuser von Wien zu pflanzen. Das ist ja ungeheuerlich im Grunde genommen, und dessentwegen brauchen Sie sich wirklich nicht berühren. Gott sei Dank ist es jetzt endlich da, nach 35 Jahren, das ist ja faszinierend, und da sind Sie stolz und sagen, man hat Sie völlig mißverstanden, was Sie nicht alles schon geleistet haben in dieser Richtung. (Abg. Harry Kopietz: *Gott sei Dank!*)

Warum bitte heulen diese Sirenen nicht jeden Samstag wie überall am Land üblich? Da fallen die Leute auch nicht mit einem Herzinfarkt zusammen. Aber das, lieber Herr Kollege Kopietz, wäre die beste Reklame für den Zivilschutz. Selbstverständlich, wenn die Wienerinnen und Wiener jeden Samstag mittags durch die Sirene daran erinnert würden, daß sie sich einen Vorrat anlegen sollen, daß sie vielleicht in Zivilschutzmaßnahmen zu träge sind und vielleicht einen Kurs besuchen sollten, dann bräuchten Sie überhaupt keine zusätzlichen Mittel aufzuwenden, das hätten Sie kostenlos jeden Samstag zur Verfügung.

Was ich meine, ist, daß wir einfach nicht die Augen verschließen dürfen und dann jedem erkären, es ist ohnehin alles in bester Ordnung. In Wahrheit geht es jetzt langsam an. Es sind Schritte bemerkbar, es sind auch zielorientierte Schritte bemerkbar. Das habe ich ja gesagt, und daß das nicht allein wegen uns gewesen ist, ist doch ganz klar. Aber ein wenig ist auch von uns dabei, daß wir in verstärktem Maße darauf gedrängt haben. Viel mehr habe ich für uns auch nicht in Anspruch genommen.

Ich möchte Sie daher ersuchen, gerade auf diesem Gebiet Zusammenarbeit zu suchen und nicht drüberzufahren, alle anderen für blöd zu erklären, der Panikmache zu beschuldigen, sondern arbeiten wir miteinander zum Wohle der Wiener, dann werden wir sicherlich gut miteinander auskommen! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Dr. Erwin Hirnischall:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr StR. Svhalek. Ich erteile ihm das Wort.

**Amtsf. StR. Fritz Svhalek:** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei der Wortmeldung des Kollegen Hawlik ist mir ein Zitat von Hegel eingefallen. Hegel hat einmal gesagt: "Der Mensch lernt nichts aus der Geschichte." Es trifft auf Kollegen Hawlik zu. Ich möchte das heute wirklich klarstellen, obwohl ich es sinnlos finde, weil er einfach eine böse politische Absicht damit hat. Aber

mir ist es wichtig, es endlich einmal protokolliert zu haben.

Wir haben im vergangenen Umweltausschuß in einer sehr offenen Diskussion auf meine Anregung hin auch in einer ungewöhnlichen Form, nämlich mündlich und schriftlich, die umfassende CO<sub>2</sub>- und Ozonproblematik diskutiert, und ich habe wieder darauf hingewiesen, daß, wie auch den Medien zu entnehmen ist - ich habe ihm das sogar persönlich gezeigt -, der gültige 8-Punkte-Ozonplan von mir im vergangenen Jahr vorgelegt, heuer erweitert wurde, die Strategie der Stadt Wien ist und die Unterlagen zur CO<sub>2</sub>-Problematik mit der entsprechenden Strategie vorhanden sind.

Ich habe dann einen Teilerfolg erreicht, denn die anschließende Presseaussendung des Kollegen Hawlik hat nur mehr davon gesprochen, daß es keinen CO<sub>2</sub>-Plan gibt. Er hat offensichtlich zur Kenntnis genommen - jetzt ist er schon lernfähig -, daß es einen Ozonplan gibt. Heute ist diese Lernfähigkeit verschwunden, ich hoffe nicht, daß das andere Ursachen hat und er jetzt wieder davon spricht, daß es keinen CO<sub>2</sub>- und Ozonplan gibt. Ich möchte das in aller Deutlichkeit zurückweisen und ich möchte es auch protokolliert haben. Es ist zwar sinnlos, er wird weiter davon sprechen, aber ich möchte es politisch klarstellen, denn es ist eine derartige böse Absicht, daß das keine Diskussionsbasis ist.

Meine Damen und Herren! Es ist überhaupt kein Problem, einen CO<sub>2</sub>- und Ozonplan herunterzumachen, es ist auch korrekt von der Opposition ihn zu kritisieren. Und wenn er der Auffassung ist, daß er schlecht ist, dann soll er es sagen. Aber ständig zu behaupten, es gibt keinen CO<sub>2</sub>- und Ozonplan, das ist schlichtweg unwahr, und ich möchte das ein für allemal klargestellt haben. Er soll ihn kritisieren, er soll ihn verachten, aber er soll zur Kenntnis nehmen, daß es beide Initiativen gibt, beide sind im Ausschuß auch von den anderen Fraktionen gesehen worden, wenn auch kritisiert, beides ist lange schon publiziert, beides ist in den Medien aufgelegen. Ich glaube, damit ist die Diskussion zumindest für uns beendet, es gibt diesen CO<sub>2</sub>- und Ozonplan, auch wenn Kollege Hawlik wieder einmal die Unwahrheit behauptet hat.

Auch noch eine sehr wichtige Information, die ich dem Hohen Landtag nicht vorenthalten möchte: Es haben heute weitere Gespräche zum Nationalpark Donau-Auen stattgefunden. Und über meinen eigenen Wissensstand am Morgen hinaus ist es heute gelungen, einen wichtigen Durchbruch zu erzielen.

Ich möchte hier bekanntgeben, daß es heute endgültig eine Einigung im Wiener Sinne gibt mit drei Geschäftsführern für den Nationalpark Donau-Auen. Das bedeutet, daß die beiden Chefs der Bundesforste auf der einen Seite und der Wiener Forste auf der anderen Seite, ohne Kosten zu verursachen, weil sie ja in der ursprünglichen Funktion bleiben, plus ein Geschäftsführer, der noch zu bestimmen ist, zwischen den Vertragspartnern diesen Nationalpark entsprechend organisieren und verwalten werden. Ich glaube, daß das ein

wichtiger Punkt war im Sinne auch meiner heutigen Ausführungen am Morgen.

Unsere klare Forderung hat sich durchgesetzt, daß wir drei Geschäftsführer haben unter dieser Konstruktion, und ich kann daher mit Freude berichten, daß sich Wien hier voll durchgesetzt hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Noch zwei Bemerkungen, weil sie mir sehr wichtig sind und weil sie in der Diskussion wahrscheinlich naturgemäß aus Sicht der Opposition nicht berührt wurden.

Wenn heute gesagt wurde: Ja wo ist denn die Perspektive im Zusammenhang mit der Wasserproblematik?, dann muß ich sagen, ich habe sie genannt und ich möchte sie wiederholen. Sie ist weit über das Maß dessen, was andere europäische Städte tun, sehr klar und deutlich. Sie ist in der Ihnen zugegangenen Leitlinie "Unser Wasser 2010" zusammengefaßt. Und sie ist wirklich neben der I. und II. Hochquellwasserleitung das Konzept und die Strategie für die Zukunft, die meiner Auffassung nach durchaus mit der damaligen Strategie vergleichbar ist.

Wir haben gemeinsam das Grundwasserwerk Lobau durch die Errichtung der Sperrbrunnenröhre abgesichert, heuer die Errichtung des Grundwasserwerks Donauinsel mit acht Brunnen in Arbeit genommen und im Zusammenhang mit der Kraftwerkshebung das Grundwasserwerk Nußdorf adaptiert. Es war unsere Initiative, die im Jahre 1995 die völlig festgefahrenen Verhandlungen um die III. Wasserleitung durch unsere Anregung, dem Bundesministerium ein Juristenteam zur Verfügung zu stellen, endlich wieder in Schwung gebracht hat. Das ist in Wirklichkeit ein historisches Programm, das absolut vergleichbar ist mit der I. und II. Hochquellenwasserleitung. Nehmen Sie das zur Kenntnis, denn das ist die Vorsorge für das nächste Jahrtausend, die Wien hier eingeleitet hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Abschließend glaube ich, daß die Kritik am Bund berechtigt ist. Ich verstehe natürlich, daß manche Abgeordnete das naturgemäß anders sehen, bei manchen Abgeordneten habe ich manchmal das Gefühl, sie sind in einem Wahlkreis zu Hause, der nicht in der Bundeshaupstadt liegt, aber sei es drum. Das werden ja Sie vor Ihren Wählern verantworten müssen. Jedenfalls möchte ich noch einmal mit aller Deutlichkeit sagen: Uns geht es hier nicht um Polemik und es ist auch völlig egal, ob eine Ministerin und ein Minister einer bestimmten politischen Gruppe angehört. Es geht darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ganz einfach die Bundeskonzeption der Abfallwirtschaft schlecht ist und daß es zwar vom Grundsatz her ein durchaus zugängiges Bundesabfallwirtschaftsgesetz gibt, aber das, was die ÖVP-Ministerinnen gemacht haben und der ÖVP-Minister, nämlich mit den Verordnungen, ist schlichtweg der falsche Weg.

Da gibt es kein Diskutieren und Deuteln, das ist eindeutig in der Öffentlichkeit festgestellt worden, nämlich von Ländern, ÖVP-Vertretern, von den Freiheitlichen, von den Grünen, von der Arbeiterkammer,

von der Wirtschaftskammer und von der Sozialdemokratie. Ja, wer das nicht erkennt, will es nicht erkennen oder verkennt die politischen Realitäten, und das gehört aber mit aller Deutlichkeit hier heute auch wieder einmal erwähnt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was ist denn das für eine Abfallwirtschaftsdiskussion, die sich seit Monaten auf die Entsorgungsfrage konzentriert. Das ist doch bitte in Wirklichkeit eine Defensive, die schon peinlich wird. Hier wird diskutiert, ob das eine Bundesland eventuell eine Sondermüllverbrennungsanlage bekommt, die nächste diskutiert über jene Deponierungsform, bei der nächsten wird eine Volksabstimmung durchgeführt - Trieben als Beispiel genannt. Das ist doch nicht der Sinn der Abfallwirtschaft und einer geordneten Politik.

Der Sinn ist, wie wir es gesagt haben, die Vermeidung entsprechend in den Vordergrund zu stellen. Und mit der Vermeidung die jeweiligen Fraktionen zur Verfügung zu stellen und sie auch entsprechend zu verwerten. Wenn Sie sich anschauen, wie sehr die Stadt Wien trotz heftiger Kritik in der Vergangenheit mit der stofflichen Verwertung trotz der entsprechenden Müllverbrennung hier einen phantastischen Grad erreicht hat, dann kann ich nur sagen, es zeigt doch erst die Politik der Stadt Wien, daß wir trotz der Hemmnisse des Bundes eine hervorragende Abfallwirtschaftspolitik betrieben haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe heute erstmals - und ich wiederhole das, weil es sehr wichtig ist - den neuen und zusätzlichen Weg aufgezeigt, den wir gehen werden. Es ist international noch nicht soweit, aber wir werden diesen Weg trotzdem als Vorreiterrolle beschreiten, daß wir im Zusammenhang mit der Recyclingfrage die nächsten initiativen Schritte eingeleitet haben.

Egal, ob es in ungelösten Bereichen wie Batterien ist oder in immer wichtiger werdenden Bereichen, etwa des Elektronikschrotts, der Geräte, der Computerisierung et cetera, wir werden das jedenfalls - und ich habe es heute gesagt - sehr konkret umsetzen, gemeinsam mit der Abfallbörse der Wirtschaftskammer, gemeinsam mit den entsprechenden Möglichkeiten beim Europäischen Wirtschaftsdienst eine Recyclingbörse auf Wiener Boden einzurichten, die ebenfalls ein Schritt in das nächste Jahrtausend ist, wo wir neben der Vermeidung der bisherigen Form der Kreislaufwirtschaft besonders am Recyclingsektor eine Vorbild- und Vorreiterrolle übernehmen werden. Das ist nicht nur wichtig, um die Stützen der Abfallwirtschaft zu verbessern, sondern das ist auch im Zusammenhang mit Wirtschaftsinnovationen, mit Chancen der Stadt Wien, sich im Ausland entsprechend darzustellen, der richtige Weg.

Daher ist es auch, glaube ich, wichtig und klar, daß wir das durchführen werden. Ich darf daher abschließend noch einmal sagen, daß es ganz korrekt und wichtig ist, daß die Stadt hier entsprechende Initiativen setzt, und wir werden mit unserer Recyclingbörse den Weg ins nächste Jahrtausend folgerichtig beschreiten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dr. Erwin Hirnschall:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich noch der Herr Abgeordnete - mir wurde Prochaska gemeldet, aber offensichtlich Dr. Hawlik (*Abg. Johannes Prochaska: Prochaska hat den Hawlik gemeldet!*), aha, so ist das - Dr. Hawlik gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Johannes Hawlik (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich will zur Abfallwirtschaft nur eines sagen: Es ist Allgemeingut, daß die Verpackungsverordnung geändert wird und es entspricht einer ziemlich simplen Geisteshaltung, wenn etwas schon geändert wird und wenn dafür Vorschläge vorliegen, jetzt zu sagen, daß das Alte schlecht war. Aber ich will das gar nicht mehr kommentieren. Ich möchte zur tatsächlichen Berichtigung kommen, Herr Riedler.

In einer Antragsbeantwortung im letzten Umweltausschuß bezüglich Ozon- und CO<sub>2</sub>-Plan, führt der zuständige Klimabeauftragte aus - ich zitiere:

1. "Zeitliche Zielvorgabe für die Erarbeitung eines Sanierungsplans, Ende April, Anfang Mai." Daraus ist ziemlich klar abzuleiten, daß es keinen Ozonplan gibt.

2. "Die Ziele des Ozongesetzes" - also jene Dinge, die eigentlich die öffentliche Hand am ehesten einhalten müßte; ich zitiere den Klimabeauftragten -: "werden heuer nach dem Gesetz nicht eingehalten und im Folgezeitraum wesentlich verfehlt." - Das heißt, Sie haben weder einen Ozonplan, noch halten Sie das, was Gesetz ist, ein.

3. CO<sub>2</sub>-Plan: Sie haben im Vorjahr mit allen Parteien Verhandlungen geführt und Sie haben für das heurige Jahr weitere Verhandlungen in Aussicht gestellt (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Nein!*), und zwar in Aussicht gestellt zum Thema CO<sub>2</sub>-Plan. Ich würde ja an Ihrer Intelligenz zweifeln müssen, wenn Sie Verhandlungen über einen Plan in Aussicht stellen, wenn es so etwas gäbe; genau das wäre ja Gegenstand der Verhandlungen. Es ist im Vorjahr nicht erreicht worden und Sie haben das für heuer angekündigt. Beim Ozonplan ist es ganz klar. Beim CO<sub>2</sub>-Plan geht es, wenn Sie wollen, aus der Anfragebeantwortung von Löffler auch hervor: es gibt beide Pläne nicht. Das zur tatsächlichen Berichtigung Ihrer Ausführungen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dr. Erwin Hirnschall:** Danke. Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, den wir nun seit 11.00 Uhr behandeln, liegen nicht mehr vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Berichterstatter Amtsf. StR. Dr. Hannes Svoboda:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich bitte sicherlich um Annahme der Postnummer 2 des entsprechenden Gesetzesentwurfes. Ich möchte nur eine Bemerkung machen, weil ich zurückkommen möchte auf etwas, das in diesem Haus hier gesagt worden ist. Ich glaube, daß leider heute, insbesondere der Beitrag des Herrn Abg. Pawkowicz, einen Stil in die Debatte hineingebracht hat, ich meine einen Vor-

wahlkampfstil, von dem ich meine, daß ihn dieses Haus nicht erleben sollte.

Wenn hier von Cliquen, von Abkassierern gesprochen worden ist, dann sind das Behauptungen, Diffamierungen, die aus meiner Sicht zurückzuweisen sind. Ich weiß, ich bin persönlich davon betroffen, wenn hier in diesem Haus ein Abgeordneter über Mitglieder der Landesregierung ungestraft sagen kann, und ich zitiere ihn: "Ich verstehe überhaupt nicht, warum ein Planungsstadtrat im Stil - ich sage noch einmal, im Stil Ceausescu oder Ulbrichts oder wer auch immer hergeht und die Öffentlichkeit ausspart."

Abgesehen davon, daß hier nicht der Wahrheit entsprochen worden ist, was ich heute ja schon erwähnt habe, finde ich es schlicht und einfach eine Ungeheuerlichkeit, daß in diesem Haus ein Mitglied einer Landesregierung mit einem Diktator verglichen werden kann, der nicht nur Menschen verfolgt, sondern auch umgebracht und Morde am Gewissen hat.

Jedem von uns fallen einige Diktatoren im Vergleich ein, und ich bitte wirklich das Präsidium des Landtags zu überprüfen, wie weit hier nicht ein Ordnungsruß fällig wäre - weil ich mich sicherlich nie an diese Diffamierungssprache in diesem Haus gewöhnen werde. Und ich würde mir wünschen, andere würden sich auch nicht daran gewöhnen, gerade vor einem Wahlkampf. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dr. Erwin Hirnschall:** Zur Anregung des Herrn Stadtrates möchte ich sagen, daß das Präsidium des Landtages in das Protokoll Einsicht nehmen und danach die Entscheidung treffen wird.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Es liegt uns zunächst ein Abänderungsantrag von Abgeordneten aller vier Parteien des Hauses vor. Der Abgeordnete Effenberg, Riedler, Prinz, Fuchs und Kenesei, der eine Neufassung des § 8 Abs. 1 Zif. 4 zum Gegenstand hat.

Ich komme daher zunächst zur Abstimmung über diesen genügend unterstützten Abänderungsantrag.

Ich möchte alle Mitglieder des Landtags ersuchen, die diesem Antrag die Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Das ist einstimmig der Fall. Der Abänderungsantrag ist sohin angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage unter Einbeziehung dieses bereits abgeänderten § 8 Abs. 1 Zif. 4.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung angenommen.

Wir kommen nunmehr nach der ersten Lesung zur Abstimmung über die vorliegenden Beschußanträge. Es sind dies 17 an der Zahl. Ich werde Ihnen jeweils genau die Titel der einzelnen Anträge und auch der Antragsteller mitteilen.

Hier gibt es zunächst einen Beschußantrag auch aller Parteien des Hauses, der Abgeordneten Ing. Karl Svoboda, Franz-Karl Effenberg, Rainer Pawkowicz,

Helmut Günther, Johannes Hawlik, Hannelore Weber und Genossen, betreffend die Initiative Österreichs zur Schaffung einer "Koalition Atomkraftwerk- und Kernwaffenfreier Staaten", eingebracht in der Sitzung des Landtags vom 29. März 1996. Der Antrag ist den Fraktionen bekannt.

Ich möchte die Damen und Herren des Hauses, die dem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Danke, das ist einstimmig so angenommen.

Wir kommen nun zu einem weiteren Antrag aller, nein das ist jetzt ein 3-Parteien-Antrag, darf ich darauf hinweisen. Der Antrag der Abgeordneten Hufnagl, Ing. Svoboda, Dipl.-Ing. Dr. Pawlikowicz, Barbara Schöfnagel, Johannes Hawlik und Genossen, betreffend Maßnahmen gegen die von der Steiermark geplante Einführung einer Abgabe auf Wiener Hochquellwasser. Hier wird die Landesregierung aufgefordert, mittels geeigneter rechtlicher Maßnahmen nicht nur zu versuchen, die Einführung einer Wassersteuer zu verhindern, sondern im gegebenen Fall Schritte zu setzen, um die Wiener Bevölkerung vor finanziellen Konsequenzen zu bewahren. Ich gehe davon aus, daß auch hier die sofortige Abstimmung verlangt wird - kein Widerspruch. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich bitte die Damen und Herren des Hauses, die diesem Antrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Mehrheit so angenommen.

Wir kommen nun zur Behandlung eines Beschlussantrags der Abgeordneten Barbara Schöfnagel, Hawlik, Hannelore Weber und Ingrid Kariotis, betreffend Nationalparkgesetz, wo auch von den Antragstellern die sofortige Abstimmung beantragt wird.

Ich komme zur Abstimmung und bitte die Damen und Herren des Hauses, die diesem Beschlussantrag die Zustimmung geben möchten, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist die Minderheit und der Antrag ist daher abgelehnt.

Es liegt ein weiterer Beschlussantrag der Abgeordneten Dkfm. Hotter, Fuchs, Herzog und Kenesei, betreffend Förderung von Stadterneuerungsprojekten vor. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung in der heutigen Sitzung beantragt.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zu einem Beschlussantrag der SPÖ-Abgeordneten Effenberg, Svoboda und Ruth Becher, betreffend Änderung der Novellierung des Einkommensteuergesetzes, eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtags vom 29. März 1996. Hier geht es um die Sonderregelung für den Investitionsfreibetrag. Es wurde auch hier die sofortige Abstimmung beantragt.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Beschlussantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig so angenommen.

Der nächste Antrag stammt von den SPÖ-Abgeordneten Franz-Karl Effenberg, Ing. Karl Svoboda, Mag. Ruth Becher, betreffend Novellierung des Wohnungsgemeinnützigeingesetzes. Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Mehrheit so angenommen.

Der nächste Antrag ist ein Beschlussantrag der FPÖ-Abgeordneten Walter Prinz und Susanne Kovacic, betreffend Visualisierung von Bauprojekten. Hier wurde von den Antragstellern die Zuweisung des Antrags an den Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen beantragt.

Ich komme zur Abstimmung über die Zuweisung.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesen Antrag dem betreffenden Ausschuß zuweisen möchten, um ein Zeichen mit der Hand. - Ist einstimmig zugewiesen.

Ein weiterer Beschlussantrag der FPÖ-Abgeordneten Walter Prinz und Susanne Kovacic betrifft die Darstellung der Wiener Einflugschneise in den Bebauungsplänen. Auch hier wurde beantragt, diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen zuzuweisen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte die Damen und Herren des Landtags, die dieser Zuweisung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Einstimmig so angenommen und der Antrag sohin zugewiesen. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Nicht einstimmig! Frau Kariotis war dagegen.) Nicht einstimmig? Korrigiere - mit Mehrheit zugewiesen.

Der nächste Antrag ist ein Beschlussantrag der FPÖ-Abgeordneten Herzog, Madejski und Kurth-Bodo Blind, betreffend Absenkung von Genossenschaftsmieten. Hier wurde die sofortige Abstimmung beantragt.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Mehrheit so angenommen.

Der nächste Antrag ist ein Resolutionsantrag der FPÖ-Abgeordneten Johann Herzog, Dr. Herbert Madejski und Kurth-Bodo Blind, betreffend eine Novellierung des Wohnungsgemeinnützigeingesetzes, wobei auch hier die sofortige Abstimmung beantragt wird.

Ich bitte die Damen und Herren des Landtags, die diesem Beschlussantrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist mit Mehrheit so angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung von vier ÖVP-Beschlußanträgen.

Da ist zunächst der Antrag der Abgen. Dr. Johannes Hawlik und Dr. Ferdinand Maier, betreffend Wassersparmaßnahmen im Bereich der Gebäude und Wohnhäuser der Stadt Wien. Hier wurde die Zuweisung dieses Antrags an die Herren Amtsf. StRe. der Geschäftsgruppen Umwelt und Verkehr sowie Wohnbau und Stadterneuerung beantragt.

Ich bitte die Damen und Herren, die der gewünschten Zuweisung dieses Beschlussantrags die Zustim-

mung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so der Fall.

Der nächste BeschlusSANtrag der Abgen. Dr. Johannes Hawlik und Werner Haubenburger betrifft eine Änderung der Bäderhygieneverordnung, wobei auch hier die Zuweisung dieses Antrags beantragt wird, und zwar an den Herrn Amtsf. StR. der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal und Wiener Stadtwerke.

Ich bitte die Damen und Herren des Hauses, die der Zuweisung dieses Antrags an den gewünschten Stadtrat zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so der Fall und damit zugewiesen.

Der nächste BeschlusSANtrag der Abgen. Georg Fuchs und Dkfm. Robert Hotter hat einen Rechtsanspruch auf die Begründung von Wohnungseigentum zum Gegenstand, wobei hier die sofortige Abstimmung dieses Antrags in der heutigen Sitzung verlangt wird.

Ich bitte die Damen und Herren des Hauses, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und der Antrag ist somit abgelehnt.

Ein weiterer BeschlusSANtrag der ÖVP-Abgen. Georg Fuchs und Dkfm. Robert Hotter hat ebenfalls die Novellierung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes zum Gegenstand. Der Antrag liegt den Fraktionen vor. Es wurde auch hier die sofortige Abstimmung in der heutigen Sitzung verlangt.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben möchten, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so der Fall und somit angenommen.

Wir kommen nun zu drei BeschlusSANträgen der GRÜNEN.

Der erste Antrag wurde hier von Frau Abg. Hannelore Weber, die steirische Forderung nach einer Wasserrabgabe betreffend, eingebracht. Es wurde die sofortige Abstimmung des Antrags beantragt.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit abgelehnt. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Bei den GRÜNEN sind ja wieder nur drei statt sieben da! - Abg. Jean Margulies: Wir drei sind ja da! Was soll das? - Abg. Ing. Karl Svoboda: Ich sage ja: Nur drei statt sieben! - Abg. Jean Margulies: Wirklich, bei uns nehmst ihr ja keine Rücksicht! - Abg. Ilse Forster: Beim letzten Gemeinderat waren sie ja auch nicht da! - Aufregung bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.)

Ein weiterer ... (Abg. Jean Margulies: Bremst Euch ein! Wirklich! Jetzt ist es aber genug! - Große Aufregung bei der SPÖ und den GRÜNEN.) Ein weiterer BeschlusSANtrag (Abg. Mag. Renate Brauner: Das ist ja kein Grund! Sie waren nicht da!) der Abg. Hannelore Weber und FreundInnen betrifft die Aufforderung an die Wiener Linien zur Ausarbeitung eines neuen Tarifsystems für Jugendliche bis 25 Jahre. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung des Antrags verlangt.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesen Antrag unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und der Antrag ist somit abgelehnt.

Der letzte BeschlusSANtrag, mit dem wir uns bei diesem Tagesordnungspunkt zu beschäftigen haben, ist ein Antrag der Frau Abg. Hannelore Weber, der einen Appell an die Bundesregierung zur Erarbeitung eines neuen Vorschlags für Fahrtkostenbeiträge an Studenten beinhaltet. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung des Antrags beantragt.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben möchten, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit und der Antrag ist somit abgelehnt.

Wir kehren nun zurück zur Abstimmung, und zwar über die Gesetzesvorlage in zweiter Lesung. Wenn kein Widerspruch vorliegt, werde ich diese zweite Lesung sofort vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Postnummer 3 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über Bauprodukte und die Akkreditierung von Prüf-, Überwachungs- und Zertifizierungsstellen für Bauprodukte in Wien (Wiener Bauprodukten- und Akkreditierungsgesetz - WBAG).

Berichterstatter hierzu ist Herr Amtsf. StR. Dr. Swoboda. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bitte um Annahme des Wiener Bauprodukten- und Akkreditierungsgesetzes. Es geht um den Nachvollzug einer EU-weiten Regelung zur Akkreditierung von Bauprodukten.

Ich bitte um Annahme.

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Da mir für diesen Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes über Internationale Informationsverfahren und Notifizierungen auf dem Gebiete technischer Vorschriften (Wiener Notifizierungsgesetz).

Berichterstatter dazu ist der Herr Amtsf. StR. Dr. Swoboda. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bitte um Annahme des Wiener Notifizierungsgegesetzes, so wie die anderen beiden Gesetze angenommen worden sind. - Danke.

**Präsident Dr. Erwin Hirnschall:** Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage, da keine Wortmeldung vorliegt.

Der § 5 Abs. 2 dieser Vorlage ist eine Verfassungsbestimmung. Hierfür ist gemäß § 119 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung die Anwesenheit der Hälfte der Landtagsabgeordneten erforderlich.

Diese Anwesenheit der Hälfte der Abgeordneten stelle ich hiermit fest.

Gemäß § 121 der Wiener Stadtverfassung ist für einen gültigen Beschuß darüber hinaus eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Diese Bestimmungen gelten für beide Lesungen.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig, und zwar mit der erforderlichen 2-Drittel-Mehrheit, angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Postnummer 5 der Tagesordnung betrifft den Tätigkeitsbericht 1994 des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Amtsf. StR. Hatzl, die Verhandlung einzuleiten.

**Berichterstatter Amtsf. StR. Johann Hatzl:** Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich ersuche um die entsprechende Beurteilung des Berichts in der Diskussion.

**Präsident Dr. Erwin Hirnschall:** Danke.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abg. Dr. Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Matthias Tschirf (ÖVP):** Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor uns liegt der Bericht des Unabhängigen Verwaltungssenats für das Jahr 1994. Er stellt das große Arbeitsvolumen, das diese unabhängige Verwaltungsbehörde in diesem Jahr zu erbringen hatte, dar. Wenn man allein von der Zahl der Ausweitung des Unabhängigen Verwaltungssenats in diesem Jahr und der Zahl der anfallenden Geschäftsstücke ausgeht, weiß man, was hier an Volumen, Quantität, aber auch an Qualität geleistet worden ist.

Der Unabhängige Verwaltungssenat ist eben eine Einrichtung, die an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Gerichtsbarkeit liegt, und es ist immer unser

Anliegen gewesen, daß hier ein nächster Schritt hin zu den Landesverwaltungsgerichten gesetzt wird. Die Kritik, die immer wieder von Seiten des Verwaltungsgerichtshofs an der eigenen Situation geübt wird - durch die lange Dauer der Verfahren kommt es manchmal fast zur Rechtsverweigerung -, zieht die Schaffung eines neuen Systems der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach sich.

Es gibt dazu Verhandlungen auf Bundesebene, und wir stellen uns vor, daß diese Verhandlungen jetzt mit entsprechender Vehemenz geführt werden und zu einer Lösung führen, die sowohl rechtsstaatlich im Sinne der Europäischen Menschenrechtskonvention, als auch im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen für Bund und Länder fair ist. Es kann sicherlich nicht so sein, daß sich hier der Bund zu Lasten der Länder - insbesondere auch der Stadt Wien - etwas erspart. Diese Entwicklung müßte aber auch mit einer entsprechenden Entwicklung im Dienstrecht für diesen Unabhängigen Verwaltungssenat einhergehen.

Wir haben hier in diesem Zusammenhang schon öfter darauf hingewiesen, daß auch bei uns Regelungen möglich wären, wie sie beispielsweise in Niederösterreich vorgesehen sind, wo es zuerst eine Wiederbestellung gibt, und dann erst wird - wie das bei den Richtern der Fall ist - der Übertritt in ein definitives Dienstverhältnis geklärt. Es müßte aber auch ein entsprechendes Entlohnungssystem - ähnlich wie es bei den Richterschemen der Fall ist - vorgesehen werden.

Das ist eine Diskussion, die wir sicherlich hier und in diesem Haus noch verstärkt führen werden. Ich hätte am Schluß aber auch noch einige Anregungen zu diesem Bericht.

Ich hätte gerne gewußt, wie viele Verfahren, die vom UVS an den Verwaltungsgerichtshof gegangen sind, durch den Verwaltungsgerichtshof gegeben sind, und wie es mit der Zahl der Amtsbeschwerden ist, die ja durch eine Novelle im Jahr 1993 eingeführt worden sind. Ich könnte mir in Zukunft in solchen Berichten auch stärkere inhaltliche Auseinandersetzung mit jenen Gesetzesmaterien, mit denen der Unabhängige Verwaltungssenat befaßt ist, vorstellen. Ähnlich wie das bei den Höchstgerichten ist, sollte das gerade auch für uns als gesetzgebende Körperschaft ein Anlaß sein, hier hinsichtlich Effizienz - und vor allem weniger Normen - entsprechende Schritte aufgrund der Erfahrungen des UVS zu setzen.

Die Schaffung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit auch auf Landesebene würde einen Entwicklungsprozeß in Österreich - eine über 100jährige Tradition seit der Schaffung des Verwaltungsgerichtshofs 1876 - abschließen. Der Wiener UVS sollte hier auch einen entsprechenden Schritt setzen. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Dr. Erwin Hirnschall:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Dr. Günther. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Helmut Günther (F):** Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der vorliegende Bericht des Unabhängigen Verwal-

tungssenats Wien ist mittlerweile der vierte. Er zeigt sehr deutlich die positive Entwicklung der Tätigkeit des UVS und auch die Notwendigkeit für die Rechtssicherheit der Wienerinnen und Wiener.

Nachdem im Jahr 1991 aufgrund des Artikels 129a Bundesverfassungsgesetz dieser UVS Wien eingerichtet worden ist, wurde er damals mit 18 Juristen besetzt. Mittlerweile sind es 38 Juristen geworden. Im Jahr 1991 hat er 2 539 Fälle zu behandeln gehabt, im Jahr 1994 waren es 10 214. In der Zwischenzeit hat sich also das Personal verdoppelt und der Arbeitsanfall vervierfacht.

Das Erfreuliche ist, daß im UVS schnelle Erledigungen erfolgen. Der Bundesgesetzgeber hat in den letzten Jahren auch erkannt, daß der UVS für viele Bereiche noch zusätzlich herangezogen werden kann. Ich denke da nur an das Kraftfahrgesetz, das Fremdenpolizeigesetz oder das Sicherheitsgesetz. Die Landesgesetze anderer Bundesländer haben das auch bereits erkannt und haben in Letztentscheidungen alle noch den UVS eingerichtet. In Wien hat man das bisher nicht gemacht, und ich bin der Auffassung, daß genau diese Einrichtung zu einer leichten Entlastung des Verwaltungsgerichtshofs führen würde.

Ich stelle daher gemeinsam mit Johann Herzog und Gerhard Zeihsel einen Beschuß- und Resolutionsantrag, betreffend Ausweitung der Zuständigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien.

**"Der Wiener Landtag möge beschließen:**

Zur Ausweitung der Zuständigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien gemäß Artikel 129a Abs. 1 Zif. 3 sind alle bestehenden Wiener Landesgesetze auf diese Möglichkeit hin zu überprüfen beziehungsweise ist bei Neuerlassung, Wiederverlautbarung und Novellierung von Landesgesetzen diese Möglichkeit mit zu prüfen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrags an den Amtsführenden Stadtrat für Bürgerdienst, Inneres, Personal beantragt."

Ein einziger Punkt, der nicht die Tätigkeit des UVS betrifft, aber in jedem Bericht aufscheint, ist die Raumsituation des UVS. Im Jahr 1991 wurde er provisorisch in der Dresdner Straße untergebracht. Daran hat sich bisher nichts geändert, außer das im Jahr 1993 eine Expositur im 2. Bezirk in der Schiffamtsstraße eingerichtet wurde und 1996 eine zweite Expositur eingerichtet werden soll. Das wird sicher zu langen Transportzeiten zwischen den einzelnen Exposituren und auch zu einer Verzögerung und Kostenerhöhung führen, die nicht notwendig sind.

Herr Stadtrat, Sie sind aufgerufen, für den UVS Wien, der mittlerweile im judiziellen Bereich und mit Verwaltungspersonal zirka 100 Leute umfaßt und allein im Jahr 1994 über 4 700 Verhandlungen zu führen hatte, sobald als möglich eine ordentliche Unterbringung zu schaffen.

Abschließend bleibt mir nur festzustellen, daß dem UVS für seine Tätigkeit Dank auszusprechen ist, und die Mitarbeiter hier ausgezeichnete Arbeit leisten. Die

freiheitliche Fraktion nimmt aus diesem Grund den Tätigkeitsbericht des UVS mit Dank und Anerkennung zur Kenntnis. (Beifall bei den F.)

**Präsident Dr. Erwin Hirnschall:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Schuster das Wort.

**Abg. Godwin Schuster (SPÖ):** Herr Präsident! Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann mich an und für sich dieser positiven Beurteilung meiner Vorredner 100prozentig anschließen, wenn es um den Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 1994 geht. Ich bin persönlich auch froh, daß er uns vorliegt, und auch über die Art und Weise, wie er - sehr inhaltsvoll - formuliert wurde. Die Diskussion, die wir einige Monate vorher hatten, als es etwas Unverständnis darüber gab, daß dieser Tätigkeitsbericht und dessen Vorlage etwas länger dauerte, als es vielleicht normalerweise üblich ist, hat - glaube ich - auch damals schon gezeigt, daß es von uns richtig war, hier vom Landtag aus keinen Eingriff in die demokratische Entscheidungsfindung des UVS insgesamt und auch in die Entscheidungsfindung der Vollversammlung vorzunehmen. Ich bin persönlich sicher und ich weiß auch, daß der Bericht für 1995 im Vollenden ist und wir mit diesem sicher rascher werden rechnen können als mit dem aus dem Jahr 1994.

Im Jahr 1994 wurden hier im Landtag zwei Novellen beschlossen, die den Erfahrungen der Praxis des UVS angepaßt wurden. Wir konnten damit sicherlich auch unseren Beitrag dazu leisten, daß nicht nur die Unabhängigkeit gefestigt und die Effizienz gefördert, sondern auch die Geschäftsverteilung durch die Befasung eines eigenen Geschäftsverteilungsausschusses wesentlich verbessert wurde.

Es wurde auch schon von meinen Vorrednern erwähnt, daß die Anforderungen an den UVS in den letzten Jahren gestiegen sind. Ich möchte mich jetzt nicht mit den einzelnen Zahlen, die ohnehin im Bericht vermerkt sind, befassen. Ich möchte nur einige, für mich doch sehr wichtige Punkte hervorheben. Ich möchte nur am Rande erwähnen, daß die mündlichen Verhandlungen enorm zugenommen haben und dadurch auch die Senatsmitglieder sehr, sehr hohen Anforderungen ausgesetzt waren. Besonders möchte ich aber auch hervorheben, daß die Beschwerden gegen die Entscheidungen des UVS im Jahr 1994 relativ gering waren. Sie bewegten sich im Bereich von 2 bis 2 1/2 Prozentpunkten. Die Frage, die von meinem Vorredner gestellt wurde - wie denn diese Beschwerden dann ausgingen -, kann noch nicht beantwortet werden, weil Anfechtungen, die 1994 bei den einzelnen Gerichtshöfen - Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof - vorgetragen wurden, teilweise noch immer offen und daher statistisch nicht erfaßbar sind.

Wichtig scheint für mich auch die Frage der Beurteilung der Leistungsbeurteilung der einzelnen Mitglieder im UVS, wenn man den Tätigkeitsbericht aus dem Jahre 1994 auch in diesem Sinne beurteilen möchte. Man soll und muß die Erledigung pro Mitglied im UVS in Wien mit 304 Fällen im Durchschnitt auch

im positiven Sinne erwähnen. Wir haben uns dann die anderen Bundesländer zum Vergleich angeschaut, und da konnten wir - zum Beispiel - folgendes feststellen: Burgenland 122 pro Mitglied, Niederösterreich 148, Oberösterreich 118 und Steiermark 189. Als einziges Bundesland war damals in Salzburg die Zahl der Erledigung von Geschäftsfällen höher als in Wien, nämlich um 40, wobei es in Salzburg im Jahr 1994 eine relativ hohe Summe an Einsprüchen gegen Parkgebühren - also Parkvergehen - gegeben hat. 45 Prozent aller behandelten Fälle 1994 in Salzburg waren Parkvergehensinsprüche. Insofern sollte man das auch hier mitberücksichtigen.

Es wurde aber auch schon erwähnt, daß vom Hause hier immer für die entsprechende Personalvorsorge Rechnung getragen wurde. Waren es 1991 16 Mitglieder, so waren es Ende 1994 34 Mitglieder, und wenn wir uns heute den Stellenplan anschauen, dann sind es bereits 49 Mitglieder, die im UVS tätig sind. Insgesamt gibt es beim UVS einen Personalstand von 118 Dienstposten, der Ist-Stand beträgt derzeit 119. Hier sieht man, daß auch der Personalstand aufgrund der hohen Anforderungen gestiegen ist.

Kollege Günther hat auch auf die Kritik, die im Bericht vermerkt ist, hingewiesen, daß nämlich die räumliche Situation nicht befriedigend ist. Sie ist deshalb nicht befriedigend ist, weil es ganz einfach durch den Standort Dresdner Straße und die Expositur im 2. Bezirk in der Schiffamtsstraße zweifellos nicht nur zu räumlichen, sondern auch zu organisatorischen Problemen kam und kommt. Es macht mir persönlich wirklich Freude, daß der Baufortschritt des vorgesehenen Projekts für den UVS in der Muthgasse doch enorm ist, dem Ende zugeht und eine Übergabe im Jahre 1997 zu erwarten ist.

Mir wurde gesagt, daß Mitte oder im zweiten Drittel 1997 die Räumlichkeiten übergeben werden, in denen dann der gesamte UVS - auch mit entsprechenden Reserveräumlichkeiten, wenn eine Ausweitung notwendig sein wird - untergebracht werden wird. Das entspricht auch - glaube ich - der Wertigkeit des UVS.

Ich möchte auch noch erwähnen - und damit komme ich schon zum Schluß -, daß im UVS für den EDV-Bereich eine große Vorreiterrolle gegeben ist. Hier sei wirklich auch erwähnt, daß es keinen Arbeitsplatz gibt, der nicht mit einem Bildschirm ausgestattet ist, ohne Rücksichtnahme auf die Wertigkeit der Tätigkeit, das heißt, vom Chef des UVS bis zum Amtsgehilfen hat jeder seinen PC und kann auch entsprechend agieren. Damit ist die interne Kommunikation nahezu vollständig über die EDV auch möglich. Der Zugriff zu Entscheidungen ist möglich, die Dokumentation funktioniert bestens, die Managementinformation, aber auch die Aktenverwaltung kann wirklich als vorbildlich bezeichnet werden. So vorbildlich, daß einzelne sich an dieses System angelehnt haben. Kärnten hat sogar das gesamte System angekauft.

Es gibt aber in der Beurteilung des UVS zweifellos auch Meinungsunterschiede zwischen dem Kollegen

Tschirf und mir. Er möchte - eigentlich seitdem wir uns mit diesem Thema gemeinsam befassen - eine Angleichung der im UVS beschäftigten Juristen an das Richtersystem haben. Ich selbst habe die Gelegenheit vor mehr als einem Jahr wahrgenommen - als wir diese Diskussion hatten - und habe dort die davon Betroffenen gefragt, ob sie das auch möchten. Ich kann hier nur neuerlich mitteilen, daß das Richtersystem von vielen auch als Nachteil empfunden wird, und es auch sehr viele gibt, die dieses System ganz einfach nicht wollen, weil sie nicht von den Gemeindebediensteten abgekoppelt sein möchten. Das soll man hier auch entsprechend beurteilen und bewerten. Ich glaube, es soll auch keine "Zwangsbeglückung" - das stelle ich jetzt bewußt unter Anführungszeichen - geben, wenn man meint, daß dieses Richtersystem einen Vorteil hätte.

Zur Frage der Bestellung gibt es im UVS insbesondere deshalb - das ist ja auch im Tätigkeitsbericht vermerkt -, weil 1996 eine große Anzahl von Verträgen auslaufen und eine Wiederbestellung stattfinden soll, eine Objektivierung durch ein Punktesystem, das auch mit der Personalvertretung akkordiert wurde. Ich glaube, daß hier auch eine Form gefunden werden wird, um eine halbwegs gerechte Wiederbestellung zu ermöglichen.

Um zum Schluß zu kommen, danke ich im besonderen dem Präsidenten des UVS, daß er so lange hier geblieben ist und auch der vorhergehenden Diskussion zugehört hat, weil er ganz einfach durch seine Anwesenheit bekundet hat, daß er auch an dem, was wir hier zum UVS zu sagen haben, interessiert ist. Ich möchte ihm auch dafür danken, daß ich zumindest beim Kontakt mit den Beschäftigten im UVS den Eindruck hatte, daß im UVS ein sehr gutes Klima herrscht, zu dem er im besonderen einen wesentlichen Beitrag leistet.

Ich möchte mich abschließend auch dem Dank an alle Mitarbeiter, die hier im UVS zum Wohle unserer Stadt und auch zum Wohle einer gerechten Beurteilung verschiedener Maßnahmen tätig sind, anschließen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Dr. Erwin Hirnischall:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlußwort verzichtet.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so der Fall und damit ist er einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wir haben hier noch über einen Beschußantrag der Abgen. Dr. Helmut Günther, Johann Herzog und Gerhard Zeihsel betreffend die Ausweitung der Zuständigkeit des Unabhängigen Verwaltungssenats, abzustimmen, wobei hier die Zuweisung dieses Antrags an den Amtsführenden Stadtrat für Bürgerdienst, Inneres und Personal beantragt wurde.

Ich darf daher die Frage stellen, welche Damen und Herren dieser Zuweisung die Zustimmung geben wollen, und ersuche um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so der Fall und der Antrag somit dem Herrn Stadtrat zugewiesen. (Achtsf. StR. Johann Hatzl: Danke schön!) Bitte sehr.

Postnummer 6 der Tagesordnung betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem ein Zuschuß zum Karenzurlaubsgeld oder zur Ersatzleistung geschaffen wird (Wiener Karenzurlaubszuschußgesetz) und die Besoldungsordnung 1994, (5. Novelle zur Besoldungsordnung 1994) und die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (1. Novelle zur Vertragsbedienstetenverordnung 1995) geändert werden.

Berichterstatter hierzu ist Herr Achtsf. StR. Hatzl. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Achtsf. StR. Johann Hatzl: Herr Präsident! Hohes Haus!

Auch hier ersuche ich um Zustimmung für die Vorlage des Gesetzes, wobei ich hoffe, daß es eine einstimmige Zustimmung ist.

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall, ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Sander. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jutta Sander (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, ich kann mich da relativ kurz fassen. Wir haben schon die x-te Diskussion zum Sparpaket letztes Jahr und zu diesem Sparpaket gehabt. Ich glaube, die Positionen der GRÜNEN sind ziemlich klar.

Hier geht es um einen Teil aus diesem Sparpaket eins, und zwar um die Nachvollziehung dessen, was im ASVG und auch bei den Bundesbeamten bereits wirkt. Jetzt soll auch für die Wiener Beamten diese Regelung für den Bezug des erhöhten Karenzurlaubsgeldes - ich sage das sehr ungern, denn es handelt sich nicht um einen Urlaub, aber das ist leider laut Gesetz der richtige Terminus - gelten. Es geht also um diesen zurückzuzahlenden Zuschuß. Die Kritikpunkte sind wirklich schon x-mal von uns eingebracht worden. Es handelt sich bei den betroffenen Personen um ungefähr 310 Mitarbeiterinnen und um einen Einsparungseffekt von 10 Millionen Schilling.

Als Vergleich dazu, wieviel man gerne für den Verkehr ausgibt: 5 Millionen Schilling haben zum Beispiel diese 10-Minuten-Gratis-Parkscheine gekostet. Ein netter Vergleich, denn doppelt so viel wäre hier im Sozialbereich für eine sehr sinnvolle Sache notwendig gewesen. Es handelt sich nämlich nicht immer um die berühmten Alleinerzieherinnen, die zu bequem und zu faul zum Heiraten sind oder das Geld einstreifen wollen, sondern es handelt sich hier sehr häufig um Familien, die unter diese Grenzen fallen, und daher jetzt

statt dem früher erhöhten Karenzgeld den zurückzuzahlenden Zuschuß erhalten können.

Wir sind natürlich gegen eine derartige Regelung. Wir haben auch schon Meldungen darüber erhalten, daß es bereits zu Kürzungen der Unterhaltungszahlungen an die Familien kommt, weil ja die Väter schon mit den Rückzahlungen beginnen. Es handelt sich jetzt da nicht um unsere Beamten, aber man sieht natürlich schon ganz klar, daß es auf die Familien doppelt zurückzuschlagen wird.

So einer Regelung werden wir also keinesfalls zustimmen. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau Abg. Tomsik. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Josefa Tomsik (SPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann es auch kurz machen. Es hätte mich gewundert, wenn die GRÜNEN dem Akt hier zugestimmt hätten, weil das ganz gegen ihre Einstellung geht.

Normalerweise geht alles, was gegen sozial Schwächere ist, auch gegen meine Einstellung, nur - ich glaube, ich habe Sie richtig verstanden - wenn Sie jetzt schon wissen, daß Väter, die unterhaltpflichtig sind, schon jetzt - weil sie regelhaftpflichtig werden, wenn die Mütter den Erzeuger ihres Kindes bekanntgeben - ihre Unterhaltszahlungen kürzen, dann würde ich sagen, daß ich gerade in diesem Fall dafür bin, daß dieses Gesetz, so wie es hier jetzt vorliegt, auch eingehalten wird. Das wäre ja die leichteste Art, zu sagen, daß Unterhaltszahlungen aus diesem Grunde eingestellt werden. Das kann nicht stimmen. Denn wenn sie jetzt schon eingestellt werden, dann muß ich Ihnen sagen, daß Sie aus der Praxis nicht sehr viel wissen!

Unterhaltungszahlungen werden auch jetzt schon von denjenigen, die nicht zahlen wollen, nicht bezahlt, und nicht erst aufgrund der Regelungen, die jetzt beim Karenzurlaubsgeld oder hier bei den Beamten durchgeführt werden! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Danke. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Er verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung, jetzt sind wir schon einstimmig ... (Abg. Jean Margulies: Wir sind dagegen! - Abg. Mag. Renate Brauner: Die GRÜNEN nicht!) Bitte? (Abg. Ilse Forster:

Die GRÜNEN nicht! - Abg. Mag. Renate Brauner: Die GRÜNEN nicht!) Die GRÜNEN nicht. - Das ist mit Mehrheit angenommen. (Abg. Jean Margulies: Der Woller hat das anders gesehen! Wir sind aber wirklich dagegen! - Heiterkeit bei der SPÖ.) Der Woller hat mich irregeführt, ja! (Allgemeine Heiterkeit.) Das kommt davon, wenn man sich unter die Opposition mischt! (Abg. Johannes Prochaska: Ja, ja, das hat man davon!)

**- Weitere Heiterkeit.)**

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Mir liegen nun zwei Protokolle vor, die ich vom Stenographenbüro im Hinblick auf Anregungen, hier gewisse Passagen zu prüfen, angefordert habe.

Ich habe hier das Protokoll der Rede des Herrn Abg. Dr. Pawkowicz, wo dann folgende Passage vorkommt - ich zitiere aus dem Protokoll: "Ich verstehe überhaupt nicht, wieso ein Planungsstadtrat im Stil, ich sage noch einmal, im Stil Ceausescus oder Ulrichts oder wer auch immer hergeht und die Öffentlichkeit ausspart."

Für diese Aussage erteile ich dem Herrn Abg. Dr. Pawkowicz den Ordnungsruf. (*Beifall bei der SPÖ*.)

In weiterer Folge habe ich die Anregung bekommen, aus der Rede des Herrn Abg. Prinz das Protokoll auf eine Passage hin zu studieren. Ich darf auch hier den Satz zitieren: "Also wissen Sie" - das geht jetzt in Richtung des Abg. Honay: "also wissen Sie, auf den Schwachsinn, denn Sie da verzapfen, gehe ich wirklich nicht ein."

Auch für diese Aussage erteile ich dem Herrn Abg. Prinz den Ordnungsruf. (*Abg. Jean Margulies: Also das ist doch kein Ordnungsruf! "Schwachsinn" ist doch kein Ordnungsruf! - Abg. Ing. Karl Svoboda: Wenn es aber der Präsident sagt, ist es ein Ordnungsruf! - Abg. Jean Margulies: Aber "Schwachsinn" doch nicht! Das gibt es doch gar nicht! - Abg. Andreas Honay: Es ist aber sol - Abg. Jean Margulies: Also da bin ich wirklich ganz traurig! Bei "Schwachsinn" ein Ordnungsruf! - Aufregung bei der SPÖ und den GRÜNEN.*)

Der Kollege Margulies ist traurig, daß wir vom Präsidium aus solche Äußerungen nicht als parlamentarisch möglich zulassen wollen. Nein, also wir sind unermüdlich erzieherisch tätig, um das Niveau des Landtags zu heben (*Abg. Jean Margulies: Super! - Beifall bei der SPÖ und ÖVP*.)

Wir kommen nun zur Postnummer 7 der Tagesordnung, betreffend die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz geändert wird.

Berichterstatterin hierzu ist Frau LhptmStvin. Grete Laska. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter LhptmStvin. Grete Laska: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist bereits gesagt worden. Ich bitte Sie, dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz geändert wird, zuzustimmen, wobei ich meinen würde, daß diese Änderung eine sehr positive und auch notwendig ist. Daher bitte ich Sie, dem positiv gegenüberzustehen.

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Ge-

neral- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen die Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Sander. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Jutta Sander (*GRÜNE*): Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Zuerst einmal muß ich ein bißchen weiter ausholen, nämlich bis zum ursprünglichen Pflegegesetz.

Am 28. Mai 1993 haben wir hier das Wiener Landespflegegeldgesetz beschlossen, in dem folgendes steht: "Die Vertragsparteien kommen überein, auf der Grundlage der bundesstaatlichen Struktur Österreichs die Vorsorge für pflegebedürftige Personen bundesweit nach gleichen Zielsetzungen und Grundsätzen zu regeln. Die Pflegeleistungen werden unabhängig von der Ursache der Pflegebedürftigkeit gewährt. Unter gleichen Voraussetzungen werden gleiche Leistungen als Mindeststandards gesichert. Auf die Gewährung des Pflegegeldes besteht unabhängig von Einkommen und Vermögen ein Rechtsanspruch."

Ich wiederhole: "Auf die Gewährung des Pflegegeldes besteht unabhängig von Einkommen und Vermögen ein Rechtsanspruch." - Und das war damals eigentlich einer der Hauptsätze, die auch immer wieder zitiert worden sind, nämlich: Gleicher Recht, unabhängig davon, ob man ein bißchen mehr oder ein bißchen weniger hat, denn es geht darum, Pflegeleistungen für behinderte Menschen zur Verfügung zu stellen oder den Kauf zu ermöglichen.

Wir haben damals einen Abänderungsantrag eingebracht, und ich habe damals schon gesagt, daß das eine halbherzige Schmalspurlösung ist. Für die pflegebedürftigen Personen war das ein erster Schritt für eine Verbesserung, aber durch diese Leistungen konnte keinesfalls eine selbstbestimmte, bedürfnisorientierte Lebensführung der Betroffenen erreicht werden. Das ist jetzt durch die Nichtvalorisierung sowieso noch weniger gegeben.

In diesem Antrag war damals auch die Möglichkeit vorgesehen, nach dem Ende des Karenzjahres, nach der Erreichung des zweiten Geburtstags, das Pflegegeld beziehen zu können. Heute muß ich das revidieren und sagen, nachdem das Karenzgeld und die Karenzzeit ja in einem derartigen Ausmaß verschoben und verschlechtert werden, kann man sich auf diese Karenzleistung gar nicht mehr beziehen.

In diesem Zusammenhang bringe ich jetzt einen Antrag ein, der lautet, daß im § 4 Abs. 1 des Wiener Pflegegeldgesetzes die Wortfolge "ab Vollendung des dritten Lebensjahres" ersetztlos gestrichen werden soll. Sobald also erkannt wird, daß ein Kind behindert ist und zusätzlich Pflegeleistungen braucht, soll es die Möglichkeit des Pflegegeldbezug haben.

Ich habe da noch eine andere Variante, weil ich vermute, daß diese erste Variante, die eine viel weitreichendere ist, nicht auf Zustimmung stoßen wird.

Diese zweite Variante soll immerhin diese Kann-Bestimmung beinhalten, und ich frage hier schon, wer entscheidet denn, wie und wann diese Kann-Bestimmung, die jetzt in diesem neuen Entwurf vorgesehen ist, zum Zug kommen soll, obwohl ein Rechtsanspruch vorliegt? Wem ist es also gegeben, diese Kann-Bestimmung auszulegen? Wer bestimmt die sozialen Härten?

In diesem Zusammenhang und auch im Zusammenhang mit dem aus dem ursprünglichen Gesetzes- text zitierten Satz: "Auf die Gewährung des Pflegegeldes besteht unabhängig von Einkommen und Vermögen ein Rechtsanspruch.", gibt es also diese zweite Variante: "Pflegegeld ist auch vor Vollendung des dritten Lebensjahres zu gewähren, wenn der durch die Behinderung bedingte zusätzliche Pflegebedarf durchschnittlich mehr als 120 Stunden monatlich beträgt" - also wenn Pflegestufe III erreicht wird. Das heißt, daß wieder nicht auf die Einkommenssituation, sondern auf die Situation der Behinderung Bezug genommen werden soll, also eine Gleichheit der Personen gewährleistet sein soll. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Abschließend kann man eigentlich nur noch folgendes sagen und noch einmal wiederholen: Dadurch, daß es für 1996 und 1997 zu keiner Valorisierung des Pflegegeldgesetzes kommt, haben behinderte Menschen in Österreich - und speziell natürlich auch in Wien - ohnedies mit Nachteilen zu rechnen. Sie werden auch von anderen Maßnahmen des Sparpakets betroffen und es wird dadurch ihr Leben zusätzlich erschwert sein.

Ich hoffe doch, daß Sie sich noch auf die vor zwei oder zweieinhalb Jahren in Kraft getretenen Bestimmungen besinnen und die Gleichheit der Personen vor dem Gesetz, die dieses Pflegegeld in Anspruch nehmen sollen, überdenken. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

**Präsident Dr. Erwin Hirnischall:** Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Karl. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Franz Karl (ÖVP):** Herr Präsident! Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe in der Rede zum Wiener Pflegegeldgesetz am 28. Mai 1993 es eine zweite Sternstunde dieses Hauses genannt, daß dieses Gesetz beschlossen wird. Die erste Sternstunde war die Beschußfassung über die Behindertenbauordnung. Meine Damen und Herren und insbesondere die Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, Herr Klubobmann Ing. Svoboda, ich wäre ungeheuer dankbar, wenn der heutige Tag eine dritte Sternstunde sein könnte!

Ich gebe der Frau Vizebürgermeisterin durchaus recht, daß es sich hier um eine Fortentwicklung, um eine positive Gesetzesvorlage handelt. Aber ich glaube, niemand in diesem Haus ist so berufen, zu dieser Frage zu sprechen, wie ich. Wir müßten einen Schritt weitergehen! Das Pflegegeldgesetz stimmt nicht auf soziale Härten ab, und eigentlich ist dieser heutige Fortschritt systemwidrig. Denn es ist wirklich nicht

einzusehen, warum bei einem 5jährigen, 6jährigen oder 80jährigen sein sonstiges Einkommen und Vermögen keine Rolle spielt, warum es aber bei einem kleinen Kind eine Rolle spielen soll!

Ich darf Ihnen aus persönlicher Erfahrung sagen, daß hier die Argumentation - ein Kind unter drei Jahren muß sowieso gepflegt werden und braucht keine verstärkte Pflege - schon von Anfang an falsch war. Wenn ein muskelkrankes Kind in der Nacht jede Stunde: "Papa, umdrehen!" und ähnliche Dinge ruft, dann können Sie mir glauben, daß das eine Belastung ist - nicht einmal so sehr eine finanzielle Belastung, sondern eine psychische Belastung. Hier sollte man eben - glaube ich - diese psychische Belastung dadurch mildern, daß man den Menschen den Eindruck vermittelt, die Gesellschaft, der Staat, das Land anerkennen diese Leistung. Hier sollte man wirklich darauf dringen, daß ganz einfach dieser Passus - diese Einschränkung von über drei Jahren - gestrichen wird.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß das an den Finanzen scheitern kann. In der Gesetzesvorlage steht von 7,5 Millionen, im Entwurf zum Bundespflegegeldgesetz stehen bei der gleichen Stelle 500 000 Schilling. Das wären überhaupt nur vier, fünf Leute, und mir wurde gesagt, man stellt auf die Pensionen ab. Aber ich habe im Ausschuß gefragt, wie das wäre, wenn es mein Kind betreffen würde - also mich als Beamten -, und da wurde mir gesagt, daß das sehr wohl der Bund zahlen müßte.

Ich glaube, man hat im Grunde genommen überhaupt keine Ahnung, was die Kosten betrifft, sondern das sind alles so Über-den-Daumen-Schätzungen. Ich glaube aber auch umgekehrt, daß das nicht zu einer entscheidenden Veränderung in den Finanzen führen würde. Also meines Erachtens würden wir - wenn wir das großzügig regeln und die 7,5 Millionen, was ich nicht weiß, stimmen würden - dann vielleicht auf 10 Millionen kommen. Wieviele unnötige Subventionen und ähnliches werden in der Höhe von 2,5 Millionen - ich sage es ganz brutal - hinausgeschmissen!

Bitte reden Sie sich nicht auf die Bundessituation aus! Im Salzburger Pflegegeldgesetz ist es so geregelt, wie ich und wie es vorhin auch die Frau Kollegin Sander es verlangt haben. Ich bringe daher auch einen ganz ähnlichen Abänderungsantrag ein, der darauf abstellt, daß im § 4 Abs. 1 dieser Passus mit den drei Jahren gestrichen wird.

Es geht aber auch noch um eine zweite Sache. Im § 6 zweiter Satz des Wiener Pflegegeldgesetzes wird die erhöhte Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder zur Hälfte auf das Pflegegeld angerechnet. Ich meine, auch das sollte herausgenommen werden. Auch hier sollte man die Sache so sehen, daß solche Familien ganz dringend - selbst wenn sie reiche oder sogenannte reiche Familien sind - eine Unterstützung brauchen. Eine Unterstützung auch in dem Sinn, daß die Gesellschaft damit dokumentiert, daß der behinderte Mensch, das behinderte Kind gleichwertig mit sogenannten normalen Kindern sind. (*Beifall bei der*

**ÖVP.**

Das Sparpaket - und das ist schon öfters gesagt worden - ist für alle schmerzlich. Wenn ich an die heutige Show des Kollegen Pilz zu der Studentensache denke, dann muß ich sagen, das war in diesem Sinn wirklich unnötig. Bei behinderten Menschen sollte man nicht einsparen, das habe ich in einer meiner letzten Reden auch gesagt. Das Sparpaket tut allen weh. Es tut Studenten weh. Es tut Familien weh. Es tut sonstigen Einkommensbeziehern weh. Aber bei behinderten Menschen ist das eine besondere Sache, und hier sollte man möglichst großzügig sein.

Ich darf Ihnen das alles aus persönlicher Erfahrung sagen und bitte Sie daher, überlegen Sie noch einmal, ob Sie nicht doch ganz einfach die Streichung dieser Passage, die das dritte Lebensjahr enthält, durchführen könnten. Es ist eine traurige Sache und es ist ganz wichtig, wenn die Gesellschaft mit voller Kraft dokumentiert, daß sie hinter solchen Eltern steht. Ich sehe auch die Gefahr, daß manche Eltern - Gott sei dank nicht sehr viele - sonst ihre Kinder in Heime abschieben könnten. Das wäre ganz schlimm, wenn aus diesem Grund ein Kind in ein Heim käme! Bitte denken Sie nach! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Dr. Erwin Hirschlal:** Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau Abg. Schwarz-Klement. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Brigitte Schwarz-Klement (F):** Herr Präsident! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Den vorliegenden Entwurf, mit dem das Pflegegeldgesetz geändert werden soll, soll der Wiener Landtag heute zum Beschuß erheben. Ich habe dazu zwei Nachrichten für Sie, nämlich eine gute und eine schlechte.

Die gute Nachricht ist, daß wir Freiheitlichen diesen Beschuß selbstverständlich mittragen werden, und zwar deshalb, weil Sie, meine Damen und Herren Sozialdemokraten, endlich eingesehen haben, daß es Menschen gibt, die bereits behindert geboren werden, und auch Kleinkinder unter drei Jahren einen erheblich erhöhten Pflegebedarf aufweisen können.

Das ist aber auch schon der einzige Grund, warum wir Freiheitlichen zustimmen werden. Daher jetzt die schlechte Nachricht.

Wir Freiheitlichen üben heftigste Kritik über den Sozialabbau, der ebenfalls in diesen Tagen seitens SPÖ und ÖVP beschlossen wurde. Ich erkläre Ihnen auch warum. "Ich werde alles tun, damit behinderte Menschen zu ihrem Recht kommen", hat Ihr Führer Vranitzky vor den letzten Wahlen versprochen. Was seine Worte ... (Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Doch nicht Führer! - Abg. Herbert Pfannenstiel: Aber doch nicht Führer!) Ich stelle Ihnen anheim, wer hier bei Ihnen das große Sagen hat, und ich komme später noch darauf zurück.

Was jedenfalls seine Worte und seine Ankündigungen wert sind, das zeigt jetzt das Belastungspaket, das für jeden pflegebedürftigen Menschen ein regel-

rechter Schlag ins Gesicht ist. Ein Anschlag auf die Rechte unserer behinderten Mitmenschen. Ihr Führer Vranitzky (Abg. Johann Driemer: Vorsicht!) hat noch vor den Wahlen versprochen, daß es in der Pflegeversorgung zu keinen Qualitätsverschlechterungen und zu keinen Änderungen, die nicht sozial verträglich sein werden, kommen wird. Nach den Wahlen haben wir nun gleich die Aussagen von der Frau Ederer bezüglich des Pflegegeldes gehabt, und da haben Sie dann natürlich Ihr wahres Gesicht gezeigt!

Gemeinsam mit den nun geplanten Maßnahmen des Belastungspakets wird daher klar, wie genau Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, es mit der Wahrheit wirklich nehmen und wie ernst es Ihnen ist, die Anliegen und die Bedürfnisse behinderter Menschen durchzusetzen und ihre Anliegen auch anzunehmen.

Aber auch Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, muß ich eine gewisse Wortbrüchigkeit vorwerfen (Abg. Gerhard Pfeiffer: Ordnungsruff!), denn Ihr Obmann Schüssel war es, der vor den Wahlen eine sogenannte Sozialgarantie abgegeben und damit gemeint hat, daß behinderten Menschen nichts weggenommen werden wird. Möglich, daß er sich bei den Verhandlungen als kleinerer Partner gegenüber Vranitzky nicht so durchsetzen hat können. Aber Faktum ist jedenfalls, daß die Regierungsparteien ein Sozialabbau-Paket geschnürt haben, und Behinderte sollen 4 Millionen Schilling - größtenteils aus dem Pflegegeldbereich - zum Stopfen des Budgetloches beitragen.

Im Klartext heißt das:

Erstens: Kürzung bei der Pflegestufe I für Neubezieher. Glauben Sie nicht auch, daß man hier zwei Klassen von Pflegegeldbeziehern schafft? Wie Sie das rechtfertigen wollen, ist mir bis jetzt nicht klar. Aber ich kann mir schon vorstellen, daß Ihnen schon irgendein süßer Wiener Schmäh einfallen wird!

Zweitens: 50 Prozent Kürzung des Taschengeldes bei Heimaufenthalten. Da ist natürlich die Tatsache bezeichnend, daß die Öffentlichkeit schon - bevor noch die behinderten Menschen überhaupt ihr Pflegegeld ausbezahlt bekommen - die Hand darauf hat und zu langt. Was da im einzelnen und für den einzelnen nach Abzug des Essensbeitrags von 1 000 Schilling und nach Einbehalt des 30prozentigen Pflegeanteils für die Stadt Wien, und so weiter und so fort, für das sogenannte selbstbestimmte Leben und auch noch für Therapien - für das ja das Pflegegeld eingeführt wurde - übrigbleibt, das kann sich also - glaube ich - jedes Kind an seinen fünf Fingern ausrechnen!

Drittens: Keine Inflationsanpassung des Pflegegeldes weder 1996 noch 1997 - das ist heute schon erwähnt worden -, vor allem, wenn man die Kriterien, die zum Erhalt des Pflegegeldes überhaupt einmal führen, bedenkt, zum Beispiel die Voraussetzung von 80 bis 100 Stunden Pflege! Das ist also wirklich nicht in Einklang zu bringen!

Aber ich möchte Ihnen da noch einen ganz bemerkenswerten Punkt am besten anhand eines praktischen

Beispiels aufzeigen.

Ich habe hier einen Brief eines Wiener Bürgers vorliegen, dessen 92jährige Mutter Pflegegeld der Stufe III erhält. Nun hätte dieser Mann für seine alte Mutter auch noch gerne einen samstägigen Besuch von einer halben Stunde. Wissen Sie, was da jetzt geschieht? Ich zitiere Ihnen das gerne aus diesem Brief: "Im konkreten muß meine Mutter, um einen Zuschuß von 320 Schilling pro Monat zu erhalten, um Erhöhung des Pflegegelds von Stufe III auf IV, also um fast 3 000 Schilling ansuchen. Dann erst zahlt die Gemeinde nochmals 320 Schilling dazu, meine Mutter wiederum zirka 640 Schilling weg, und den Rest von 2 660 Schilling gehen wir - entschuldigen Sie bitte - versaufen."

Meine Damen und Herren! Was glauben Sie, was da in weiterer Folge wirklich geschehen wird? - Es ist ganz klar: Die Stützpunkte der MA 47 werden die Kosten für die Heimhilfestunden hinaufzitieren. Der Briefschreiber sieht das auch ganz klar und ganz richtig, denn er sagt - und da zitiere ich auch wieder wörtlich: "Unter dem Vorwand des Sparens wird hier der PVA das Geld aus der Tasche gezogen." Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir noch einmal genau diskutieren müßten.

Ich komme zum 4. Punkt: Einführung von Ruhensbestimmungen bei Krankenkassenaufenthalten auch bei Familienangehörigen.

Der 5. Punkt: Streichung der Körperbehindertenfreibeträge bei Pflegegeldbezug.

Und so weiter und so fort. Es gäbe noch eine Fülle von Punkten, die Behinderte betreffen und in Ihr Belastungspaket mit hineinverpackt wurden.

Meine Damen und Herren! All diese Maßnahmen nehmen ganz sicher nicht Rücksicht auf die Bedürfnisse der behinderten Menschen. Wir Freiheitlichen werden da sicher nicht ruhig zusehen. Sie können sich da noch auf einiges gefaßt machen.

Ich möchte Ihnen aber ein Sprichwort zum Nachdenken mitgeben, dieses lautet - jetzt etwas frei interpretiert von mir -: Zeige mir, was du mit dem Behinderten machst, zeige mir, wie du mit ihm umgehst, und ich sage dir, wer du bist! (*Beifall bei den F.*)

**Präsidentin Ingrid Smejkal:** Als nächste Rednerin ist Frau Abg. Stubenvoll zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg. Erika Stubenvoll (SPÖ):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wenn heute von Sternstunden gesprochen wurde, dann möchte ich das, was hier geschieht, eigentlich nicht als solche bezeichnen. (*Abg. Mag. Franz Karl: Es könnte eine werden!*) Es ist einfach eine Anpassung des Pflegegeldgesetzes an das Bundesgesetz, das ebenfalls in einer Gesetzesvorlage vorliegt und in dem genau dieselbe Text verwendet wird. Ich zitiere aus der Vorlage:

"Nach der Feststellung des Ausmaßes der Pflegebedürftigkeit als grundsätzliche Voraussetzung sind als maßgebliche Kriterien für die Feststellung des Vorlie-

gens einer besonderen Härte die persönlichen, wirtschaftlichen und familiären Umstände des pflegebedürftigen Kindes heranzuziehen. So werden, abgesehen vom außergewöhnlichen Pflegeaufwand gegenüber einem gleichaltrigen gesunden Kind, auch die Einkommens- und wirtschaftlichen Verhältnisse des Pflegebedürftigen und der unterhaltpflichtigen Angehörigen zu berücksichtigen sein."

Das ist der Text des Entwurfes für das Bundespflegegesetz. Wir haben uns in der 15a-Vereinbarung verpflichtet, hier konform zu gehen, das heißt, die Ländergesetzgebung an die Bundesgesetzgebung anzulegen, und das wird hiermit nachvollzogen. Aber davon zu sprechen, daß sozusagen, seit die Freiheitlichen in dieser Stärke hier vertreten sind, erstmalig etwas für Behinderte in dieser Stadt geschieht, das kann man, glaube ich, nicht unwidersprochen hier im Raum stehenlassen.

Es gab sehr viele positive Veränderungen. Wenn ich allein nur - ich habe das hier schon des öfteren gesagt - die Entwicklung der Ausgaben in den Budgets für behinderte Menschen in den letzten zehn Jahren hernehme, dann sind das beachtliche Steigerungen. Sogar im Zuge der Sparmaßnahmen - das hat die Frau Vizebürgermeisterin auch in ihrer Budgetrede gesagt - ist es uns gelungen, eben für sozial bedürftige Menschen in dieser Stadt eine beträchtliche Steigerung des Budgets herbeizuführen. Da sprechen die Zahlen für sich, da brauchen wir gar nicht herumzudiskutieren.

Übrigens haben wir noch vor Einführung des Pflegegeldes, und zwar im Jahr 1991, durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft "Frühförderung" Maßnahmen für behinderte Kinder und deren Eltern ergriffen, wobei durch Beratung, durch Trauerarbeit in der Familie, durch Familienbegleitung eine wesentliche Unterstützung gerade der schwer betroffenen Eltern erfolgt ist. Es war dies eine freiwillige Leistung des Landes Wien, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen Kostenrahmen von 11 Millionen Schilling ausmacht, also wesentlich mehr als das, was durch die Erweiterung des Pflegegeldes für die Kinder unter drei Jahren bereitgestellt wird. Und ich bitte auch, das nicht zu verwechseln, denn das wurde heute hier sehr verwirrend dargestellt. Es heißt ja im Text: Pflegegeld kann vor der Vollendung des dritten Lebensjahres gewährt werden. (*Abg. Brigitte Schwarz-Klement: Dem stimmen wir ja zu!*) Es ist eine durchaus positive Maßnahme, aber der Herr Karl hat, glaube ich, gesagt, nach dem dritten Lebensjahr. Vielleicht hat er sich nur versprochen. (*Abg. Mag. Franz Karl: Nein, das habe ich nicht gesagt! Das ist aus meinen Ausführungen nicht hervorgegangen!*)

Es geht, wie gesagt, nicht nur um die Gewährung des Pflegegeldes, sondern es ist durchaus so - und ich freue mich darüber, daß es geschehen kann -, daß Kinder unter drei Jahren beziehungsweise deren Eltern Pflegegeld bekommen können. Sie brauchen es dringend für die Pflege ihrer behinderten Kinder: Zusätzlich als Leistung des Landes gibt es eben die Leistung der "Frühförderung". Diese "Frühförderung" erfolgt - das

muß hier auch einmal gesagt werden - in den Familien, in der Wohnung der Betroffenen, und all die Eltern, die diese Leistung beziehen, sind froh und dankbar, daß es das gibt. Das ist für die Eltern kostenlos.

Ich glaube, wenn wir sparen sollen, dann kann man keine Gruppe ausnehmen. Es sind jedoch wirklich nur kleine Einsparungsmaßnahmen, die im Bereich des Pflegegeldgesetzes wirksam werden, und das zeigt eben auch das besonders schonende Vorgehen in diesem Bereich. Ich denke, wenn man das gut argumentiert und mit behinderten Menschen diskutiert, dann werden sie diese Regelung auch verstehen, noch dazu, wenn man dem die vielen positiven Leistungen gegenüberstellt, die diese Stadt für behinderte Menschen bereits gesetzt hat.

Zu diesen positiven Leistungen zählt zum Beispiel das Wohnprogramm, das Sie gar nicht erwähnt haben. Wir haben das Wohnprogramm erweitert. Das gibt es in vielen anderen Ländern überhaupt nicht. Wenn Sie sich in den Bundesländern umschauen, dann finden Sie keine Leistungen, die mit denen des Landes Wien vergleichbar sind. Und das soll hier auch einmal gesagt werden. (Abg. Mag. Franz Karl: Aber die Salzburger haben es!) Ja, nur auf den Bereich des Pflegegeldes bezogen, aber schauen Sie sich die anderen Leistungen für behinderte Menschen im Bundesland Salzburg an. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Genau! Darum geht es! - Abg. Ilse Forster: Geld allein bringt es nicht!) Man muß immer auch das Gesamtpaket sehen, und da, glaube ich, gibt es kein Bundesland in Österreich, das mithalten kann mit den Leistungen, die Wien bietet. Bitte versuchen Sie, eine Gesamtschau zu machen und nicht immer nur ein Detail herauszuziehen und das anzuschwärzen.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu dieser wirklich positiven Maßnahme. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Abg. Margulies hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Jean Margulies (GRÜNE): Wir haben vorgestern Gesundheitsausschuß gehabt und sind mit folgender - wie manche meinen - sehr erfreulichen Information konfrontiert worden. Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1995 kommt zu dem Schluß, daß in den Bereichen der Pflegeheime und der Gesundheit 900 Millionen Schilling weniger ausgegeben worden sind, als ursprünglich geplant war. Von diesen 900 Millionen Schilling fließen 800 Millionen Schilling in das Budget zurück, 100 Millionen Schilling sollen als Rücklage unter dem Titel "4210 Pflegeheime" verwendet werden.

Aufgrund dieser Situation - das ist der Grund, weshalb ich mich gemeldet habe - könnte die Sozialdemokratie einem Prinzip, dem sie immer gefolgt ist, daß nämlich gerade bei der Pflege dem Finalitätsprinzip zum Durchbruch verholfen werden soll, das heißt, daß, wenn das Ereignis der Pflegebedürftigkeit eintritt, dem behinderten Menschen unabhängig vom sonstigen Einkommen ein Einkommen zur Pflege zur Verfügung ge-

stellt wird, auch bei Kindern unter drei Jahren nachkommen. Es wäre ohne weiteres möglich, die 7 bis 10 Millionen Schilling, die das möglicherweise kosten würde - darüber gibt es unterschiedliche Einschätzungen -, aus dieser Post 4210 zu nehmen, weil ja dort 100 Millionen Schilling als Rücklage noch nicht verwertet und verwendet beinhaltet sind und die möglicherweise sinnvoller angelegt werden könnten als zum Ausbau von zwei Großpflegeheimen.

Genau für diese zwei Großpflegeheime Favoriten und Floridsdorf sind jeweils 5 Millionen Schilling zusätzliche Ausgaben für die Planung zur Verfügung gestellt worden. Das wären locker die 10 Millionen Schilling, und ich ersuche, einmal doch den eigenen Prinzipien gerecht zu werden. Das Geld ist vorhanden. Es ist nicht notwendig, irgendwelche großen Überschreitungen zu beschließen. Geld ist da, es fehlt nur Euer Willen. Ich hoffe, daß sowohl dem Antrag der Frau Sander als auch jenem des Mag. Karl zugestimmt wird. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlußwort.

Berichterstatter LhptmStvin. Grete Laska: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe eigentlich gar nicht erwartet, daß sich die grundsätzliche Einstellung der Opposition gerade bei diesem Aktenstück gravierend verändern sollte. Daher nehme ich zwar zur Kenntnis, daß Sie gesagt haben, Sie werden zustimmen, aber es hätte mich, wie gesagt verwundert - und es ist ja auch nicht eingetreten -, wenn jemand anerkannt hätte, daß in Zeiten, in denen Konsolidierung angesagt ist, Wien einen Schritt in die richtige Richtung macht, nämlich in eine positive Vorwärtsentwicklung, indem man schon einen Passus hineinnimmt, noch ehe dieser dann auf Bundesebene nachvollzogen wird. (Abg. Mag. Franz Karl: Das habe ich aber schon gesagt!)

Ich bin wie Frau Kollegin Stubenvoll der Ansicht, daß wir dem Grundsatz, gemäß der 15a-Vereinbarung vorzugehen, gerecht werden und treu bleiben und keine Veränderung vornehmen sollen. (Abg. Mag. Franz Karl: Salzburg muß die Vereinbarung verletzt haben!)

Die Budgethinweise werden wir an StR. Edlinger weiterleiten. Würden Sie immer so vorgehen, würden viele ihrer Vorschläge mit ähnlichen Budgethinweisen zu versehen sein. Es würde sich nicht immer alles aussehen, würde man alles das zusammenrechnen, was hier an Vorschlägen zur Sprache kommt. (Abg. Jean Margulies: 90 Millionen!)

Ich würde daher empfehlen, die Anträge nicht anzunehmen, sondern das Gesetz, so wie es hier vorliegt, zu beschließen und uns trotzdem - jedenfalls für meine Fraktion kann ich das sagen - dazu zu bekennen, den richtigen Schritt zur richtigen Zeit gesetzt zu haben und unseren Prinzipien treu geblieben zu sein, nämlich für jene, die unserer Hilfe am meisten bedür-

fen, auch dementsprechende Maßnahmen zu setzen.

Ich ersuche noch einmal um Zustimmung (*Befall bei der SPÖ*.)

**Präsidentin Ingrid Smekal:** Bevor ich über die Gesetzesvorlage abstimmen lasse, haben wir über drei Abänderungsanträge zu befinden.

Der erste Abänderungsantrag wurde von Herrn Abg. Mag. Karl und Frau Abg. Helga Seeliger eingebracht. Ich brauche den Inhalt nicht noch einmal zu wiederholen. Es geht um die zwei von Ihnen zitierten Absatzänderungen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Antrag sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist die Minderheit. Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zum zweiten Abänderungsantrag, eingebracht von Frau Abg. Jutta Sander. Das erste Thema ist der § 4 Abs. 1 des Wiener Pflegegeldgesetzes, wo die Wortfolge "ab Vollendung des dritten Lebensjahres" ersatzlos gestrichen werden soll.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Antrag sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dieser Antrag wurde nicht angenommen.

Der dritte Abänderungsantrag, ebenfalls eingebracht von Frau Abg. Jutta Sander, betrifft wiederum

den § 4 Abs. 1 und schlägt vor, folgenden Satz anzufügen: "Pflegegeld ist auch vor Vollendung des dritten Lebensjahres zu gewähren, wenn der durch die Behinderung bedingte zusätzliche Pflegebedarf durchschnittlich mehr als 120 Stunden monatlich beträgt."

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. - Auch das ist nicht die erforderliche Mehrheit. Daher ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage und bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke, das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Somit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekanntgegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß um 18.16 Uhr.)

